

SHOW DOWN

Schamlos gegen harmlos:
Schafft Joe Biden das?



NEUE ENTHÜLLUNGEN IN DER SCHEUER-AFFÄRE
Hat der Verkehrsminister das Parlament belogen?

BeNeLux € 6,60 Dänemark dkr 59,95 Finnland € 8,50 Griechenland € 7,30 Österreich € 6,20 Norwegen NOK 89,- Polen (ISSN00387452) ZL 34,- Portugal (cont.) € 6,90 Slowakei € 7,- Slowenien € 6,70 Spanien € 7,- Ungarn Ft 2750,- Printed in Germany

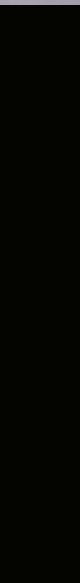
Great Job. Der neue Vito.

Gemacht für Sie und Ihren Alltag.

#GreatJobVito Erfahren Sie mehr unter [mercedes-benz.de/vito](https://www.mercedes-benz.de/vito)

Mercedes-Benz





WIR FERTIGEN ARMBÄNDER

AUS ALTEN FISCHERNETZEN.

DATEV DIGITALISIERT UNSERE

KAUFMÄNNISCHEN PROZESSE.

Bracenet befreit die Weltmeere von Geisternetzen und fertigt daraus nachhaltige Produkte. Dank der digitalen Lösungen von DATEV und der Unterstützung ihrer Steuerberatung halten sie ihr Unternehmen immer auf Kurs.



Madeleine und Benjamin,
Gründer von BRACENET

GEMEINSAM-BESSER-MACHEN.DE



Zukunft gestalten.
Gemeinsam.

Hausmitteilung

Betr.: Hausbesetzer, Indien, Moria



Hermann Bredelhorst / DER SPIEGEL

Lehberger, Siemens in Berlin

Im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg stehen zwei teilbesetzte Häuser, aus denen heraus Nachbarn bedroht und angegriffen werden. Die Polizei tut überraschend wenig gegen die Linksextremen, die Berliner Politik auch. Warum das so ist, recherchierten die SPIEGEL-Redakteure Roman Lehberger und Ansgar Siemens. Die beiden sprachen dafür mit allen, die mit ihnen sprechen wollten – mit Anwohnern, Polizisten, dem Innensenator Andreas Geisel (SPD) und einem Investor, der aus Angst um sein Leben anonym bleiben will.

Die Besetzer aus den Häusern in der Rigaer- und der Liebigstraße verweigern jedes Gespräch, ebenso die grüne Bundestagsabgeordnete Canam Bayram, die so etwas ist wie die Stimme der Hausbesetzer im deutschen Parlament. Siemens: »Möglicherweise fürchtet sie, ihre Wähler in dem Bezirk zu verärgern.« Schon im Januar veröffentlichten die Hausbesetzer im Internet eine Art Steckbrief, in dem sie vor Treffen mit den beiden Redakteuren warnten. **Seite 38**

SPIEGEL-Korrespondentin Laura Höflinger lebt und arbeitet in Indien, wo sich das Coronavirus erschreckend schnell verbreitet. Wohl schon im Oktober wird Indien die USA, zurzeit noch die Nummer eins im globalen Corona-Ranking, überholen. Die Pandemie trifft die Wirtschaft des Landes in einer kritischen Phase. Höflinger sprach mit Ärzten, Unternehmern und anderen Mitgliedern der aufstrebenden Mittelklasse über das Leben mit der Pandemie, über die rigorosen Maßnahmen der Regierung, über die Zukunftsaussichten. Wie schwierig der Kampf gegen das Virus ist, erfuhr Höflinger auch von ihrer Nachbarin, die sich damit angesteckt hat. Diese berichtete, dass der Labormitarbeiter, der sie testete, erst in ihrer Wohnung die Schutzkleidung anzog. Seine Begründung: Er werde sonst zu oft fortgeschickt, weil die Leute Angst hätten, dass ihre Nachbarn von der möglichen Infektion erfahren. Höflinger: »Das soziale Stigma sorgt mit dafür, dass sich das Virus rasant in Indien ausbreitet.« **Seite 70**



Höflinger



Philipp Spalek / Der Spiegel

Polonyi, Spalek auf Lesbos

Rund 13 000 Menschen wurden durch die Brände im Flüchtlingslager Moria obdachlos, sie kampierten tagelang auf den Straßen und in den Olivenhainen von Lesbos. SPIEGEL-Redakteur Max Polonyi und Fotograf Philipp Spalek begleiteten in den Tagen nach dem Feuer den 16-jährigen Afghanen Yaser Taheri, der fast neun Monate lang in Moria lebte – und nun mit seiner Familie in ein anderes Lager übersiedelte. Sie wurden immer wieder von griechischen Sicherheitskräften gestoppt und befragt. Die Polizisten versuchten ganz offenbar, Journalisten

von Räumungsaktionen fernzuhalten. Bei einer dieser Begegnungen verlangte ein Offizier des Militärs, Spaleks Kamera zu überprüfen. Er wollte sichergehen, dass sich darauf keine Fotos befinden, die den Sicherheitskräften Probleme bereiten könnten. Der Fotograf kam der Aufforderung nach, der Soldat scrollte durch die Aufnahmen, sah aber nur Bilder von Badenden in einem Hotelpool. Spalek hatte die Speicherkarte vorsorglich ausgetauscht. **Seite 84**



DER SCHUH ZUM WOHLFÜHLEN

MODELL
ELPASO



- AUSGEZEICHNETE PASSFORM
- SUPERBEQUEM-FUSSBETT
- OPTIMALE AUFTRITTSDÄMPFUNG
- GEEIGNET FÜR INDIVIDUELLE EINLAGEN

FinnComfort Postfach
97433 Haßfurt/Main

Katalog/Händler:
www.finncomfort.de



Inhalt

74. Jahrgang | Heft 40 | 26. September 2020

Titel

USA Kann der Demokrat Joe Biden es schaffen, Donald Trump aus dem Weißen Haus zu vertreiben? 10

Gesellschaft In wichtigen Vorstädten bröckelt die Zustimmung für Trump 18

Deutschland

Leitartikel Die Innenminister haben beim Umgang mit Rassismus in der Polizei versagt 8

Bundeswehr kauft Millionen mangelhafte Masken / Rechten Polizisten droht Gehaltsverlust / Pflegesätze in Heimen sollen steigen / Weitere Ermittlungen im Fall »Gorch Fock« / Die Gegendarstellung / So gesehen: Zum Wohl 20

Kabinett Für Verkehrsminister Andreas Scheuer wird es vor dem Maut-Untersuchungsausschuss extrem eng 26

CDU Wie Friedrich Merz zuverlässig für Empörung sorgt 32

Europa Věra Jourová, Vizepräsidentin der EU-Kommission, hat Angst um die Demokratie 34

AfD Warum Brandenburgs Verfassungsschutz den kompletten Landesverband beobachtet 36

Extremismus Ein von Autonomen besetztes Haus in Berlin soll geräumt werden – es droht eine Eskalation der Gewalt 38

Schicksale Im SPIEGEL-Gespräch beschreibt die Berlinerin Syd Atlas, wie es sich mit einem todgeweihten ALS-Kranken lebt 44



Michael Kappeler / dpa

Geheime Treffen, verspielte Millionen

Vertrauliche Dokumente erhärten den Verdacht, dass Verkehrsminister Scheuer dem Parlament rund um die gescheiterte Pkw-Maut die Unwahrheit gesagt hat. Wenn die Vorwürfe zutreffen, müsste der CSU-Mann zurücktreten. **Seite 26**



Hapag-Lloyd Cruises / obs

Mayday

Die Kreuzfahrtindustrie kannte jahrelang nur Wachstum. Doch seit Beginn der Pandemie kämpft die Branche ums Überleben. TUI Cruises versucht als einer der ersten Anbieter jetzt den Neustart – ein kostspieliges Abenteuer. **Seite 56**

Strafjustiz Prozess gegen eine junge Mutter, die mit ihren Kindern in den »heiligen Krieg« nach Syrien zog 46

Gedenktage Wie die Pandemie Ost und West näherbringt 48

Ethik Ärzteverbände wollen das Verbot der Suizidbeihilfe kippen 52

Wirtschaft

Corona-Labore wehren sich gegen Kritik von Telekom-Chef Höttges / Ein Drittel der Deutschen fürchtet Zahlungsschwierigkeiten 54

Tourismus Hat die Kreuzfahrtbranche noch eine Zukunft? 56

Geldpolitik EZB-Direktor Yves Mersch nahm auf Kosten der Notenbank seine Ehefrau mit auf Reisen 61

Wirecard Die Bafin hatte früh Hinweise auf Mängel bei der Banktochter 62

Im Finanzausschuss blamiert sich ein bayerischer Topbeamter mit Inkompetenz 63

Diesellaffäre Ex-Audi-Chef Rupert Stadler als erster Autoboss vor Gericht 64

Lebensmittel Haribo verliert das Gespür für Trends 66

Ausland

Proteste gegen Thailands Königshaus / Hungerstreik einer iranischen Juristin 68

Indien Wie lebt das Land mit täglich 90 000 Corona-Neuinfektionen? 70

Belarus Der IT-Manager Max Bogretsov kämpft gegen Machthaber Lukaschenko 74

Geopolitik Der Chef der Internationalen Atomenergiebehörde Rafael Grossi über Irans Nuklearprogramm **76**

Niederlande Wie ein Polizist gegen Rassismus in der Amsterdamer Feuerwehr kämpfte – und scheiterte ... **78**

Reporter

Familienalbum / Sollte man mit seinen Kindern das Trinken üben? **82**

Eine Meldung und ihre Geschichte Wieso die Mitte Deutschlands einem Steinmetz aus dem Eichsfeld gehört ... **83**

Migration Nach dem Brand in Moria: Was erwartet ein 16-jähriger Afghane von Europa? **84**

Kolumne Leitkultur **90**

Wissen

Warum nimmt die Zahl tödlicher Stromschläge zu? / Kalifornien braucht Brände / Neues vom Sex vor 100 Millionen Jahren ... **92**

Mobilität Die Welt sucht die Batterie der Zukunft **94**

Psychiatrie Wie Traumata das Leben junger Flüchtlinge bestimmen **100**

Medizin Corona und Grippe – ein Doppelschlag? **102**

Kultur

Christiane Paul als Politikerin / Videokünstlerin Hito Steyerl **104**

Kino Filmemacher Oskar Roehler setzt Rainer Werner Fassbinder ein Denkmal .. **106**

Biden, Ehefrau Jill



Erin Schaff / NYT / laif

Kann er Trump bezwingen?

Am Dienstag treten US-Präsident Donald Trump und sein Rivale Joe Biden erstmals in einer TV-Debatte gegeneinander an. Biden führt zwar in Umfragen, wirkt aber fahrig. Viele fragen sich, wie wacklig der Kandidat der Demokraten ist. **Seite 10**

Corona gegen Grippe

Die Covid-Zahlen steigen, zugleich beginnt im Winter die Influenzasaison. Droht Chaos in Arztpraxen und auf Intensivstationen – oder fällt die Grippewelle dank der Corona-Maßnahmen in diesem Jahr aus? **Seite 102**



Weltkino Filmverleih

Genialer Menschenschinder

Ein Film über den Regisseur Rainer Werner Fassbinder, mit Oliver Masucci in der Hauptrolle, erzählt von Aufstieg und Fall eines besessenen Künstlers, der weder sich noch andere schonte. **Seite 106**

Literatur Cordt Schnibben hat Joachim Meyerhoffs Schlaganfall-Buch »Hamster im hinteren Stromgebiet« gelesen – direkt nach dem eigenen Schlaganfall **110**

Zeitgeschichte Timothy Garton Ash erlebte den Zusammenbruch des Ostblocks – im SPIEGEL-Gespräch zieht er Bilanz **112**

Nostalgie Tote-Hosen-Sänger Campino erzählt von seiner Jugendliebe: dem FC Liverpool **116**

Serienkritik »Teheran« – über eine israelische Agentin im Iran **118**

Sport

Mitgliederschwund im Tennis und Schießen, Alpenverein im Boom / Gut zu wissen: Wie fair sind die Bundesligisten? **119**

American Football Das riskante »Mästen« von Profis zu Abwehr Rambos **120**

Affären Hat Bayern-Star Lewandowski ein zentrales Geschäftsdokument zurückdatiert? **122**

SPIEGEL-TV-Programm **111**
Bestseller **115**
Impressum, Leserservice ... **124**
Nachrufe **125**
Personalien **126**
Briefe **128**
Hohlspiegel / Rückspiegel ... **130**

Seht endlich hin!

Leitartikel Rechtsextreme Chatgruppen in der Polizei offenbaren das Versagen der Innenminister.

Die Chatgruppe bei WhatsApp hieß »Itiotentreff«, das sollte wohl lustig sein. Hier schickten Frankfurter Polizisten einander Nachrichten und Fotos. Banales war darunter, aber auch Erschreckendes. Auf einem Bild war Hitler vor einem rauchenden Schornstein zu sehen, dazu die Worte: »Umso größer der Jude, desto wärmer die Bude.«

Zwei Jahre ist es her, dass die Gruppe aufflog. Das Entsetzen war groß, Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU) geriet unter Druck. Doch seine Amtskollegen in Bund und Ländern duckten sich weg, ihr Reflex: ein Einzelfall, Frankfurt ist nicht überall. Es war ein verheerendes Signal der Untätigkeit, das sie an ihre Beamten sandten.

Kürzlich fiel eine Dienstgruppe der Polizei in Mülheim an der Ruhr auf. Auch dort fand sich in einer WhatsApp-Gruppe, »Alphateam« genannt, dieselbe widerliche Melange nazistischer, rassistischer, menschenverachtender Botschaften. Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU) sprach von einer »Schande für die Polizei«. Und was tun seine Amtskollegen in Bund und Ländern? Sie schweigen weiter.

Es ist ein perfides Kalkül, nach dem die Innenminister und die Spitzenbeamten im Sicherheitsapparat agieren. Sie folgen der Devise: Bloß keine neuen Probleme schaffen. Nicht dort suchen, wo sich Schlimmes verbergen könnte. Keine Aufmerksamkeit erregen.

Man möchte die Minister und Polizeipräsidenten schützen und ihnen zurufen: »Wacht endlich auf! Tut etwas!« Es steht nicht weniger auf dem Spiel als ein Fundament unseres Rechtsstaats. Und es geht um die Frage, ob diejenigen, denen wir Waffen anvertrauen, um die Demokratie zu schützen, vorbehaltlos hinter ihr stehen. Diese fortgesetzte Ignoranz ist verantwortungslos.

Die bekannt gewordenen Fälle zeigen, in welchem Maß radikale Gedanken über die sozialen Medien in die Polizei gesickert sind. Die Botschaften der Hetzer, die Erzählungen vom Kontrollverlust, von einem schwachen Staat, verfangen besonders bei einigen derer, die sich als Hüter des Gesetzes verstehen und durchaus um manche Schwäche des Staates wissen. Warum also sollte es derartige Chatgruppen nicht auch in Nürnberg, Magdeburg, Leipzig oder Hannover geben, in Jena oder Zweibrücken?

Polizistinnen und Polizisten sind häufig empfänglich für einfache Botschaften. In ihrer Welt kämpfen sie für das Gute. Auf der anderen Seite stehen die Verbrecher. In den Augen dieser Beamten werden die Kriminellen von Gutmenschen und Weltverbesserern geschützt. Deren naiver Idealismus mache das Land unsicher.

»Es ist ein bitterer Befund, aber die Masse meiner Leute hat kein Vertrauen mehr in unser politisches System«, sagt ein Polizeichef aus dem Westen unter der Maßgabe, anonym zu bleiben. Es herrsche Frust und Verbitterung. Die Beamten fühlten sich attackiert, von der Gesellschaft im Stich gelassen. Migration ist das große Thema, an dem nicht wenige von ihnen verzweifeln. Denn zur Wahrheit

gehört, dass Polizisten im Dienst Probleme mit kriminellen Zuwanderern sehen, die anderen verborgen bleiben.

Viele Polizeischüler starten eigentlich mit guten Voraussetzungen. Studien zeigen, dass sie in der Ausbildung weltoffener und toleranter werden, rassistische Positionen nehmen ab. Doch die Realität auf der Straße, auch das ist nachgewiesen, macht manche sehr bald hart und zuweilen zynisch. Die Chatgruppen unter ihresgleichen wirken dann wie Teilchenbeschleuniger, in denen sie sich mit Halbwahrheiten, Grenzüberschreitungen und Hass bombardieren und auf diese Weise Druck ablassen.

Ja, es gibt Rechtsextremisten in Uniform, und sie müssen unbedingt aus dem Dienst entfernt werden. Das Gute ist: Sie sind vergleichsweise leicht zu erkennen. Das weit-

aus größere Problem stellen all die Beamten dar, die (noch) keine überzeugten Extremisten sind, sich jedoch gegenseitig so lange aufputschen, bis sie vielleicht welche werden.

Bislang hat sich die Polizeiführung vielerorts auf die Position zurückgezogen, dass man nicht kontrollieren könne, was Beamte auf ihren privaten Handys trieben. Eine bequeme und gefährlich kurzsichtige Haltung. Das Beamtenrecht kennt die »außerdienstliche Wohlverhaltenspflicht«. Es ist höchste Zeit, dass Vorgesetzte dafür sorgen, dass sie auch im virtuellen Raum gilt.

»Wer schweigt, ist mitschuldig«, hat NRW-Innenminister Reul gesagt und damit die Beamten gemeint, die in den Chatgruppen mitlasen, die Parolen aber nicht meldeten.

»Wer schweigt, ist mitschuldig.« Das gilt nicht zuletzt für Reuls Ministerkollegen. Jörg Diehl



Malte Ossowski / picture alliance / Sven Simon

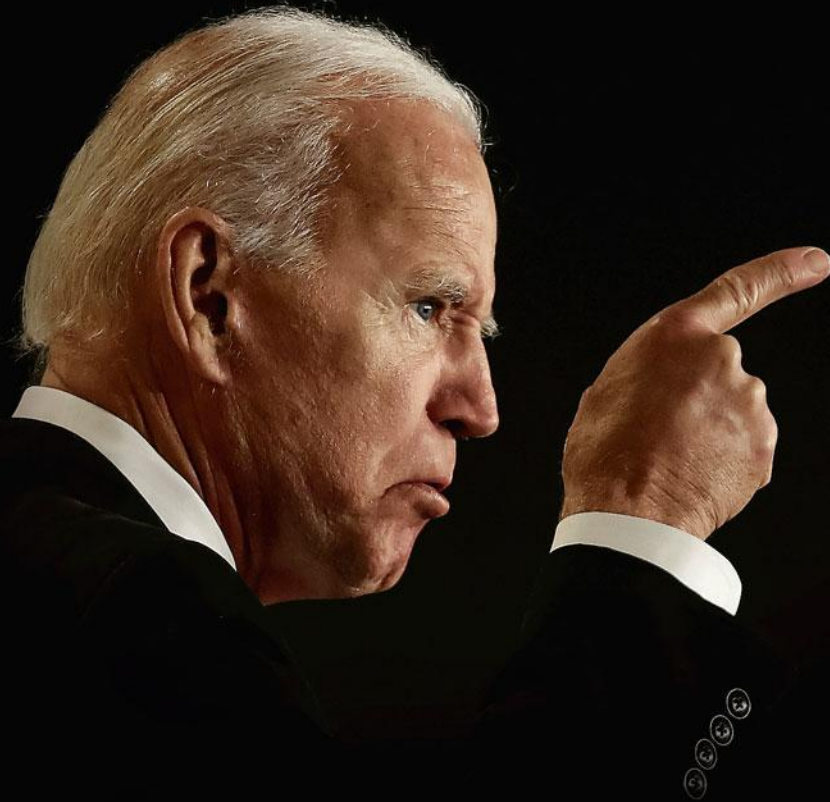
RWE

Wir machen Strom, mit dem es läuft. Und läuft. Und läuft. Und läuft.

Auto, Handy, Werkbank – nichts läuft mehr ohne Strom.
Der Bedarf steigt. Nach sauberem, sicherem und
bezahlbarem Strom. Wir machen ihn. Damit es weiterläuft.
Die neue RWE. Klimaneutral bis 2040.



[rwe.com](https://www.rwe.com)



Der Wackelkandidat

USA Joe Biden führt in den Umfragen gegen Donald Trump, doch er leistet sich immer wieder Pannen und Versprecher. Hat der 77-jährige Demokrat die Kraft, einen Präsidenten aus dem Amt zu jagen, der sich mit allen Mitteln an der Macht halten will? *Von René Pfister*

Ein bisschen ist es wie bei einem Unfall, man möchte wegsehen und kann die Augen doch nicht davon lassen. Ein Spätsommertag in Pennsylvania, Joe Biden steht in einer leeren Montagehalle in Pittsburgh, hinter ihm fünf US-Flaggen, vor ihm ein Teleprompter, der die schlimmsten Aussetzer verhindern soll. Der Kandidat spricht über die Gewalt in den Städten Amerikas, dann schlägt er den Bogen zur Pandemie, die in den USA so furchtbar gewütet und die bis zu diesem Zeitpunkt schon mehr als 180 000 Tote gefordert hat; eine Zahl, die fast jeder Amerikaner kennt.

Bidens rechter Zeigefinger schnappt nach oben, er sagt: »Das Coronavirus hat in diesem Jahr, seit dem Ausbruch, mehr

als hundert Jahre ... also, darum geht ... die Leben von ... Denkt darüber nach! Mehr Leben in diesem Jahr als in den letzten hundert Jahren.«

Biden hebt während seiner Stammelei die Hände in die Höhe, in seinem Gesicht steht Panik. Für ein paar quälend lange Sekunden scheint es so, als wäre der Kandidat völlig aus dem Konzept geraten.

Kann das gut gehen?

In sechs Wochen wird in den USA gewählt, es ist die wichtigste Wegmarke der jüngeren amerikanischen Geschichte. »Man kann ohne Übertreibung sagen, dass der nächste Präsident vor so großen innenpolitischen Herausforderungen steht wie zuletzt Abraham Lincoln oder vielleicht Franklin D. Roosevelt«, sagt die Sicher-

heitsexpertin Michèle Flournoy, die unter Biden neue Verteidigungsministerin werden könnte. Wohl noch nie seit dem Ende des amerikanischen Bürgerkriegs stand so viel auf dem Spiel. Mehr als 200 000 Amerikaner sind in den vergangenen sechs Monaten an den Folgen einer Coronavirus-Infektion gestorben. Die Wirtschaft liegt am Boden, fast 14 Millionen Menschen sind arbeitslos, vergleichbar nur mit der Großen Depression.

Selten zuvor waren die Vereinigten Staaten so zerrissen. Die Nachsicht der Justiz mit drei Polizisten im Bundesstaat Kentucky, die im März die Afroamerikanerin Breonna Taylor in ihrer Wohnung erschossen hatten, entfachte neue Proteste gegen Polizeigewalt. Zugleich rüsten sich im gan-



Kontrahenten Biden, Trump

zen Land rechtsextreme Milizen, um zur Not das Gesetz in die eigenen Hände zu nehmen. Allein von Juni bis August wurden in den USA sechs Millionen Schusswaffen verkauft.

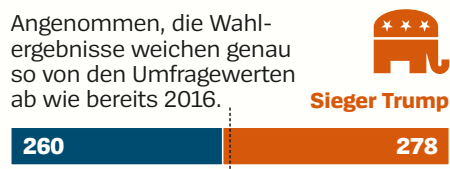
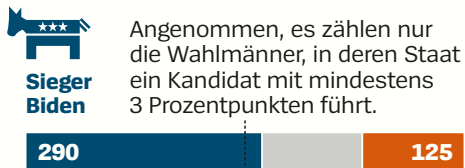
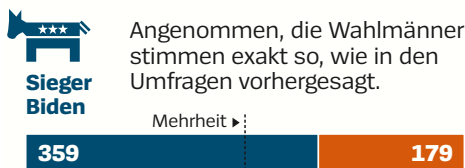
Sollte sich Trump weitere vier Jahre im Amt halten, wird die Nachkriegsordnung weiter ins Wanken geraten. Die USA haben auf sein Geheiß das Pariser Klimaabkommen aufgekündigt und die Weltgesundheitsorganisation verlassen. Es spricht nichts dafür, dass der US-Präsident sich im Ernstfall an die Verpflichtungen des Nato-Vertrags gebunden fühlt.

Der Mann indes, den die Demokraten in diese historische Wahlschlacht schicken, ist so labil und wackelig wie kaum ein Präsidentschaftskandidat zuvor. Zwar liegt Joe Biden in landesweiten Umfragen durchschnittlich sieben Prozentpunkte vor Trump, der Vorsprung in entscheidenden Bundesstaaten wie Michigan und Pennsylvania ist aber gering.

Schon jetzt hat es Trumps Wahlkampfteam geschafft, Biden als Freund der extremen Linken zu karikieren, der gewalttätigen Demonstranten wenig entgegenzusetzen hat. Biden hat es nicht vermocht, diesen Eindruck zu zerstreuen. Zudem ist vielen Wählern bewusst, dass der Kandi-

Entscheidende Wahlmänner

Mögliche Mehrheitsverhältnisse im Electoral College*, ausgehend vom jeweiligen Durchschnitt mehrerer Umfragen in den US-Bundesstaaten



* Organ, das aus 538 Wählern besteht, die von den Bundesstaaten entsandt werden, um den Präsidenten zu wählen; Quelle: »New York Times«; Stand: 24. September

dat der Demokraten ein Übergangspräsident wäre, der vermutlich nur Kraft für eine Amtszeit besitzt, bevor er den Stab an seine Vizepräsidentin Kamala Harris weiterreicht.

Biden ist ein Politveteran, der in den US-Senat einzog, als Richard Nixon noch Napalm auf Vietnam regnen ließ, und der sich zum ersten Mal um das Weiße Haus bewarb, als Berlin noch von einer Mauer geteilt wurde. Gewinnt Biden die Wahl, wäre er bei seiner Vereidigung 78 und damit ein Jahr älter als Ronald Reagan, als dieser am 20. Januar 1989 aus dem Amt ausschied.

Der ehemalige Vizepräsident hat ohne Zweifel die Erfahrung und die Reife für das Oval Office, aber selbst seine Anhänger räumen unter der Hand ein, wie nervös sie werden, wenn sie ihn auf einer Bühne stehen sehen. Am Sonntag vergangener Woche sagte Biden in Philadelphia, dass es Schätzungen gebe, wonach 200 Millionen Menschen in den USA der Pandemie zum Opfer fallen werden, »womöglich schon, wenn ich mit dieser Rede fertig bin«.

»Ich war ja selbst überrascht, dass Joe Biden der Kandidat wurde«, sagt John Podesta, der einst als Stabschef unter Bill

Clinton diente und später den Präsidentschaftswahlkampf von Hillary Clinton organisierte. Erfolgreiche demokratische Präsidentschaftskandidaten vertraten immer auch eine neue Generation: John F. Kennedy vertrieb den Muff der Eisenhower-Jahre; Clinton verkörperte den Durchbruch der Babyboomer und Barack Obama den Triumph des schwarzen, vielfältigen Amerika. Wofür steht Biden?

Am kommenden Dienstag wird er zusammen mit Donald Trump auf einer Fernseh Bühne in Cleveland im Bundesstaat Ohio stehen, es wird das erste von drei TV-Duellen sein, die der Präsident und sein Herausforderer bestreiten – der Showdown zwischen einem narzisstischen Spalter und einem Mann, der das Land wieder versöhnen will.

Nach außen geben sich Bidens Freunde und Berater gelassen. Trump habe die Erwartungen an Biden so weit nach unten geredet, dass dieser eigentlich nur gewinnen könne, sagt Lawrence Tribe, der Biden seit Jahrzehnten in Rechtsfragen beisteht und Verfassungsrecht an der Harvard University lehrt. »Tatsächlich kenne ich Joe Biden lange genug, um zu wissen, dass er sich in Debatten gut schlägt. Außerdem neigt Trump dazu, die Fassung zu verlieren.«

Mag sein. Doch vielen Demokraten sind noch immer die Auftritte im vergangenen Jahr in Erinnerung, als Biden gegen seine innerparteilichen Konkurrenten antrat und manchmal so wirkte, als habe er sich zufällig vor ein Mikrofon verirrt. Wurde er angegriffen, waren Bidens Erwidrun gen nicht selten so kurzatmig, dass er sich am Ende selbst das Wort abschnitt: »My time is up.« Er erzählte wunderliche Geschichten, auf die sich niemand einen Reim machen konnte: etwa, dass Eltern aus ärmeren Schichten abends den Plattenspieler laufen lassen sollten, um das Bildungsdefizit ihrer Kinder aufzuholen.

Natürlich ist Trump selbst ein Mann, der schon die haarsträubendsten Patzer geliefert hat. Er dachte vor laufender Kamera laut darüber nach, ob es nicht sinnvoll sei, Covid-19-Kranke mit Desinfektionsmitteln zu behandeln. Anfang August war er nicht in der Lage, das Wort »Yosemite« korrekt auszusprechen, ein Indianerstamm, nach dem ein berühmter Nationalpark benannt ist – das Wort kennt fast jedes amerikanische Kind. Der Präsident dachte auch lange Zeit, Finnland sei eine Provinz Russlands, das jedenfalls schreibt Trumps Sicherheitsberater John Bolton in seinen Memoiren.

Trumpf: Er hat eine Anhängerschaft, die sich nie um die Patzer des Präsidenten geschert hat. Außerdem schimmert bei seinen Auftritten immer noch jene rohe und diabolische Kraft durch, mit der er vor vier Jahren den Wahlsieg gegen

Hillary Clinton holte. Trump ist zwar auch schon 74 und damit bei Amtsantritt der bislang älteste US-Präsident der Geschichte. Aber dass ihm die Energie für den Wahlkampf fehlt, würden wahrscheinlich nicht einmal seine Gegner behaupten. Und nun hat auch noch eine Fügung des Schicksals dafür gesorgt, dass er in den letzten Wochen vor der Wahl den Posten der verstorbenen Richterin Ruth Bader Ginsburg am Supreme Court neu besetzen kann.

Die Schlacht um das Oberste Gericht wird das TV-Duell am Dienstag mitbestimmen, das hat Moderator Chris Wallace vom Fernsehsender Fox News schon angekündigt. Trump setzt darauf, dass er mit der Nominierung einer konservativen Richterin seine Basis begeistern kann. Bidens Leute dagegen hoffen, dass sich der Präsident damit bei moderaten Wählerinnen in den Vorstädten endgültig unmöglich macht. Fast zwei Drittel der Amerikaner wollen nicht am Recht auf Abtreibung rütteln, das der Supreme Court im Jahr 1973 festgeschrieben hat. Außerdem findet die Mehrheit der Amerikaner, der Wahlsieger solle die offene Richterstelle besetzen dürfen.

»Bei Gott, das ist die Wahrheit, so wahr ich Biden heiße«, rief er in die Menge hinein.

Bei TV-Duellen geht es immer um mehr als nur die Sache: Es geht um die Kraft, die ein Kandidat ausstrahlt, um Charisma und Schlagfertigkeit. Richard Nixon hat 1960 die Präsidentschaftswahl auch deshalb verloren, weil er sich im TV-Duell mit John F. Kennedy nervös den Schweiß vom blassen Gesicht wischte, während der junge Senator aus Massachusetts entspannt in die Kamera lächelte. Als Ronald Reagan 1984 gefragt wurde, ob er mit 73 Jahren noch das Land führen könne, versenkte er seinen Gegner Walter Mondale mit zwei Sätzen: »Ich werde Alter nicht zum Thema meiner Kampagne machen«, sagte der Präsident. »Ich werde die Jugend und Unerfahrenheit meines Gegners nicht für politische Zwecke ausnutzen.«

Ist Biden zu einer ähnlichen Kaltschnäuzigkeit fähig? Er schlug sich wacker, als er sich im März einen Zweikampf mit Bernie Sanders lieferte, dem letzten verbliebenen Rivalen im Feld der Demokraten. Zugleich hat sich Biden selbst als »gaffe machine« bezeichnet, ein Wort, das man am ehesten mit »Tölpel vom Dienst« übersetzen kann. Als man ihn in Vor-Corona-Zeiten noch unmittelbar beim Wahlkampf beobachten konnte, hatte das immer einen

leicht morbiden Reiz, so ähnlich wie ein Vormittag beim Hahnenkamm-Rennen in Kitzbühel, wo es jederzeit möglich ist, dass sich der Held den Hals bricht.

Im August des vergangenen Jahres sprach Biden in der Aula des Clinton College in South Carolina. 300 Leute saßen vor ihm, darunter viele Schwarze. Sie hingen dem Kandidaten an den Lippen wie einem Prediger, der versprach, das Land von einer furchtbaren Plage zu befreien. Für einen Moment schien alles ganz einfach: Verfügte dieser freundliche, warmerzige Mann nicht über alles, was nötig ist, um jenen bösen Spuk zu beenden, der Washington nun schon fast drei Jahre lang im Bann hielt?

Nach seiner Rede tauchte Biden in ein warmes Bad der Sympathie: Seine Anhänger wollten einen Händedruck, ein Autogramm auf einem Baseball, ein Selfie. Alles war Harmonie, bis ein Mitarbeiter dem Kandidaten ein Mobiltelefon in die Hand drückte. Biden löste sich von seinen Fans und verließ Hals über Kopf den Saal. Es war eine Szene, wie man sie sonst nur aus Hollywoodfilmen kennt: ein mächtiger Mann aus Washington, der auf der Tour durch die Provinz von einem schrecklichen Ereignis eingeholt wird.

Aber es gab keinen Terroranschlag, auch kein Erdbeben. Die einzige Katastrophe an diesem Tag hatte Biden selbst produziert, und es war kein Skandal, eher eine Posse; lächerlich im Grunde, aber darum gerade so gefährlich.

Ein paar Tage zuvor hatte Biden während eines Wahlkampfauftritts in New Hampshire die anrührende Geschichte eines Marineoffiziers erzählt, der angeblich in Afghanistan im Feuer des Feindes einen verletzten Soldaten geborgen habe. Als Biden ihm bei einem Truppenbesuch einen Orden verleihen wollte, habe der Soldat gesagt: »Ich will das verdammte Ding nicht! Heften Sie es mir nicht an! Mein Kamerad ist gestorben. Er ist tot!«

»Bei Gott, das ist die Wahrheit, so wahr ich Biden heiße«, rief Biden zur andächtig lauschenden Menge. Wie sich aber herausstellte, stimmte an der Geschichte so gut wie nichts: Den Offizier, von dem Biden so bildreich erzählte, hat es so nicht gegeben. Bidens Geschichte war eine wilde Mischung aus Fakten und Fantasie, und wieder einmal stand der Kandidat da wie ein netter, trotteltiger Opa, der auf Familienfeiern rührselige Märchen erzählt.

Bidens Karriere war immer begleitet von Fehlritten und Peinlichkeiten. Im Januar 2007 lobte er den damaligen Präsidentschaftsbewerber Obama mit den Worten: »Wir haben hier den ersten schwarzen Mainstream-Politiker, der eloquent und schlau ist und dazu noch sauber und

Eine öffentliche Leidensgeschichte



1972 kommen Bidens Ehefrau Neilia und seine 13 Monate alte Tochter Naomi **bei einem Autounfall** ums Leben. Biden war kurz zuvor zum Senator gewählt worden und wollte nach diesem Schicksalsschlag seine politische Karriere beenden. Ein Weggefährte überzeugte ihn weiterzumachen – seinen Amtseid leistete er am Krankenbett seines Sohnes.

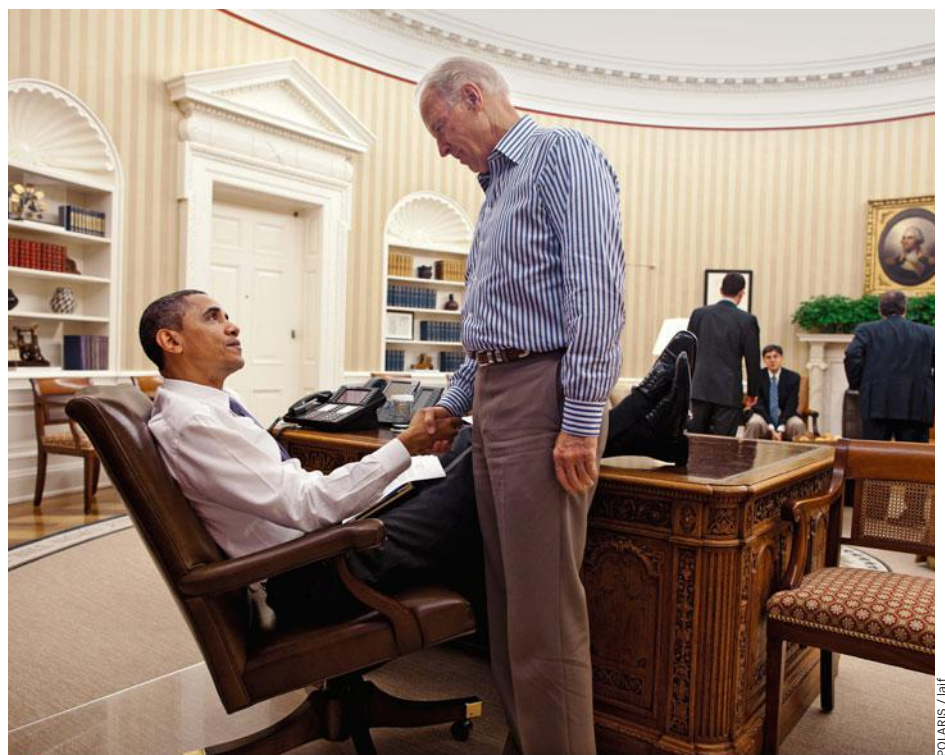
Nach dem Tod seiner ersten Frau heiratet Biden die Lehrerin Jill Jacobs. 1987 lässt er sich erstmals als **Präsidentenbewerber** der Demokraten aufstellen, zieht die Kandidatur aber bald zurück.



Als Senator hilft Biden der Juristin **Ruth Bader Ginsburg** beim Aufstieg in den Obersten Gerichtshof.



Hunter Biden bereitet seinem Vater häufiger Probleme, auch durch seinen Job in der Ukraine.



Als Vizepräsident hält Biden acht Jahre lang treu zu seinem Chef **Barack Obama** – auch wenn dieser zwischendurch Ausschau nach einem Ersatz für seinen Stellvertreter halten lässt.

Die gespaltenen Staaten von Amerika



Joe Raedle / Getty Images

Zu den treuesten Anhängern des Präsidenten zählen die **»Boaters for Trump«**, die mit Hunderten Privatbooten regelmäßig übers Wasser ziehen, um Wahlkampf für Donald Trump zu machen.

Soldaten der **Nationalgarde** bewachen das Lincoln Memorial in Washington während einer Massendemonstration. Das dystopische Bild sorgte für Empörung, da das Denkmal als Symbol der Versöhnung gilt.



Win McNamee / Getty Images

Tausende Flaggen am Washington Monument in der US-Hauptstadt markieren die **mehr als 200 000 Menschen**, die an den Folgen der Pandemie bislang gestorben sind.



Chen Mengqiong / China News Service / Getty Images



Sipa USA / ddp images

Seit der Tötung des Afroamerikaners George Floyd durch einen Polizisten im Bundesstaat Minneapolis gehen Millionen Amerikaner unter dem Slogan **»Black Lives Matter«** gegen Polizeigewalt und Rassismus auf die Straßen. Nicht alle Demonstrationen verlaufen friedlich, es kommt immer wieder zu Ausschreitungen mit Verletzten und Toten.

gut aussehend. Wenn das keine Geschichte ist!«

Als Biden auf dem Parteitag der Demokraten in Milwaukee eine ordentliche und pannenfreie Ansprache hält, genügt das schon, damit die »New York Times« schreibt: »Mit der Rede seines Lebens hat sich Biden als der richtige Mann für unsere Zeit präsentiert.« So gesehen ist die Corona-Krise für Biden ein Geschenk. Seit Mitte März bestreitet er seine Kampagne vor allem per Livestream aus seinem Haus in Delaware. Wenn Biden im Land unterwegs ist, begleitet ihn nur ein kleiner Pressespool. Selbst diese Reporter kommen nur selten an den Kandidaten heran. Ein Redakteur des Nachrichtensenders CNN hat nachgezählt, dass sich Biden von Ende Juni bis Mitte August nur zweimal den Fragen von Journalisten gestellt hat.

Präsidentchaftswahlkämpfe waren immer auch ein Stahlbad: ein Marathon durch Basketballarenen, Fabrikhallen und Fußgängerzonen, immer begleitet von einem riesigen Pressetross. Daneben müssen die Abendshows der Kabelsender bedient und die Großspender bei Laune gehalten werden, die nur dann ihre Geldbörsen öffnen, wenn der Kandidat persönlich vorbeischaufelt. Wer diese Tortur 18 Monate lang durchhält, in täglich wechselnden Hotelbetten und oft bei schlechtem Essen, der hat bewiesen, dass er die Nerven und die Konstitution für das Präsidentenamt mitbringt. Biden erlebt nun eine Kampagne im Schonprogramm – was ihm erlaubt, seine Schwächen zu verstecken.

Als sich Biden im Jahr 1987 zum ersten Mal für die demokratische Präsidentschaftskandidatur bewarb, gab er schon auf, bevor die erste Vorwahl anstand. Ihm war zum Verhängnis geworden, dass er Teile einer Rede des britischen Oppositionsführers Neil Kinnock abgekupfert hatte. Seine zweite Kampagne im Jahr 2007 war derart uninspiriert, dass er bei den Vorwahlen in Iowa nur 0,9 Prozent der Stimmen erhielt und als einer der ersten Bewerber das Handtuch warf. Auch in diesem Jahr sah es lange so aus, als würde Bernie Sanders, der linke Senator aus Vermont, das innerparteiliche Rennen um die Kandidatur gewinnen.

Biden verlor die Vorwahlen in Iowa und New Hampshire und konnte sich erst danach gegen die parteiinterne Konkurrenz behaupten. Das Blatt wendete sich, als die moderaten Kandidaten Pete Buttigieg und Amy Klobuchar – wohl auch auf Drängen Obamas – aufgaben und Biden unterstützten, um einen Durchmarsch des Sozialisten Sanders zu verhindern. »Es reduzierte sich alles auf die Frage: Wer hat das Zeug, Trump zu schlagen? Biden oder Sanders?«, sagt Podesta. »Und die Leute dachten, Biden ist die sicherste Karte.«

Das Markanteste an Joseph Robinette Biden Jr, wie sein vollständiger Name lautet, war immer seine Durchschnittlichkeit: ein Junge aus Scranton, Pennsylvania, der aus einer Mittelschichtfamilie stammt und nicht einer politischen Dynastie entsprang; ein fleißiger, glanzloser Student, der seinen Juraabschluss an der Syracuse University ablegte und nicht in Harvard, wo Barack Obama mit nur 28 Jahren zum Herausgeber des »Harvard Law Review« avancierte, als erster schwarzer Student in der Geschichte der renommierten Zeitschrift.

Biden machte in seiner langen Karriere fast alle politischen Irrwege der US-Politik mit. Er stimmte in den Neunzigerjahren unter Bill Clinton für die Deregulierung der Finanzmärkte, ein Experiment, das im Jahr 2008 in einem beispiellosen Crash endete. Als Mitglied des Justizausschusses im US-Senat formulierte er jene Gesetze mit, die Generationen junger schwarzer Männer hinter Gitter brachten und die noch heute dafür sorgen, dass es in den USA mehr Strafgefangene gibt als in China. Im Herbst 2002 hob er im Senat die Hand für den Irakkrieg, der sich zum größ-

Die Kampagne leidet darunter, dass der Kandidat nicht einen Hauch von Euphorie auslöst.

ten außenpolitischen Desaster der USA seit Vietnam auswachsen sollte.

Ausgerechnet dieser Mann soll Amerika nun vor Trump retten? Für Biden spricht, dass er das moderate Amerika nicht verschreckt, im Gegensatz zu Sanders und der linken Senatorin Elizabeth Warren aus Massachusetts, die sich Trump ganz offenkundig als Gegner im Wahlkampf gewünscht hatte. Die Kampagne des Präsidenten wirkt auch deshalb merkwürdig schräg, weil sie auf der Behauptung beruht, mit einem Sieg der Demokraten würde in Washington ein sozialistisches Regime errichtet, das linksradikalen Krawallbrüdern die amerikanischen Innenstädte überlässt.

»Leute, ihr kennt mich«, sagte Biden in seiner Rede in Pittsburgh. »Sehe ich aus wie ein radikaler Sozialist mit einem Herz für Randalierer? Echt jetzt?«

Wenn man den Umfragen glauben darf, könnte Biden jene Staaten im Mittleren Westen zurückerobern, die vor vier Jahren Hillary Clinton den Wahlsieg gekostet haben, weil vor allem weiße Arbeiter zu den Republikanern übergelaufen waren. »Als ich noch im Weißen Haus gearbeitet habe, zog Biden mich immer auf seine ganz spezielle Art zur Seite«, erinnert sich Podesta.

»Er wusste, dass auch ich in einem Arbeiterhaushalt aufgewachsen bin und nicht an einer Elite-Uni studiert habe. Er sagte: Die ganzen Typen hier verstehen einfach die Leute nicht, mit denen wir aufgewachsen sind.«

Dennoch leidet Bidens Kampagne darunter, dass der Kandidat nicht einen Hauch von Euphorie auslöst. Nur etwas mehr als 40 Prozent der Amerikaner sind mit der Arbeit Trumps zufrieden, historisch schlechte Zahlen für einen Präsidenten. Biden kann daraus kein Kapital schlagen. Seine Zustimmungswerte überspringen nur ganz selten die Marke von 50 Prozent. Der Demokrat ist für die meisten Wähler einfach das kleinere Übel.

Biden versucht nun, sich in eine Linie mit Franklin D. Roosevelt zu stellen, der die USA aus der Großen Depression geführt hat und der eine Ikone des linken Amerika ist. FDR, der mit 39 an Kinderlähmung erkrankte und deshalb teilweise im Rollstuhl saß, legte den Grundstein für den amerikanischen Sozialstaat. Er hat in den Dreißigerjahren den Mindestlohn und eine gesetzliche Rentenversicherung eingeführt, beides kam damals einer Revolution gleich. Noch heute halten deshalb viele Konservative die Ära Roosevelt für die größte Verirrung des modernen Amerika.

»Es ist fast ein Jahrhundert her, dass Franklin D. Roosevelt in einer Zeit der Verunsicherung, der Angst der Massenarbeitslosigkeit den New Deal vorgeschlagen hat«, sagte Biden in seiner Antrittsrede als Präsidentschaftskandidat im August. »Obwohl er selbst unter einem Virus litt, beharrte FDR darauf, dass nicht nur er, sondern ganz Amerika sich wieder erholen und aufstehen kann. Er hat es geschafft, und wir können es auch.«

Doch Biden fehlt jener Zug ins Radikale, der die Amtsjahre von FDR auszeichnet hat. Sein Versprechen ist es gerade, das Land zurück zur Normalität zu führen. Anders als Bernie Sanders fordert Biden keine Abschaffung der privaten Krankenversicherung, er will auch nicht die Internetgiganten Google und Amazon zerschlagen, wie es Elizabeth Warren möchte. Seine Anlehnung an FDR ist insofern vor allem ein rhetorischer Trick, wenngleich ein effektvoller.

Die Kandidatur Hillary Clintons ist 2016 unter anderem deshalb gescheitert, weil der linke Flügel der Demokraten sie mit fast derselben Hingabe bekämpft hat wie Donald Trump. Biden dagegen genießt – trotz aller inhaltlichen Gegensätze – die Sympathie von Warren und Sanders, und er bemüht sich nach Kräften, deren Anhänger einzubinden. Biden machte Alexandria Ocasio-Cortez, den Kultstar der Parteilinken, zur Co-Vorsitzenden einer Kommission, die sich im

Wahlkampf um den Klimaschutz kümmern soll. Seine täglichen Briefings durch langjährige Vertraute würden nun stets durch Input aus dem linken Lager ergänzt, berichtet ein Insider aus der Demokratischen Partei. »Das Signal von Bidens Leuten war: Wir wollen, dass alle Teil des Teams bleiben«, sagt Matt Duss, der außenpolitische Berater von Bernie Sanders.

Bidens Gabe besteht seit Jahrzehnten darin, zwischen den Fronten zu vermitteln. In seinen 36 Jahren als Senator hat er unzählige Deals mit den Republikanern geschlossen. Er war zeit seines Lebens der Meinung, dass es nur ein bisschen Respekt und gesunden Menschenverstand erfordert, um Parteigrenzen zu überwinden. Biden verband eine enge Freundschaft mit dem inzwischen verstorbenen Republikaner John McCain, der im Jahr 2008 gegen Obama angetreten war. Lindsey Graham, heute einer der glühendsten Verehrer Trumps im US-Senat, sagte vor fünf Jahren: »Wenn Sie nicht in der Lage sind, Biden zu bewundern, dann haben Sie ein Problem. Dann sollten Sie ernsthaft über sich nachdenken. Joe Biden ist ein so guter Mensch, wie ihn Gott nur erschaffen kann.«

Bidens Biografie war immer auch eine öffentliche Leidensgeschichte. Im Jahr 1972 wurde er mit nur 29 Jahren in den US-Senat gewählt. Er war damals ein aufstrebender Star der Demokratischen Partei; dann wurde das Auto seiner Frau Neilia kurz vor Weihnachten von einem Lastwagen erfasst. Neilia Biden starb noch auf dem

Weg ins Krankenhaus, die gemeinsame Tochter Naomi erlag ebenfalls ihren schweren Verletzungen.

Biden dachte darüber nach, seine politische Karriere zu beenden, doch ein Parteifreund überredete ihn, das Amt doch anzunehmen. Am 5. Januar 1973 schwor er den Eid auf die Verfassung im Krankenzimmer seines Sohnes Beau. Fast fünf Jahre lang war Biden alleinerziehender Vater. Er fuhr jeden Morgen mit dem Zug von Wilmington nach Washington und abends wieder zurück zu seinen Kindern.

»Er kannte im Zug jeden einzelnen Schaffner«, sagt Paul Laudicina, der von

Einmal schrieb Obama bei einer Biden-Rede auf einen Zettel: »Erschieß. Mich. Sofort.«

1977 bis 1982 in Bidens Senatsbüro gearbeitet hat und bis heute mit ihm befreundet ist. Um sich Zeit für seine Familie zu schaffen, habe Biden während der Fahrt nach Wilmington immer gearbeitet. »Wenn etwas Wichtiges anstand, bin ich einfach mit ihm gefahren und habe dann in Wilmington am Bahnsteig gegenüber den nächsten Zug zurück nach Washington genommen.«

Im August 2013 traf Biden der zweite Schicksalsschlag. Bei seinem ältesten Sohn Beau wurde ein bösartiger Hirntumor diagnostiziert. Beau Biden, ein sportlicher

Mann mit dem unverwechselbaren Biden-Kinn, war der Stolz seines Vaters. Er kämpfte im Irak und wurde im Alter von nur 37 Jahren zum Generalstaatsanwalt von Delaware gewählt. Aber die Krebserkrankung zwang ihn, das Amt aufzugeben. 2015 erlag Beau Biden dem Krebs.

Bidens Kandidatur ist nicht ohne jene dunkle Zeit zu verstehen. »Beau war Joes Lieblingskind, daran kann es keinen Zweifel geben, auch wenn er das nie so gesagt hat«, sagt ein enger Weggefährte. Biden stürzte in ein tiefes Loch, aber genau zu jener Zeit musste er auch entscheiden, ob er nach sieben Jahren als Vize von Barack Obama noch einmal ins Rennen um die Präsidentschaft einsteigen würde. Nach Monaten des Zauderns verzichtete Biden, weil er sich mitten in der Trauer um seinen Sohn nicht den Strapazen eines Wahlkampfes aussetzen wollte.

Über Bidens Karriere lag stets der Schleier der Tragik. Kaum etwas hat Biden glücklicher gemacht als die Entscheidung Obamas, ihn als Vizepräsidenten in sein Team zu holen. Biden hatte das Gefühl, einen Freund in Obama gefunden zu haben. Der Präsident hingegen hörte nie auf, mit den kalten Augen des Politprofis auf seinen Vize zu blicken. Vor der Präsidentschaftswahl 2012 gaben Obamas Berater heimlich eine Umfrage in Auftrag, die ermitteln sollte, ob es nicht angeraten sei, Biden vor die Tür zu setzen und Hillary Clinton zum ersten weiblichen Vizepräsidenten zu machen. Biden traf das tief, aber öffentlich verlor er kein böses Wort über seinen Chef.

Die Hierarchie zwischen den beiden Männern war immer eindeutig. Für Biden war der erste schwarze Präsident ein politisches Jahrhunderttalent, dem er voller Dankbarkeit diente. Obama schätzte Bidens Loyalität, aber er sah immer die Defizite seines fast 30 Jahre älteren Kollegen. Als junger Senator musste er einmal einem der legendär langatmigen Vorträge Bidens lauschen. Er schob damals einem Berater einen Zettel zu, auf dem stand: »Erschieß. Mich. Sofort.«

Wie groß das Gefälle ist, zeigte sich noch einmal auf dem Parteitag der Demokraten im August. Biden hielt dort eine solide und fehlerfreie Rede, was in der Partei für Erleichterung sorgte; Obama lieferte dagegen ein Gesamtkunstwerk ab, in dem sich alles harmonisch fügte: Inhalt, Dramaturgie, Tonlage, selbst der leise Seufzer am Ende der Rede, mit dem der ehemalige Präsident seine Verzweiflung über die Lage des Landes ausdrückte.

Bidens Kampagne ist der Versuch, aus Defiziten eine Tugend zu machen. Seit Beginn des Wahlkampfes sprach Biden immer wieder über das Stottern, das ihn als Kind plagte und das heute noch manchmal dafür sorgt, dass er über ein Wort stolpert.



Chip Somodevilla / Getty Images

Die Coronakrise ist fast ein Geschenk für Biden – seinen **Wahlkampf** kann er gewissermaßen im Schonprogramm führen.

Er erzählte von seiner Mutter Catherine, die ihm sagte, dass er sich von den Hänseleien seiner Mitschüler und Lehrer nicht unterkriegen lassen dürfe. Es war eine Geschichte, die so viele Menschen berührte, dass sein Wahlkampfteam schließlich einen Jungen aus New Hampshire auf dem Demokratischen Parteitag reden ließ, der selbst Stotterer ist und dem Biden Mut zugesprochen hatte.

Im Wahlkampf hat Biden seine stärksten Momente, wenn er auf Amerikaner trifft, die einen geliebten Menschen verloren haben. Im August vergangenen Jahres besuchte er Boone, ein verschlafenes Städtchen in den Maisfeldern Iowas. Nach der Rede trat Gary Craven auf Biden zu und erzählte von seinem Sohn, der im Alter von 47 Jahren an den Folgen einer Alkoholsucht gestorben war. Biden legte ihm die Hand auf die Schulter und hörte zu. Als seine Leute zum Aufbruch drängelten, fragte Biden: »Kriege ich deine Telefonnummer? Ich ruf dich aus dem Auto an.«

Ein paar Tage später klingelte tatsächlich Cravens Handy. »Es war nur ein kurzes Telefonat«, erzählt der pensionierte Elektriker am Telefon. »Joe Biden hat mir gesagt, dass ich nicht aufgeben soll.« Der Anruf des ehemaligen Vizepräsidenten hat den Mann zutiefst berührt. »Biden sorgt sich um Menschen«, sagt Craven. »Er ist ganz anders als dieser Typ im Weißen Haus.« Er liest dann noch die Widmung vor, die Biden ihm später in ein Buch geschrieben hat: »Es tut mir so leid, dass wir zu derselben Bruderschaft gehören. Aber wir werden die Erinnerung an unsere Jungs im Herzen behalten. Verlier nicht den Mut! Joe.«

In Bidens Erzählung liegt Trump wie ein böser Fluch auf Amerika, der sich lösen wird, sobald der Präsident das Weiße Haus geräumt hat. »Es gehört zum Wesenskern von Joe Biden, dass er glaubt, überparteiliche Kompromisse seien möglich«, sagt sein Biograf Jules Witcover. »Biden ist ein grundoptimistischer Mensch und davon überzeugt, dass es möglich ist, politische Fronten aufzubrechen.«

Es ist vielleicht der naivste Teil von Bidens Kampagne. Schon Obama hat nach seinem Wahlsieg im Jahr 2008 versucht, Kompromisse mit den Republikanern zu schließen. In den Augen vieler Demokraten war dies der Grundfehler seiner Präsidentschaft, weil er dadurch zwei wertvolle Jahre verplemperte, in denen seine Partei die Mehrheit in Senat und Repräsentantenhaus in den Händen hielt.

»Der Kern der Republikaner ist zu einer extrem rechten Partei geworden, die Biden als ihren Feind betrachtet«, sagt Podesta. Wenn Biden etwas erreichen wolle, dann müsse er die Mehrheit im Senat erobern



Selbst seine Gegner würden nicht behaupten, dass **Donald Trump** die Energie für den Wahlkampf fehlt.

und dort das Instrument des Filibuster abschaffen, das es der Minderheit erlaubt, missliebige Gesetze zu blockieren.

Sollte Biden die Wahl gewinnen, wird er sich erst einmal um die Innenpolitik kümmern müssen. Um die katastrophalen Folgen der Viruskrise, um die Millionen Arbeitslosen. Die billionenschweren Hilfspakete haben die schlimmsten ökonomischen Verwerfungen der Pandemie abgedämpft, dennoch will die Wirtschaft nicht so recht anspringen – mit der Folge, dass in den nächsten Monaten Hunderttausende Amerikaner auf der Straße landen könnten.

»Die Frage ist, ob Biden sich überhaupt um Außenpolitik kümmern kann«, sagt Vali Nasr, der unter Obama im State Department gearbeitet hat und heute an der Johns-Hopkins-Universität lehrt. Er halte es für denkbar, dass Biden nur über außenpolitische Grundfragen entscheide und den Rest an einen Minister delegiere. Entscheidende Pflöcke hat Biden bereits jetzt eingeschlagen: Er würde als Präsident wieder dem Pariser Klimaabkommen beitreten und den Nukleardeal mit Iran belegen, der in der Amtszeit Obamas ausgehandelt worden war und den Trump im Mai 2018 aufgekündigt hat.

Schon vor mehr als einem Jahr hat Biden Nicholas Burns in sein Team geholt, der als US-Botschafter bei der Nato diente und neuer Außenminister werden könnte. Anthony Blinken, der schon für Biden arbeitete, als dieser noch Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im US-Senat war, gilt als Favorit für den Posten des Nationalen Sicherheitsberaters. Und mit Michèle Flournoy könnte erstmals eine Frau an die Spitze des Pentagons rücken. Die Harvard-Absolventin diente in der Regierungszeit Obama drei Jahre lang als Staatssekretärin im Verteidigungsministerium – und drängt heute darauf, dass die Deutschen mehr außenpolitische Verantwortung übernehmen.

Biden selbst findet, dass Angela Merkel in der Vergangenheit zu nachsichtig mit

dem Kreml umgegangen ist. Im Februar 2015 reiste Biden zur Münchner Sicherheitskonferenz, die in jenem Jahr von der Ukrainekrise überschattet wurde. Im Osten des Landes standen bereits seit knapp einem Jahr prussische Rebellen, und Biden versuchte Obama davon zu überzeugen, der Ukraine panzerbrechende Waffen zu liefern, um sich gegen die Invasoren zur Wehr setzen zu können.

Die Kanzlerin hielt die Idee für gefährlich und ließ das in München auch durchblicken, während Biden im Publikum saß. »Ich war enttäuscht, als Merkel es rundheraus ablehnte, auch nur darüber nachzudenken, Waffen an die unterlegende ukrainische Armee zu liefern«, schreibt Biden in seinen Memoiren. Als Reaktion ließ er seine eigene Rede noch einmal umschreiben und verlieh ihr einen deutlich schärferen Ton. Am Ende blieben es leere Worte. Merkel setzte bei Obama durch, dass die Ukraine keine Waffen geliefert bekommt. So gesehen hat die Kanzlerin dem Vizepräsidenten eine empfindliche Niederlage beigebracht.

Allein deshalb gäbe es Gesprächsbedarf zwischen der Bundesregierung und Bidens Wahlkampfteam. Aber weil der Kandidat panische Angst davor hat, dass Trump den Vorwurf erhebt, sein Gegner stehe unter dem Einfluss fremder Mächte, hat er seinen Leuten strengstens untersagt, vor der Wahl mit ausländischen Diplomaten zu verkehren. Es ist die letzte absurde Wendung in einem Wahlkampf, der keinen Mangel an Kuriositäten aufweist: Weil der amtierende Präsident wohl mithilfe des Kreml ins Amt kam, dürfen Bidens Leute nicht einmal mit den Vertretern eines Landes sprechen, das seit Jahrzehnten einer der engsten Partner der USA ist.

Wenn Trump und Biden am Dienstag die Bühne der Case Western Reserve University in Cleveland betreten, um 21 Uhr Ortszeit, drei Uhr früh in Deutschland, werden zwei Gegensätze aufeinanderprallen – hier ein wütender Narzisst, der die Weltordnung zertrümmern will; dort ein alternder Gentleman, der das Vertrauen der Verbündeten in die USA zurückgewinnen möchte.

Trump hat schon erklärt, er bereite sich auf die Debatte kaum vor und werde sich stattdessen auf seine Erfahrung als Präsident verlassen. Biden fürchtet, in einen Nahkampf verwickelt zu werden. Er hoffe, er werde nicht in eine Rauferei hineingezogen, sagte er vor zwei Wochen. »Das ist nämlich die einzige Situation, in der sich Trump wohlfühlt.« Andererseits hat Bidens lange politische Erfahrung seine guten Seiten: Auf seinen vielen Reisen ins Ausland hat er gelernt, wie man mit Despoten umgeht.

Kampf um Suburbia

Gesellschaft Donald Trump braucht die Wähler in Amerikas Vororten, wenn er im November gewinnen will. Doch ausgerechnet dort bröckelt die Unterstützung für den Präsidenten.

Der Tag, an dem Jack Spielman wusste, dass er nie mehr für Donald Trump stimmen wird, war der 19. November 2019. Im Fernsehen liefen Berichte über die Ukraine-affäre des Präsidenten. Donald Trump wurde vorgeworfen, den ukrainischen Präsidenten erpresst zu haben, um im Gegenzug Munitio n im Wahlkampf gegen seinen Herausforderer Joe Biden von den Demokraten zu bekommen. Jack Spielman sah im Fernsehen, wie ein Oberstleutnant der US-Armee vor dem Kongress auftrat und Trump in der Affäre schwer belastete.

Spielman sagt, er sei entsetzt darüber gewesen, wie Trump und andere Republikaner den Offizier Alexander Vindman attackierten. Sie nannten Vindman einen Wichtigstuer und Verräter. »Das war zu viel«, sagt Spielman. Der Mann habe seine Pflicht getan und sei dafür auf üble Weise von Trump niedergemacht worden. »Da war für mich Schluss.«

Spielman ist 60 Jahre alt und diente mehr als 25 Jahre lang in der Armee. Er hat im Kuwait-Krieg gekämpft. Jetzt sitzt er am Küchentisch seines Hauses in Macomb County, 20 Autominuten von der Innenstadt Detroit im US-Bundesstaat Michigan entfernt, und berichtet über seine Wandlung vom treuen Republikaner und Trump-Wähler zum Gegner des Präsidenten. Er klingt wie jemand, der aus einer Sekte aussteigt.

Er habe 2016 für Trump gestimmt, weil er sich frischen Wind in Washington versprach. Doch bald nach der Wahl habe die Enttäuschung eingesetzt. »Ich hatte gehofft, dass wir Trump, den erfolgreichen Geschäftsmann als Präsidenten bekommen. Aber wir haben den Trump aus der Gameshow bekommen«, sagt Spielman.

Am 3. November will Spielman zum ersten Mal in seinem Leben für einen demokratischen Kandidaten stimmen. Er hat sogar ein Werbevideo aufgenommen, in dem er sich für Joe Biden starkmacht.

Spielmans Wandlung ist eine gute Nachricht für Biden und eine schlechte für Trump – und das liegt auch an Spielmans Wohnort. Er lebt mit seiner Frau in einem Vorort von Detroit, in einem Bungalow mit Doppelgarage und zwei Autos. Der Rasen wirkt wie mit einer Nagelschere geschnitten. Gut die Hälfte aller amerikanischen Wähler lebt in solchen Suburbs. Deren Bewohner sind die wahrscheinlich am

härtesten umkämpfte Gruppe, sie könnten entscheiden, wer der nächste Präsident wird. Und es spricht einiges dafür, dass etliche von ihnen mit Donald Trump abgeschlossen haben.

In den Suburbs ist die Mittelklasse zu Hause, tendenziell konservativ, gebildet, mit sechsstelligem Einkommen und einem Haus mit Garten. Zur Arbeit, zum Einkaufen oder zum Fitnessstudio fährt man mit dem Auto. Die Kinder gehen auf gute Schulen, am Wochenende trifft man sich mit den Nachbarn in der Kirche, beim Barbecue oder zum Baseballgucken.

Seit Wochen zielt Trump auf diese Vorstadt wähler. Mit einer Law-and-Order-Kampagne will er ihnen Angst vor einem möglichen Biden-Sieg einjagen. Auch den Kampf um die Nachfolge der verstorbenen Richterin am Supreme Court, Ruth Bader Ginsburg, will er nutzen, um moderate

»Ich schäme mich für diesen Präsidenten«, sagt ein einstiger Trump-Wähler.

Vorstadt wähler anzusprechen. Er setzt darauf, dass sie es schätzen, wenn er das Oberste Gericht mit einer konservativen Mehrheit über Jahre hinaus besetzt.

In Macomb County, Jack Spielmans Wahlkreis, gewann Trump im Jahr 2016 mit 53,6 Prozent der Stimmen gegen Hillary Clinton. Zuvor hatte zweimal der Demokrat Barack Obama gewonnen. Trumps Erfolg trug dazu bei, dass er Michigan mit einem knappen Vorsprung von nur etwa 11 000 Stimmen erobern konnte – und damit den Gesamtsieg einfuhr.

Heute sieht es schlechter aus. In den meisten Erhebungen für Michigan liegt Biden im Durchschnitt mehr als sechs Prozentpunkte vor Trump.

Seine Enttäuschung über Trump sitzt tief, sagt Jack Spielman. Trumps Art, das Land zu spalten, sein Versagen in der Corona-Pandemie, seine Lügen, das alles gehe den Menschen höllisch auf die Nerven. Spielman findet, dass Trump täglich gegen die Werte verstoße, die Menschen aus der Mittelschicht wichtig seien: Anstand, Mitmenschlichkeit, Respekt. »Wir sind ordentliche Leute«, sagt

Spielman. »Ich schäme mich für diesen Präsidenten.«

Einige Kilometer weiter sitzt Cecil St. Pierre in seinem Büro in einem kleinen Flachbau an einer der Ausfallstraßen. Links gibt es eine Tankstelle, dahinter ein Fast-Food-Restaurant. Dann einen Golfplatz. Der Verkehr rollt gerade aus der Stadt heraus, es ist Feierabendzeit.

St. Pierre ist Anwalt und im Nebenberuf Chef von Trumps Republikanern in Macomb County. Eigentlich zählt es kurz vor der Präsidentenwahl zu seinen Aufgaben, Optimismus zu verbreiten. Doch er ist unsicher, ob die Sache für seinen Kandidaten gut ausgehen wird. Trump könne es sich nicht leisten, Wähler zu verlieren, sagt St. Pierre. »Ich mache mir da echt Sorgen.«

Da sei zum Beispiel seine Frau Lisa. Vor vier Jahren habe sie noch begeistert für Trump gestimmt. Nun stehe sie auf der Kippe. Ihr gefalle Trumps Stil nicht, seine Art, Menschen herabzuwürdigen.

Und dann war da neulich dieser Vater mit seinen Kindern. St. Pierre und seine republikanischen Mitstreiter standen in einem Park, um Eis an Familien zu verteilen und für Trump zu werben. Der Mann kam, nahm das Eis für seine Kinder und klagte sein Leid: 2016 habe er gern für Trump gestimmt. Doch jetzt wolle er nicht mehr, weil sich der Präsident zu schlecht benehme. Wohin er auch schaue, sagt St. Pierre, sehe er Zweifel und Zögern. »Ich hoffe, ich irre mich.«

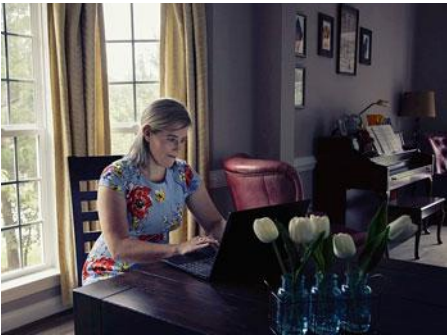
Ein weiteres Problem für die Republikaner: Die Suburbs werden unberechenbarer. Zwar leben in vielen der bessergestellten Vororte überwiegend Weiße, doch etliche Regionen werden vielfältiger, mit immer mehr Schwarzen oder hispanischen Bewohnern.

Zur Zeit von US-Präsident Bill Clinton galt noch die Faustregel seines Wahlkampfberaters James Carville: Die Wahlen werden durch die Wirtschaftspolitik entschieden – die Mittelschicht will wissen, dass ihre Einkommen sicher sind. »It's the economy, stupid«, lautete Carvilles Mantra. Doch seit einigen Jahren ist diese Rechnung nicht mehr so einfach. Gesellschaftspolitische Themen nehmen mehr Raum ein, die Stimmung erscheint diffuser.

Als Lehrbeispiel gelten die Zwischenwahlen für den US-Kongress 2018. Damals kassierten die Republikaner vielerorts eine kräftige Niederlage, zwei Jahre nach der Präsidentschaftswahl. Selbst in einstigen Hochburgen büßten sie Stimmen ein. Und das, obwohl die Arbeitslosigkeit niedrig war und die Wirtschaft ausgezeichnet lief. Gerade Wähler aus der Mittelschicht wollten dem Präsidenten einen Denkkzettel für seine chaotische Regierungsführung verpassen. Die Demokraten eroberten die Mehrheit im Repräsentantenhaus und einige Gouverneursposten.



Sean Proctor / DER SPIEGEL



JEFF RICHY / DER SPIEGEL



JEFF RICHY / DER SPIEGEL

Biden-Anhänger Spielman, Kendall (u. I.), Trump-Unterstützerin Powers

»Wir haben den Trump aus der Gameshow bekommen«

Für einen Sieg Joe Bidens würde es ausreichen, wenn er die Ergebnisse der Zwischenwahlen von 2018 im November quasi wiederholen würde. Er hätte dann eine klare Mehrheit im Wahlmännergremium, das den Präsidenten wählt. Trump will das verhindern. Derzeit vergeht kaum ein Tag, an dem der Präsident nicht in den umkämpften Staaten unterwegs ist. Kleine Vororte können die Wahl entscheiden, so wie im Bundesstaat North Carolina.

Hier, nördlich von Charlotte, beginnt der amerikanische Vorstadttraum an der Interstate 77, kurz hinter der Ausfahrt 25. Endlose Siedlungen mit weißen Villen reihen sich aneinander, die Straßen heißen Sunset Drive oder Troubadour Lane. Neben dem Whole-Foods-Supermarkt, in einem kleinen Park, macht eine Gruppe mittelalter Frauen Yogäbungen. An den Elektroladestationen stehen ihre Teslas bereit. Vom Starbucks weht der Duft von frisch gebrühtem Kaffee herüber.

North Carolina war lange in den Händen der Republikaner. 2016 gewann Donald Trump den Staat mit einem Vorsprung von rund vier Prozentpunkten vor Hillary

Clinton. Zur selben Zeit konnten die Demokraten hingegen den Gouverneursposten knapp erobern. Inzwischen sind die Vororte von Charlotte zu wichtigen Kampfplätzen geworden. Die Umfragen sehen ein Kopf-an-Kopf-Rennen in ganz North Carolina voraus. Schon Zugewinn von einigen Tausend Stimmen könnten für die Demokraten ausreichen, um den Staat zu erobern.

Besonders hart umkämpft sind die weiblichen Wähler. Untersuchungen haben ergeben, dass Frauen bei den Zwischenwahlen 2018 mehrheitlich die Demokraten wählten. Laut einer Umfrage von »Wall Street Journal« und NBC News aus dem Sommer würden 56 Prozent der Vorstadtbewohnerinnen für Biden stimmen, nur 39 Prozent für Trump.

Viele Wählerinnen fühlen sich abgeschreckt vom Verhalten des Präsidenten, der immer wieder gegen Frauen giftet. Zudem stehen noch etliche Vorwürfe gegen Trump im Raum, Frauen sexuell bedrängt zu haben. Trump streitet die Vorwürfe ab.

Auch für Beth Kendall, 37, spielt Trumps Umgang mit Frauen eine große Rolle. Die studierte Medizinerin lebt mit

ihrem Mann vor den Toren von Charlotte. Früher habe sie sich nicht besonders politisch engagiert, sagt Kendall. Doch mit der Wahl 2016 habe sich für sie alles geändert. »Das war für mich ein Schock«, sagt sie.

Kendall fand es unerträglich, dass ein Mann mit Trumps Auftreten Präsident werden konnte. Sie begann, sich bei den Demokraten zu engagieren. Nun ist sie Vorsitzende eines Parteiverbands und kämpft dafür, Trump aus dem Weißen Haus zu vertreiben. Am Tag von Ginsburgs Tod hat Kendall damit begonnen, »Biden«-Werbeschilder für den Vorgarten zu verteilen, gegen eine kleine Spende. 100 Schilder seien in wenigen Stunden weggegangen. »Die Leute hier wollen keine Rückkehr in die gesellschaftspolitische Steinzeit«, sagt sie.

Derzeit liegt Biden landesweit im Schnitt sieben Prozentpunkte vor Trump. Bidens Team ist davon überzeugt, dass sich die Bewohner der Suburbs für Themen interessieren, die Trump vernachlässigt, für ein gutes Gesundheitssystem, für den Kampf gegen den Klimawandel.

Während der Waldbrände in Kalifornien schrieb Biden an Donald Trump per Twitter: »Wissen Sie, was unsere Vororte wirklich bedroht? Feuer, Hochwasser, Hurrikans. Wir müssen gegen den Klimawandel kämpfen. Jetzt!« Aber auch im Biden-Lager wissen sie: Die Wahl ist nicht gelaufen. Es gibt selbst in den Suburbs noch Wähler, die hinter dem Präsidenten stehen, trotz allem. So wie Allison Powers.

Powers ist 62, Ingenieurin und lebt in Union County, einem Vorort im Südosten von Charlotte. Sie ist Republikanerin und begeisterte Anhängerin des Präsidenten. Ihr Büro sieht aus wie ein Trump-Fanshop. Es gibt eine Pappfigur von Trump, Aufkleber, Trump-Plakate und rote Trump-Mützen. Besuch empfängt sie wegen der Pandemie mit einer blauen Maske im Gesicht. Darauf in großen Buchstaben: Trump.

»Die Medien versuchen, Trump niederzumachen, sie stellen ihn falsch dar«, sagt sie. Der Präsident habe Jobs geschaffen und die Pandemie perfekt gemanagt. »Er hat gegen das Virus getan, was er konnte.«

Powers glaubt, dass Joe Biden nicht in der Lage sei, die USA vor dem Abrutschen in die Anarchie zu bewahren. »Er ist nicht stark genug, um sich gegen die extremen linken Kräfte in seiner Partei durchzusetzen.« Außerdem könne nur Trump die Wirtschaft nach der Corona-Pandemie wieder in Gang bringen. Und nur er verspreche den Schutz ungeborenen Lebens und sei gegen Abtreibung, was viele Christen in den Vorstädten unterstützten.

Aber wenn man Allison Powers fragt, die größte Trump-Anhängerin in North Carolina, ob ihr Idol den Bundesstaat gewinnen wird, denkt sie eine Weile nach. Dann sagt sie: »Ich bin nicht sicher.« Roland Nelles

Deutschland



Dem Tod entronnen Nach 32 Tagen in stationärer Behandlung ist der vergiftete russische Oppositionsführer Alexej Nawalny aus der Berliner Charité entlassen worden. Während der 44-jährige Kremlkritiker im Koma lag, soll die Regierung in Moskau sein Vermögen eingefroren haben.

Polizisten droht Gehaltsverlust

Rechtsextreme Chatgruppen Verdächtige Beamte könnten bis zu 50 Prozent der Dienstbezüge verlieren.

● Im Zusammenhang mit mutmaßlich rechtsextremen WhatsApp-Gruppen unter nordrhein-westfälischen Polizisten möchte das Innenministerium den Beschuldigten das Gehalt kürzen. »In den Fällen, in denen Beamte mit dem Ziel der Entfernung aus dem Dienst suspendiert wurden, ist eine Einbehaltung von bis zu 50 Prozent der Dienstbezüge möglich«, teilt das Ministerium mit. Die Höhe der Kürzung hänge von den wirtschaftlichen Verhältnissen der Beamten

ab, es werde dabei »der Bedarf ihrer Familien berücksichtigt«. Derzeit gebe es eine »individuelle Prüfung«.

31 Polizistinnen und Polizisten sind in dem Fall inzwischen suspendiert, sie sollen in Chats Fotos von Hakenkreuzen und Hitler verschickt und empfangen haben. Laut Innenministerium habe es in der Vergangenheit »in einem anderen Zusammenhang gegen einen der beteiligten Beamten einen Verweis wegen einer beleidigenden Äußerung« gegeben. Hin-

sichtlich möglicher rechtsextremer Äußerungen lägen jedoch für niemanden aus dem Kreis der Beschuldigten »disziplinar- oder strafrechtliche Erkenntnisse« vor. Seit Bekanntwerden des Skandals vorige Woche haben sich offenbar zahlreiche Polizisten mit Informationen zu möglicherweise ähnlichen Fällen in den eigenen Reihen gemeldet. Die Ermittler gehen derzeit weiteren 16 Hinweisen auf rechtsradikale oder rassistische Äußerungen unter Beamten nach. LE

EU-Charta

Sozialminister sperrt sich gegen Sozialrechte

● Bundessozialminister Hubertus Heil (SPD) spricht sich dagegen aus, ein neues »Recht auf Wohnen« und ein »Recht auf Schutz gegen Armut und soziale Ausgrenzung« per Gesetz festzuschreiben. Das geht aus dem Entwurf hervor, mit dem die Bundesregierung die revidierte Europäische Sozialcharta in deutsches Recht umsetzen will. Das Sozialministerium begründet seine Ablehnung unter anderem damit, dass die Regelungen »nicht ausreichend konturiert« seien. Der

Bundestag muss das Völkerrechtsabkommen ratifizieren, mit dem der Europarat soziale Grundrechte definiert. Bislang hat Deutschland das Abkommen nur unterzeichnet, die Vorgaben sind daher nicht bindend. Im Oktober könnte der Sozialausschuss des Bundestags über das Vorhaben beraten. Die Debatte darum schwelt seit Jahren. Sozialverbände greifen Heil für die löchrige Übernahme der Charta scharf an – vor allem weil Deutschland derzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehat. Das Bundessozialministerium erklärt dazu, seine »rechtstechnischen Vorbehalte« beruhen »keinesfalls auf einer politischen Distanz zu den Grundanliegen«. cos

Gesundheitssystem

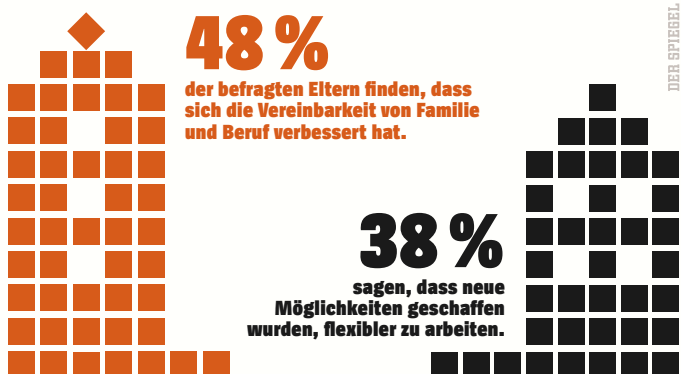
Höhere Pflegesätze

● Die Pflegesätze in Heimen dürften in den kommenden Jahren weiter steigen. Das ergibt die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der pflegepolitischen Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion Kordula Schulz-Asche. Bis Sommer 2021 sei insgesamt mit monatlichen Mehrausgaben in Höhe von durchschnittlich 20 bis 40 Millionen Euro zu rechnen. Bis April 2022 mit 50 bis 60 Millionen mehr im Monat, ab dem zweiten Quartal dessel-

ben Jahres mit 80 Millionen, heißt es in der Antwort. Daraus ergeben sich Steigerungen bei den Pflegesätzen von 20 bis insgesamt 100 Euro im Vergleich zum Niveau von April 2020. Grund für die Mehrkosten ist eine Verordnung des Bundesarbeitsministeriums, nach der die Mindestlöhne in der Pflege stufenweise steigen sollen. Demnach sollen examinierte Altenpflegekräfte ab Juli 2021 mindestens 15 Euro pro Stunde erhalten. Pflegehilfskräfte erhalten seit Mai in Westdeutschland mindestens 11,35 Euro, in Ostdeutschland 10,85 Euro. MFH

Nachgezählt

Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch betriebliche Maßnahmen während der Pandemie



Quelle: IfD-Allensbach-Umfrage für das Bundesfamilienministerium zwischen 16. April und 3. Mai: 1493 Eltern mit Kindern unter 15 Jahren, Mehrfachnennungen möglich

Alexander Neubacher Die Gegendarstellung

Corona-Maulhelden



Deutschland erlebt den schlimmsten Wirtschaftseinbruch seit Jahrzehnten, Hunderttausende sind in Kurzarbeit, die Regierung macht Schulden wie nie. Doch in einem Paralleluniversum namens Ver.di hat man von der Krise offenbar nichts mitbekommen. Die Gewerkschaft will mehr Geld für den öffentlichen Dienst: plus 4,8 Prozent Gehaltszuschlag, mindestens 150 Euro zusätzlich im Monat, außerdem die 39-Stunden-Woche in Ostdeutschland. Damit keiner denkt, es könne sich bei diesen Forderungen doch nur um einen schlechten Scherz handeln, ruft Ver.di zu Warnstreiks auf: bei Bus und Straßenbahn, im Jobcenter, bei der Müllabfuhr. Eltern mit kleinen Kindern müssen sich wohl darauf einstellen, demnächst draußen vor der verschlossenen Kita-Tür zu stehen, weil die Ver.di-Truppe drinnen den Arbeitskampf probt.

Wie kommt man als Gewerkschaftsfunktionär auf die Idee, ein Land zu piesacken, das gerade mühsam versucht, in einen halbwegs normalen Alltag zurückzufinden? Womöglich liegt es an einer Fehlwahrnehmung der öffentlichen Meinung. Nachdem den Beschäftigten im Gesundheitswesen zuletzt viel gedankt wurde, hält der neue Ver.di-Chef Frank Werneke die Stimmung für günstig, um mehr rauszuschlagen. Motto: Klatschen allein reicht nicht, Deutschlands Corona-Helden wollen Geld.

Nun stimmt es, dass einige Ver.di-Berufsgruppen im öffentlichen Dienst wegen Corona hart arbeiten. Aber längst nicht alle. Nicht mal etwa jeder Fünfte im Ver.di-Kosmos arbeitet in Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen. Und selbst von diesen dürften viele bis heute keinen einzigen echten Corona-Patienten gesehen haben, weil es in den Kliniken insgesamt ja glücklicherweise zu keinem Zeitpunkt mehr als ein paar Tausend Intensivfälle gab.

Wie kommt man auf die Idee, ein Land zu piesacken, das um Normalität kämpft?

Die Mehrheit der Ver.di-Leute sitzt in der öffentlichen Verwaltung, also dort, wo gewiss nicht mehr getan wird als in der Privatwirtschaft. Im Homeoffice eher weniger, wenn man bedenkt, wie dürftig die Ausstattung vieler Ämter mit portablen Computern und externen Internetzugängen ist. Kurzarbeit war oder ist für die öffentliche Verwaltung kein großes Thema. Viele saßen mit vollen Bezügen einfach zu Hause.

Und schließlich vertritt Ver.di noch einige Hunderttausend Beschäftigte bei Versorgungsbetrieben, Flughäfen, Sparkassen. Ehrbare Berufe. Doch dass in einer Sparkassenfiliale vor Dankbarkeit geklatscht wurde, ist meines Wissens nicht vorgekommen.

Mein Eindruck ist, dass Corona-Maulheld Werneke die Arbeit seines Vorgängers Frank Bsirske fortsetzt. Der war dafür bekannt, in Tarifkämpfen mit spektakulären Forderungen zu starten, um am Ende erstaunlich wenig zu erreichen. Die Zahl der Ver.di-Mitglieder ging unter ihm derweil um etwa ein Drittel zurück. Wohingegen in den vergangenen Jahren die Mitgliederzahl bei der Metall-Gewerkschaft stieg.

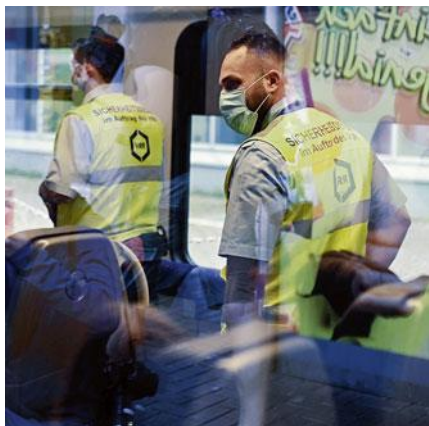
An diese Tradition knüpft Werneke an. Da passt auch sein Spitzname: Frank der Zweite.

An dieser Stelle schreiben Markus Feldenkirchen und Alexander Neubacher im Wechsel.

Maskenpflicht

Verkehrsbetriebe müssen kein Bußgeld eintreiben

● Die Mehrzahl der Bundesländer weigert sich, ihre Verkehrsbetriebe anzuweisen, bei Verstößen gegen die Maskenpflicht auch Bußgelder zu kassieren. Das ist das Ergebnis einer Schaltkonferenz der Landesverkehrsminister am Mittwoch. Ursprünglich wurde mit Bundeskanzlerin Angela Merkel auf der letzten Ministerpräsidentenkonferenz im August vereinbart, neben einheitlichen Mindeststrafen auch die Erhebung der Bußgelder in den Verkehrsunternehmen zu regeln. In einer gemeinsamen Erklärung unter anderem der Länder und des Bundesverkehrsministeriums heißt es: »Das Erheben von Bußgeldern bei Verstößen gegen die Maskenpflicht bleibt Aufgabe der zuständigen Behörden.« Die Weigerung dürfte am kommenden Dienstag zu Diskussionen führen, wenn sich die Landeschefs mit Merkel wieder über das Vorgehen in der Pandemie austauschen. Die Kanzlerin ist zunehmend frustriert, weil sich einige Bundesländer gegen strengere Maßnahmen in der Pandemiebekämpfung wehren. Der niedersächsische CDU-Verkehrsminister Bernd Althusmann begründet seine Ablehnung mit der Sicherheit der Beschäftigten im öffentlichen Personennahverkehr. »Die Mitarbeiter werden leider immer wieder von der kleinen, aber notorischen Minderheit von Maskenverweigerern rüde, mitunter gewaltsam angegangen«, sagt er, »deshalb halte ich wenig davon, dass sie das Bußgeld eintreiben.« Dafür seien die Ordnungsämter oder die Polizei zuständig, so Althusmann. Es sei manchmal bereits riskant, wenn Busfahrer oder Zugschaffner Maskenmuffeln das Einsteigen oder die Weiterfahrt untersagen. CTE, GT



Kontrolle in Regionalbahn

Chappattes Welt

TRUMPS VORSTELLUNGSGESPRÄCHE FÜR DEN SUPREME COURT



Coronakrise

»Die Sorge nimmt zu, das Händewaschen ab«



M. Popow / imago images

Der Gesundheitsökonom Jonas Schreyögg, 44, Wissenschaftlicher Direktor am Hamburg Center for Health Economics, über neue Umfragedaten zur Pandemie aus sieben EU-Staaten

SPIEGEL: Ihr Institut hat gemeinsam mit ausländischen Universitäten im April, Juni und September Einstellungen zur Pandemie repräsentativ abgefragt: bei Deutschen, Briten, Dänen, Niederländern, Franzosen, Portugiesen und Italienern. Was ist das wichtigste Ergebnis?
Schreyögg: Die Impfbereitschaft ist in allen sieben Ländern im September im Vergleich zum Juni weiter gesunken. Sie liegt zwischen 48 Prozent in Frankreich und 74 Prozent in Dänemark. In Deutschland wären 57 Prozent der Befragten bereit zu einer Impfung. Im April waren es noch 70 Prozent.
SPIEGEL: Weltweit sind fast eine Million Menschen am Virus gestorben, und in Europa sinkt die Impfbereitschaft?
Schreyögg: Ja, wobei die Impfbereitschaft stark kulturell geprägt ist. Sie ist in Dänemark oder Großbritannien von einem sehr hohen Niveau auf ein immer noch hohes Niveau gesunken, in Großbritannien von 79 auf 72 Prozent. Eine Ursache ist der Zweifel an der Sicherheit eines Impfstoffs. Unsere Daten zeigen:

Je höher das Vertrauen in staatliche Informationen ist, desto höher ist die Impfbereitschaft. Bei Menschen mit geringem Vertrauen nimmt die Impfbereitschaft dagegen seit Beginn der Pandemie ab. In Deutschland waren im April nur 10 Prozent der Befragten strikt gegen eine Impfung. Jetzt sind es 21 Prozent.

SPIEGEL: Gibt es auch andere Ursachen für die steigende Ablehnung?

Schreyögg: Die Impfthematik ist komplex. Die Ablehnung einer Immunisierung ist bei wenig gebildeten Menschen deutlich höher als bei gut gebildeten.

SPIEGEL: Wie wichtig wäre es, dass alle sich impfen ließen?

Schreyögg: Bei Covid-19 geht man davon aus, dass etwa 70 Prozent aller Bürger geimpft sein müssen, um eine Herdenimmunität zu erreichen.

SPIEGEL: Die Angst vor dem Virus scheint ja noch groß: 69 Prozent der befragten Deutschen möchten derzeit lieber nicht in ein Fußballstadion ...

Schreyögg: ... ja, die Sorge nimmt zu. Gleichzeitig zeigen unsere Umfragen, dass das Händewaschen abnimmt, die Leute weniger auf Abstände achten.

SPIEGEL: Setzen sich die Deutschen in irgendeinem Punkt international ab?

Schreyögg: Das Vertrauen in das deutsche Gesundheitssystem ist im Ländervergleich hoch. Nur 32 Prozent der Bürger sind hierzulande besorgt, dass das Gesundheitswesen überlastet ist, allein in Dänemark ist der Wert ähnlich niedrig. In Portugal ist die Sorge um die medizinischen Versorgungskapazitäten mit 74 Prozent am höchsten. AB

Bundeswehr Millionen mangelhafte Corona-Masken

● Die Bundeswehr kämpft mit massiven Qualitätsmängeln bei Millionen Masken, die zum Schutz von Soldaten vor einer Corona-Infektion bestellt wurden. Insgesamt hat die Bundeswehr seit Beginn der Coronakrise im Frühjahr für 47 Millionen Euro rund zehn Millionen Masken vom Typ FFP2 ohne Ventil geordert. Bei Stichproben durch das Wehrwissenschaftliche Institut für Schutztechnologien (WIS) stellte sich jedoch heraus, dass 67 Prozent der gelieferten Masken mangelhaft sind. Laut einem internen Vermerk bestätigte das WIS bei den Masken von rund einem Dutzend Herstellern Qualitätsmängel »wegen unzureichen-

der Filterleistung«. Der Anteil von fehlerhaften Schutzmasken ist wesentlich höher als bei den Großbestellungen des Gesundheitsministeriums, bei denen nur gut 30 Prozent der Masken beanstandet wurden. Die Bundeswehr hat nun die Auftragnehmer aufgefordert, die mangelhaften Masken durch Qualitätsware zu ersetzen, sonst drohen Schadensersatzforderungen. Die tägliche Versorgung der Soldaten und Soldatinnen mit Masken ist trotz der Mängel vorerst nicht gefährdet. Laut einer internen Statistik des Ministeriums verfügt die Bundeswehr derzeit über rund 1,68 Millionen FFP2-Masken ohne Ventil, da Rheinmetall Anfang August rund 1,3 Millionen funktionierende Masken geliefert hat. Für Oktober rechnet die Truppe mit der Lieferung von weiteren 960 000 Schutzmasken des Konzerns. **MGB**

Grünen-Vorschlag Fahrverbot bei Verstoß gegen Tempo 30

● Die grünen Landesverkehrsminister wollen Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) einen Kompromiss bei der gescheiterten Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) vorschlagen. Geht es nach ihnen, soll auch in Tempo-30-Zonen der Führerschein für einen Monat eingezogen werden, wenn der Autofahrer 21 Kilometer pro Stunde zu schnell gefahren ist. Auch bei ähnlichen Verkehrsverstößen müssten die Bußgelder deutlich angehoben werden, heißt es aus Verhandlungskreisen der Grünen. Wer auf anderen Straßen innerorts mit 21 und außerorts mit 26 Kilometern pro Stunde zu schnell geblitzt



werde, müsste seinen Führerschein nicht sofort abgeben, es sei denn, es kommt innerhalb von zwei Jahren zu einem weiteren Verstoß. Bislang hatte Scheuer in seinem eigenen Kompromissvorschlag, der vergangene Woche im Bundesrat gescheitert war, nur ein Jahr festgeschrieben. »Wer mit mehr als Tempo 50 durch eine Tempo-30-Straße rast, darf nicht auf Nachsicht hoffen«, sagt der grüne Verkehrsminister Winfried Hermann aus Baden-Württemberg. Die Bürger müssten sich sicher im Straßenverkehr fühlen. Die StVO-Novelle mit deutlich schärferen Sanktionen für Autofahrer war im April dieses Jahres in Kraft getreten. Wegen eines rechtlichen Formfehlers ist sie zumindest in Teilen unwirksam. Jetzt soll im Bundesrat am 9. Oktober über einen Neuentwurf abgestimmt werden. **GT**



Milos Duric / DER SPIEGEL

Die Augenzeugin

»Bleibt besonnen«

Seit Jahren kämpft Giulia Silberberger, 39, gegen Verschwörungstheorien im Netz, ihre Organisation verleiht einen Negativpreis für abstruse Ideen. Wegen der Pandemie hat sie so viel zu tun wie noch nie.

● »Ich kenne das Gefühl, wenn man Mist glaubt. Wenn man sich selbst belügt, betrügt und störende Teile der Realität ausblendet. Früher war ich Mitglied bei den Zeugen Jehovas, heute bin ich raus aus der Sekte und kämpfe gegen Verschwörungstheorien.

Vor vier Jahren habe ich dafür die gemeinnützige Organisation »Der goldene Aluhut« gegründet. Gemeinsam mit einem Team von etwa 15 Menschen durchforste ich das Internet nach Verschwörungstheorien, dokumentiere sie, suche nach Fakten und ordne sie ein. Gern auch mal mit ein bisschen Humor, denn Inhalte nimmt man meistens besser auf, wenn sie unterhaltsam sind. Viele Verschwörungstheorien finde ich auf Facebook. Ich bin dort Mitglied in 158 Gruppen, die verworrene Ideen verbreiten. Manche Gruppen sind klein, haben nur ein paar Hundert Mitglieder. In anderen, in denen behauptet wird, dass die Erde flach sei, sind es mehr als 130 000.

Ich bin überzeugt, dass ich einen Teil dieser Menschen noch erreichen kann. Deshalb veranstalte ich Workshops, halte Vorträge, gehe in Schulen und fahre normalerweise durch die Republik. Seit sechs Jahren mache ich das nun schon ehrenamtlich. Seit der Pandemie habe ich viel mehr zu tun, für den Rest des Jahres bin ich komplett ausgebucht. Durch die Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen, den angeblichen Sturm auf das Reichstagsgebäude und die QAnon-Bewegung werden viele Verschwörungstheoretiker plötzlich sichtbar. Dabei gibt es das Problem schon seit Langem.

Immer wieder kommen Menschen auf mich zu und fragen nach Tipps, wenn Freunde oder Verwandte plötzlich an Verschwörungstheorien glauben. Ich sage dann: Bleibt besonnen und stellt Fragen, etwa was genau jemand zu wissen glaubt und woher er seine Informationen hat. Und versucht herauszufinden, was der eigentliche Grund hinter dem Abdriften ist.

Im Oktober vergeben wir vom »Goldenen Aluhut« zum sechsten Mal unseren Negativpreis für die absurdesten Ideen. In den vergangenen Jahren ging er beispielsweise an Xavier Naidoo oder Beatrix von Storch. Dieses Jahr haben viele der sogenannten Querdenker gute Chancen zu gewinnen.«

Aufgezeichnet von Christian Volk

Zum Wohl

Neue Regeln für die Geselligkeit in der kalten Jahreszeit

● Angesichts steigender Infektionszahlen bei sinkenden Außentemperaturen empfiehlt der »Arbeitskreis Lage- und Krisenorganisation« (Alko) folgende Maßnahmen, die traditionelle Geselligkeit auch in der Corona-Pandemie gewährleisten sollen:

1. Um Ersatz für das ausgefallene Münchner Oktoberfest zu schaffen, wird die gewonnene Freifläche auf der Theresienwiese kurzfristig in einen Drive-in-Ausschank umgewandelt. Die guten Erfahrungen mit Autokinos zeigen, dass bei Verbleib im eigenen Pkw der Infektionsschutz gewahrt bleibt und dennoch ein erfüllendes Gemeinschaftserlebnis möglich ist.

2. Die Attraktivität von Weihnachtsmärkten muss erhalten bleiben. Für einen unbedenklichen Verzehr von Glühwein in Großgruppen hat das RKI spezielle Masken mit integrierten Trinkhalmen entwickelt. Das Bundesgesundheitsministerium hat bereits zwei Millionen solcher Spezialmasken geordert, sie sollen vor dem Beginn der Glühweinsaison eintreffen.

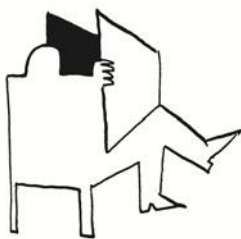
Für den Verzehr von Glühwein hat das RKI Masken mit Trinkhalmen entwickelt.

3. Betriebliche Weihnachtsfeiern müssen in diesem Jahr leider entfallen. Bitte greifen Sie im Kollegenkreis auf die Kolportage von Peinlichkeiten aus den vergangenen Jahren zurück, die gemeinsame Erinnerung daran kann festliche Stimmung

stiften. Plumpe Anmache und längst fällige Ansagen an Vorgesetzte müssen leider aufgeschoben werden. Erst wenn eine Impfung verfügbar ist, wird es wieder möglich sein, sorglos in geselliger Runde den Arbeitsplatz zu gefährden.

4. Das Schöntrinken familiärer Weihnachtsessen bleibt erlaubt.

Kommen Sie gesund durch die stille Zeit! Stefan Kuzmany



Boote in maltesischem Hafen

Goldene Pässe

EU geht gegen Malta, Zypern und Bulgarien vor

● Die EU-Kommission will Anfang Oktober mehrere Vertragsverletzungsverfahren gegen EU-Mitgliedstaaten eröffnen, die finanzstarken Investoren aus Drittstaaten ihre Staatsangehörigkeit verkaufen. Zurzeit bieten Bulgarien, Malta und Zypern sogenannte goldene Pässe an. Zwar falle die Vergabe von Staatsangehörigkeiten in die Kompetenz der Mitgliedstaaten, heißt es in Kommissionskreisen, allerdings sei Brüssel ebenfalls

zuständig, da man mit einem EU-Pass in alle anderen Mitgliedstaaten reisen, sich niederlassen und Geschäfte betreiben dürfe. Weitere Verfahren für einen späteren Zeitpunkt werden für die etwa 20 EU-Länder geprüft, die vereinfacht Aufenthaltsgenehmigungen an Investoren vergeben, sogenannte goldene Visa. Für die »goldenen Pässe« sind Investitionen von 500 000 bis zwei Millionen Euro im jeweiligen Land nötig, wie Untersuchungen zeigen. Die Kommission sieht in den Regeln ein ernstes Sicherheitsrisiko für die EU, da dadurch beispielsweise Geldwäsche oder Korruption erleichtert würden. MP

»Gorch Fock«

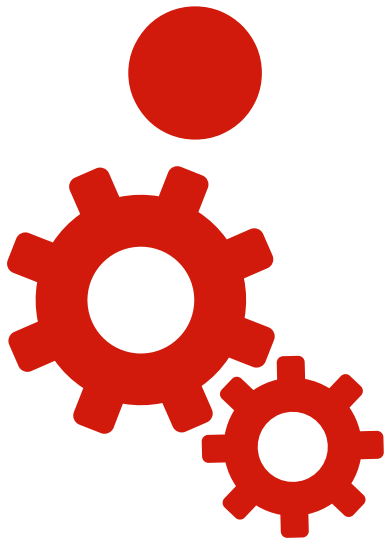
Laptops für Matrosen

● Die Ermittlungen wegen Korruption, Betrug und Untreue im Umfeld der Elsfl ether Werft sind offenbar umfangreicher als bislang bekannt. Die insolvente und inzwischen verkaufte Schiffswerft hatte den Auftrag, den berühmten Marine-segler »Gorch Fock« zu sanieren. Die Staatsanwaltschaft Osnabrück führt nach SPIEGEL-Recherchen inzwischen 105 Ermittlungsverfahren. Neben den früheren Vorständen Klaus W. und Marcus R. wird unter anderem gegen fast alle Besatzungsmitglieder eines weiteren Marineschiffs ermittelt, die von der Werft technische Geräte wie Handys, Laptops und Fernseher angenommen haben sollen. Auch gegen die Verantwortlichen etlicher Subunternehmen führt die Staatsanwalt-

schaft Osnabrück Ermittlungen. Dabei geht es um sogenannte Kickbackzahlungen und weitere Gutschriften für die Elsfl ether Werft. Den Schaden trug die Bundeswehr durch überhöhte Abrechnungen bei mehreren Großaufträgen. Die Sanierung der »Gorch Fock«, deren Kosten von anfangs 10 auf mehr als 130 Millionen Euro gestiegen sind, spielt bei den Ermittlungen hingegen eine nachgeordnete Rolle. Die Kostensteigerung geht offenbar zum Teil auch auf Missmanagement bei der Marine zurück. Die Soko »Wasser« hat inzwischen mehr als tausend Aktenordner und etwa 13 Terabyte Daten ausgewertet. »Wir wollen bis zum 1. April den Großteil des Verfahrens abgearbeitet haben«, sagt der Soko-Leiter Josef Schade. Der Ex-Vorstand der Werft, Marcus R., bestreitet die Vorwürfe. Klaus W. ließ eine Anfrage unbeantwortet. GUD



Deutschland zählt auf den Mittelstand.



Der Mittelstand kann auf uns zählen.

Denn die Sparkasse und ihre Verbundpartner bieten Ihnen das gesamte Spektrum an Finanzdienstleistungen und maßgeschneiderten Lösungen.

Deutsche Leasing 

Die Landesbanken

Die Versicherungen
der Sparkassen

„Deka



Hannes Jung

Bundesminister Scheuer: Hat er beim Einfädeln des Deals gelogen?

Scheuers Foulspiel

Kabinett Der Verkehrsminister muss nächste Woche im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss das teure Scheitern der Pkw-Maut erklären. Vertrauliche Sitzungsprotokolle legen nahe, dass der CSU-Mann nicht die Wahrheit gesagt hat.

Der Bundesverkehrsminister steht vor einer weißen Wand, auf die ein blauer Zug gemalt ist, er hält eine Rede, die Großes verspricht. Er wolle den Trans-Europ-Express aufreisten lassen, verkündet Scheuer, jenen Luxuszug also, der 30 Jahre lang die westeuropäischen Metropolen miteinander verband, bevor er 1987 eingestellt wurde. Ein solches Angebot könne »bis 2025 stehen«, sagt der CSU-Politiker. »Wir müssen den Einstieg jetzt schaffen.«

Scheuer spricht zu Beginn des europäischen Schienengipfels, zu dem sich die EU-Verkehrsminister in einer Videokonferenz zusammengeschaltet haben. »Bahnfahren ist aktiver Klimaschutz«, sagt Scheuer und kündigt eine »Berliner Erklärung« an, ein Bekenntnis zum Schienengüterverkehr. Dann holt er weit aus, es geht um so ziemlich alles, wofür sein Ministerium verantwortlich ist. Als er nach knapp 20 Minuten noch immer spricht, schaut sein Pressesprecher auf die Uhr.

Die Rede am Montag klingt wie eine vorgezogene Bilanz seiner Amtszeit, eine Festschreibung seiner politischen Hinterlassenschaft. Vielleicht war es sogar die letzte Gelegenheit für ein solches Resümee. Schon kommende Woche könnte das politische Schicksal von Andreas Scheuer besiegelt werden.

Am Donnerstag wird er vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur gescheiterten Pkw-Maut aussagen, und es steht ein schwerwiegender Verdacht im Raum: Hat der Bundesverkehrsminister beim Einfädeln des Deals gelogen? Vertrauliche Dokumente, die dem SPIEGEL vorliegen, legen das nahe. Die SPD hat im Vorfeld bereits mehrere rote Linien für die Befragung des CSU-Ministers aufgezeigt. Werden sie überschritten, dürfte Scheuer als Minister nicht mehr zu halten sein.

Im Mittelpunkt stehen Geheimgespräche des Politikers mit den Bossen des Betreiberkonsortiums. Der SPIEGEL hat diese Besprechungen bereits im vergangenen Herbst öffentlich gemacht (39/2019). Nun offenbaren vertrauliche Sitzungsprotokolle in gleich mehreren Punkten unlauteres Handeln des Ministers. Die Unterlagen wurden dem Untersuchungsausschuss von den Betreiberfirmen zur Verfügung gestellt. Der Verdacht reicht bis zur subtilen Drohung.

Der Auftritt vor dem Untersuchungsausschuss ist der vorläufige Höhepunkt einer jahrelangen Affäre, die nicht nur den Verkehrsminister belastet, sondern die gesamte CSU und die Große Koalition. Am 18. Juni vergangenen Jahres hatte der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden, dass die deutsche Maut gegen Europarecht verstoße. Zu diesem Zeitpunkt waren die Verträge mit den Betreibern des Projekts schon längst geschlossen – auf Wunsch Scheuers. Nun müssen die Steuerzahler womöglich für den Schaden aufkommen, von mehr als einer halben Milliarde Euro ist die Rede.

Die Pkw-Maut ist das Prestigeobjekt der CSU. Scheuer sollte glorreich vollenden, was seine Partei vor der bayerischen Landtagswahl 2013 ersonnen hatte: eine Maut für Ausländer, um dem bayerischen Wahlvolk zu gefallen.

Deutsche Autofahrer sollten durch die neue Abgabe nicht »stärker belastet« wer-

Schon kommende Woche könnte das politische Schicksal von Scheuer besiegelt werden.

den, so wurde es 2014 im Koalitionsvertrag formuliert, ein Versprechen, das zugleich das Scheitern des Vorhabens vorzeichnete. Es war der EU-Kommission nicht zu vermitteln, dass Ausländer auf deutschen Fernstraßen bezahlen müssen, Bundesbürger aber nicht.

2014 brachte Scheuers Vorgänger Alexander Dobrindt einen ersten Gesetzentwurf ein, den die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags allerdings in einem Gutachten als europarechtswidrig ansahen. Scheuer, damals Generalsekretär und Hoffnungsträger der CSU, attackierte die Wissenschaftler und empfahl, ihr Gutachten dem Altpapier zuzuführen.

2016 fand das Verkehrsministerium einen Kompromiss mit der EU-Kommission, die daraufhin das Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland auf Eis legte. Doch die Kritik riss nicht ab. Wieder erklärten die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags das erneuerte Vorhaben für europarechtswidrig, wieder lederte Scheu-

er, der Generalsekretär, dagegen. Österreich reichte schließlich Klage beim EuGH gegen das deutsche Mautgesetz ein, das Verfahren begann. Trotz des rechtlichen Streits zeigte sich Scheuer kurz nach seiner Vereidigung zum Bundesverkehrsminister im März 2018 in einem SPIEGEL-Interview optimistisch, dass die Maut bald kommen werde: »Am Ende werden alle Freude daran haben, dass wir mehr Einnahmen haben für unsere Infrastruktur.«

Zu dieser Zeit lief bereits das Vergabeverfahren des milliardenschweren Projekts, wenngleich die Vorgaben der Politik nicht ganz leicht umzusetzen waren. Die künftigen Betreiber sollten die Maut bei allen Nutzern der Autobahnen erheben, die deutschen Fahrzeughalter jedoch über eine Senkung der Kfz-Steuer entsprechend entlastet werden. Ein solch kompliziertes System musste erst noch entwickelt werden. Wegen der schwierigen Rahmenbedingungen hielt sich das Interesse der Industrie in Grenzen.

Vier Bieter hatten sich anfangs beworben, drei zogen wieder zurück. Übrig blieb ein Konsortium aus der österreichischen Kapsch TrafficCom, die mehrere Mautsysteme in Europa betreibt, und der CTS Eventim, einem milliardenschweren Ticketverkäufer. Die Firmen schlossen sich zu Autoticket zusammen.

Beide Unternehmen musste Scheuer nun bei der Stange halten, ein Ausstieg kurz vor der bayerischen Landtagswahl am 14. Oktober 2018 wäre ein PR-Desaster geworden. In diesem Moment schaltete sich der Minister persönlich in die Verhandlungen mit Autoticket ein, ohne dass die Öffentlichkeit davon etwas mitbekam.

Am 3. Oktober 2018 traf er sich am Berliner Flughafen Tegel mit Georg Kapsch, Chef der österreichischen Mautfirma, sowie einem seiner Manager. Auch Staatssekretär Gerhard Schulz war anwesend, im Ministerium nennen sie ihn »Mr. Maut«.

Das Verkehrsministerium machte den Termin lange nicht öffentlich. Wohl aus gutem Grund, denn solche diskreten Treffen sind im laufenden Wettbewerb vergaberechtlich problematisch. Sie bergen die Gefahr, dass außerhalb des offiziellen Verfahrens geheime Absprachen getroffen werden. Erst auf Nachfragen des Parla-

Sorglos bis zum Crash

Chronik der gescheiterten Pkw-Maut

Januar 2013

Die CSU präsentiert als Wahlkampfthema die **Ausländermaut**: eine Pkw-Maut auf Autobahnen, die inländische Fahrer nicht belasten soll.



Dobrindt bei Pressekonferenz zur Infrastrukturabgabe

Jürgen Heinrich / Caro / Ullstein Bild

7. Juli 2014

Verkehrsminister Alexander Dobrindt stellt das Konzept einer Infrastrukturabgabe vor: Die Kosten der Vignette sollen für inländische Fahrer über eine verringerte Kfz-Steuer kompensiert werden.

12. Oktober 2017

Österreich verklagt Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH), die Niederlande schließen sich der Klage später an.

27. März 2015

Der **Bundestag beschließt die Einführung der Maut**, im Mai billigt sie auch der Bundesrat.

29. September 2016

Die **EU-Kommission verklagt Deutschland**, da die Maut mutmaßlich gegen EU-Recht verstoße, stellt das Verfahren jedoch im Mai 2017 ein.

7. Februar 2018

Erste Verhandlungen mit den Bewerberfirmen CTS Eventim und Kapsch TrafficCom. Im Falle eines negativen EuGH-Urteils werden künftigen Mautbetreibern hohe **Schadensersatzzahlungen** versprochen.

ments bestätigte das Ministerium den Termin. Die Zusammenkunft habe dem Gedankenaustausch gedient, schrieben die Beamten, »insbesondere über die Technik bei der Kontrolle wie auch der Erhebung bei der Infrastrukturabgabe«.

Die nachträglichen Angaben des Ministeriums können nur schwer überprüft werden. Auffällig ist, dass zu dem Gespräch »weder vorbereitende noch nachbereitende Vermerke erstellt wurden«, wie das Ministerium erklärte.

Aufschluss gibt dagegen ein Protokoll, das die Betreiber von jenem Tag erstellt haben und nun an den Untersuchungsausschuss geschickt wurde. Demnach wurde bei dem 45-minütigen Termin auch über Themen gesprochen, die das Ministerium der Öffentlichkeit verheimlicht hat. So beklagten sich die Vertreter der Firma Kapsch über die ständigen Fristverlängerungen, die das Vergabeverfahren aus ihrer Sicht unnötigerweise teurer machten. Man bewerbe sich schließlich noch auf andere Projekte, die Personal benötigten. Im »worst case« könne dies dazu führen, dass Kapsch »bei dem ein oder anderen Projekt nicht anbieten könne«.

Scheuer war alarmiert. Er soll entgegnet haben, dass sein Haus am Start der Maut im Jahr 2020 unbedingt festhalte. Ob Kapsch und Eventim denn ein finales Angebot dafür abgeben würden? Georg Kapsch soll betont haben, dass das Konsortium »zu hundert Prozent ein Angebot einreichen werde«.

Erstaunlich ist, was das Protokoll für das Ende des Treffens vermerkt. Demnach soll Scheuer die Kapsch-Manager gefragt haben, ob sie mit der österreichischen Regierung »in Kontakt« seien, die gegen Deutschland ja die Klage führte. Die Manager verstanden offenbar den Wink und boten an, mit dem österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz »ein Gespräch

zu führen und einen Dialog zum Thema mit BM Scheuer anzustoßen«.

Das Vergabeverfahren ging also weiter. Am 17. Oktober 2018 gaben Kapsch und Eventim als einziges Konsortium ein Angebot für die Pkw-Maut ab. Sie wollten rund drei Milliarden Euro haben, um die Maut für zwölf Jahre zu erheben. Die Summe sorgte im Ministerium für Aufregung. Der Preis sprengte das Budget, hieß es intern. Der Bundestag hatte für die Maut nur zwei Milliarden Euro bewilligt, es ergab sich ein »fehlender Betrag von ca. 1,067 Milliarden Euro«, wie die Ministerialen in einer Leitungsvorlage vorrechneten.

In den folgenden Wochen verhandelte das Ministerium mit den Betreibern in »Aufklärungsgesprächen«, wie man den Preis unter die Grenze von zwei Milliarden Euro drücken könnte. Scheuer ließ sich vom Chef der Leitungsabteilung Karl-Heinz Görrissen informieren. Am 22. November schickte »Gö« dem »lieben Andi« eine E-Mail: »Mit Kapsch finden morgen weitere Gespräche statt. Kapsch verlangt wohl stärkere Garantien, wenn sie mit dem Angebot runtergehen soll.«

Die E-Mail ist eine von mehreren »Tagesinformationen«, die Görrissen an seinen Dienstherrn schickte und das Ministerium dem Untersuchungsausschuss zur Verfügung stellte. Allzu viele Informationen bekam Scheuer darüber nicht. Viele der vorliegenden Tagesinformationen befassten sich mit dem politischen Streit um die Maut, weniger mit Details. Schützt ihn sein angebliches Nichtwissen vor den politischen Konsequenzen?

Wohl kaum, zumindest nicht aus Sicht der Opposition im Bundestag. Sie kritisiert, dass sich Scheuer die Tagesinformationen nicht an seine E-Mail-Adresse im Ministerium schicken ließ, sondern auf sein E-Mail-Konto im Bundestag, wo er

Abgeordneter ist. Sie verdächtigt Scheuer, damit Spuren verwischt zu haben. Die Abgeordneten im Untersuchungsausschuss haben daher einen Sonderbeauftragten eingesetzt, der dafür sorgen soll, dass die Kommunikation des Ministers über den Bundestag erfasst wird.

Die Frage, wie viel Scheuer über die Verhandlungen mit den Betreibern wusste und inwieweit er sie beeinflusst hat, ist entscheidend. Der Bundesrechnungshof kam zu dem Schluss, dass die nachträglichen Gespräche gegen Vergabe- und Haushaltsrecht verstießen, was das Ministerium bestreitet. Sollte Scheuer von den rechtlichen Bedenken gewusst und dies nicht zugegeben haben, hätte er nach Ansicht der SPD eine rote Linie überschritten.

Immer wieder trafen sich die Emissäre beider Seiten im Herbst 2018 zu Gesprächen. Das Ministerium schickte Mr. Maut alias Staatssekretär Schulz in die Verhandlungen, unterstützt von externen Anwälten. Neben offiziellen Gesprächen, die protokolliert wurden, traf er sich am 26. und 27. November heimlich mit den Managern. Zwei Tage später, am 29. November, kam erneut der Minister dazu. Scheuer hatte zum Frühstück eingeladen.

Der SPIEGEL enthüllte vor einem Jahr, um was es bei dem zweiten Treffen ging. Eventim-Chef Schulenberg soll laut Insidern dem Minister angeboten haben, mit der Unterzeichnung des Mautvertrags noch zu warten, bis der EuGH sein Urteil dazu gefällt habe. Sein Kalkül war es vielleicht auch, dass Scheuer zwischenzeitlich die fehlende Milliarde auftreibt.

Das spätere Desaster wäre auf diese Weise wohl vermieden worden, auch die Schadensersatzforderungen hätten wahrscheinlich verhindert werden können. Scheuer habe das Angebot jedoch mit dem Hinweis zurückgewiesen, dass das Geld aus dem Haushalt für die Maut nur bis



Scheuer beim Amtseid

14. März 2018

Andreas Scheuer wird **Bundesminister für Verkehr** und digitale Infrastruktur.

3. Oktober 2018

Vertrauliches Treffen zwischen Scheuer und Kapsch-Vertretern am Berliner Flughafen u.a. zur Frage, ob Kapsch und Eventim ein Angebot abgeben werden

29. November 2018

Vertrauliches Treffen zur Lösung des Finanzierungsproblems zwischen Scheuer und Betreibervertretern im Verkehrsministerium, weitere »Aufklärungsgespräche« folgen.

18. Juni 2019

Der **EuGH erklärt die Mautpläne für europarechtswidrig**. Scheuer kündigt umgehend den Ende 2018 geschlossenen Betreibervertrag.

19. Dezember 2019

Das Betreiberkonsortium fordert vom Bund **560 Millionen Euro Schadensersatz**.

seit Januar 2020

Anhörungen im **Untersuchungsausschuss** zur Pkw-Maut-Affäre



Scheuer mit Mautvertragsunterlagen 2019

Ende 2018 zur Verfügung stehe, man also nicht länger warten könne.

Bei dem Treffen soll der Verkehrsminister einen zweiten Grund dafür genannt haben, warum er so drängte. Die Maut solle noch 2020 eingeführt werden, also nicht im Bundestagswahljahr 2021. Der Minister hatte offenbar die Sorge, dass mögliche Pannen während des Starts das CSU-Wahlergebnis versauen könnten.

Überprüfen ließ sich die Darstellung der Insider bislang nicht. Denn auch zu diesem Termin hatte das Ministerium »weder vorbereitende noch nachbereitende Vermerke« erstellt, wie es später erklärte. Es sei um einen »allgemeinen Gedankenaustausch« gegangen.

In einer Fragestunde des Bundestags nach der damaligen SPIEGEL-Berichterstattung musste der Minister kurzfristig erscheinen. Scheuer wurde mehrfach gefragt, ob es das Angebot Schulenburgs gegeben habe, den Vertragsabschluss zu verschieben. Der CSU-Politiker behauptete, der Zeitpunkt des Vertragsabschlusses sei »überhaupt kein Thema« gewesen. Am Ende legte er sich fest: »Nein, dieses Angebot gab es nicht.«

Ein neues Dokument, das dem SPIEGEL vorliegt, erschüttert diese Aussage. Es handelt sich um ein »Gedächtnisprotokoll«, das der Geschäftsführer von Autoticket über das Treffen vom 29. November erstellt hat. Der Verfasser war nicht zugegen, notierte aber, was ihm seine Chefs von dem Frühstück berichtet hatten.

So soll es in der Tat das Angebot der Betreiber gegeben haben, »mit einer Vertragsunterzeichnung bis zu einer Entscheidung des EuGH zu warten«. Scheuer habe das abgelehnt, da die Maut »noch im Jahr 2020 eingeführt werden solle«.

Stattdessen soll er ein Gegenangebot gemacht haben. Demnach stellte der Minister dem Konsortium lukrative »optionale

Leistungen« in Aussicht, falls sie ihren geforderten Preis »reduzieren«. Damit war etwa die Ausweitung der Pkw-Maut auf weitere Gewichtsklassen gemeint. Laut Protokoll schlug Kapsch die Offerte aus.

Sollten diese Angaben stimmen, hätte Scheuer nicht nur im Bundestag gelogen, er hätte auch Optionsleistungen angeboten, die womöglich hätten ausgeschrieben werden müssen. Kein Minister hat das Recht, sie nach eigenem Gusto zu verteilen.

Die Obfrau der SPD im Untersuchungsausschuss, Kirsten Lühmann, hat bereits deutlich gemacht, dass sie es für entscheidend hält, ob die Betreiber dem Minister angeboten haben, den Vertrag auch nach dem Urteil des EuGH zu unterschreiben.

Die Maut solle noch 2020 eingeführt werden, also nicht im Bundestagswahljahr.

»Wenn es ein solches Angebot gegeben hat, dann hat der Minister uns im Parlament nicht die Wahrheit gesagt.« Für ihre Partei wäre damit eine rote Linie überschritten, und sie findet, dass der Koalitionspartner dann die Reißleine ziehen müsste. Mit anderen Worten: Scheuer entlassen.

Das Ministerium beantwortete Fragen des SPIEGEL zum Ablauf der Geheimtreffen in dieser Woche nicht: »Minister Scheuer wird am 1. 10. als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss den Sachverhalt umfassend erklären.« Auch die Betreiber wollten sich unter Verweis auf Vertraulichkeitsvereinbarungen mit dem Ministerium nicht dazu äußern.

Nach dem Treffen am 29. November 2018 gingen die Gespräche zwischen Ministerium und Konsortium weiter. Um die

Kosten zu senken, ließen sich Scheuers Beamte einiges einfallen. So sollte das Lkw-Mautsystem Toll Collect seine Zahlstellen-Terminals für Autoticket zur Verfügung stellen. Kostenersparnis der Maßnahmen insgesamt: 360 Millionen Euro. Der Rechnungshof sah darin indes einen Verstoß gegen das Vergabe- und Haushaltsrecht.

Für Kapsch und Eventim zahlten sich die Nachverhandlungen am Ende aus. Die Verhandlungsführer meldeten Mitte Dezember 2018 Vollzug: Der Bieter habe ein »zweites finales Angebot« vorgelegt, hieß es in einer Vorlage für Staatssekretär Schulz. »Die Angebotssumme für die reguläre Vertragslaufzeit exklusive optionaler Leistungen beträgt rd. 1,975 Mrd. Euro.« Der Vertragsunterzeichnung stand nichts mehr im Wege. Am 30. Dezember 2018, einem Sonntag, wurde das Geschäft in einer Berliner Kanzlei besiegelt. Kurz darauf stellte das Ministerium ein Video ins Netz: »Wir haben noch kurz vor dem Jahreswechsel hart gearbeitet. Die Pkw-Maut kommt zum Oktober 2020«, sagte Scheuer zufrieden in die Kamera.

In den folgenden Monaten arbeiteten der Bund und das Konsortium am Aufbau des Mautsystems. Nicht immer fehlerfrei, aber alles in allem schien die Sache zu laufen. Später soll der Minister im Bundestag gesagt haben, er hätte den Betreibern nicht gekündigt, wenn der EuGH die Maut für rechtskonform gehalten hätte.

Am 18. Juni 2019 aber kippten die Richter Scheuers Prestigeobjekt.

Am Tag nach der Niederlage empfing Scheuer die Betreiber um 12.30 Uhr im Ministerbüro. Eventim-Chef Schulenberg sowie mehrere Manager und Beamte waren anwesend. Die beiden Geschäftsführer von Autoticket hielten das Gespräch aus ihrer Sicht in einem zweiseitigen Vermerk fest, der dem SPIEGEL vorliegt.

Demnach machte Scheuer den Unternehmen klar, dass die Maut tot sei. Er habe



MATTHIAS BALK / PICTURE ALLIANCE / DPA

CSU-Politiker Söder, Scheuer bei Maskenlieferung im April: Wegen Mängeln gestoppt

noch mal einen Anlauf genommen und prüfen lassen, ob sich »ökologische Gesichtspunkte« stärker berücksichtigen ließen. Bei der Kabinettsitzung am Vormittag habe er für diese »Systemanpassung« aber keinen Rückhalt bekommen. Deswegen habe er entschieden, den Betreibervertrag zu kündigen.

Der Minister erklärte den Unternehmern, dass er sich nicht nur auf das EuGH-Urteil berufe, sondern auch auf das »Fristversäumnis bei der Lieferung der Feinplanungsdokumente«. Mit anderen Worten: auf angebliche Mängel der Betreiber. Die reagierte laut Protokoll frostig. Das Agieren Scheuers werteten sie als »Foulspiel«. Schulenberg forderte Scheuer auf, den Kündigungsgrund »Mängel« zurückzuziehen, alles andere sei »inakzeptabel«.

Wenn es stimmt, was die Betreibervertreter danach notierten, soll Scheuer den Managern gedroht haben. Die Opposition setze ihn unter Druck. Die Firmen sollten deshalb öffentlich seine Sichtweise unterstützen, wonach der Vertragsschluss vor dem EuGH-Urteil »notwendig« gewesen sei. Im Protokoll wird Scheuer anschließend mit den Worten zitiert: Eine Aussage im Verkehrsausschuss zu den Kündigungsgründen könne »so oder so« ausfallen. Offenbar meinte er: Sind die Betreiber bereit, für den Minister zu lügen, sei dieser womöglich bereit, einen der beiden Kündigungsgründe zurückzuziehen.

Vor dem Bundestag sagte Scheuer später, es habe von seiner Seite »keine Anforderungen« gegeben, sondern es sei über Kündigungsgründe geredet worden.

Wie dem auch sei, das Vertrauen war dahin. Allen wurde schnell klar, dass die geplante Pkw-Maut vor einem Schiedsgericht landen würde, um zu klären, ob den Betreibern eine Entschädigung für das ent-

gangene Geschäft zusteht. Im Dezember legten die Unternehmen dem Verkehrsministerium die Rechnung vor. Kapsch und Eventim wollten insgesamt 560 Millionen Euro vom Bund. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC taxierte den Schaden in einem Geheimgutachten sogar auf bis zu 776 Millionen Euro.

Wie Scheuer sich in diese Situation manövrieren konnte? Urban Mangold hätte da eine Antwort. Mangold ist Mitglied der Ökologisch-Demokratischen Partei, war zwölf Jahre lang zweiter Bürgermeister der Stadt Passau, in deren Stadtrat nicht nur er bis heute sitzt, sondern auch Andreas Scheuer.

Für das Ministeramt ist Scheuers Temperament eher hinderlich.

Im örtlichen Plenum trete Scheuer meist großspurig auf, sagt Mangold. Scheuer verweise dann gern auf die Milliardenöpfe, die sein Ministerium verwalte und die Städte wie Passau aufrufen sollten. Ihn erinnere Scheuers Verhalten an einen Spruch, der von Muhammad Ali, dem Boxer, stammt: »Es ist schwer, bescheiden zu sein, wenn man so großartig ist.«

Scheuers poltrige Art und seine Eigenschaft, Entscheidungen impulsiv und schnell zu treffen, machten ihn zu einem für die Partei erfolgreichen Generalsekretär, der vier Jahre in dieser Position durchhielt. Für das Ministeramt ist Scheuers Temperament eher hinderlich: Egal was er anfasste, es ging meistens schief. Mit Pomp verkündete Scheuer im April etwa

eine Reform der Straßenverkehrsordnung. Dann fanden Juristen heraus, dass seine Beamten einen groben Zitierfehler in die Novelle gebaut hatten. Das Regelwerk wurde für nichtig erklärt. Eingezogene Führerscheine mussten wieder zurückgegeben, Bußgelder neu berechnet werden. Eine Abstimmung vergangene Woche im Bundesrat über einen Kompromissvorschlag scheiterte.

Ebenso peinlich endete der Versuch Scheuers, auf dem Höhepunkt der Coronakrise Schutzmasken zu beschaffen. Er protegierte dafür einen Unternehmer aus seinem Wahlkreis Passau. Als die Masken im April per Lufthansa-Maschine in München ankamen, posierte er mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU) vor den Paletten. Im August musste das bayerische Gesundheitsministerium schließlich Masken, die Scheuers Bekannter organisiert hatte, zurückrufen – wegen Qualitätsmängeln. Auf Anfrage des SPIEGEL räumte das Landesministerium vergangene Woche ein, dass das Ausmaß des Schadens nicht abzusehen sei.

Weitgehend unbemerkt blieb bislang ein weiteres Debakel, das finanziell einen noch größeren Schaden anrichten könnte als das Mautdesaster. Die Rede ist von der Autobahngesellschaft. Dahinter verbirgt sich der ehrgeizige Plan, Bau und Unterhalt der 13 000 Kilometer Bundesautobahnen aus der Verantwortung der 16 Bundesländer in eine bundeseigene Gesellschaft zu überführen: die Autobahn GmbH. Eigentlich soll sie bereits zum 1. Januar das Kommando übernehmen. Doch seit vergangener Freitag ist klar, dass daraus nichts wird. Da fand die Sitzung des Aufsichtsrats statt, zu dem vier Parlamentarier der Großen Koalition zählen.

Was dort diskutiert wurde, ist niederschmetternd. Nicht nur, dass der Zeitplan aus dem Ruder gelaufen ist. Externe Sonderprüfer sahen sich auch die Personalpolitik der Autobahn GmbH an und stellten fest: Spitzenpersonal wurde mit zu hohen Gehältern eingestellt. »Vorgaben des Aufsichtsrats sind in den Verträgen nicht umgesetzt, sondern verändert worden«, klagt ein Mitglied des Kontrollgremiums.

Ohnehin herrscht in der Staatsfirma offenbar ein recht feudales Treiben. Ein Neujahrsempfang soll so pompös ausgefallen sein, dass die Aufsichtsräte nicht teilnahmen – aus Sorge um ihren Ruf.

All das geschieht unter den Augen des Verkehrsministers. Deshalb bestellten die Politiker im Aufsichtsrat Scheuer vergangene Woche zu einem Krisengespräch ein. Sie informierten ihn darüber, dass man die Entlastung für das Jahr 2019 verweigern und der Geschäftsführerin sowie ihren beiden Kollegen eine Rüge erteilen werde, was am Freitag auf der Aufsichtsratssitzung laut Insidern auch erfolgte. Kleinlaut



Der Rohstoff für unsere fleischfreie Salami wächst vor unserer Haustür.

Weizen ist einer der wichtigsten Rohstoffe für unsere vegetarischen und veganen Produkte. Wir stellen daraus nicht nur Salami her, sondern auch Filets und Frikadellen.

Das ist gut fürs Klima. Und für die heimische Landwirtschaft. Denn der Weizen, den wir für unser fleischfreies Sortiment verwenden, stammt fast ausschließlich aus Deutschland. Und so kommt die wachsende Lust der Deutschen auf Fleisch und Wurst aus Pflanzen eben auch jenen zugute, die diese Pflanzen für uns anbauen.

Wir unterstützen die Petition zur CO₂e-Kennzeichnung von Lebensmitteln



Wir finden, Transparenz sollte nicht nur für die Zutaten und Nährwerte eines Produktes gesetzlich vorgeschrieben sein, sondern auch für dessen Klimaauswirkungen. Darum unterstützen wir die von OATLY initiierte Petition, die am 14.09.20 im Bundestag zur Anhörung kam: www.bundestagsanhörung.de

Stellvertretend für alle Kolleginnen und Kollegen der Rügenwalder Mühle: Michael Hähnel (Vorsitzender der Geschäftsleitung) und Godo Röben (Mitglied der Geschäftsleitung)



soll Scheuer versprochen haben, er werde mit der Geschäftsführung reden.

Auf Anfrage des SPIEGEL erklärte das Verkehrsministerium, der Aufsichtsrat habe Empfehlungen der Sonderprüfung zur Kenntnis genommen, wie »solche Vorgänge in Zukunft verhindert werden« könnten. Die Entlastung der Geschäftsführung sei für November vorgesehen.

Das Geld, das die Autobahn GmbH durch Missmanagement verbrennt, fehlt nun für das, was sie in ihrem Namen führt: die Autobahnen. Ursprünglich wollte man weniger als 700 Millionen Euro jährlich für die neue Autobahngesellschaft im Haushalt genehmigen, dann wurden es 1,2 Milliarden. Jetzt könnten es sogar 2 Milliarden Euro jährlich sein.

Da fällt es kaum noch ins Gewicht, dass auch die Gründung einer weiteren Bundesgesellschaft für Ärger sorgt. Weil ihn die Funklöcher unterwegs nerven, gründete Scheuer eine Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft (MIG). Sie soll, mit vielen Milliarden Euro ausgestattet, dafür sorgen, dass auf dem Land guter Handyempfang herrscht. Der Bundesrechnungshof verpasste Scheuer für seine Pläne eine Ohrfeige. Er habe nicht darlegen können, dass die Gründung der MIG »ein geeignetes haushaltsrechtskonformes Instrument darstellt«, schreiben die Kontrolleure in einem Bericht für das Parlament.

Angesichts der Pannenserie hat er den Rückhalt in seiner Partei weitgehend verloren. Die Verkehrspolitik gilt in der CSU nicht mehr als Fördermittel- und Stimmenbringer, sondern zunehmend als Last.

Scheuers politische Zukunft hängt nun an Parteichef Markus Söder. Der lobte zuletzt mehrfach Scheuers Arbeit, was nicht viel heißt. So erwähnte Söder bei der Klausur der CSU-Landtagsfraktion vergangene Woche die knifflige Personalsituation in Berlin: Zwei Minister, Horst Seehofer und Gerd Müller, träten nicht mehr an, ein dritter habe einen Untersuchungsausschuss am Bein. Es klang nicht danach, als spräche da jemand einem Parteifreund das Vertrauen aus. Sollte es auch nur eine Unstimmigkeit in den Aussagen geben, sagt einer, der Söder lange kennt, könne Scheuer nicht länger Minister sein.

Am Donnerstag wird es im Bundestag zum Showdown kommen. Dann sollen erst die Chefs der Betreiberfirmen, Georg Kapsch und Klaus-Peter Schulenberg im Untersuchungsausschuss aussagen. Anschließend will das Gremium den Minister vernehmen. Womöglich wird Aussage gegen Aussage stehen, wie es zum Mautdebakel kam und was bei den Geheimtreffen besprochen wurde. Der Minister muss sich dieses Mal genau überlegen, was er sagt.

Sven Becker, Jan Friedmann,
Martin Knobbe, Gerald Traufetter

Friedrich Feuerstein

CDU Mit seinen Äußerungen zu Homosexualität hat Friedrich Merz mal wieder für Empörung gesorgt. Er selbst versteht das gar nicht. Ein Treffen am Rhein.



Lukas Schulze / Getty Images

Parteivorsitzkandidat Merz: Viele ticken noch wie er

Mittwoch Mittag, ein Lunch in der Düsseldorfer Innenstadt. Friedrich Merz hat etwas Zeit zwischen zwei Terminen. Draußen lärmt ein Bagger, drinnen erscheint die Kellnerin. Merz bestellt einen Karottensaft. Soll ja gesund sein.

Er streckt sein Kreuz durch, atmet tief ein. Viel Stress gerade. Anfang Dezember will er CDU-Chef werden, nächstes Jahr Kanzler, das ist sein großes Ziel. Im Herbst will er noch ein Buch herausbringen, eine Agenda für Deutschland und Europa. Er will das Buch vorstellen. Irgendwann will er auch eine Frau vorstellen, die Generalsekretärin werden soll, wenn er es auf den CDU-Vorsitz schafft. Er geht davon aus, dass er gewinnt. Kann eng werden, klar, Armin Laschet und Norbert Röttgen, seine Konkurrenten, sind ja auch noch da.

Aber für ihn, so sieht es Merz, läuft es nach Plan. Alles okay, alles paletti.

Wahrscheinlich muss er das so sagen, gerade jetzt, wo nichts paletti ist, wäre es kaum hilfreich zu hadern. Merz' Kampagne ist in eine gewisse Schiefelage geraten, die halbe Republik, so scheint es, ist gegen ihn. Mindestens. Vor ein paar Tagen gab Merz der »Bild«-Zeitung ein Interview. Sonntag Abend, live, vor der Kamera.

Hängen blieb vor allem seine Sorge, dass es sich zu viele Menschen mit dem Kurzarbeitergeld gemütlich machten. Und dass Homosexualität irgendwie eine zwielfältige Angelegenheit sei.

Ein schwuler Kanzler, sagte Merz, sei für ihn kein Problem, überhaupt gehe die sexuelle Orientierung niemanden etwas an – »solange es nicht Kinder betrifft«. Das klang, als verknüpfte er das Schwulsein mit Pädophilie. Der Chef der Lesben und Schwulen in der Union schimpfte, die Aussagen fühlten sich an wie eine »kalte Dusche«. SPD-Chefin Saskia Esken sagte, es täten sich »Abgründe« auf, Jens Spahn, der Gesundheitsminister, ging öffentlich auf Distanz. Es ging drunter und drüber.

Und jetzt? War's das für Merz?

Die Tür geht auf, wieder die Kellnerin. Merz bestellt eine Kalbsleber. Einmal im Monat sei das in Ordnung, sagt er.

Merz weiß selbst, dass die Sache mit dem schwulen Kanzler nicht optimal gelaufen ist. In den Monaten davor hat er sich für seine Verhältnisse zusammengerissen. Er schonte Angela Merkel und Armin Laschet, größere Aufregung gab es zuletzt eigentlich nur, wenn er mal in grünem Anzug für ein schwarz-grünes Bündnis warb. Es wirkte, als wollte er sich als Staatsmann präsentie-

ren, als wollte er beweisen, dass auch er dazulernen kann. Jetzt aber sind die alten Klischees präsenter denn je. Der Zünder, der Mann von gestern. Friedrich Feuerstein, der Kandidat aus der Steinzeit. So sehen ihn nun manche.

Entschuldigen will er sich nicht. Das wäre ja noch schöner. Die Deutung, er habe was gegen Homosexuelle, hält er für eine bössartige Kampagne seiner Gegner. Er doch nicht. Er würde die Lesben-und-Schwulen-Union ja gern aufwerten und anderen Gruppen in der Partei gleichstellen. Moderne Volkspartei eben. Sollen sie halt reden, seine Gegner. Die Zeit wird schon darüber hinweggehen. Sind ja noch zehn Wochen bis zum Parteitag, die Erregungswellen, das weiß Merz aus eigener Erfahrung, werden sich rasch wieder legen.

Merz, 64, hat schon so manches überstanden, auch in jüngster Zeit. Als er 2018 gegen Annegret Kramp-Karrenbauer antrat, hätte es gefühlt jede Woche vorbei sein müssen mit seiner Kandidatur.

Mal sagte er allen Ernstes, dass er, der Blackrock-Millionär, sich zur Mittelschicht zähle. Dann empfahl er den Deutschen, das Alter mit Aktienpaketen abzusichern, oder klang so, als wollte er das Grundrecht auf Asyl einschränken. Jedes Mal: riesige Aufregung, Zittern bei seinen Anhängern. Aber der Ärger schadete ihm nicht. So bin ich halt, ihr kriegt mich so oder gar nicht – das war seine Botschaft. Auf dem Parteitag schrammte er haarscharf am Sieg vorbei, es fehlten nur wenige Stimmen.

Im Dezember will er vorn liegen. Die Umfragen sehen ordentlich aus, aber sie sind nicht viel wert, was zählt, sind die Entscheider auf dem Parteitag. Merz ist deshalb fleißiger als 2018, er tourt durch die Landesvorstände, trifft sich mit Delegiertengruppen. Jeder Einzelne zählt, das weiß er seit seiner Niederlage.

Die Empörungswellen, die Merz auslöst, sagen nicht nur etwas über ihn und seine Partei aus, sondern auch über das Land. Dass er regelrechten Hass auf sich zieht, liegt an seiner Sprache, seiner Aggressivität, seinem Reichtum. Aber manchmal wirkt es auch, als warteten seine Kritiker nur darauf, dass ein paar schrille Töne aus seinem Mund purzeln, um das alte Feindbild aufzupolieren. Der Rest ist dann nicht so wichtig. Bevor Merz zu Ende geredet hat, ist die innere Satzvervollständigung bei vielen seiner Kritiker schon durch. Friedrich Feuerstein eben, haben wir's doch gewusst!

Merz polarisiert mehr als jeder andere prominente Vertreter seiner Partei. Bei der Bewerbung um den CDU-Vorsitz muss das nicht hinderlich für ihn sein. In der Partei ticken noch viele wie er. Aber es geht eben nicht nur um den Vorsitz, sondern auch um etwas viel Größeres: um die Kanzler-

schaft oder jedenfalls die Kandidatur. In einem Jahr ist Bundestagswahl, und je näher sie rückt, desto stärker dürfte es um die Frage gehen, wie vermittelbar Friedrich Merz als Nummer eins eigentlich wäre. Wie angreifbar. Kann so einer wie er Politik für alle machen? Hat Merz eine Mitte, eine innere Balance?

Es gibt Leute in der Union, die packt die nackte Panik, wenn sie daran denken, dass Merz sie in den Wahlkampf führen könnte. Seine Vergangenheit, seine Unbeherrschtheit – alles ein viel zu großes Risiko, finden sie. Warum, fragen sie, sollte man das jetzt eingehen?

Renate Köcher, die Grande Dame der Meinungsforschung, hat der Union gerade erst bescheinigt, im Grunde konkurrenzlos dazustehen. Die SPD am Boden, die Grünen stark, aber noch nicht stark genug, die Union populär wie lange nicht. Da könnten CDU und CSU, das war Köchers Botschaft, auch eine Pappfigur aufstellen, sie würden gewinnen.

Was hält Merz von dieser These?

Er nimmt die Arme hinter den Kopf, Ellbogen raus. Wie ein Pfau, der sein Rad schlägt. Der Subtext ist: Von dieser Sicht

Heute sei das Land »auf solch hohem Niveau«, dass die Politik sich »wahnsinnig anstrengen« müsse.

halte ich nichts, wirklich gar nichts. Er sagt: »Wenn wir den Status quo nur konservieren, dann kriegen wir ein Problem.« Es brauche »mehr Tempo«, meint er. Deutschland sei »oft zu langsam, zu kompliziert, zu un kreativ, gerade in den modernen Technologien«. Die Frage sei, »wie wir die Kraft finden, das zu korrigieren«.

Für sein Buch hat Merz in einer großen Adenauerbiografie nachgeschlagen. Ihm sei da klar geworden, wie viel schwieriger es die Politik heutzutage habe als früher. »Damals war die Ausgangslage so schlecht, dass fast jede politische Entscheidung eine Verbesserung mit sich brachte«, sagt Merz. Heute lebe das Land »auf einem solch hohen Niveau«, dass die Politik sich »wahnsinnig anstrengen« müsse, um einen Unterschied auszumachen.

Tatsächlich überdeckt Corona gerade einiges, auch die Malaise der Union, ihre Inhaltsleere, ihre Ideenlosigkeit, die Trägheit des Landes. Als Kramp-Karrenbauer 2018 für den Parteivorsitz kandidierte, sagte sie, nötig sei »eine neue Dynamik«, die inhaltlichen Debatten müssten »wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden«.

Das stimmt heute noch. Merkel regiert jetzt seit 15 Jahren. Viele Bürger fühlen sich auch deshalb mit ihr wohl, weil Mer-

kel wenig fordert und sie von der Politik in Ruhe gelassen werden.

Vielleicht braucht es jemanden, der diese Ruhe stört, der treibt, an dem sich die anderen Parteien wieder mehr reiben können als an Angela Merkel. Die Demokratie lebt von der Auswahl, vom Diskurs, gerade in Wahlkampfzeiten. Aber vielleicht würde es dadurch viel schlimmer, vielleicht würden die Dinge auch außer Kontrolle geraten. Aus Emotionen und Leidenschaft kann schnell Wut werden, gerade in Wahlkämpfen, man muss dafür nur in die USA gucken.

Ein Mischwesen aus Merz und Laschet wäre für die Union wohl optimal, ein bisschen Ruck, ein bisschen Ruhe. Dieses Mischwesen gibt es aber nicht. Es braucht eine Entscheidung.

Zehn Wochen sind es noch bis zum Parteitag in Stuttgart, eine lange Zeit. Es wird giftiger werden, das ist absehbar. Je näher die Wahl rückt, desto stärker werden die subtilen Angriffe werden, das Gerede, die Sticheleien. Und je härter der Kampf wird, desto schwieriger wird es für die CDU, nach dem Parteitag zusammenzufinden.

Merz will zusehen, dass es nicht halsbrecherisch wird. Am Montag trifft er sich mit Laschet und Röttgen. Sie werden klären, wie sie sich präsentieren und den Mitgliedern vorstellen. Ein paar digitale Formate, ein paar Interviews. Kleines Gedeck, so ist es gedacht. Corona eben.

Womöglich müssen sie doch noch mal größer ran. Die ARD drängelt, sie hat Merz und die anderen in der vergangenen Woche für ein »Triell« vor dem Parteitag angefragt, einen Dreikampf im Fernsehen nach amerikanischem Vorbild. Die Anfrage sorgt unter den Bewerbern für Diskussionen, sie setzt vor allem Merz und Laschet unter Druck. Im Frühjahr hat das Trio mehr oder weniger fest verabredet, extern keine gemeinsamen Auftritte zu machen. Bloß nicht zu viel Streit, das war die Losung. Aber gilt der Deal noch?

Laschet will sich daran halten. Man habe sich damals dafür ausgesprochen, auf solche Streitgespräche zu verzichten, heißt es in seinem Umfeld – »weder auf Einladung von externen Medien noch auf Einladung von Verbänden oder Vereinigungen«. Röttgen ist für den Dreikampf. »Wer Vorsitzender und Kanzler werden will, muss sich den Mitgliedern und Wählern stellen wollen«, sagt er.

Merz ist noch unentschlossen, will erst den Montag abwarten. »Ich entscheide das nicht allein und möchte deshalb dem Gespräch der Parteivorsitzenden mit den Kandidaten nicht vorgehen«, sagt er. Es klingt wie: Ich muss nicht, ich hab auch so genug zu tun.

»Mein Kalender ist gut gefüllt«, sagt er.
Veit Medick

»Tödlicher Fehler«

Europa Erstmals untersucht die EU-Kommission den Zustand des Rechtsstaats in allen EU-Ländern. Die Ergebnisse sind alarmierend, klagt Vizepräsidentin Věra Jourová, 56 – vor allem bei der Medienfreiheit.

SPIEGEL: Frau Vizepräsidentin, ist Deutschland ein Rechtsstaat?

Jourová: Falls ich in den vergangenen Tagen nicht irgendetwas Entscheidendes verpasst habe, dann: Ja, Deutschland ist noch immer ein Rechtsstaat.

SPIEGEL: Wir fragen deshalb, weil Sie in der Kommission für Werte und den Rechtsstaat zuständig sind. Anfang Oktober wollen Sie die Ergebnisse des Rechtsstaats-TÜVs vorstellen, bei dem zum ersten Mal alle EU-Länder systematisch daraufhin untersucht wurden, wie es um Demokratie, Medienfreiheit und Korruptionsbekämpfung bestellt ist. Dabei muss sich auch Deutschland Kritik gefallen lassen.

Jourová: Im Großen und Ganzen funktioniert die Justiz in Deutschland gut. Der allergrößte Teil der Bürgerinnen und Bürger hat ein hohes Vertrauen in die Unabhängigkeit der Gerichte, das ist für mich vielleicht das erfreulichste Ergebnis.

SPIEGEL: Aber auch Deutschlands Justiz ist nicht ohne Mängel. Zuletzt etwa rügte der Europäische Gerichtshof, dass die Landesjustizminister der Staatsanwaltschaft Weisungen erteilen können.

Jourová: Das ist ein klarer Schwachpunkt. Justizminister sind nun mal Politiker, deshalb ist die Versuchung für sie groß, politischen Einfluss auszuüben. Daher können deutsche Staatsanwälte keine europäischen Haftbefehle ausstellen. Und auch wenn die Justiz in Deutschland grundsätzlich gut funktioniert, zeigt unser Bericht, dass Verfahren in erster Instanz immer länger dauern. Generell gilt für Deutschland wie für alle EU-Länder: je unabhängiger und effizienter die Justiz, desto besser.

SPIEGEL: Das Bundesverfassungsgericht hat vor Kurzem in einem Urteil zu den Anleihekäufen der Europäischen Zentralbank den Vorrang des Europäischen Gerichtshofs infrage gestellt. Wann startet die Kommission deswegen ihr Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland?

Jourová: Sobald wir mit unserer rechtlichen Analyse fertig sind. Klar ist: Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts kann so nicht stehen bleiben. Wenn wir es einfach so akzeptierten, wäre das Wasser auf die Mühlen der Regierenden in Ungarn oder Polen. Die Folgen für die EU könnten zerstörerisch sein.

SPIEGEL: Die Idee hinter Ihrem Rechtsstaats-TÜV ist ja, Ländern wie Ungarn oder Polen das Argument zu nehmen, Brüssel führe einen Feldzug gegen sie.

Aber gehören die Regierenden in Ungarn oder Polen nicht genau dahin – in die Schmutzedecke?

Jourová: Seien Sie unbesorgt, unser Schlaglicht bleibt auf diese Länder gerichtet. Unser Bericht ersetzt weder die laufenden Rechtsstaatsverfahren gegen Polen und Ungarn, die im Extremfall zum Entzug der Stimmrechte im Rat führen können, noch die zahlreichen anderen Vertragsverletzungsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof. Wenn wir nun zum ersten Mal den Rechtsstaat in allen EU-Ländern vergleichen, dann hilft uns das im Streit mit Ungarn und Polen.

SPIEGEL: Wie das?

Jourová: Viktor Orbán oder die polnische Regierung verteidigen sich immer nach dem gleichen Strickmuster: Mal verweisen sie auf ein spanisches Gesetz, das ähnlich sei wie die von ihnen erlassenen Regeln, dann auf eine Vorschrift in Deutschland. Damit ist es künftig vorbei. Jetzt herrscht Vergleichbarkeit. Es geht doch bei der Rechtsstaatlichkeit nicht um Politik, nicht um Rechts oder Links. Es geht um Richtig oder Falsch.

SPIEGEL: Gut beobachten ließ sich die Taktik Orbáns zu Beginn der Coronakrise. Obwohl die Einschränkungen demokratischer Grundwerte in Ungarn deutlich weiter gingen, versuchte sich Ungarns Premier stets mit dem Verweis auf ähnliche Regeln in anderen EU-Ländern herauszureden.

Jourová: Es ist verständlich, dass Regierungen in einer solchen existenziellen Krise zusätzliche Kompetenzen haben wollen. Andererseits wird gerade da besonders deutlich, wie wichtig es ist, dass die Bürgerinnen und Bürger umfassend und von unabhängiger Seite informiert sind. Auch hier erhoffe ich mir von den Berichten einen Lerneffekt. Wir stellen in vielen EU-Ländern fest, dass die Arbeit der Medien schwieriger und der Raum für die Zivilgesellschaft kleiner wird. So etwas passiert nicht über Nacht, sondern schleichend.

SPIEGEL: In Ländern wie Ungarn kann von einem pluralistischen Medienumfeld kaum die Rede sein. In den EU-Staaten Slowakei und Malta wurden Journalisten wegen ihrer Arbeit ermordet – Ermittler fanden Spuren bis in Regierungskreise.



Wertekommissarin Jourová: »Es geht um Richtig oder Falsch«

Jourová: Das Bild unserer Erhebungen ist eindeutig: Die Lage unabhängiger Medien verschlechtert sich fast überall in Europa. In fast allen Mitgliedstaaten sind Medien unter großem wirtschaftlichen Druck, etwa wegen sinkender Anzeigenerlöse und der steigenden Marktanteile von Plattformen wie Google und Facebook. Dazu kommt die wachsende politische Einflussnahme, und zwar auch im Westen Europas, etwa in Malta oder Spanien. Die EU-Kommission wird sich künftig mehr um die Freiheit der Medien kümmern müssen. Denn ohne umfassende und unabhängige Informationsmöglichkeiten fehlt der Demokratie in Europa die Grundlage.

SPIEGEL: In Ungarn kontrolliert die regierungsnah Presse- und Medienstiftung KESMA inzwischen einen großen Teil der Medien. Warum greift die EU hier nicht mit dem Wettbewerbsrecht ein und verbietet diese Zusammenschlüsse?

Jourová: Der Zustand der ungarischen Medienlandschaft ist alarmierend. Allerdings können wir die EU-Wettbewerbsregeln bislang nicht gegen dieses Kartell einsetzen. Dafür sind die Beträge, um die es bei diesen Zusammenschlüssen geht, zu gering. Ich halte diese rein aufs Geld bezogene Sichtweise für nicht mehr zeitgemäß. Natürlich sind die Medien auch ein Wirtschaftssektor. Aber sie liefern eben nicht Autos oder Schuhe, sondern im Idealfall ein für das demokratische Zusammenleben viel entscheidenderes Produkt – unabhängige Informationen.

SPIEGEL: In Ihren Berichten verweisen Sie immer wieder darauf, dass sich alle Akteure an die Gesetze halten und demokratische Werte achten müssten. Diese weiche Definition eines Rechtsstaats würde auch Orbán sofort unterschreiben.

Jourová: Herr Orbán sagt gern, dass er eine illiberale Demokratie aufbaue. Ich würde sagen: Er baut eine kranke Demokratie auf. In den ungarischen Medien gibt es kaum noch Kritik an der Regierung, sodass eine große Mehrheit der Ungarn womöglich gar nicht mehr in der Lage ist, sich eine freie Meinung zu bilden. Ich

»In einem westlichen Land hätte ein Orbán nie eine derartige Kontrolle über die Medien erlangt.«

fürchte, die Menschen in Ungarn könnten eines Tages feststellen, dass ihre letzte Wahl zugleich die letzte freie Wahl war.

SPIEGEL: Im Frühjahr 2018 hat Orbán immerhin eine Zweidrittelmehrheit geholt ...

Jourová: ... das stelle ich nicht infrage. Offenbar trifft er mit seinem Auftreten einen Nerv bei den Ungarn. Aber es muss klar sein, dass er diese Machtposition nicht für alle Zeiten zementieren kann. Wenn die Bürgerinnen und Bürger eines Tages wollen, dass Orbán geht, dann muss er gehen.

SPIEGEL: Die Unabhängigkeit der Justiz scheint vor allem in Ungarn, Polen, Bulgarien, Rumänien, Kroatien und der Slowakei bedroht. Warum gibt es dieses Problem besonders in Ländern Osteuropas?

Jourová: Im ehemaligen Ostblock ist die Justiz oft noch immer ein einfaches Ziel für Politiker. Das hat damit zu tun, dass in Teilen der Bevölkerung das Misstrauen längst nicht verschwunden ist, das es im Kommunismus gegen Richter gab. Hinzu kommt, dass die Menschen in diesem Teil Europas noch immer viel Geduld mit Politikern haben, die nach unumschränkter Macht streben. Ich bin mir sicher: In einem westlichen Land hätte ein Orbán niemals eine derartige, umfassende Kontrolle über die Medien erlangen können.

SPIEGEL: Die EU will demnächst, zusätzlich zum mehrjährigen Finanzrahmen mit gut einer Billion Euro, noch mal 750 Milliarden Euro für den Kampf gegen die Folgen der Coronakrise bereitstellen. Warum sollte die EU mit diesem Geld Länder wie Ungarn und Polen unterstützen, deren Regierungen auf europäische Werte pfeifen?

Jourová: Wir wollen so viel Geld ausgeben wie nie zuvor. Mehr Geld braucht aber mehr Vertrauen, mehr Sicherheit, mehr Kontrolle. Ich kann mir Wiederaufbauprogramm und Mehrjahreshaushalt daher nur vorstellen, wenn wir gleichzeitig einen schlagkräftigen Rechtsstaatsmechanismus beschließen.

SPIEGEL: Bei ihrem Mammutgipfel im Juli kamen die Staats- und Regierungschefs allerdings überein, dass die Hürden recht hoch sein sollen, um EU-Mitgliedern tatsächlich die Überweisungen aus Brüssel zu kürzen – und rückten vom ursprünglich vorgesehenen Automatismus ab.

Jourová: Wenn wir Länder, die systematisch gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstoßen, zum ersten Mal beim Geldbeutel packen könnten, wäre das ein großer Erfolg. Mir wäre der ursprüngliche Vorschlag lieber. Aber wenn wir das jetzt nicht durchsetzen können, starten wir eben mit einem Modell, bei dem eine qualifizierte Mehrheit für diesen Schritt stimmen muss.

SPIEGEL: Das Problem ist nur, dass Politiker wie Orbán derzeit am längeren Hebel zu sitzen scheinen, da die Beschlüsse für die Corona-Hilfen einstimmig gefasst werden müssen. Wie groß ist die Gefahr, dass die EU am Ende doch noch einknickt, damit Orbán und andere die Milliarden für Italien und Spanien nicht blockieren?

Jourová: Die Gefahr besteht. Aber auch Ungarn und Polen wollen das Geld. Es gibt daher gar keinen Grund für Appeasement. Im Gegenteil: Es wäre ein tödlicher Fehler, wenn Europa jetzt die Gelegenheit verstreichen ließe, endlich einen wirksamen Rechtsstaatsmechanismus zu beschließen.

Interview: Markus Becker, Peter Müller



Ungarns Premier Orbán: »Kein Grund für Appeasement«

Brauner Vogel

AfD In einem vertraulichen Vermerk begründet der Brandenburger Verfassungsschutz, warum er die Beobachtung des Landesverbandes für nötig hält.

Man wird Hans-Christoph Berndt nicht vorwerfen können, dass er mit seiner Gesinnung hinter dem Berg hielte. Einen Tag nachdem der AfD-Mann in den brandenburgischen Landtag gewählt wurde, trat er am 2. September des vergangenen Jahres in Dresden auf, bei seinen Freunden von Pegida.

Die AfD sei nur dann eine wirkliche Alternative, sagte Berndt, »wenn sie sich als Teil einer übergeordneten Bürgerbewegung versteht«. Parlamentsarbeit sei wichtig, aber nur ein Element von mehreren, wie Straßenprotest oder die »Auseinandersetzung um Deutungshoheiten«.

Dafür brauche man noch andere Organisationen und Akteure. Pegida natürlich, seinen eigenen Verein »Zukunft Heimat«, den Blog »Sezession« des »Instituts für Staatspolitik«, das Magazin »Compact« und den Verein »Ein Prozent«, der eng mit der »Identitären Bewegung« verbunden ist. »Wer sich davon abgrenzt, der amputiert sich selbst«, rief Berndt den Pegida-Leuten zu. Sie alle werden vom Verfassungsschutz beobachtet.

Kein Wunder, dass Berndts Rede inzwischen aktenkundig ist. Sie findet sich in

Unterlagen des brandenburgischen Verfassungsschutzes. Und sie wird in dem vertraulichen 112-Seiten-Vermerk zitiert, in dem die Brandenburger Verfassungsschützer begründen, warum der gesamte Landesverband der AfD seit Juni als Verdachtsfall und damit als Beobachtungsobjekt eingestuft wird.

Berndts Aussagen in Dresden sind für die Beamten einer der Belege dafür, dass sich führende Mitglieder der AfD in Brandenburg »aktiv um die Vernetzung des rechtsextremistischen Spektrums« bemühen. »In der Gesamtschau«, heißt es in dem Vermerk, der dem SPIEGEL vorliegt, »liefern diese Verflechtungen tatsächliche Anhaltspunkte für die Verfassungsfeindlichkeit der AfD Brandenburg.«

Nach Thüringen ist der Landesverband nun der zweite, der komplett im Visier der Verfassungsschützer ist. In anderen Ländern wird nur der völkische »Flügel« beobachtet, der sich inzwischen formal aufgelöst hat. Doch in Brandenburg ist der »»Flügel« längst der ganze Vogel«, sagt Landesinnenminister Michael Stübgen (CDU).

Dafür hat vor allem Andreas Kalbitz gesorgt, der bis zu seinem Parteiausschluss vor wenigen Wochen nicht nur als Landes- und Fraktionschef in Brandenburg den Ton angab, sondern auch im »Flügel«. Der Verbündete von Björn Höcke klagt gegen seinen Ausschluss, doch selbst wenn er verliert – an der Einschätzung der Verfassungsschützer ändert das wenig: »Eine inhaltliche Distanzierung bezüglich seiner politischen Positionen fand in keiner Weise statt.« Die meisten anderen Brandenburger AfD-Funktionäre gelten den Nachrichtendienstlern als ähnlich rechtsextrem.

Am Dienstag will die AfD im Potsdamer Landtag einen neuen Fraktionschef wählen. Einer der Kandidaten ist Dennis

Hohloch, lange ein enger Kalbitz-Vertrauter. Auch er wird in dem Verfassungsschutzvermerk mehrfach erwähnt.

Hohloch war jahrelang Vorsitzender der »Jungen Alternative« Brandenburg, die gute Verbindungen zu Rechtsextremen unterhält. Wie viele ihrer Mitglieder habe auch Hohloch Kontakt zur »Identitären Bewegung«, schreiben die Verfassungsschützer. Und erst im Februar wurden »Junge Alternative«-Mitglieder, Kalbitz und andere AfD-Leute bei einem Besuch in der Cottbuser »Mühle« beobachtet, einem rechtsextremen Szenetreff. Außerdem biete Hohloch online »Menschen mit sexistischen, frauenfeindlichen und rassistischen Einstellungen eine Plattform für ihre Kommentare, die er unkommentiert stehen lässt«, heißt es in dem Vermerk.

Auch der Pegida-Redner Berndt würde gern Fraktionschef werden. Er ist Vorsit-

»Scharnierfunktion zur gewaltbereiten rechtsextremistischen Mischszene«

zender von »Zukunft Heimat«, einem Verein, der vor allem durch »Islam- und Fremdenfeindlichkeit und die Ablehnung der repräsentativen parlamentarischen Demokratie geprägt« sei, wie es im Vermerk heißt. Die Verfassungsschützer glauben, dass der Verein eine »Scharnierfunktion« zur »gewaltbereiten rechtsextremistischen Mischszene« erfülle, also etwa zu Hooligans und Kampfsportlern.

Mit nachrichtendienstlichen Mitteln wollen die Geheimdienstler herausgefunden haben, dass der Verein von Neonazis der »Spreelichter« unterwandert wird, einer Organisation, die bereits 2012 verboten wurde. »Insbesondere der ehemalige Kopf der Spreelichter, Marcel Forstmeier, ist offensichtlich im Hintergrund für den Verein tätig und nimmt Einfluss auf diesen«, heißt es in dem Vermerk, er gehe dabei »hochgradig konspirativ« vor.

So sei Forstmeier auf einem Video vor Berndts Haus zu sehen, und der AfD-Mann werde »in Teilen von Forstmeier massiv beeinflusst bzw. sogar gesteuert«. Offenbar mit Erfolg. Berndt nutze seine Funktion bei »Zukunft Heimat« und sein Mandat »offensiv zur Verbreitung seiner extremistischen Agenda«, schreiben die Verfassungsschützer.

Die AfD-Abgeordneten in Brandenburg scheint das nicht zu stören. Berndt hat laut Fraktionsmitgliedern bei der Wahl am Dienstag sehr gute Chancen.

Ann-Katrin Müller

Mail: ann-katrin.mueller@spiegel.de



Soeren Stäbe / PICTURE ALLIANCE / DPA

Landtagsabgeordneter Berndt: »Wer sich davon abgrenzt, der amputiert sich selbst«

Damit kleine Verletzungen durch Bakterien und Keime nicht groß werden!

Jetzt in Ihrer Apotheke*

Ob kleiner Kratzer, Schnitt oder Schürfwunde:

Mit Linola sept Wundspray schützen Sie Ihre verletzte Haut schnell und einfach.

Kontaktlos aufspritzen, keine Verfärbungen und auch für Kinder geeignet.

- Schnelle und einfache Erstversorgung der Wunde
- Schützt die Haut vor Infektionen
- Auch bei leicht blutenden Wunden aufzutragen
- Farbloses Spray
- Praktische Anwendung für unterwegs



PZN 16740578

Innovativ:
Linola®sept Wundgel –
kühlend und transparent zur
besseren Beobachtung der
Wundentwicklung.



PZN 16740584

* solange der Vorrat reicht

Linola® sept Wundspray mit Octenidin und Phenoxyethanol / Linola® sept Wundgel mit Octenidin und Phenoxyethanol

Anwendung:

Zur wiederholten, zeitlich begrenzten unterstützenden antiseptischen Behandlung von kleinen, oberflächlichen Wunden bei Patienten jeder Altersgruppe.

Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie die Packungsbeilage und fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker. DR. AUGUST WOLFF GmbH & Co. KG Arzneimittel, 33532 Bielefeld



Bewaffnete Beamte bei Razzia in der Rigaer Straße im November 2018: Herzkammer der deutschen Autonomen

Krieg im Kiez

Extremismus Die Rigaer Straße in Berlin ist seit Jahren ein Zentrum linker Gewalt. Nun soll dort ein besetztes Haus geräumt werden. Die Polizei rüstet sich für eine Eskalation.

Als Torsten Luschnat das Haus betreten wollte, standen Vermummte am Eingangstor. Der Verwalter wusste, dass man ihn als Eindringling sah. Er hatte einen Anwalt mitgebracht. »Wir haben gesagt, dass wir keinen Streit wollen«, erinnert sich Luschnat, »aber ein Gespräch war nicht möglich.«

Die beiden Männer machten kehrt, doch zu spät. Zehn bis zwölf Angreifer, so Luschnat, warfen ihn zu Boden, traten ihn mit Füßen und schlugen ihn mit einem Teleskopschlagstock. Dem Anwalt sprühten sie Reizgas ins Gesicht. Erst als mehrere Streifenwagen kamen, verschwanden die Täter im Haus. Gefasst wurde niemand. Die Polizei bestätigt die Attacke aus dem Juli.

Berlin, Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Seit Jahren sind zwei zum Teil besetzte Häuser in dem Viertel das Symbol schlechthin für die autonome Szene der Hauptstadt: das Haus Rigaer Straße 94, Abkürzung R94, vor dem Luschnat und der Anwalt Gewalt erlitten. Und die Liebigstraße 34, kurz L34, eine Ecke weiter. Von den Balkonen wehen Banner, überall prangen Parolen: »Fight Sexism« und »Smash Patriarchy«.

Die Radikalen betrachten den Straßenzug als ihren Kiez. Von Dächern fliegen Steine auf Polizisten, Autos werden in Brand gesteckt. Auf der Kreuzung zünden Autonome Lagerfeuer an, sie nennen diesen Ort ihren »Dorfplatz«.

Die Rigaer ist eine Herzkammer der deutschen Autonomen, eines Milieus, dessen zunehmende Militanz Beamte extrem besorgt. In einer Analyse des Verfassungsschutzes heißt es, ein »harter Kern« radikalisiere sich zusehends. Es bestünde »die Gefahr eines neuen Linksterrorismus«.

Längst ist in der Rigaer Straße ein Kleinkrieg im Gange. Er trifft vor allem Nachbarn, aber auch Polizisten und Journalisten. Weil die Gewalt im Viertel im vergangenen Jahr stark zunahm, gründete die Polizei eine eigene Ermittlungsgruppe – mit mäßigem Erfolg. »Zu fassen kriegen wir kaum jemanden«, sagt ein Fahnder.

Politiker wirken hilflos, Anwohner fühlen sich ausgeliefert. Jetzt dürfte die Lage

eskalieren. Der Eigentümer will das Haus L34 Anfang Oktober räumen lassen. Die Polizei bereitet sich auf einen Großeinsatz vor, Staatsschützer prognostizieren einen »heißen Herbst«. Eine Konfrontation zwischen Staat und Bewohnern lässt sich wohl nicht mehr verhindern.

Der Konflikt um die Rigaer Straße erzählt viel über Berlin, über seine chaotische Politik, die glücklose Rolle der Polizei und eine Ignoranz für Gewalt, wenn sie von links kommt.

Die Nachbarn

Wenn Silke Konrad, die in Wahrheit anders heißt, das Haus verlässt, schaut sie sich um. Sie hat inzwischen ein mulmiges Gefühl auf der Straße. »Man kann nie wissen, was einen erwartet«, sagt sie.

Die Mutter eines Pflegekindees wohnt in einem Neubaukomplex, nur einen Steinwurf entfernt von den besetzten Häusern.

In einer Nacht im vergangenen Oktober habe die 43-Jährige auf ihrem Balkon eine Zigarette geraucht, wie sie sagt. Da habe sie gesehen, dass drei Frauen die Fassade ihres Hauses besprühten. Konrad sei nach unten gehastet und habe eine Frau festgehalten.

»Ich sagte, dass sie das bitte wieder weg machen sollen, sonst würde ich eine Anzeige erstatten«, so Konrad. Hysterisch hätten die Frauen geschrien, sich losgerissen, seien weggerannt. Nach einer kurzen Flucht seien sie vor den Augen herbeieilender Polizisten in die L34 geflüchtet.

»Yuppie-Schweine, Schüsse in die Beine« und »Rache« sprühte jemand in der nächsten Nacht an Konrads Haus. Als sie später vor die Tür trat, sei eine der Bewohnerinnen aus der L34 auf sie zugestürzt und habe sie an der Schulter gepackt. »Sie wüssten jetzt, wer ich sei und wo ich wohnte. Sie sagte auch sinngemäß, ich hätte keine ruhige Nacht mehr«, so Konrad.

Wie sie von Augenzeugen erfuhr, hatten mehrere Frauen aus der L34 ihre Haustür observiert und gewartet, bis sie herauskam. »Die machen einen fertig«, sagt sie.

Man muss sich den autonomen Nachbarn nicht erst in den Weg stellen, um zur Zielscheibe zu werden. Der Neubaukomplex, bestehend aus etwa 200 Wohnungen, wird seit Jahren attackiert.

Ein warmer Nachmittag Ende August. Im Innenhof der Wohnanlage spielen Kinder in einem Sandkasten. An einer Leine zwischen den Gebäuden hängen zwei Regenbogenflaggen. Neun Anwohner sitzen in einem Stuhlkreis und berichten von den Angriffen, deren Spuren nicht zu übersehen sind. In einigen Scheiben im Erdgeschoss klaffen noch die Löcher, die Stahl-

kugeln gerissen haben, geschossen offenbar aus einer Schleuder.

Die Angriffe variieren. Mal sind es Schmierereien an der Fassade, mal werden Fäkalien oder Farbbeutel geworfen. Auch Flaschen und Steine kamen zum Einsatz. Silke Konrads Mann wurde auf der Straße angespuckt. »Fickt euch!«, hat jemand in Blau neben eine Haustür gesprüht. Der Schriftzug »L34« prangt an der Wand.

»Im Schnitt haben wir mindestens einen Übergriff im Monat«, sagt Kaspar Deecke, Ex-Fotograf und heute Hausmeister. Weit mehr als hundert Fensterscheiben seien seit 2015 zu Bruch gegangen, viele noch in der Bauphase.

Dabei wohnen in dem Komplex gar keine neureichen Yuppies, sondern sehr bodenständige Leute. Um den zunehmend hohen Mieten in Berlin zu entkommen, schlossen sich Dutzende Menschen zusammen und errichteten auf einer Brache an der Rigaer Straße neuen Wohnraum. Jeder brachte seine Ersparnisse ein.

Noch bevor die ersten Wohnungen bezugsfertig waren, sei das Auto eines Security-Mannes in Flammen aufgegangen. Kurz nach dem Einzug von Deecke seien innerhalb einer Woche 24 Stahlkugeln auf eines der Fenster geprasselt. Seine damals 14-jährige Tochter habe dahinter geschlafen. 13 der sechs Millimeter dicken Projektile seien im Zimmer gelandet. So erzählt er es.

»Wir haben eine Grundsympathie für die Hausbesetzer«, sagt Deecke. »Aber das ist mafioses Verhalten. Die Autonomen wollen die Regeln bestimmen. Die, die ihrer Ansicht nach nicht hierherpassen, werden terrorisiert.«

Die meisten im Stuhlkreis stehen politisch links. Einer ist Projektmanager für

erneuerbare Energien, eine Grundschullehrerin, Rentnerinnen der Alt-68er-Generation sind unter ihnen, eine Sonderpädagogin gehört dazu. Häufig hätten sie das Gespräch mit den Autonomen gesucht. Ohne Erfolg. »Sie sind nicht zugänglich für irgendein Friedensangebot«, sagt Deecke. »Wir versuchen es aber ganz masochistisch weiter. Wir wollen nicht, dass ihre Häuser geräumt werden. Wir haben nur die Schnauze voll von der Gewalt.«

Viele in der Nachbarschaft haben Angst vor den Extremisten. Vor zwei Jahren bekam ein Ehepaar ein paar Hundert Meter weiter Tag und Nacht Polizeischutz. Die Frau hatte den Fehler gemacht, Krankenwagen und Polizei zu rufen, als ein bekannter Gewalttäter aus der R94 einen Passanten während eines Streits auf der Straße fast bewusstlos schlug.

Der Passant kam schwer verletzt ins Krankenhaus. Vor Gericht sagte die Anwohnerin als Zeugin aus. Daraufhin wurden die Frau und ihr Ehemann auf Flugblättern als »Kollaborateure« des verhassten Staates beschimpft. Ein Rädelsführer der R94 veranstaltete Kundgebungen gegen das Paar. Ende 2018 zogen die Verunglimpften weg. Der Mob hatte gesiegt.

Und die Bezirksbürgermeisterin? Gelächter im Stuhlkreis. Die Nachbarn fühlen sich von Monika Herrmann (Grüne) im Stich gelassen. »Der Bezirk solidarisiert sich mit den Hausbesetzern«, sagt Anwohnerin Konrad. »Und wer schützt uns?«

Die Politik

Um die Lage zu verstehen, hilft ein Blick auf die Verhältnisse. Friedrichshain-Kreuzberg ist eine grüne Hochburg. Von hier



Demonstranten auf der Rigaer Straße 2016: Mit Böllern und Steinen gegen den Rechtsstaat

stammt die einzige Grüne mit einem Direktmandat im Bundestag. Auch in der Lokalverwaltung geben die Grünen zusammen mit den Linken den Ton an. Geht es um militante Autonome, versucht man einen Spagat: Sympathie für Hausbesetzer, Distanzierung von Gewalt.

Manchmal wird der Terror im Kiez gar komplett ausgeblendet. Zum Beispiel in der Resolution DS/1699/V, die im Juni auf Antrag der Grünen und Linken in der Bezirksverordnetenversammlung beschlossen wurde. Im Hinblick auf die geplante Räumung der L34 sicherte man den Autonomen volle Unterstützung zu. Das besetzte Haus sei ein »einzigartiger Schutzraum«, eine Anlaufstelle für diskriminierungserfahrene Menschen, heißt es in dem Papier. Mit seinem »solidarischen Kiezbezug« und seiner »Widerständigkeit« präge das Haus das Viertel. Es sei gar nicht mehr wegzudenken, so die Resolution.

Die Nachbarn aus den attackierten Neubauten reagierten mit einem Protestbrief an Bürgermeisterin Herrmann, inklusive Fotos der Beschädigungen.

Den Protestbrief schickten die Nachbarn auch an ihre Vertreterin im Bundestag, die Abgeordnete Canan Bayram. Die Rechtsanwältin ist Nachfolgerin des grünen Parteilinken Hans-Christian Ströbele und so etwas wie die Stimme der Hausbesetzer im deutschen Parlament. Schuld an Eskalationen haben aus Bayrams Sicht eher der Berliner Innensenator und dessen Polizei. Die Beamten schikanierten die Anwohner, twitterte Bayram einmal. Gibt es mal wieder einen Einsatz gegen die Szene, ist die Grüne oft zur Stelle. »Bei uns war sie noch nie«, sagt Hausmeister Deecke.

Mehrere schriftliche und telefonische Gesprächsanfragen des SPIEGEL an Bayram verliefen ergebnislos. An einem Frei-

tagnachmittag Anfang September steht sie auf einer Wiese in Friedrichshain unter zwei Sonnenschirmen. Die Grünen haben zum Thema Familienpolitik eingeladen. »Dass Sie mich hier jetzt versuchen zu stellen, ist nicht gerade feiner Stil«, blafft Bayram die Reporter an. Über die Rigaer Straße wolle sie nicht sprechen. Sie habe andere Prioritäten.

Die Berliner Landesregierung kann nicht so wählerisch sein. Das Problem Rigaer Straße wird von Wahl zu Wahl weitervererbt – eine Art Berliner Flughafen für Innensenatoren. Der vorläufig letzte CDU-Mann im Job, Frank Henkel, versuchte sich als Hardliner. Auf dünnem juristischem Eis schickte er seine Hundertschaften 2016 zur Teilräumung in die R94.

Es folgten Ausschreitungen und eine juristische Niederlage für den Eigentümer. Die Räumung sei illegal gewesen, urteilte das Landgericht. Kurz darauf war Henkel weg, die Autonomen triumphierten. Seit vier Jahren sitzt nun Andreas Geisel (SPD) im Sattel. Er wolle kein »Sheriff« sein, sagt er, er handele rechtsstaatlich. CDU-Oppositionsführer Burkard Dregger wirft ihm dagegen »zu viel Rücksicht« vor. »Er tut nicht, was er tun könnte, um Recht und Ordnung durchzusetzen.«

Andreas Geisel empfängt in seinem Büro. »Ein einziger Mist« sei die Situation, sagt er. »Es mangelt mir aber nicht an Entschlossenheit, Recht und Ordnung durchzusetzen.« Jeder Durchsuchungsbeschluss werde vollstreckt. Straftäter, wenn möglich, verfolgt. »Wenn Vermummte in ein verbarrikadiertes Haus mit vielen Wohnungen flüchten und völlig unklar ist, in welche Wohnung sie konkret geflüchtet sind, stößt man an Grenzen«, sagt Geisel. »Wir können nicht überall mit der Ramme rein nach Wildwestmanier.«

Für Solidaritätsbekundungen mit den Hausbesetzern hat Geisel wenig Verständnis. In Regierungskreisen glaubt man, die Bezirksverwaltung könne mehr tun, um Vorschriften durchzusetzen. Etwa bei der Kontrolle der »Kadterschmiede«, einer inoffiziellen Kneipe im besetzten Teil der R94. Oder in der Bauaufsicht.

»Wir sind in Gesprächen mit dem Bezirk«, sagt Geisel. Eine Lösung könne es aber nur mit dem Eigentümer des Hauses geben. »Im Moment haben wir es mit einer Briefkastenfirma zu tun«, so Geisel. Zur Not könnte die Stadt die Immobilie kaufen. »Aber solange die Firma ihren Hintermann nicht benennt, geht das nicht.«

Die Eigentümer

Berlin, Potsdamer Platz, Konferenzraum einer Wirtschaftskanzlei. Sonne fällt durch die hohen Fenster im vierten Stock. Am Tisch sitzt, neben zwei Anwälten, ein Phantom. Ein Mann in türkisfarbenem T-Shirt, der leise spricht und seinen Namen nicht verbreitet sehen will. Investor kann man ihn nennen. Er sagt, er habe Angst vor Angriffen.

2014 habe er die R94 gekauft. Vorderhaus, linker Seitenflügel, Hinterhaus, insgesamt 30 Wohnungen. Preis: Berichten zufolge 1,2 Millionen Euro. Ein Schnäppchen, so klingt es. Der Investor bestätigt die Zahl nicht. »Der Vorbesitzer ist mehrfach körperlich attackiert worden, deshalb wollte er das Haus verkaufen.«

Der Investor kannte die Geschichte der R94 vorher, »natürlich«. Vor 30 Jahren, kurz nach dem Mauerfall, wurde die damals leer stehende Immobilie besetzt, es wuchs ein linksalternatives Hausprojekt. Anfang der Neunziger schloss eine städtische Wohnungsbaugesellschaft Mietverträge mit den Bewohnern ab – zu günstigen Konditionen.

Der Frieden hielt nur wenige Jahre, die Eigentümer wechselten, es gab Streit um Verträge, Räumungen, erneute Besetzungen, Straßenschlachten. 2013 wollte eine Stiftung das Haus kaufen und den Bewohnern günstig überschreiben. Die Bewohner entschieden sich dennoch »für die Fortsetzung des Kampfes und gegen die Befriedung«, so steht es auf ihrer Homepage.

Was will man mit so einem Haus? Der Investor zieht an einer E-Zigarette. Mietverhältnisse legalisieren und auf normalen Standard bringen, besonders im Hinterhaus, das sei sein Ziel gewesen, sagt er mit ruhiger Stimme.

Ein bisschen renovieren, ein bisschen instand setzen. Dafür sollte die Kaltmiete pro Quadratmeter im Vorderhaus auf 7 Euro im Schnitt steigen, im Hinterhaus auf 3,50 Euro. Dort liegt der Preis bisher bei 1,20 Euro – sofern gezahlt wird.

»Sechs bis sieben Prozent Rendite pro Jahr« habe er angestrebt, sagt der Investor,



Nachbarn in Neubaukomplex: »Wir haben die Schnauze voll von der Gewalt«

nach Abzug der Kosten. Geld verdienen, klar. Aber keine Luxuswohnungen. Er sei »Bestandsimmobilienhalter«, beteuert er. »Ich ging davon aus, dass man die Situation langfristig befrieden könnte.« Was man in der Rigaer 94 sehe, »kann doch kein Dauerzustand sein«.

Der Plan ging nicht auf. Der erste Hausverwalter, der beauftragt wurde, habe Besuch von Vermummten bekommen – und aufgegeben. Zwei Anwälte wurden bedroht. Den Leuten, die Wohnungen besetzt hielten, bot man Mietverträge an, wie geplant. Der Gegenvorschlag sei gewesen, so der Investor: ein Euro pro Quadratmeter. Plus der Bedingung, dass die Polizei keinen Zutritt bekäme.

Unterlagen zufolge, die der SPIEGEL einsehen konnte, sind heute nur 5 Wohnungen ordnungsgemäß vermietet. Für 15 weitere Wohnungen überweist eine Frau die Miete. Grundlage dafür sind Altverträge mit Leuten, die längst woanders leben. 10 Wohnungen gelten als besetzt.

Die Lage ist inzwischen so festgefahren, dass sie dem Investor kaum mehr lösbar erscheint. Um sich zu schützen, sagt er, müsse er sich hinter einem Geflecht aus britischen Tarnfirmen verbergen. Doch das macht ihn handlungsunfähig.

Eigentümerin der R94 ist die eigens gegründete Lafone Investments Limited aus Consett im Nordosten Englands, Heimat des als »Mr. Bean« bekannt gewordenen Komikers Rowan Atkinson.

Das Unternehmen klagte auf Räumung einzelner Wohnungen, auf Räumung der »Kadterschmiede«, klagte darauf, dass der Verwalter das Haus überhaupt betreten darf. Vergebens. Im jüngsten Beschluss Mitte August teilte das Landgericht Berlin zum wiederholten Mal mit, der vorgebliche Direktor der Lafone könne seine Prokura nicht beweisen. Und so fühlen sich Bewohner offenbar bestätigt, dem Verwalter den Zutritt zu verwehren.

Das Problem ist, dass hinter der Lafone weitere Briefkastenfirmen stehen. Es ist wie bei einer Matroschka-Puppe: Zum Vorschein kommen stets nur neue Strohleute. Der Investor bleibt verborgen.

Wenn die Zustände so bleiben, wolle er das Haus wieder loswerden, sagt er. Es koste ihn jeden Monat Geld, »8000 bis 9000 Euro«, weil die Lafone auf Nebenkosten sitzen bleibe, Prozesskosten habe, den Hausverwalter bezahlen müsse. Nur 3500 Euro kämen an Miete rein. Das sei »auf Dauer nicht zu verkraften«. Kaufen solle das Land Berlin. Zu welchem Preis?

Der Investor lächelt jetzt und denkt kurz nach. Die Zahl, die er sagt, will er später nicht veröffentlicht sehen. Nur so viel: Der Marktwert eines unbesetzten Hauses in dieser Lage betrage knapp sechs Millionen Euro. Er sei bereit, »deutlich unter diesem Verkehrswert« zu verkaufen.



Christian Mang / Imago images

Autonome in Berlin-Friedrichshain: »Yuppie-Schweine, Schüsse in die Beine«

Der Investor erhöht jetzt den Druck. Vor wenigen Wochen haben seine Anwälte eine erneute Räumungsklage gegen die »Kadterschmiede« eingereicht. Diesmal sollen neue Dokumente beweisen, wer in der Lafone das Sagen hat. Zudem legten sie der Stadt ein aktualisiertes Nutzungskonzept vor. Man wolle sämtliche besetzten Wohnungen räumen, um sie danach als Sozialwohnungen zu vermieten. Im Vorderhaus soll eine Kita einziehen.

Dem Bezirksamt drohen die Anwälte mit einer Untätigkeitsklage. Es gebe Brandschutzmängel im Haus, die der Hausverwalter nicht beseitigen könne, weil er keinen Zutritt habe. Der Bezirk sei in der Pflicht einzuschreiten. Außerdem habe die Kneipe keine Schanklizenz.

Wer die Geschichte von Gijora Padovicz kennt, kann verstehen, warum der Investor seine Identität verschleierte.

Padovicz gehört die L34. Das Haus ist von Frauen eines »anarcha-queer-feministischen Projekts« besetzt. Ende August hat das Landgericht entschieden, dass Pado-

vicz räumen lassen darf. Am 9. Oktober soll es so weit sein. Außerdem müssen die Bewohnerinnen etwa 20 000 Euro Nebenkosten nachzahlen.

Padovicz möchte wegen der angespannten Lage nicht über die Sache sprechen. Stattdessen empfängt sein Anwalt Ferdinand Wrobel in seinem Büro, vor der Tür stehen zwei Polizisten. »Aufgrund der Bedrohungslage«, sagt Wrobel.

Im Januar zerstörten Unbekannte nachts das Auto des Juristen. In einem Bekennerschreiben hieß es, Wrobel mache die »Drecksarbeit für eines der größten Immoarschlöcher der Stadt« und verdiene sein Geld »auf dem Rücken der MieterInnen«. Er sei Teil einer »kapitalistischen Verdrängungsmaschinerie«.

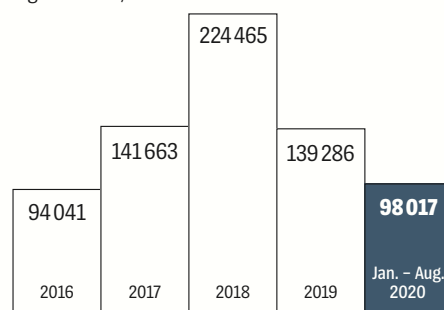
Dabei hatte es für Jahre kaum Konflikte um die Liebig 34 gegeben. 2008 hatte Padovicz das Haus gekauft, Berichten zufolge für etwa 600 000 Euro. Er schloss mit den Bewohnerinnen einen Pachtvertrag, befristet auf zehn Jahre und zu extrem günstigen Konditionen: Für das Haus zahlten sie zunächst 4022,50 Euro pro Monat plus Nebenkosten, später 4807,32 Euro. Es handele sich um etwa 30 Wohneinheiten, genau wisse man das nicht, sagt Anwalt Wrobel. »Der Eigentümer hat seit Jahren keinen Zutritt zum Haus.« Es habe offenbar Umbauten gegeben.

Der Vertrag für die L34 lief am 31. Dezember 2018 aus. Die Bewohnerinnen sollten gehen. Aber sie gingen nicht. Stattdessen gab es eine Serie von Angriffen auf Padovicz und seine Leute.

Auf Twitter verbreiteten die Bewohnerinnen der L34 ein Foto, auf dem Vermummte zu sehen sind, die mit einem Transparent posieren. Darauf steht: »Padovicz aus der Traum! Bald liegst du im Kofferraum!« Eine kaum verhohlene Anspielung auf den Arbeitgeberpräsidenten

Heißes Pflaster

Geschätzte Schadenshöhe der Sachbeschädigungen an Gebäuden und Privatfahrzeugen im Bereich der Rigaer Straße, in Euro



Quelle: Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport



Gordon Welters / DER SPIEGEL

Zerstörte Fensterscheibe in Neubau: Serie von Angriffen

Hanns Martin Schleyer, der 1977 von der RAF ermordet wurde.

Die Bewohner

Jan Kasiske hat ein Herz für die Hausbesetzer aus der Rigaer Straße. »Das Feindbild des Linksautonomen gibt es in meinem Weltbild nicht«, sagt der Ex-Bewohner. Zwischen 2006 und 2011 hat der heute 49-Jährige im Vorderhaus der R94 gelebt, mit Mietvertrag. Sein Sohn wohnt immer noch dort. Früher machte Kasiske Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus. Heute coacht er Führungskräfte.

»Mit dem Hinterhaus hatten wir uns verständigt«, so Kasiske. »Damals war die Situation auch noch nicht so wie heute. Es wurde viel um den richtigen Weg gerungen.« Straftaten und Gewalt sind für ihn eine rote Linie. Dafür gebe es keine Rechtfertigung, »von keiner Seite«. Einige aus dem Haus seien für vernünftige Lösungen wohl inzwischen nicht mehr erreichbar. Generell aber müsse ein Biotop wie die R94 als Ausdruck linker Lebenskultur in einer Demokratie möglich sein. »Aber wenn ich in einem ruhigen Stadtteil leben will, ziehe ich nicht in die Rigaer.«

Joschka B. gehört eher nicht zu denen, die es ruhig mögen. »Rädelsführer«, »Gewalttäter Links«, »maßgebender Teil der linksextremistischen Szene« – so beschreiben Staatsschützer den gebürtigen Rosenheimer in vertraulichen Akten.

»Wir vermuten ihn hinter vielen Aktionen und Straftaten, die in der R94 ihren Ursprung haben«, sagt ein Beamter einer Sicherheitsbehörde. Nicht alle Bewohner seien Extremisten. Vor allem im Vorderhaus lebten Personen, die wohl mit der Szene sympathisierten, aber nicht militant seien, heißt es.

Joschka B. wohnt im Hinterhaus. Die »Fraktion Hardcore«, so nennt ein Ermittler den Gebäudeteil. Mit den militanten Feministinnen aus der L34 gebe es einen regen Austausch. Polizisten gehören für den harten Kern der Autonomen genauso zum Feindbild wie Journalisten. Kamerateams werden attackiert, Reporter nach kritischen Berichten im Internet denunziert. Einem Kolumnisten, der immer wieder über die Rigaer berichtet, fackelten Unbekannte zweimal vor seiner Wohnung das Auto ab.

Joschka B. gehört zu den Veteranen. Er sei intelligent, ein Anführer, autoritär, kompromisslos in seiner Ablehnung des Staats, sagt ein Beamter. Die Staatsanwaltschaft Berlin ermittelt gegen zwei Gefährten von B., weil sie dem Jobcenter gefälschte Dokumente vorgelegt und Sozialleistungen erschlichen haben sollen. Seit verganginem Jahr wird nach Joschka B. gefahndet. Wegen des Verdachts einer gefährlichen Körperverletzung muss er eine DNA-Probe abgeben. Erwischt hat man ihn noch nicht.

Zu unübersichtlich ist die Lage in der R94 mit ihren geschätzt rund 50 Bewohnern, zu mobil der Verdächtige. Er pflegt enge Kontakte in die militante Szene im Ausland, nach Griechenland zum Beispiel.

Eine Anfrage des SPIEGEL ließ Joschka B. unbeantwortet. Ein Anwalt, der Bewohner der R94 vertritt, wollte sich ebenfalls nicht äußern.

In Sicherheitskreisen gilt B. als anschauliches Beispiel für die zunehmende Radikalisierung der Autonomen, deren Rückzugsorte im umkämpften Immobilienmarkt immer mehr verschwinden. Nach Angaben der Berliner Innenverwaltung wurden im Umkreis der R94 und L34 in den vergangenen vier Jahren 330 private Fahrzeuge und 48 Streifenwagen beschädigt. Hinzu kamen Dutzende verletzte Beamte und zahlreiche

Sachbeschädigungen und Brandstiftungen an Gebäuden. »Bei diesen Extremisten verkommt der linke Kampf für eine gerechte Welt zur Besitzstandswahrung mit militanten Mitteln«, sagt der SPD-Innenpolitiker Tom Schreiber. »Sie reden immer von einer größeren Sache. Letztlich dreht sich aber alles immer nur um ihr kleines Milieu.«

Die Polizei

Wer zu Kriminalrat Jens Müller will, muss vor dem Eingang warten, bis er abgeholt wird. Ein grauer Betonkasten in Berlin-Tempelhof. Müllers echter Name ist tabu. Zu groß ist für ihn die Gefahr, ins Visier seiner Kundschaft zu geraten.

Seit einem Jahr ist der 43-Jährige leitender Ermittler im Landeskriminalamt, zuständig für den Komplex Rigaer Straße. Doch sein Büro ist noch immer ein Provisorium, als wäre er schon auf dem Sprung. In zwei Jahren wird er als Karrierebeamter des höheren Dienstes in die nächste Abteilung wechseln.

Mit der Rigaer lässt sich nur wenig gewinnen. Dafür muss die Polizei sich immer wieder Vorwürfe anhören. Die Rigaer Straße sei nur deswegen ein Brennpunkt, weil die Polizei dort immer wieder provoziere, sagt ein Kenner der Szene. Polizeigewerkschafter sprechen dagegen von »mensenverachtender Gewalt« gegen Beamte. »Es ist oft nur der Schutzausrüstung oder dem bloßen Zufall zu verdanken, dass etwa Angriffe mit Steinen von Dächern nicht tödlich für die Kollegen enden«, so Benjamin Jendro, Sprecher der Gewerkschaft der Polizei in Berlin.

Die Kripo-Ermittler von Jens Müller versuchen, linksextreme Straftäter zu überführen, die sich in den besetzten Häusern und deren Umfeld bewegen. Müller sagt, die R94 sei »Schaltzentrale« und »Widerstandssymbol« der Szene, weit über Berlin hinaus. Das Hauptproblem seien ein paar Dutzend Extremisten, die sich regelrecht verschanzt hätten. Sie hätten eine eigene »Gebäude-sicherung« vorgenommen. Zugänge seien zugemauert, Falltüren installiert worden.

Wie schwer sich die Polizei mit der Rigaer tut, zeigt ein »Entscheidungsvorbehalt« der Polizeipräsidentin, den es in abgewandelter Form schon seit 2012 gibt. Er macht es nahezu unmöglich, Verdächtige zu verfolgen, die in »linke Szeneobjekte« fliehen. In solchen Situationen, so heißt es in dem Dokument, müsse zunächst ein Vorgesetzter in der Direktion um Erlaubnis gefragt werden. Und bis das geschehen ist, sind die Flüchtigen längst weg.

Hinter vorgehaltener Hand beklagen Polizisten eine ausgeprägte Nachsicht der Behörden mit den Autonomen. Wenn Joschka B. »ein Nazi wäre«, sagt ein Beamter sehr überzeugt, »dann säße er schon längst im Knast«.

Roman Lehberger, Ansgar Siemens

CUPRAOFFICIAL.DE



DER NEUE CUPRA FORMENTOR. INSPIRING THE WORLD FROM BARCELONA.

MIT 310 PS. EINE SYNTHESE AUS SUV UND COUPÉ. RENNSPORTLICH INSPIRIERT.
UND DER PERFEKTE ADRENALINSTOSS. AUF DEM WEG ZUR UMSETZUNG EINES
JEDEN GROSSEN TRAUMS. »DENN NICHTS IST SO SPORTLICH WIE DER KAMPF
UM DAS, WAS DU WIRKLICH WILLST.« MARC TER STEGEN.

Kraftstoffverbrauch CUPRA Formentor 2.0 TSI 4Drive, 228 kW (310 PS) in l/100 km: innerorts 9,6,
außerorts 6,5, kombiniert 7,7; CO₂-Emissionen in g/km: kombiniert 175. CO₂-Effizienzklasse: D.



CUPRA

»Unser verrücktes Ende«

SPIEGEL-Gespräch Zuletzt konnte der Mann von Syd Atlas nur noch das rechte Auge bewegen. Zuvor hatte er sie betrogen und war ausgezogen. Hier erzählt sie von getrennten Betten, schwindender Nähe und der Suche nach dem, was von der Persönlichkeit bleibt.

Atlas, 53, ist im New Yorker Stadtteil Brooklyn aufgewachsen und arbeitet in Berlin als Kommunikationstrainerin und Coach. Sie hat zwei Söhne und war mit einem Filmproduzenten verheiratet. Ihr Mann erkrankte vor sieben Jahren an Amyotropher Lateralsklerose (ALS) – jener Krankheit, die durch den Fall des britischen Physikers Stephen Hawking einer größeren Öffentlichkeit bekannt wurde. ALS ist nicht heilbar und führt zu einer Lähmung der Muskulatur. In ihrem Buch beschreibt Atlas, wie sich der Alltag ihrer Familie nach der Diagnose veränderte. Ihr Mann trägt hier wie im Buch einen anderen Namen.*

SPIEGEL: Frau Atlas, gab es Augenblicke, in denen Sie sich gewünscht haben, Ihr Mann wäre bereits gestorben?

Atlas: Nein, nie, auch wenn es einen Moment gab, in dem er mir das unterstellt hat, weil mir unser Alltag manchmal tatsächlich unerträglich vorkam. Aber dass Theo stirbt, wollte ich nie. Eher habe ich mich in ein Paralleleben gewünscht.

SPIEGEL: Sie meinen ein Familienleben ohne Krankheit?

Atlas: In schwierigen Situationen überlegt man, was passiert wäre, wenn man sich anders entschieden hätte. Was wäre, wenn ich nicht nach Deutschland gekommen wäre? Oder wenn ich einen anderen Mann getroffen hätte? Mein Alltag hat solche Tagträume allerdings immer schnell beendet. Meine Söhne brauchten Käsebröte und wir alle frisch gewaschene Wäsche.

SPIEGEL: Sie klingen abgeklärt.

Atlas: Mein Mann ist vor über einem Jahr gestorben. Dass ich anschließend aufgeschrieben habe, was wir erlebt hatten, half mir, es einzuordnen. Unser Leben unterschied sich lange nicht sehr von dem anderer Leute. Wir hatten Freunde, verrückte Katzen, wunderbare Söhne und Jobs, in denen wir nicht viel verdienten, aber gern arbeiteten. Wir haben viel gelacht. Und natürlich haben wir gestritten. Ich liebte unser Leben. Als Theo die Diagnose erhielt, glaubte ich zuerst, wir könnten seine Krankheit gemeinsam besiegen.

* Syd Atlas: »Das Jahr ohne Worte«. Aus dem Englischen von Martin Ruben Becker. Wunderlich; 256 Seiten; 20 Euro.

Das Gespräch führte die Redakteurin Katja Thimm in Berlin.



Autorin Atlas: »Wir führten ein Doppelleben«

SPIEGEL: Wie haben Sie davon erfahren?

Atlas: Theo hatte sich einen Termin bei einem Neurologen geben lassen, während ich beruflich in Chicago war. Er hatte mir nichts davon erzählt. Ich kam von der Reise zurück, und wir gingen mit unseren Söhnen zum Spielplatz. Sie waren sechs und elf Jahre alt und kletterten gerade auf ein Gerüst, als Theo mir sagte, er habe wahrscheinlich ALS. Ich glaubte ihm nicht. Er wirkte fit, uns ging es gut. Ich wollte, dass das so bleibt.

SPIEGEL: Und dann?

Atlas: Habe ich am nächsten Tag mit der Taschenlampe meines Handys in seinem Mund herumgeleuchtet. Theo hatte mir erzählt, dass seine Zunge unkontrolliert zuckte, und genauso war es. Wir haben dann drei Spezialisten aufgesucht, an der

Berliner Charité, in Ulm und Tel Aviv, jedes Mal war ich überzeugt davon, die Ärzte kämen zu einem anderen Ergebnis. Aber alle stellten dieselbe Diagnose.

SPIEGEL: Wie hat sich Ihr Alltag verändert?

Atlas: Die Kinder sollten nach Möglichkeit viele unbeschwerte Momente erleben, deshalb haben wir ihnen erst einmal nichts gesagt. Außerdem beschlossen Theo und ich, endlich zu heiraten. Wir haben dreimal gefeiert, als wollten wir uns gegen die Krankheit verbünden. Unsere Eltern und einige Freunde wussten anfangs ebenfalls nichts von der Diagnose. Wir führten ein Doppelleben, es war tröstlich, nicht ständig an unsere Angst zu denken. Wenn die Kinder abends schliefen, war es allerdings vorbei. Wir klappten die Laptops auf und lasen jeden Eintrag über ALS.

SPIEGEL: Wann haben Sie Ihren Söhnen von der Krankheit erzählt?

Atlas: Fast ein halbes Jahr später, nachdem die Diagnose hundertprozentig feststand. Theo sprach da schon zunehmend undeutlich. Die Krankheit hat ihm zuerst die Stimme genommen. Am Anfang klang er wie nach einem Zahnarztbesuch mit Betäubung, dann, als hätte er getrunken. In der nächsten Phase hörte es sich an wie ein Grunzen. Und nach einem Luftröhrenschnitt konnte er gar nicht mehr sprechen. Die Operation war notwendig, weil er nicht mehr allein atmen konnte.

SPIEGEL: Wie haben Sie sich verständigt?

Atlas: Er hatte vor dem Eingriff eine Stimme auf ein Handy geladen, die uns seine getippten Nachrichten vorlas. Es war eine britische Frauenstimme. Er hatte ursprünglich seine eigene verwenden wollen und lauter Silben und Sätze in ein digitales Sprachsystem diktiert. Das hat aber nicht funktioniert.

SPIEGEL: Warum wählte er gerade diese Frauenstimme aus?

Atlas: Sie war die erste Alternative, auf die er im Internet stieß. Im Nachhinein finde ich es auch merkwürdig. Aber es veränderte sich damals so viel für uns, dass die Stimme einer Britin zu den kleineren Herausforderungen zählte.

SPIEGEL: Was war besonders schwierig?

Atlas: Man muss sich diese Krankheit so vorstellen, als löschte sie die sichtbare Persönlichkeit eines Menschen aus. Alle Eigenschaften und Fähigkeiten verblassen, weil der Kranke sie immer weniger äußern und zeigen kann. Das, was ihm noch gelingt, wirkt umso eindringlicher.

SPIEGEL: Das müssen Sie erklären.

Atlas: Sagen wir es so: Ein Mensch hat zehn gute Eigenschaften. Neun davon liebt man. Seinen Humor, die tollen Gespräche mit ihm, sein Talent, gut zu erzählen. Er kann kochen, er ist ein guter Tänzer. Aber er hat auch eine Eigenschaft, die nervt, er ist zum Beispiel selbstbezogen. Wenn die Krankheit nun die neun Qualitäten verschwinden lässt: Was bleibt übrig? Mir fiel es zunehmend schwer zu sehen, dass Theo jener Mann ist, dessen Persönlichkeit ich so liebte. Sie vermittelte sich mir kaum noch. Außerdem hatte ich den Eindruck, ich käme der Krankheit nicht hinterher.

SPIEGEL: Inwiefern?

Atlas: Sie war schneller als mein Verstand und mein Gefühl. Hatte ich begriffen, welche Formulare ich bei der Krankenkasse besorgen musste, rutschte er in die nächste Pflegestufe. Schmiedete ich Pläne, wie wir den Alltag meistern könnten, belehrte mich der nächste Moment eines Besseren.

SPIEGEL: Können Sie ein Beispiel schildern?

Atlas: Als mein Mann einen Rollstuhl erhielt, stellte ich mir vor, wir könnten ge-

meinsam Einkäufe erledigen: Ich schiebe, wir erzählen, und die Beutel baumeln am Gestell. Dass wir dabei buchstäblich nicht auf Augenhöhe waren, hatte ich unterschätzt. Theo wollte nicht als schwach wahrgenommen werden. Als er nach dem Luftröhrenschnitt aus dem Krankenhaus entlassen wurde, legten wir uns abends wie üblich in unser Bett. Dabei hatten wir ab diesem Tag einen 24-Stunden-Pflegedienst bei uns zu Hause, weil Theo ihn zum Überleben brauchte.

SPIEGEL: Wie ist die Nacht verlaufen?

Atlas: Wir schliefen zum Geräusch der Beatmungsmaschine ein. Ich hatte mir eingeredet, die Töne seien beruhigend, aber dann wachte ich von Alarmentönen auf. Eine Schwester beugte sich über mich, um Theos Atemwege freizusaugen. Viermal wiederholte sich das in dieser Nacht, danach stand für mich fest, dass ich auf die Schlafkanch ziehen musste. Ich durfte mir Theos Krankheit nicht zu eigen machen, wenn ich sie mit ihm durchstehen wollte. Also rollte ich meinen Koffer ins Souterrain. Für Theo war das wie ein Verrat.

SPIEGEL: Ein Abgang mit gepacktem Koffer lässt sich auch leicht missverstehen.

Atlas: Ich musste das Notwendige griffbereit haben, ich konnte mich nicht mehr unbefangen bewegen. In der Küche, im Wohnzimmer, im Bad, überall waren fremde, ständig wechselnde Menschen. Pfleger, Logopäden, Krankenschwestern, Ergotherapeuten, ihre Handys klingelten, man roch ihr Duschgel und ihren Zigarettenrauch. Das waren gute Menschen, aber es fühlte sich nicht mehr an wie unsere Wohnung. In den Ecken stapelten sich Pakete mit Absaugschläuchen, Gummihandschuhen oder Theos Sondennahrung.

SPIEGEL: Wie kamen die Kinder damit zu recht?

Atlas: Sie hatten ihre Zimmer ebenfalls im Untergeschoss. Dort empfingen sie ihre Freunde, und für alle professionellen Helfer waren diese Räume tabu. Aber natürlich prägte die Krankheit ihre Kindheit.

SPIEGEL: Wie machte sich das bemerkbar?

Atlas: Theo und ich hatten vereinbart, dass wir ihre Fragen ehrlich beantworten. Doch sie fragten nicht viel, sie schienen eher den nächsten Schrecken abzuwarten. Wir schauten weiterhin zusammen Filme, wie es schon vorher unser Ritual gewesen war, und saßen dabei auf Theos Bett statt auf dem Sofa. Die Jungen sollten spüren, dass das Leben trotz der Krankheit erfül-

lend sein kann. Aber die schlimmen Momente reichten sich eben doch aneinander.

SPIEGEL: Woran denken Sie?

Atlas: Einmal standen die Jungen mit mir im Hausflur. Kurz bevor ich die Wohnungstür aufschloss, fragten sie mich, ob ich Theos Worte noch verstehen würde. Sie scheuten sich, zu ihm hineinzugehen, weil sie seine Laute nicht mehr entschlüsseln konnten. Ein anderes Mal brachte Theo den Kleineren ins Bett, es war am Anfang seiner Krankheit. Der Abend endete damit, dass beide weinten, weil Theo seinen Speichel nicht halten konnte. Er hatte wie ein Säugling aufs Kopfkissen gesabbert.

SPIEGEL: Ihre Familie hat damals von Ihren Einkünften gelebt. Wenn Sie beruflich verreisen mussten: Wer kümmerte sich um die Kinder?

Atlas: Wir hatten Au-pair-Mädchen, großartige junge Frauen, die den Jungen geholfen haben, eine Gegenwelt aufzubauen. Dass diese Jahre unsere Kinder beschädigen würden, war vielleicht meine größte Sorge. Manchmal zeigten die beiden auch, dass Theos Krankheit ihnen unangenehm war. Als wir seine Familie zu Weihnachten besuchten, wollten sie einen anderen Zug nehmen als mein Mann und die Pfleger. In anderen Momenten gingen sie wieder sehr zärtlich mit ihrem Vater um.

SPIEGEL: Wie haben Sie die Nähe zu Ihrem Mann bewahrt?

Atlas: Sie kam mir abhanden, ohne dass ich es bemerkt hätte. Ich hatte nicht damit gerechnet. Unsere Gespräche wurden oberflächlicher, es war verständlicher, sich zu verständigen. Zum Schluss antwortete Theo nur noch auf

Fragen, die sich mit Ja oder Nein beantworten ließen. Schielte er Richtung Nase, bedeutete es Zustimmung. Aber die zähe Kommunikation war nicht der einzige Grund für unsere Distanz.

SPIEGEL: Was kam hinzu?

Atlas: Ich fürchtete, Theo zu verletzen, wenn ich ihm von meinem aktiven Leben erzählte. Und während ich Podcasts hörte, weil ich mich nach Stimmen und helleren Gedanken sehnte, sehnte sich mein Mann nach Intimität. Manchmal fragte er mich, ob ich mit ihm schlafen würde. Ich musste mich dazu überwinden, aber auch von diesem Zwiespalt sagte ich nichts. Selbst über seinen Tod haben wir kaum gesprochen. Anfangs kamen wir nicht dazu, weil wir noch so viel erleben wollten, dann haben wir so getan, als gehörte sein Tod, auch unsere Angst davor, nicht zu unserem Alltag. Solchen Themen aus dem Weg zu

Amyotrophe Lateralsklerose

ALS, eine nicht heilbare degenerative Erkrankung des Nervensystems, führt zu **Lähmungen** und **Muskelschwund**.

Etwa **4** von 100 000 Menschen leiden an ALS.

Rund **10%** der Patienten leben 10 Jahre nach Stellung der Diagnose noch.

Einmal Bürgerkrieg und zurück

Strafjustiz Omaima A. zog mit ihren Kindern von Hamburg nach Syrien und heiratete den Ex-Rapper und IS-Mann Denis Cuspert. Nun steht sie vor Gericht: Ist sie eine Terroristin?

gehen rächt sich meistens. Vielleicht war es mit ein Grund für unser verrücktes Ende.
SPIEGEL: Sie spielen darauf an, dass Ihr Mann sich im Verlauf seiner Krankheit von Ihnen trennte?

Atlas: Mein Handy zeigte an einem Tag eine Nachricht von ihm an. Ob ich in sein Zimmer kommen könne. Als ich dann bei ihm stand, teilte er mir mit, er wolle ausziehen.

SPIEGEL: Was war passiert?

Atlas: Ich möchte es kurz halten: Er hatte sich in eine Pflegerin verliebt, die ihn versorgte. Er hatte mich mit ihr in jeder Hinsicht betrogen und suchte nun einen Ort, um diese Liebe auszuleben.

SPIEGEL: Das klingt, verzeihen Sie, wie aus einem schlechten Film.

Atlas: Wäre es ein Drehbuch, ich gäbe es zurück. Mittlerweile erkläre ich mir diesen entsetzlich traurigen Moment damit, dass Theo ein Gefühl von Autonomie zurückgewinnen wollte. An einem kalten Wintertag kamen dann jedenfalls vier Sanitäter, die meinen Mann in einen Transportstuhl hoben und wegbrachten, während die Pflegerinnen seine medizinischen Apparate, Vorratspackungen und Dokumente zusammensuchten.

SPIEGEL: War es das letzte Mal, dass Sie Ihren Mann gesehen haben?

Atlas: Nein, die Kinder und ich haben ihn regelmäßig in seiner neuen Unterkunft besucht. Es ging ja um die Erinnerungen, die uns begleiten würden. Ich wusste auch, dass da noch eine Aufgabe auf mich wartete: Ich würde mich vor seinem Tod angemessen von ihm verabschieden müssen. Ich wusste nur nicht, wie. Ein Podcast hat mir dann geholfen.

SPIEGEL: Das klingt profan.

Atlas: Es war das Gegenteil von profan. Ich freute mich an der Stimme des Sprechers, und plötzlich redete er davon, wie man sich von Todkranken verabschieden könne, mit denen man es nicht leicht gehabt habe. Er sagte, man brauche zehn Wörter. Sie klingen schlicht, sind aber gewaltig: Bitte verzeih mir. Ich verzeihe dir. Danke. Ich liebe dich.

SPIEGEL: Und das haben Sie Ihrem Mann bei Ihrem nächsten Besuch gesagt?

Atlas: Nicht beim nächsten. Mir widerstrebte es, ihn ebenfalls um Verzeihung zu bitten. Wofür, dachte ich, das ist doch alles nicht mein Fehler. Aber am Ende ging es doch.

SPIEGEL: Bitte erzählen Sie.

Atlas: Theo konnte nur noch sein rechtes Auge offen halten. Eine Krankenschwester hatte seinen Kopf in meine Richtung gedreht, sodass er mich sah. Er weinte aus diesem einen Auge. Und ich habe ihm gesagt, wie leid es mir tue, dass ich nicht der Mensch sein konnte, den er brauchte.

SPIEGEL: Frau Atlas, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Omaima A. war überrascht, als sie eines Abends im Frühjahr 2019 nach Hause kam. Ihre zwölf Jahre alte Tochter erzählte von ungebetenem Besuch. Eine Frau sei da gewesen, habe Mama sprechen wollen und das Mädchen gefragt, ob es schon einmal in Syrien gewesen sei. So berichtet es A. später vor Gericht.

Die Mutter erschrak. Ihre Jahre im »Islamischen Staat« (IS), das Leben in Rakka, die Rückkehr nach Deutschland, ihre Abwendung vom fundamentalistischen Islam – all das schien für sie vorbei zu sein, vergangen, vergessen. Sie hatte sich für ein neues Leben entschieden, ohne Verschleierung, ohne Männer, ohne Krieg. Sie wollte sich ihren Traum erfüllen und ein Kosmetikstudio eröffnen. Sagt sie.

Und dann das. Sie war aufgefliegen. Eine Reporterin hatte A. gefunden.

Die Mutter von vier Kindern wusste damals wohl, dass es nur eine Frage der Zeit sein würde, bis sie noch mehr ungebetenen Besuch bekommt. Am 9. September 2019 nahmen Beamte des Landeskriminalamts Hamburg A. fest. Sie kam in Untersuchungshaft. Terrorverdacht.

Omaima A., 36, weiße Bluse, die dunklen Haare zum Pferdeschwanz gebunden, ist angeklagt, sich dem IS angeschlossen zu haben. Zudem soll sie öffentlich mit einer Kalaschnikow hantiert und ein 13 Jahre altes jesidisches Mädchen als Sklavin gehalten haben.

Nach mehr als vier Monaten nähert sich der Prozess vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht seinem Ende. Der Vertreter der Bundesanwaltschaft hat eine Haftstrafe von vier Jahren und zehn Monaten gefordert. Am Montag wird Omaima A.s Verteidiger plädieren, und auch sie wird sich selbst mit einem letzten Wort an den Senat wenden können.

Vor Gericht erschien A. als eine Frau, die sich nichts gefallen lässt, die ihr Schicksal selbst in die Hand nimmt. Doch genau das könnte ihr am Ende zum Verhängnis werden. Wenn sie die »starke Persönlichkeit« ist, als die sie sich beschreibt, wird sie die Verantwortung dafür tragen müssen, ihre Kinder in ein Kriegsgebiet gebracht und dort mutmaßlich Verbrechen begangen zu haben.

Das Verfahren in Saal 288 zeichnete das Leben der Deutschtunesierin nach, das lange Jahre vergleichsweise unauffällig verlief. Sie besuchte in Hamburg ein Gymnasium, heiratete einen Jugendfreund, bekam eine Tochter, ließ sich scheiden, bezog Sozialleistungen.

Doch dann wurde Omaima A. religiöser, radikaler. Sie fand Gefallen an einem Gesichtsschleier und heiratete im Mai 2012 den Islamisten Nadir Hadra, einen Gefolgsmann des Hasspredigers Ibrahim Abou-Nagie. Sie bekam ein weiteres Kind. Als Hadra verkündete, er wolle in Syrien für den IS kämpfen, war A. zum dritten Mal schwanger.

Mindestens 1060 Islamisten reisten einer Zählung des Verfassungsschutzes zufolge in den vergangenen Jahren von Deutschland aus Richtung Syrien und Irak: Die meisten von ihnen waren jünger als 30, mehr als die Hälfte besaß die deutsche Staatsbürgerschaft, etwa ein Viertel waren Frauen. Mehr als 500 sollen in Terrormilizen gekämpft oder sie unterstützt haben.

Sieben Monate nach der Geburt ihres dritten Kindes, am 13. Januar 2015, verließ auch Omaima A. Deutschland in Richtung der IS-Hochburg Rakka. Ihre Kinder nahm sie mit. In ihrer neuen Umgebung verschleierte sie sich, man konnte nur noch die Augen sehen, wenn sie aus dem Haus ging. Ihre älteste Tochter ließ sie auf einer IS-Schule indoktrinieren.

Sechs Wochen nach ihrer Ankunft war Omaima A. Witwe. Ihr Mann starb laut



Quelle: YouTube

Islamist Cuspert 2014

Angenehmes Leben im Kriegsgebiet



Daniel Reinhardt / dpa

Angeklagte A.: »Ich bin kein Staatsfeind«

Anklage bei einem Luftangriff auf Kobane. Der IS zahlte A. 1000 US-Dollar und weitere 310 US-Dollar für die Halbweisen. Sie war nun die Witwe eines Märtyrers.

Wenig später erfüllte sie den Wunsch ihres Ehemanns und heiratete nach islamischem Ritus seinen besten Freund. Denis Cuspert, ein unter dem Namen Deso Dogg mäßig erfolgreicher Gangsta-Rapper aus Berlin, war der deutsche Posterboy des IS und ein bekannter Dschihadist, ein deutscher Topterrorist.

Die Patchworkfamilie ging laut Anklage auf im Kampf des IS: Cuspert schoss an der Front, Omaima A. warb in Mails für den IS. Ihre Kinder schwenkten IS-Flaggen, spielten mit scharfen Waffen, die Mädchen trugen Ganzkörperschleier.

Es habe »viele schöne Dinge« gegeben, »die der IS auf die Beine gestellt hat«, sagt A. im Gericht. Sie spricht von reparierten Straßen, von gepflanzten Bäumen, dem restaurierten Zentrum Rakkas, der inoffiziellen Hauptstadt des Terrorreichs. Die IS-Kämpfer hätten für die Frauen getöteter Kameraden eingekauft. Es klingt nach einem angenehmen Leben im Kriegsgebiet, es klingt naiv.

Wohl Ende 2015 wurde Omaima A. mit ihrem vierten Kind schwanger, angeblich hakte es aber in der Beziehung zu Cuspert. Sie wollte zurück nach Hamburg. Von der Türkei aus flog sie nach Deutschland. Knapp anderthalb Jahre später behauptete der IS, Cuspert sei tot.

Eine enge Freundin beschreibt im Gericht, wie froh Omaima A. gewesen sei, aus Syrien wegzukommen. A. habe »mit allem abschließen« wollen, der »Lebensstil« habe nicht zu ihrem Charakter ge-

passt. »Sie bereut das. Es war der größte Fehler ihres Lebens.«

Warum sie diesen Fehler beging, bleibt offen. Weshalb entscheidet sich eine junge Mutter dazu, in den Krieg zu ziehen? Noch dazu eine, die wie Omaima A. aus einer offenbar stabilen Familie stammt? Der Kontakt zu ihren Eltern brach nicht ab, als sie in Syrien lebte. Über WhatsApp tauschte sie sich permanent mit ihnen aus.

A.s Rückkehr 2016 nahmen die Behörden damals zur Kenntnis, ließen sie aber vorerst in Ruhe, es fehlten offenbar Informationen. Omaima A. begann ihr neues Leben auf dem Fundament des alten. Sie zog zurück in den Hamburger Stadtteil

Ihre neue Welt schien intakt zu sein, nur wenige kannten ihre Vergangenheit.

Neugraben, südlich der Elbe. Ihre Eltern nahmen sie auf und überließen ihr später das Reihenhaus. A. sagt, sie habe auf ihr Kopftuch verzichtet, Moscheen gemieden, mit ihren »konservativen Schwestern« gebrochen. Als Eventmanagerin und Übersetzerin arbeitete sie, engagierte sich für Geflüchtete und in einem Verein, der arabische Frauen unterstützt. Sie wollte sich selbstständig machen.

Ihre neue Welt schien intakt zu sein, nur wenige kannten ihre Vergangenheit. Doch Omaima A. war unvorsichtig. Sie warb mit ihrem beruflichen Können in einem sozialen Netzwerk. Im April 2019 fand die Reporterin Jenan Moussa des Fernsehsenders

Al Aan TV mit Sitz in Dubai sie im Internet. Der Journalistin war das Handy zugespielt worden, das A. in Syrien benutzt hatte, darauf 36 Gigabyte Dateien, Fotos, Videos, Unterlagen aus A.s Leben. Es war der Weg einer Frau in den Terror.

Die Reporterin klingelte an jenem Freitag 2019 bei Omaima A.s Tochter und befragte das Mädchen. Ihre Recherchen machten den deutschen Behörden Druck, die A. vorerst nur im Auge behielten. Die Informationen der Journalistin wurden Teil der Indizien gegen A. Dazu zählt das Bild, das sie mit einer Kalaschnikow zeigt. Die Waffe habe ihrem Ehemann gehört, sagt A. Sie habe weder ein Gewehr besessen noch Gewalt damit ausgeübt.

Die Verteidigungsstrategie der Omaima A. ähnelt der anderer IS-Rückkehrerinnen. In Vernehmungen inszenieren sich diese Frauen oft als ahnungslose Ehefrauen und Heimchen am Herd. Vor Gericht fallen ihre Erzählungen jedoch oft wie ein Kartenhaus zusammen. Zum Vorschein kommt, wie aktiv sie in das System der Terrormiliz eingebunden waren.

Der bloße Aufenthalt in einer IS-Hochburg wird nicht als Straftat gewertet. Unterstützten die Frauen die Terrormiliz jedoch, drohen ihnen Haftstrafen. Dazu kann schon zählen, dass sie IS-Kämpfern den Haushalt führten. Omaima A. räumt das ein. »Was hätte sie sonst machen sollen?«, fragt ihr Verteidiger Tarig Elobied. »Die Kinder verhungern lassen?«

Viel Zeit widmet der Senat dem Verdacht, A. habe sich eine Sklavin gehalten. Ein Vorwurf, der A. empört. Die 13-Jährige, die bislang nicht identifiziert ist, habe mit ihrer Tochter gespielt, »mehr nicht«, sagt sie. Sie habe gewusst, dass das Kind eine Sklavin gewesen sei, dessen Dienste aber nicht in Anspruch genommen.

Drei Verhandlungstage lang befragt das Gericht eine Jesidin, die ihren Angaben zufolge 2014 entführt und fast dreieinhalb Jahre lang als Sklavin erniedrigt, misshandelt, vergewaltigt und immer wieder weiterverkauft wurde. Drei Personenschützer begleiten sie in den Saal. Die Frau sagt, die Ehefrau des IS-Kämpfers, dem sie dienen musste, habe sie mit zu A. genommen. Omaima A. sagt, sie kenne die Frau nicht.

Hätte seine Mandantin nicht Denis Cuspert geheiratet, wäre sie gar nicht derart in den Fokus geraten, kritisiert Verteidiger Elobied das Vorgehen der Ermittler. Er glaubt, die Prominenz des Terroristen habe Omaima A. zum Nachteil gereicht. Eine Haftstrafe von vier Jahren und zehn Monaten, wie von der Bundesanwaltschaft gefordert, hält er für übertrieben.

Omaima A. jedenfalls beteuert: »Ich bin kein Staatsfeind, war nie einer und werde nie einer sein.« Julia Jüttner

Mail: julia.juettner@spiegel.de



Politikerin Götting-Eckardt in Erfurt: »Verzweiflung, aber auch Kraft und Zuversicht«

Die zweite Chance

Gedenktage Die Deutschen feiern 30 Jahre Einheit. Zuletzt war die Stimmung schlecht, vor allem im Osten misstrauten die Bürger der Regierung. Das hat sich durch die Coronakrise geändert. Woran liegt das? Und hat sich noch mehr getan? Eine Reise durch Ostdeutschland. *Von Susanne Beyer*

Dresdner Staatsschauspiel, ein Abend im September. Bodo Ramelow sitzt auf der Bühne für ein politisches Gespräch. Anlass: 30 Jahre deutsche Einheit. Das Thema des Abends ist die Treuhand, der Linkenpolitiker und Ministerpräsident von Thüringen legt los. Wie die Treuhand in den vier Jahren nach der Einheit mehr als 3800 Firmen liquidiert habe – brutal und viel zu schnell sei das gewesen. Wie viele Menschen dadurch ihre Arbeit verloren hätten – ein Trauma sei das bis heute. Die Stärke der AfD bei drei Landtagswahlen im Osten im vergangenen Jahr sei auch durch dieses Trauma zu erklären.

Ramelow ist in Tiradenlaune. Er schlägt einen Ton an, der vor einem Jahr oft zu hören war, als das Jubiläum des Mauerfalls von 1989 gefeiert – oder besser: absolviert wurde.

Das Jubiläum der Einheit am 3. Oktober ist auf ewig gekettet an das Jubiläum des Mauerfalls im Jahr davor. Die Stimmung der ersten Feier bestimmt oft die Atmosphäre der folgenden. Und wenn jemand dabei gewesen wäre bei dem Jubiläum vor einem Jahr, der noch nie etwas von Deutschland und seiner Geschichte gehört hätte, der hätte denken müssen, dass dieser Mauerfall ein sehr trauriges Ereignis gewesen ist.

Ramelow sitzt jetzt in einem Zimmer hinter den Kulissen des Staatsschauspiels. Frage: »Hat sich etwas verändert durch Corona an der Stimmung im Osten Deutschlands, zwischen dem einen und dem anderen Jubiläum, in die eine oder andere Richtung?«

Antwort: »Die Pandemie ist das erste welthistorische Ereignis, das die Deutschen in Ost und West genau gleich trifft.

Ein gemeinsames Erlebnis, auch ein schlechtes, verändert immer etwas.«

Der Philosoph Jürgen Habermas sieht in den »schicksalhaft hereinbrechenden« Ereignissen der Pandemie jetzt, 30 Jahre »nach der weltgeschichtlichen Zäsur von 1989/90«, sogar »eine zweite Chance«. Er nimmt dabei die große Perspektive ein, schaut auf ganz Deutschland, Europa und die Welt.

Aber was würde das für Ostdeutschland bedeuten? Hat sich dort durch Corona etwas verschoben? Sogar zum Besseren? Und wie beantwortet man etwas, wofür es keine Statistik gibt?

Eine Reise durch Ostdeutschland, nach Rostock, Jena, Erfurt auf der Suche nach einer Antwort auf die Frage, was die Krise verändert hat. Zu einem Wissenschaftler, einer Bundespolitikerin, dem Leiter eines Sozialkaufhauses, einem Landtagsabge-



Soziologe Mau im früheren Zuhause in Rostock-Lütten Klein: »Gesellschaftliche Entwicklungen sind vielschichtig, oft widersprüchlich«

ordneten, einem Gemeindepädagogen, einer Sozialarbeiterin und Kulturschaffenden.

Anruf beim Wissenschaftler. Steffen Mau, 51, ist Professor für Makrosoziologie an der Humboldt-Universität in Berlin und Spezialist für ostdeutsche Mentalitäten. Mau hat im vergangenen Jahr ein Buch zum Mauerfalljubiläum geschrieben: »Lütten Klein«. Er beschreibt darin das »Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft« am Beispiel seines Heimatortes, einer Plattenbausiedlung in Rostock.

Sieht er Änderungen vom einen zum anderen Jubiläum?

Mau ist skeptisch. Am Telefon liest er Statistiken vor. Die Infektionszahlen seien niedriger in Ostdeutschland, und bis auf einige Ausnahmen sei das durchgängig so geblieben, sagt er. Er nennt einen der möglichen Gründe: Zu Beginn der Pandemie waren hauptsächlich Menschen aus der oberen Mittelschicht betroffen, und die sei im Westen größer als im Osten. Zur oberen Mittelschicht gehörten die Leute, die viel reisten, die das Virus von hier nach dort, von Ischgl nach Düsseldorf trugen.

Er klickt weiter. Die Zustimmungsraten zur Corona-Politik der Bundesregierung seien in West und Ost ähnlich. Dies sei,

sagt er dann, angesichts der Landtagswahlergebnisse vom vergangenen Jahr, die ja auch eine Abrechnung gewesen seien mit der Bundesregierung, nun doch eine bemerkenswerte Zahl.

»Hier stand einmal meine Berufsschule«, sagt Mau, als er ein paar Tage später in der S-Bahn vom Hauptbahnhof Rostock nach Lütten Klein sitzt. Er hat sich überreden lassen, noch einmal in seinen Heimatort zu fahren. Er zeigt aus dem Fenster. Viele Gebäude seiner Kindheit sind nach 1990 abgerissen worden.

Aber Lütten Klein steht da, als hätte es die vergangenen 30 Jahre nicht gegeben. Die Plattenbausiedlung gehörte zu den bekanntesten der DDR, sie war im Norden Rostocks von Mitte der Sechzigerjahre bis Mitte der Siebzigerjahre als sozialistischer Vorzeigeort gebaut worden: Schichtarbeiter, Akademiker, Künstler sollten hier zusammenleben.

Die Mutter von Steffen Mau war Ärztin an der Poliklinik. Der Vater hatte nordi-

sche Sprachen studiert, aber da er an die Orte, an denen die nordischen Sprachen gesprochen wurden, nicht reisen durfte, ging er in den Schiffbau.

Von einer Fensterfront des Hochhauses, in dem die Familie wohnte, sah man das Meer und an guten Tagen die Schiffe vor der Küste eines dieser nordischen Länder.

Steffen Mau selbst machte eine Lehre als Elektronikfacharbeiter für Schiffsanlagen, um auf diesem Weg zum Abitur zu kommen. Die DDR hatte den Zugang zur höheren Bildung reglementiert, erst recht für Akademikerkinder. Auf die mittlere Generation, die jetzt noch ganz im Berufsleben steht, wirkt sich das aus, bis heute. Als die Mauer fiel, war Mau 21 Jahre alt. Es sah nicht so aus, als könnte er es auf eine Professur schaffen. Er sagt, er habe Glück gehabt – mehr Glück als andere.

Im Zug von Berlin nach Rostock hat er erzählt, worin er die größten Fehler der ersten Einheitsjahre sieht: Die Politik habe Ostdeutschen einen »Nachahmungsimpervativ« auferlegt, so schnell wie möglich zu werden wie Westdeutsche. Ostdeutsche hätten zu wenig selbst machen dürfen, ein Gefühl der Ohnmacht sei die Folge gewesen, außerdem wirkten Fehler dann im Zweifel wie die der anderen – der

»Es gibt nach wie vor eine konturierte und eigenständige Ostmentalität.«



Pegida-Demonstranten in Zittau im August: »Weit weg von der Realität«

Westdeutschen. Mau sucht keine Schuldigen, er beschreibt die historischen Verläufe und die Tatsache, die auch ihn überrascht: »Es gibt nach wie vor eine konturierte und eigenständige Ostmentalität.«

Die Plattenbauten in Lütten Klein wirken gepflegt, 17 000 Einwohner leben hier in mehr als 10 000 Wohnungen. Entlang der Einkaufsstraße, die hier »Boulevard« genannt wird, stehen Marktstände, verkauft werden Obst, Gemüse und Spitzengardinen.

Diejenigen, die sich wenig leisten können, weil sie arbeitslos sind, können im Sozialkaufhaus nach gebrauchten Sachen suchen. Thomas Ratzlaff, 63, leitet es für die Diakonie. Er kennt sich aus im Ort. Für eine Stunde setzt er sich gemeinsam mit Mau auf eine Bank vor das Kaufhaus, um zu erzählen.

Am Anfang, während des Lockdowns, fehlte den Kunden ihre gewohnte Anlaufstelle. Arbeitslose, so sagt der Leiter des Kaufhauses, lebten oft zurückgezogen, hierher aber trauten sie sich zu gehen. »Das Wetter war ja schön, da sind manche auf den Platz draußen gekommen, um zu schnacken.«

Soziologe Mau erklärt, dass Arbeitslosigkeit im Osten immer noch mit dem Trauma der ersten Einheitsjahre verbunden werde, in denen die Menschen jäh herausgerissen worden sind aus einem Leben, in dem sie sich nicht um Arbeitslosigkeit sorgen mussten.

In der DDR gab es offiziell keine Arbeitslosigkeit. Bis in die jüngeren Generationen wirkte das Trauma jener Jahre nach, sagt Mau.

Rostock geht es im Vergleich zu vielen anderen ostdeutschen Städten gut, doch in den Werften geht es auf und ab. In sei-

nen 18 Jahren hier im Sozialkaufhaus hat der Leiter einige Arbeitslosenwellen erlebt. Die Angst gehe jetzt schon um, was das nächste Jahr bringe, wenn die Folgen der Pandemie wirtschaftlich noch deutlich spürbarer durchschlagen könnten.

Die MV Werften sind vor Jahren von dem asiatischen Tourismusunternehmen Genting Hong Kong aufgekauft worden, das jetzt durch Corona so schwer in die Krise gerät, dass über eine Beteiligung des Staates an den Werften nachgedacht wird. Das Kreuzfahrtunternehmen Aida Cruises hat ebenfalls Probleme, Kreuzfahrtschiffe sind am Anfang der Pandemie Infektionsherde gewesen. Auch hier ist auf einmal staatliche Hilfe gefragt.

An vielen Stellen springt der Staat ein seit dem Ausbruch der Pandemie, sorgt für Kurzarbeit. Corona hat ihn finanziell schwächer, aber regulativ stärker gemacht. Ist der Zuspruch zur Regierungsarbeit auch deswegen im Osten so hoch? Weil der Staat für viele vor der Krise nicht sichtbar genug war, jetzt aber schon?

Die Idee eines starken Staates war in den Jahrzehnten nach der Einheit nicht populär, der Staat hatte sich immer mehr zurückgezogen: Privatisierung, Neoliberalismus, Individualismus waren die prägenden Begriffe dieser 30 Jahre. Auch für Westdeutsche war vieles davon ungewohnt, auch hier gab es viele Verlierer der Globalisierung. Im Osten aber war der

»Keiner wünscht sich die Lage, die wir haben. Aber es lässt sich sicher etwas Gutes daraus lernen.«

Bruch radikaler. Ostdeutsche kannten einen zu starken Staat.

»Ich wäre ja froh, wenn die Leute hier überhaupt wählen gehen würden«, sagt der Kaufhausleiter auf die Frage, ob von den Menschen, mit denen er zu tun habe, viele die AfD wählten, »aber sie machen es selten, sie glauben nicht daran, dass sie etwas ausrichten können.«

Der Anteil der Nichtwähler, ergänzt Soziologe Mau, sei in Ostdeutschland immer höher gewesen als im Westen, zuletzt lag er bei fast 27 Prozent.

Während der Stunde mit dem Kaufhausleiter und dem Soziologen in der Septembersonne sind ältere Frauen vorbeigekommen, gestützt auf Rollatoren, jüngere Männer im Blaumann mit dem Feierabendbier in der Hand. Soziologe Mau bestätigt hinterher, auch er erinnere sich an niemanden, der gelacht oder auch nur gelächelt habe. Ernste Gesichter, grau, verhärtet. Die Angst vor Corona ist hier zu vielen anderen Sorgen dazugekommen.

Rainer Albrecht, Landtagsabgeordneter der SPD, kennt die Sorgen, von denen der Kaufhausleiter erzählt hat, er will sie auch nicht kleinreden. Die Leute, die ihn in seinem Wahlkreisbüro am »Boulevard« in Lütten Klein besuchen, sind zwar anders als diejenigen, mit denen der Leiter des Sozialkaufhauses zu tun hat, sie glauben noch daran, dass sie etwas ändern können, wenn sie sich an Politiker wenden, aber nebenbei berichten sie ihm Ähnliches.

Doch der Landtagsabgeordnete, 62 Jahre alt, der jetzt an seinem Schreibtisch halb versteckt hinter roten SPD-Fähnchen sitzt, sieht lieber das Positive, die langen Linien seit der Einheit.

Er fragt Mau, der ihm gegenüber Platz genommen hat, ob auch er sich noch erinnere, wie lange Rostock grau ausgesehen habe nach der Einheit, umgeben von einer Dunstglocke – die Kohleheizungen damals. »Es ist doch so vieles besser geworden«, sagt er: »Und dazu haben die Leute hier viel beigetragen, es ist ihnen nur manchmal nicht bewusst.«

Corona? Ja, ein paar Leute gebe es da, die »weit weg von der Realität« auf dem Neuen Markt in der Innenstadt von Rostock montags gegen die Regeln protestierten, aber das sei nur »eine geringe Anzahl von Menschen – solche gibt es überall«.

»Keiner wünscht sich die Lage, die wir jetzt haben«, sagt der Landtagsabgeordnete, »aber ich bin mir sicher, dass etwas Gutes daraus zu lernen ist.«

Er habe wenig Klagen gehört über die Corona-Regeln, und die Leute kämen ständig hier zu ihm, um sich zu beklagen: Ärger über Baustellen und kaputte Gehwege. Aber Maskentragen, Abstandhalten?

Den ganzen Sommer haben sie Touristen hier gehabt, von überall aus Deutsch-

land. Über Wochen waren in Mecklenburg-Vorpommern kaum Betten zu bekommen, an die Ostseestrände zu dürfen hat für viele Besucher den Sommer gerettet; die Bilder dieses so besonderen Sommers werden bleiben. Es mache doch etwas aus, sagt der Landtagsabgeordnete, wenn Menschen sich begegneten, wenn sie sähen, dass das Gute und Schöne nicht immer nur im Ausland liege, sondern auch hier, in eigenen Land, im Osten.

Soziologe Mau ergänzt, der Anteil der Westdeutschen, die vor der Pandemie nie nach Ostdeutschland gekommen seien, sei hoch gewesen: 17 Prozent. Seit 1990 seien die Ostdeutschen viermal so häufig privat in den Westen gereist wie Westdeutsche in den Osten.

Zu der Fremdheit von früher sind im Westen neue Vorbehalte dazugekommen: Ostdeutschland, Pegida-Land.

Der Soziologe bricht jetzt wieder auf nach Berlin. Er überlegt noch, was ihm aufgefallen ist an diesem Tag in Lütten Klein. In verschiedene Richtungen gehe die Stimmung in diesen Wochen der Pandemie, sagt er, und das sei typisch. Gesellschaftliche Entwicklungen seien vielschichtig, oft widersprüchlich, erst mit Abstand zum eigentlichen Ereignis stelle sich heraus, welche Richtung sich durchsetze. Ist es der dunklere Weg, den der Kaufhausleiter vor sich gesehen hat? Oder der hellere, auf den der Landtagsabgeordnete hofft?

Ortswechsel, eine Reise Richtung Süden, nach Thüringen. Die Bundespolitikerin Katrin Göring-Eckardt von den Grünen kommt hierher, sie gehört zu den wenigen seit Jahrzehnten bekannten ostdeutschen Politikerinnen des Berliner Milieus. In der Sitzungspause des Bundestags war sie viel im Land unterwegs, hat versucht, ein Gefühl zu bekommen für die Stimmungen, die Corona auslöst, für die Stimmungen zwischen diesen beiden Jubiläen.

Jetzt, am 22. September, ist der offiziell Tag des Herbstbeginns, doch die Sonne leuchtet noch wärmer als vier Tage zuvor in Rostock. Göring-Eckardt hat eine Bluse mit kurzen Ärmeln an und eine leichte Steppjacke dabei.

Sie tritt auf einen Balkon in Jena. Seniorinnen sitzen in zwei Reihen mit Abstand voneinander und singen. In dieser Begegnungsstätte für ältere Menschen trifft Göring-Eckardt eine Sozialarbeiterin und einen Gemeindepädagogen. Sie fragt, wie es den älteren Menschen hier gehe in der Coronakrise und was sie forderten von der Politik.

Die beiden Gastgeber erzählen – wie schwierig die ersten Wochen des Lockdowns gewesen seien, keiner habe ja gewusst, wie mit dem Risiko umzugehen sei. Damit die Angehörigen die alten Leute

nicht ansteckten, sei das Pflegepersonal bei den Besuchen oft dabei gewesen – die Angehörigen seien »fix und fertig« gewesen hinterher, hätten gesagt: »Das ist ja wie früher bei der Stasi.«

Das Pflegepersonal habe die Angehörigen nur schützen wollen. Seit Jahrzehnten gibt es die Stasi nicht mehr, aber Angst, die sich einmal eingepägt hat, verschwindet nicht so schnell.

Während des Lockdowns fehlten den alten Leute die üblichen Wege zu kleinen Geschäften – die hatten ja geschlossen.

Katrin Göring-Eckardt erzählt vom Einsamkeitsministerium in Großbritannien, sie sagt, überall sei Einsamkeit ein Thema. In Ostdeutschland ist es generell ein größeres, gerade für die Älteren. Bei vielen in der DDR war das Leben bestimmt durch ihre Arbeit bei den staatlichen Betrieben, durch Feste und Ferien. Das alles brach mit der Einheit weg. Jüngere zogen

Letzte Station: Erfurt, die Landeshauptstadt Thüringens. Hier möchte die Genossenschaft »KulturQuartier« eine heruntergekommene Immobilie aus dem späten 19. Jahrhundert kaufen, erste Veranstaltungen gibt es schon – »mit Hygienekonzept«.

Göring-Eckardt, 54 Jahre alt, sagt, zu den Initiatoren hier gehörten auch Leute ihrer Generation, die schon einmal vor dem Nichts gestanden hätten. Im Osten hätten die Leute ja seltener geerbt als im Westen. »Niemand geht gern ein zweites Mal durch eine Krise.« Aber wenn es halt sein müsse, wie jetzt in der Pandemie, dann wisse man wenigstens, wie es geht. »Beim zweiten Mal macht man auch nicht so viele Fehler«, sagt Göring-Eckardt.

»Freiheit, loslegen, etwas ausprobieren«, das sei ihr Lebensgefühl in den ersten Jahren der Einheit gewesen, sagt die 59-jährige Tely Büchner vom KulturQuartier. Und Corona? Die Unsicherheit gerade für freie Kulturveranstalter? »Es muss ja gehen.«

Das Gebäude hier ist außen beschmiert mit Graffiti, der Putz bröckelt von den Innenwänden, an den Decken hängen DDR-Leuchter. Der Architekt, der es umgestalten wird, führt durch die Räume und sagt, er wolle den Charme des Schabigen bewahren. Es wäre dann ein anderer Stil als sonst in der Erfurter Altstadt, die in den ersten Jahren nach der Einheit so aufgeputzt worden ist, dass die Spuren der DDR verschwanden.

Wie der Soziologe Mau zieht Göring-Eckardt ein gemischtes Resümee. Sie sieht Verzweiflung, aber auch »Kraft und Zuversicht«. Der Groll jedoch, der auch ihr, einer Spitzenpolitikerin, beim Jubiläum des vergangenen Jahres überall entgegen schlug, sei ihr in den vergangenen Monaten kaum noch begegnet.

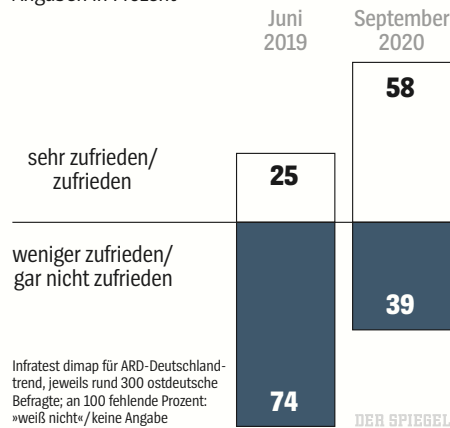
Die Pandemie vertieft Probleme: Arbeitslosigkeit, Einsamkeit. Aber da, wo noch Kräfte vorhanden sind, merken Ostdeutsche, dass sie jetzt profitieren von den Härten, aber auch vom Schwung der frühen Einheitsjahre. Krisen unmittelbar erlebt zu haben kann auch nützlich sein.

Da die Krise jetzt groß ist und alle beschäftigt, überdeckt sie auch manches. Migranten oder Wessis sind gerade wirklich nicht das Thema Nummer eins. Außerdem ist die Pandemie eine Erfahrung, an der erst einmal niemand schuld ist, aus dem Osten nicht, aus dem Westen nicht. Wie hatte es Ramelow in Dresden genannt? Das erste große gemeinsame Erlebnis.

Ramelow hat auch an etwas anderes erinnert, nämlich dass die Corona-Proteste, die der Pegida-Bewegung ähneln, vor allem vom Westen aus organisiert würden. Er hat das nicht weiter kommentiert. Vielleicht aber war da ein Triumph herauszuhören.

Corona-Bonus

Zufriedenheit der Ostdeutschen mit der Arbeit der Bundesregierung, Angaben in Prozent



fort, vom Dorf in die Stadt, vom Osten in den Westen.

In der Pandemie jetzt stieg bei Ostdeutschen die Einsamkeit und mit Verzögerung die depressive Stimmung am Anfang stärker an als bei Westdeutschen, die Werte sanken in Ostdeutschland aber auch schneller wieder, wahrscheinlich durch die Lockerungen, die hier meist früher begannen.

Aber die Idee, die während der Pandemie aufgekommen ist, die Alten mit digitalen Geräten auszustatten, damit sie über Video Kontakt halten können, um sich nicht mehr so einsam zu fühlen, hält niemand im Raum für realistisch.

Sie versuchen hier Begegnungen zu organisieren, seitdem sie das wieder dürfen. Yoga, Malkurse, Diavorträge. Die größeren Veranstaltungen, auch die Kultur, vermissen die Alten genauso wie die Jüngeren.

Letzte Hilfe

Ethik Sollen Mediziner Patienten in Not beim Sterben unterstützen dürfen? Ärztekammern und Bundestagsabgeordnete ringen um Antworten auf eine heikle Frage.

Die Deutsche Gesellschaft für Humanes Sterben (DGHS) führt eine sehr spezielle Statistik. Sie zählt die Anrufe von Menschen, die wissen wollen, auf wessen Hilfe sie bei einem Suizid notfalls zählen könnten. Allein im August kamen 146 Menschen bei der Hotline durch. Sie trägt den vielsagenden Namen »Schluss.punkt«.

Die meisten Anfragen kämen von Hochbetagten und Schwerstkranken und seien »sehr ernst zu nehmen«, erzählt DGHS-Vize Robert Roßbruch. Den eigenen Hausarzt hätten viele Anrufer vergebens gebeten, ihnen zu einem schnellen Tod zu verhelfen. »Behandelnde Ärzte haben Vorbehalte oder Ängste«, sagt Roßbruch.

Die Telefonberatung hat ihre Arbeit im Frühjahr aufgenommen – keine Woche nach einem aufsehenerregenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Ende Februar hatten die Richter entschieden, dass zu einem selbstbestimmten Leben auch das Recht auf einen selbstbestimmten Tod gehört. Der Staat dürfe das nicht unmöglich machen. Das bis dahin geltende Verbot der »geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung« erklärten sie für nichtig. Seither dürfen die umstrittenen

Sterbehilfvereine wieder ihrer Arbeit nachgehen.

Ihr Urteil hatten die Richter mit einem Appell verknüpft. Sie legten dem Gesetzgeber nahe, Missbrauch zu verhindern und klare Vorgaben für die Suizidassistenz zu machen. Zugleich verwiesen sie auf die besondere Rolle der Ärzte. Niemand kann eine Leidensgeschichte professioneller beurteilen. Auch Patienten ohne Lebensmut fühlen sich bei ihrem langjährigen Arzt wohl besser aufgehoben als bei einem Sterbehilfverein. Doch eigentlich dürfen die meisten Mediziner auf dem letzten Weg nicht helfen.

Auch ein halbes Jahr nach dem Urteil bleibt die Rechtslage verworren. Das Strafrecht lässt die Hilfe beim Suizid zu, im Berufsrecht bleibt sie Ärzten in den meisten Regionen verboten. Es droht der Entzug der Approbation und damit das Ende der beruflichen Existenz.

Seit 2011 heißt es in der Musterberufsordnung der Bundesärztekammer (BÄK): Ärzte »dürfen keine Hilfe zur Selbsttötung leisten«. Es handelt sich um eine richtungweisende Empfehlung: 10 von 17 Landesärztekammern haben das Verbot übernommen. Und nur wenige kündigen nun von sich aus an, die Berufsordnung müsse geändert werden: »Eine starre und apodiktische Lösung wie in der Vergangenheit kann nicht im Sinne aller Kolleginnen und Kollegen sein«, sagt etwa Pedram Emami, Präsident der Ärztekammer Hamburg.

Die meisten anderen Länderkollegen warten ab, wie sich die BÄK positioniert. Es ist ein Spiel mit dem Schwarzen Peter.

Über Jahre haben führende Ärztekammern die Suizidassistenz leidenschaftlich bekämpft. Doch seit Mai 2019

ist Klaus Reinhardt Präsident der BÄK. Er hat fast 30 Jahre Erfahrung als Hausarzt. Und anders als sein Vorgänger Frank Ulrich Montgomery lehnt er Sterbehilfe nicht grundsätzlich ab. »Ich halte die Sterbehilfe nicht für eine ärztliche Aufgabe«, sagt Reinhardt. »Aber es kann Einzelfälle geben, das ist zumindest meine persönliche Meinung, in denen es für einen Arzt gerechtfertigt erscheinen kann, einem Patienten beizustehen. Dann sollte es ihm möglich sein, Hilfe zu leisten.«

Im Juni hat der Vorstand der BÄK auf einer Klausurtagung beraten. Er empfiehlt nun, die Musterberufsordnung zu ändern. Denkbar ist, dass der Verbotssatz ersatzlos gestrichen wird. »Wir können nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts keine Norm aufrechterhalten, die dem Arzt jede Form von Unterstützung untersagt. Die Berufsordnung kann so nicht bleiben«, sagt Reinhardt. Darüber solle der nächste Ärztetag abstimmen. Allerdings findet der erst im Mai 2021 statt – und wie das Ärzteparlament entscheidet, bleibt offen.

Der öffentliche Druck ist groß. In einem Brief an Reinhardt bittet die FDP-Abgeordnete Katrin Helling-Plahr, schnell für Klarheit zu sorgen. Sie habe größten Respekt vor Ärzten, »die aus Gewissensgründen keine Suizidhilfe leisten möchten«. Gleiches gelte aber auch für Ärzte, die bereit seien, Menschen in ihrem selbstbestimmten Sterbewunsch zu unterstützen: »Ich würde mir sehr wünschen, dass diesen Ärztinnen und Ärzten künftig keine Steine mehr in den Weg gelegt werden.«

Bei der Sterbehilfedebatte im Bundestag spielt die Anwältin für Medizinrecht eine wichtige Rolle. Sie versucht, eine Mehrheit für eine klare Neuregelung zu organisieren. Auf die Ärzte soll es dabei ankommen. Sie könnten prüfen, ob ein Betroffener freiverantwortlich handelt, über Alternativen aufklären – und am Ende in Notlagen ein todbringendes Medikament verschreiben dürfen. »Wir brauchen ein vernünftiges Angebot in ärztlicher Hand, das Sterbehilfe aus der Schmutzdecke holt«, sagt Helling-Plahr. In der nächsten Woche soll es dazu Gespräche mit Parlamentariern anderer Fraktionen geben.

Auch der SPD-Abgeordnete Lauterbach will Rechtssicherheit für Ärzte schaffen. Ein neues Gesetz müsse so klar sein, dass auch die Kammern es nicht umgehen könnten. »Die Frage, ob ein Arzt seinem Gewissen folgen darf, um schwerstkranken Menschen unter großem Leidensdruck zu helfen, darf nicht davon abhängig sein, wer gerade Präsident einer Ärztekammer ist.« Den Menschen, sagt Lauterbach, bleibe sonst in ihrer Verzweiflung oft nichts anderes übrig, als sich vor den Zug zu werfen. »Das dürfen wir nicht zulassen.« Cornelia Schmergal



Reto Klar / FUNKE FOTO SERVICES

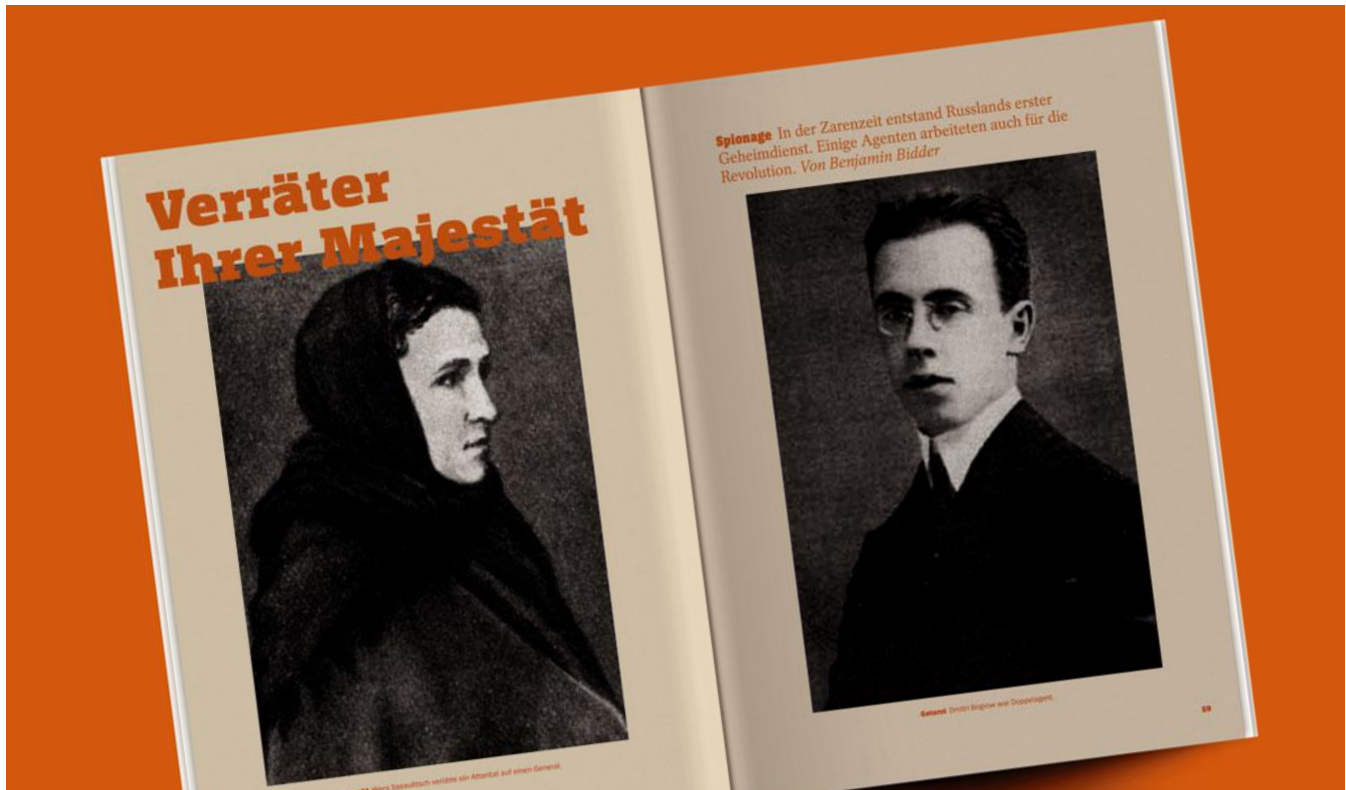


STEFAN BODNERS / IPON

Ärztepräsident Reinhardt, Bundestagsplenum: »Die Berufsordnung kann so nicht bleiben«

Geheime Dienste für Russlands Herrscher

Neues aus der SPIEGEL-Welt: Spitzeleien und Attacken – welche Tradition die Bekämpfung Oppositioneller hat, erklärt die aktuelle **SPIEGEL EDITION** »Russland«.



Undercover im Zarenreich: SPIEGEL EDITION liefert Hintergründe über Russlands politische Geschichte

Russische Geheimdienste, so scheint es, agieren in letzter Zeit oftmals erstaunlich öffentlich: Der Anschlag auf den ehemaligen Geheimdienstoberst Sergej Skripal, der Mord an einem Tschetschenen im Berliner Tiergarten oder der am russischen Ex-Spion Alexander Litwinenko und zuletzt der Anschlag auf den Kreml-Kritiker Alexej Nawalny – rasch kam in all diesen Fällen der Verdacht auf, russische Agenten könnten ihre Finger im Spiel haben. Was vielleicht auch daran liegt, dass es in russischen Geheimdiensten so etwas wie eine Tradition gibt, Gegner des jeweiligen Machthabers auszuschalten.

Schon im 19. Jahrhundert etablierten die russischen Zaren eine politische Polizei. Sie sollte umstürzlerische Umtriebe in dem riesigen Reich im Zaum halten. Die im Volksmund »Ochrana« genannten Organisationen schleusten Spitzel in die Kreise von Regimegegnern, um über deren Planungen informiert zu sein und um wertvolle Informationen aus der revolutionären Szene zu erhalten. Allerdings konnten sich die Geheimen nie ganz sicher sein, ob ihre Zuträger – die heutigen V-Leuten ähnelten – die herrschende Romanow-Dynastie schützen oder selbst stürzen wollten. Dennoch wurden die Methoden der Ochrana legendär: Noch

in den Siebzigerjahren versuchte der sowjetische Geheimdienst KGB, sie in Lehrbüchern seinen Nachwuchskadern nahezubringen. So begründete die Geheimpolizei der Zaren die Tradition der mächtigen Apparate, die bis heute nicht abbriss.



Weitere Themen im Heft

- Religion: Warum die russisch-orthodoxe Kirche von jeher erzkonservativ war
- Revolution: Der Sturz der Romanows und der Aufstieg der Sowjetunion
- Restauration: Wie Staatschef Putin heute an die Tradition der Zaren anknüpft

Die opulent ausgestatteten Hefte der Reihe **SPIEGEL EDITION** bündeln die wichtigsten Artikel zu einem großen historischen oder gesellschaftlichen Thema, die in SPIEGEL-Publikationen erschienen sind.

12,90 Euro; erhältlich im Zeitschriftenhandel, bei amazon.de/spiegel und auf meine-zeitschrift.de.

Wirtschaft



Zaun mit Spenden für Bedürftige nahe Bahnhof Zoo in Berlin

KARSTEN THEILKER

Private Haushalte geraten in Finanznot

Coronakrise Viele Deutsche sorgen sich, ihre Kredite nicht mehr bedienen zu können.

● In Deutschland haben vier von zehn Haushalten durch die Corona-Pandemie finanzielle Einbußen erlitten. Das geht aus einer Umfrage der Wirtschaftsauskunftei Creditreform hervor. 37 Prozent der Befragten gaben an, weniger Geld zur Verfügung zu haben als vor dem Ausbruch der Seuche. Jeder Fünfte klagt über einen Einkommensverlust von 30 bis 50 Prozent. Acht Prozent berichten, mehr als die Hälfte ihrer Einkünfte verloren zu haben. Zugleich blicken viele Deutsche

sorgenvoll in die Zukunft. 28 Prozent befürchten, aufgrund der Krise bald in Zahlungsschwierigkeiten zu geraten und sich verschulden zu müssen. Elf Prozent der Haushalte haben bereits Ratenzahlungen laufender Konsum-, Immobilien- oder Autokredite gestundet. Auch das subjektive Gefühl, unter Schuldenstress zu leiden, hat zugenommen: Gaben im Oktober 2016 zehn Prozent der Befragten an, häufiger unter Schuldenstress zu stehen, ist dieser Wert im August 2020 um einen

Prozentpunkt gestiegen. »Sollten die Menschen langfristig auf Teile ihres Einkommens verzichten müssen, rechnen wir mit einem starken Anstieg der überschuldeten Verbraucher«, sagt Patrik-Ludwig Hantzsch, Leiter der Creditreform Wirtschaftsforschung. Die Krise macht die Deutschen zugleich vorsichtiger beim Aufnehmen neuer Schulden, zeigt die Umfrage. Lehnten 2016 noch 24 Prozent der Befragten Schulden generell ab, sind es im Corona-Jahr 35 Prozent. JKR

Umwelt Konzerne bieten kaum ökologische Verpackungen an

● Obwohl viele Kunden es sich offenbar wünschen, bietet die Konsumgüterindustrie bislang kaum nachhaltige Ver-

packungen für ihre Produkte an. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Unternehmensberatung Inverto. Die Tochterfirma der Boston Consulting Group befragte 147 Hersteller von Verpackungen und Konsumgütern sowie Händler. Knapp die Hälfte der Befragten gab dabei an, dass ihr

Anteil nachhaltiger Verpackungen zwischen 0 und 25 Prozent betrage. Gleichzeitig spüren zwei Drittel der Verpackungs- und Konsumgüterhersteller einen »Handlungsdruck« von Verbrauchern und Händlern, 81 Prozent der Befragten rechnen mit einem starken Anstieg des Bedarfs an

nachhaltigen Verpackungen. Grund für die schleppende Umsetzung des Wunsches scheinen die Kosten zu sein: 99 Prozent der Unternehmen glauben nicht, dass die Kunden derzeit bereit seien, die Mehrkosten für ökologische Verpackungen vollständig zu tragen. sbo

Coronavirus

Deutsche Ärzte hörten auf Trump

● US-Präsident Donald Trump nahm es, Brasiliens Staatschef Jair Bolsonaro auch. Nun zeigt sich: Der Malaria-Wirkstoff Hydroxychloroquin, für den die beiden Politiker im Kampf gegen Covid-19-Erkrankungen warben, hat auch in Deutschland viele Anhänger gefunden. Das zeigt eine vorläufige Auswertung des Wissenschaftlichen Instituts der AOK. Wurden im Februar dieses Jahres geschätzt rund 704 000 Tagesdosen Hydroxychloroquin abgegeben, waren es im März schon fast 1,06 Millionen. Damit wurde das Medikament fast 10 000 Patienten mehr verschrieben als im Monat zuvor, so die AOK-Analyse. Im April und Mai sanken die Zahlen zwar wieder, blieben aber auf

einem höheren Niveau als im Vorjahr. Im Juni lagen die Werte dann unter dem Durchschnitt des Vorjahres. In Europa wurde der Wirkstoff für die Behandlung von Covid-19 nie zugelassen. Zudem warnte Anfang April die Europäische Arzneimittel-Agentur vor dem Einsatz bei Corona-Patienten. Offenbar hielten sich viele Ärzte aber nicht daran, so zeigt die AOK-Analyse. Hydroxychloroquin ist eng mit dem älteren Wirkstoff Chloroquin verwandt, der vor mehr als 80 Jahren vom deutschen Chemiemulti IG Farben entwickelt worden war, aus dem später der Bayer-Konzern hervorging. Heute wird das Arzneimittel auch gegen Autoimmunerkrankungen eingesetzt. Studien zeigten, dass der Wirkstoff gegen Covid-19 wenig ausrichten kann. Auch traten vermehrt Herzrhythmusstörungen bei Menschen auf, die das Medikament einnahmen. MUM

Corona-WarnApp

Labore widersprechen Telekom

● Medizinlabore wehren sich gegen den Vorwurf der Deutschen Telekom, sie verhielten sich in der Pandemie unsolidarisch. Telekom-Chef Tim Höttges hatte bei einer Bilanz nach 100 Tagen Corona-WarnApp einige Laborbetreiber im Beisein von Kanzleramtschef Helge Braun und Gesundheitsminister Jens Spahn scharf angegriffen. »Nicht alle Labore haben das gleiche Verständnis von Solidarität«, sagte Höttges, 15 von ihnen seien »nicht bereit«, die nötige Labor-

schnittstelle einzurichten, um die Testergebnisse direkt per App an die Betroffenen weiterzugeben. Der Verband der Akkreditierten Labore in der Medizin weist den Vorwurf zurück. Er sieht die Telekom in der Verantwortung. Man habe die Anbindung intensiv unterstützt. »Leider hat die Telekom nicht alle Vorschläge aus den Gesprächen aufgenommen.« Der Konzern müsse die Installationen so gestalten, »dass diese für die Labore ohne große finanzielle Aufwendungen und betriebssystemübergreifend einfach realisiert werden können«. Bisher klappt das nur mit Windows-Servern. Labore, die auf andere Software setzen, müssen sich auf eigene Kosten umstellen. Der Verband fordert von der Telekom eine Lösung. »Das ist wichtiger als öffentliche Kritik an denjenigen, die mit ihrer diagnostischen Arbeit einen wichtigen Beitrag leisten, damit unsere Gesellschaft die Pandemie besser einschätzen und eingrenzen kann.« HPP, ROM



Felix Käßler / dpa

Labormitarbeiter

Lufthansa

Über 1000 Piloten sollen gehen

● Die Lufthansa-Führung will deutlich mehr Pilotenstellen einsparen als noch vor Kurzem geplant. Das sickerte am Rand der jüngsten Aufsichtsratsitzung Anfang der Woche durch. Noch im Juni hatte der Vorstand angekündigt, dass allein bei der Stammmarke Lufthansa bis zu 600 Cockpitjobs wegfallen dürften. Nun sollen wegen weiter einbrechender Buchungen 1100 Arbeitsplätze gestrichen werden, vorzugsweise durch Vorruhestands- und Teilzeitangebote. Reicht das nicht aus, erwägt Konzernchef Carsten Spohr sogar betriebsbedingte Kündigungen. Auch bei der Marke Ger-

manwings stehen tiefe Einschnitte bevor. Dort sollen im zweiten Quartal 2021 die ersten Piloten entlassen werden. Der Personalabbau soll den hohen Geldabfluss des Konzerns von zurzeit rund einer halben Milliarde Euro pro Monat verringern. Die meisten Flugzeugführer befinden sich derzeit noch in Kurzarbeit, die Bundesagentur für Arbeit ersetzt jedoch nur einen Teil des alten Gehalts bis zur Bemessungsgrenze von knapp 7000 Euro. Den Rest stockt Lufthansa bis zu 87 Prozent des letzten Nettogehalts auf. Da ältere Piloten bis zu 20 000 Euro brutto im Monat verdienen, muss der Konzern oft mehrere Tausend Euro pro Mitarbeiter zuzahlen. Zudem soll die Kurzarbeitergeldregel Ende 2021 auslaufen. DID, MUM



Frank Gärtner / picture alliance

Migranten bei Sprachkurs 2017

Asylkosten

Milliarden gegen Fluchtursachen

● Die Bundesregierung stellt für die kommenden vier Jahre 64,5 Milliarden Euro zur Verfügung, um die Folgen des Flüchtlingszustroms seit 2015 zu bewältigen. Das geht aus einer Aufstellung des Bundesfinanzministeriums hervor. Für 2021 sieht Finanzminister Olaf Scholz 20,1 Milliarden Euro vor, für das Jahr darauf 16,4 Milliarden Euro. 2023 sind noch einmal 16,2 Milliarden Euro eingeplant, bevor

die Ausgaben für Asylbewerber 2024 auf 11,8 Milliarden Euro sinken. Der größte Teil des Geldes soll für die Bekämpfung von Fluchtursachen in den Herkunftsländern der Schutzsuchenden aufgewendet werden, bis 2024 sind das 25,4 Milliarden Euro. 22,9 Milliarden Euro sind für Sozialleistungen für Flüchtlinge vorgesehen. Für Maßnahmen zur Integration, beispielsweise Sprachkurse, will die Bundesregierung in dem Zeitraum 8,2 Milliarden Euro bereitstellen. Mit weiteren 4,4 Milliarden entlastet der Bund die Kommunen. REI



Wirtschaft

Corona ahoi

Man muss schon Fan sein, um dieser Tage eine Kreuzfahrt zu machen. Vielleicht sogar Ultrafan wie die ältere Dame aus dem Sauerland, die bei Sonnenschein auf Deck 14 der »Mein Schiff 6« ihr Leid klagt. Der Trip um die griechischen Inseln ist ihre 50. Seereise, aber jetzt braucht sie erst mal einen Champagner, »weil ich so traurig bin«.

Schuld sind zwei andere Kreuzfahrtriesen der TUI-Flotte, die gerade in Winknähe vorbeifahren, die »Mein Schiff 3« und »Mein Schiff 5«. Die beiden liegen Corona-bedingt seit einem halben Jahr im östlichen Mittelmeer, besetzt nur mit einer Rumpfmannschaft. Ihr Besuch soll eine Überraschung sein für die Passagiere der »Mein Schiff 6«, ein netter Gruß und ein Signal: Seht her, die TUI-Flotte lebt.

Für die Seniorin aus dem Sauerland ist das Treffen der Schwesterschiffe eher eine wehmütige Mahnung: Sie hat für November bereits die nächste Fahrt gebucht, mit der »Mein Schiff 3« zu den Kanaren. Doch mehr denn je ist ungewiss, ob die Reise stattfinden wird. Für die Kanaren, eine der beliebtesten Kreuzfahrtdestinationen in Europa, gilt eine Reisewarnung.

Die Reise der »Mein Schiff 6« durch die Ägäis und das Ionische Meer ist die erste Kreuzfahrt mit Landgang, die eine deutsche Reederei seit dem Lockdown im

März anbietet. Gerade mal 687 Gäste sind an Bord, dabei wären mehr als doppelt so viele erlaubt, gemäß den Corona-Regeln. Profitabel dürfte die Tour für die Reederei TUI Cruises kaum sein, anders als die Fahrten mit 2500 Passagieren in normalen Zeiten, aber das ist auch nicht das Ziel.

Diese Fahrt soll, ja muss beweisen: Es geht doch, die Passagiere haben nichts zu

befürchten, Kreuzfahrten sind sicher, die Hygieneregeln funktionieren. Vom Ausgang des Experiments hängt nicht bloß die Zukunft von TUI Cruises ab, sondern das Überleben der gesamten Branche.

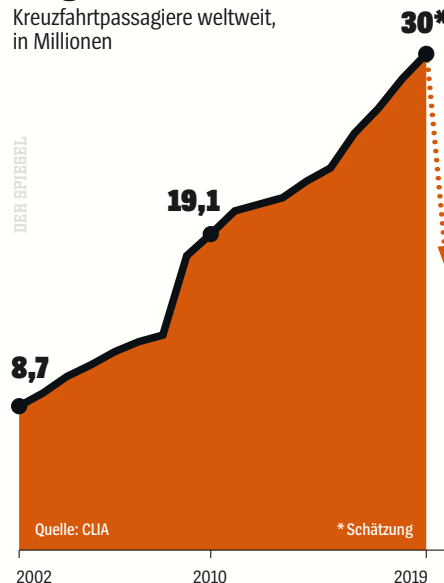
Kaum ein Geschäft wurde von der Pandemie so ausgebremst wie die Kreuzfahrt. Bis zum März kannten viele Unternehmen, darunter deutsche Anbieter wie Hapag-Lloyd Cruises, Aida Cruises oder eben TUI Cruises, nur einen Trend: mehr Reisende, mehr Passagiere, mehr Schiffe, mehr Reiseziele, mehr Rendite. 2019 gab es weltweit 1,2 Millionen Beschäftigte in der Kreuzfahrtindustrie. 3,1 Millionen Schiffsreisen kamen im vergangenen Jahr allein aus Deutschland. Solche Zahlen sind in weite Ferne gerückt.

Als die Pandemie ihren Lauf um die Welt antrat, durften die Spätdampfer in internationalen Häfen nicht mehr einlaufen, sie galten als Gefahrenzone. Nicht ohne Grund. Eines der Traumschiffe war Anfang des Jahres zum Corona-Albtraum geworden, die britische »Diamond Princess«. Der Kreuzer hing in Japan fest, unweit der Küste von Yokohama. 3711 Menschen waren an Bord gefangen, am Ende waren 712 infiziert. 14 von ihnen starben.

Dann kam der Stillstand, für alle. Rund 400 Kreuzfahrtschiffe weltweit wurden außer Betrieb genommen, die meisten bis heute. Sie ruhen nun, verteilt über die hal-

Ausgebootet

Kreuzfahrtpassagiere weltweit, in Millionen





Tourismus Bis zum Ausbruch der Pandemie waren Kreuzfahrten ein Boomgeschäft. Nun kämpft die Branche um ihr Überleben. Erste Reedereien wagen einen zaghaften Neustart, mit immensem Hygieneaufwand. Hat diese Art des Reisens noch eine Zukunft?

Ted Aljibe / AFP / Getty Images

be Welt. Allein in der Manila Bay vor den Philippinen lagen im Mai zwei Dutzend vor Anker, ein Menetekel.

Der internationale Kreuzfahrtverband CLIA schätzt, dass seit Mitte März allein in Europa 215 800 Jobs verloren gingen, die an der Branche hängen. Zehntausende Mitarbeiter sind in Kurzarbeit, bei Reedereien und Werften; ob sie je wieder in ihre Jobs zurückkehren, ist ungewiss.

Die Kredite für die bis zu eine Milliarde Euro teuren Kolosse laufen derweil weiter, sofern sie nicht gestundet wurden. Hinzu kommt der Unterhalt, der jeden Monat Millionen verschlingen kann – pro Schiff. Allein der Marktführer Carnival verbrennt eine halbe Milliarde Euro pro Monat, so viel wie zurzeit die Lufthansa.

Nun wagen die ersten Reedereien zaghaft den Neustart, mal ein Schiff hier, eines dort. Es darf nichts schiefgehen, ein Corona-Fall an Bord reicht, und das Vertrauen der Passagiere ist dahin. Laut einer ZDF-Umfrage würde die Hälfte der deutschen Kreuzfahrturlauber derzeit keine Reise buchen, aus Angst vor Corona.

Der Aufwand für die Sicherheit an Bord ist auch auf der »Mein Schiff 6« immens. Wer mitwill, muss einen negativen Corona-Test vorweisen, nicht älter als 72 Stunden. Die Anreise zum Auslaufort, Kretas Hauptstadt Heraklion, erfolgt ausschließlich in eigens gecharterten Flugzeugen der

Schwesterfirma TUIfly. Masken sind an Bord Pflicht, für Shows, Sauna und Fitnessraum ist eine Anmeldung erforderlich. Landausflüge sind nur innerhalb der Gruppe gestattet, Ein- und Ausstieg im Bus erfolgen Reihe für Reihe, Kontakt zu Einheimischen ist untersagt.

Es gibt nicht wenige, die es begrüßten, wenn diese Art des Reisens keine Zukunft

Verseuchte Bilanz

Umsatz der größten Kreuzfahrtreedereien in Milliarden Dollar, jeweils 2. Quartal

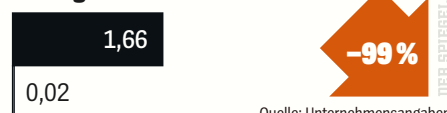
Carnival Group (u. a. Aida)*



Royal Caribbean (u. a. TUI Cruises)



Norwegian Cruise Lines



mehr hätte. Umweltschützer wären froh, wenn für die Emissionsschleudern das letzte Stündlein schlänge, Kreuzfahrt-Pilgerstätten wie Barcelona und Venedig erleben gerade erstmals, wie ruhig es sein kann, wenn die Massen nicht mehr einfallen.

Anderen käme ohne Kreuzfahrten der Sinn des Lebens abhanden.

»Es geht wieder los«, schrieb Eugen Hoffmann, 36, im Juli per SMS an seinen Lebensgefährten Heiko Rühl, 38, dahinter ein Herzchen. Keine Viertelstunde zuvor hatte TUI Cruises recht kurzfristig die Wiederaufnahme seiner Kreuzfahrten ausgeschrieben. Er habe davon noch nicht gelesen, sagt Rühl, aber sofort gewusst, was mit der SMS gemeint sei. Ein »emotionaler Moment« sei das gewesen. Dass sie mit dabei sein würden, stand außer Frage.

Beide arbeiten in Wetzlar in einem Autohaus und gehen viermal im Jahr auf Kreuzfahrt. Meist buchen sie die günstigeren Innenkabinen ohne Tageslicht, denn die meiste Zeit halten sie sich ohnehin an Deck oder in einem der Restaurants auf. »Man sieht hier nur Schönes«, sagt Hoffmann. »Und die Menschen sind freundlicher als an Land.« Ihr Reiseglück teilen sie auf ihrem Instagram-Account »Cruisingandbeyond«.

Rühl muss auf sich aufpassen, er hat einen Herzfehler. An Bord der »MeinSchiff 6«

fühlt er sich trotzdem gut aufgehoben: »Wir sind hier in der TUI-Bubble.«

Mit dem Versuch, die Passagiere von der Außenwelt abzuschotten, selbst beim Landgang, macht TUI Cruises im Kleinen nach, was Deutschland im März probierte, als es die Grenzen schloss in der Hoffnung, das Virus würde draußen bleiben.

Das kann zu Zoff führen, auch da bildet die Reise die Republik adäquat ab. Wie beim Ausflug auf Korfu, wo ein massiger Oberfranke eine junge Mutter aus Berlin zurechtweist, weil sie keine Maske trägt. Ihr Mann rächt sich später für die Maßregelung, indem er die Tochter des Hünen bei der Reiseleitung anschwärzt. Sie hatte sich unerlaubt in einem Geschäft einen Souvenir-Magneten für ihren Kühlschrank gekauft. Allerdings ohne den Laden zu betreten, der Händler stand draußen, deshalb hat der Alleingang keine Folgen.

Für zwei andere Reisende endet die Kreuzfahrt dagegen bereits nach zwei Tagen. Weil sie sich beim Landausflug in Piräus von ihrer Gruppe entfernt haben, dürfen sie nicht mehr zurück an Bord.

Der Alltag auf der »Mein Schiff 6« sieht so aus: Vor Betreten des Frühstücksraums muss jeder Gast unter Aufsicht seine Hände erst waschen, dann desinfizieren. Am Büfett wird man, anders als früher, bedient. Wer eine am Boden markierte Grenzlinie überschreitet, wird zurechtgewiesen.

Die Angestellten, die mit großen Desinfektionsmittelflaschen und Lappen die Tische reinigen, wirken wie Krieger im Kampf gegen das Virus. 663 Crewmitglieder sind an Bord, fast so viele wie Passagiere. Traditionell bilden philippinische Mitarbeiter die Mehrheit auf Kreuzfahrtschiffen, doch weil deren Ausreise schwierig war, stammen die meisten nun aus Indonesien. Auch sie wurden vor der Reise auf Corona getestet, an Bord kamen sie zunächst in Quarantäne. Ihre Maske tragen alle so gewissenhaft, wie man es an Land nur in wenigen Restaurants erlebt.

Es sind eher die Passagiere, die bisweilen nachlässig werden. Den vormittäglichen Rapport zum Temperaturmessen in der sogenannten Abtanzbar vergessen etliche, weswegen Kapitän Simon Böttger mahnende Worte durch den Lautsprecher schickt. Hartnäckige Ignoranten erhalten ein Briefchen auf ihre Kabine.

Es ist anstrengend, in diesen Zeiten eine Kreuzfahrt zu machen. Und angenehm zugleich. Im Pool auf Deck 12 ist endlich genügend Platz, freie Liegen bekommt man jederzeit, und an der Relling gibt es kein Gedränge mehr, wenn ein Wal auftaucht oder die Sonne untergeht.

Rund 40 Prozent der Reisenden auf diesem Trip sind Stammgäste, ein Drittel mehr als vor Corona. Als solcher gilt, wer mindestens zum dritten Mal mit »Mein Schiff« fährt.

Ein Schiff wird kommen



»Mein Schiff«-Flottentreffen im Mittelmeer



Kreuzfahrtfans Rühl, Hoffmann



Pool der »Mein Schiff 6«



Ehepaar Hartmann, Sohn

Jutta und Hans-Dieter Hartmann aus Düsseldorf, 59 und 61, sie Bankkauffrau, er Versicherungskaufmann, sind Fremdgänger. Sie sind bereits zuvor mit »Mein Schiff« gereist, »aber nur sechsmal«. Ihre Herzensflotte ist eigentlich Aida, »da kommen wir bislang auf 23 Reisen«. Voriges Jahr kauften die Hartmanns sogar Aktien von deren Mutterkonzern, der US-Reederei Carnival. Das Papier ist seit Mitte Februar um 70 Prozent abgestürzt.

Eigentlich wollte auch Aida im August wieder in See stechen. Doch die Losung »Leinen los zu einem Neustart« erfüllte sich nicht. Erst infizierte sich knapp ein Dutzend der vorgesehenen Crewmitglieder mit dem Coronavirus, dann blieben Genehmigungen der Behörden aus. Der erste Törn soll nun im Oktober vom italienischen Civitavecchia aus starten.

Das Scheitern der norwegischen Reederei Hurtigruten war nicht nur dramatischer, sondern selbst verschuldet. Ende Juli erreichte Corona die »Roald Amundsen«, die in der Arktis unterwegs war. Mindestens 71 Passagiere und Crewmitglieder infizierten sich während zweier Fahrten mit dem Virus. Was wirkte wie ein Unglück, entwickelte sich zum Skandal: Wie der Untersuchungsbericht zeigt, hatte Hurtigruten nicht nur auf Corona-Tests für die Crew verzichtet, sondern versucht, die ersten Fälle zu vertuschen, und so den Masenausbruch mit verschuldet.

TUI Cruises hatte ebenfalls Rückschläge zu verkraften, den heftigsten Ende April, als die »Mein Schiff 3« mit 2900 Besatzungsmitgliedern in Cuxhaven einlief. Von hier aus sollte einem großen Teil der Crew die Rückreise in ihre Heimatländer ermöglicht werden. Weil sich aber neun von ihnen mit dem Coronavirus infizierten, lag das Schiff wochenlang in Quarantäne. Die Seemannsmission musste verzweifelte Crewmitglieder daran hindern, sich etwas anzutun oder ins Wasser zu springen. Manche erklärten sich bereit, an Bord zu bleiben, um Geld zu verdienen. Genug zu tun gibt es immer, selbst auf Reede. Andere wollten einfach nur nach Hause, doch einige Staaten hatten die Grenzen geschlossen, selbst für ihre eigenen Bürger. Darunter die Philippinen oder Nicaragua.

TUI-Cruises-Chefin Wybcke Meier und ihr Team telefonierten mit Botschaften, Konsulaten, Regierungen. »Am Ende ging fast alles, es war nur langwierig und mühsam«, sagt Meier. Bei der Griechenland-Tour der »Mein Schiff 6« ist sie für einige Tage mit an Bord. Der Kellner nennt sie »Madame Wybcke«.

Meier, 51, leitete das Marketing eines TV-Reisekanals und arbeitete bei Öger Tours, bevor sie 2014 an die Spitze von TUI Cruises rückte. Nun muss sie den schwierigen Aufbruch aus der Krise organisieren. »Wir wären schon Anfang Juli

bereit gewesen für eine erste Reise«, sagt Meier. Jedoch musste das Hygienekonzept erst mit den Behörden in Hamburg und Kiel abgestimmt werden, von wo aus die ersten Reisen starteten, danach mit Griechenland, dem ersten Ziel mit Landausflügen. Schließlich musste noch Malta das Konzept abnicken, unter dessen Flagge die Flotte fährt. Ende Juli stach das erste »Mein Schiff« in See, drei Tage ab Hamburg, ohne Landgang.

Meier hält sich zurück, wenn es um Zahlen geht. Hinter TUI Cruises stehen zwei Konzerne, auf die es Rücksicht zu nehmen gilt: die deutsche TUI und Royal Caribbean aus den USA. Wie viel Geld ihr Unternehmen verbrennt, sagt sie deshalb nicht. Nur dass es sich ab etwa 30 Prozent Auslastung lohne, ein Schiff in See stechen zu lassen. Von den 421 Mitarbeitern sind 60 Prozent in Kurzarbeit. Die meisten Crewmitglieder sind ohnehin nicht fest angestellt. Finden keine Reisen statt, werden sie nicht rekrutiert.

Deutlicher wird Meier, wenn es um die Warnung des Auswärtigen Amtes vor Kreuzfahrten geht: »Das hat mich geargert, da pauschal vor einem Reisesegment gewarnt wurde.« Mit ihrem Vorpreschen wollte sie »ein Zeichen setzen gegen die Meinung: Kreuzfahrten verschwinden eh, die sind überflüssig«. Es werde dauern, bis TUI Cruises zu alter Stärke zurückfinde, »aber spätestens 2022 wird es so weit sein«.

Damit Meier ihr Ziel erreicht, läuft am Bord jetzt vieles anders als früher, selbst beim Entertainment. Der DJ ist angewiesen, nicht zu flotte Sachen zu spielen, damit niemand versehentlich in Ekstase gerät. Bereits Abba könnte die Gesundheit der Passagiere gefährden. Vicky Leandros indes bewegt sich noch im grünen Bereich.

Die gebürtige Griechin reist auf der »Mein Schiff 6« als Stargast mit. Ihr Hit »Ich liebe das Leben« könnte das Motto dieser Fahrt sein. Leandros singt vor leeren Sitzen, was nicht an mangelnder Strahlkraft liegt, sondern an den Vorschriften: Die ersten fünf Reihen müssen frei bleiben. Damit alle in den Genuss der Darbietung kommen können, tritt sie zweimal auf, vor je 350 Zuschauern, die in dem 1000-Plätze-Theater verteilt werden. Es ist ein Konzert mit Konjunktiven. Normalerweise würde sie herunterkommen und durch die Reihen gehen, erklärt Leandros. Stattdessen spaziert sie kurz vor der Bühne entlang. »Wir tanzen nicht!«, bittet sie die Fans. »Wir müssen ja brav sein.«

Ob und wann Kreuzfahrten ihre alte Attraktivität wiedererlangen, ist fraglich, auch wenn Branchenvertreter wie TUI-Cruises-Chefin Meier sich alle Mühe geben, gut Wetter zu machen. Bis dahin müssen die Steuerzahler helfen, das Schlimmste zu verhindern.



Medizinische Einsatzkräfte an der »Diamond Princess« im Februar: Corona-Albtraum

Die Staatsbank KfW gewährt der Branche generös Kredite, selbst ausländischen Reedereien, vorausgesetzt, sie ordern ihre Riesenpötte bei einer der zwei deutschen, auf Kreuzfahrtschiffe spezialisierten Werften: der Meyer-Werft in Papenburg oder den MV-Werften in Rostock und Wismar. Das Volumen der ausgereichten Darlehen summiert sich inzwischen auf rund acht Milliarden Euro.

Das Bundeswirtschaftsministerium beschloss zudem im Frühjahr, auf dem Höhepunkt der Krise, den Reedereien die Tilgung ihrer Kredite ein Jahr lang zu stunden. Fallen sie komplett aus, steht der Steuerzahler für die Schulden ein, so sieht es die sogenannte Hermesdeckung für Exportgeschäfte vor. Damit soll verhindert werden, dass ausländische Reedereien wie Carnival oder Royal Caribbean bestellte Schiffe stornieren, aus Sorge, den Kredit nicht tragen zu können.

Alles in allem garantiert der Bund für Schiffbauaufträge im Wert von 25 Milliarden Euro. Entfielen nur ein Teil davon, weil die Erholung der Kreuzfahrt schleppend vorankommt, wäre das ein Debakel.

Norbert Brackmann (CDU), Maritimer Koordinator der Bundesregierung, sieht in der Vorzugsbehandlung der Branche kein Problem. »Wir sind im Bau von Kreuzfahrtschiffen weltweit führend. Das sind hoch qualifizierte Arbeitsplätze, die wir in Deutschland erhalten wollen.«

Für Bernard Meyer sind solche Sätze eine Lebensversicherung. Meyer, 72, gehört die zweitgrößte Kreuzfahrtwerft der Welt. Fast alle größeren Reedereien kaufen bei ihm, zumindest war das vor der Pandemie so. Und das, obwohl Meyer-Schiffe teurer sind als die der Konkurrenz.

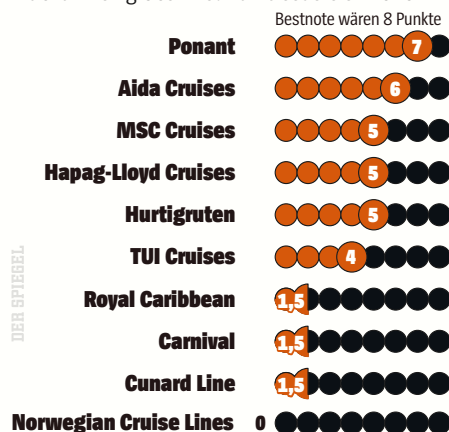
Vor der Viruskrise ging es auf der Werft vor allem darum, bombastischen Schnickschnack in die Schiffe einzubauen. Eine gläserne Aussichtsgondel, 90 Meter über der Wasserlinie der »Spectrum of the Seas«. Eine Autoscooter-Halle auf Deck 15 der »Anthem of the Seas«. Oder eine Wasserrutsche, die auf der »Disney Dream« durch den Schornstein führt.

Gigantismus und Las-Vegas-Gefühl auf See wirken nun wie aus einer anderen Zeit. Stattdessen werden Schiffe verschrottet, die eigentlich noch fahrtüchtig sind, aber nicht mehr gebraucht werden. Allein Marktführer Carnival will sich von 18 seiner gut hundert Schiffe trennen.

Meyers Kunden wollen heute vor allem wissen, wie sie ihre Schiffe virussicher machen können. Er sucht dann gemeinsam mit ihnen nach Lösungen. Manchmal reicht es, die Tische im Restaurant umzustellen, damit sich der Luftstrom ändert. Zudem stellt die Werft Software zur Nachverfolgung möglicher Infektionsketten an Bord zur Verfügung. Fast alle der

Licht und Schatten

Bewertung der Klima- und Umweltschutzmaßnahmen großer Kreuzfahrtreedereien 2020



Quelle: Nabu; Bewertung in acht Kategorien: Paris Agreement, Klimastrategie, Emissionsminderung, Effizienzmaßnahmen, Landstromnutzung, Verzicht auf Schweröl, Stickoxidkatalysatoren, Rußpartikelfilter



Werfteigner Bernhard Meyer in Papenburg: »Ich sitze nicht in der Ecke und beklage mich«

3600 Mitarbeiter in Papenburg sind in Kurzarbeit, 30 statt 35 Stunden pro Woche. Arbeit ist noch bis 2025 da, neue Aufträge aber gibt es nicht.

»Ich sitze nicht in der Ecke und beklage mich, wie traurig alles ist«, sagt Meyer. Die Frage, ob die Werft überleben könne, sei ihm schon »Hunderte Male« gestellt worden. »Als die Japaner im Schiffbau groß wurden, kam sie, als die Koreaner eine Macht wurden, auch. Nun sind es die Chinesen, die uns Konkurrenz machen, und dann ist da noch das Coronavirus. Wir könnten uns doch nicht den ganzen Tag überlegen, wie wir sterben wollen.«

Neben Meyer sitzt sein Sohn Jan, 43, die siebte Generation, ausgebildet am renommierten Massachusetts Institute of Technology in Cambridge, USA. Seit diesem Sommer führt er wieder die Geschäfte des Unternehmens, nach einer Zwischenstation an ihrer Werft im finnischen Turku. Für Meyer junior steht außer Frage, dass es weitergehen wird, irgendwie, so wie in den vergangenen 225 Jahren auch. »Man überträgt nicht die Asche von einer Generation auf die andere, sondern das Feuer«, sagt er.

Die Meyers konnten ihre Kunden überzeugen, die Auslieferung bestellter Schiffe zu verschieben, statt zu stornieren. Das Problem: 80 Prozent des Kaufpreises werden erst bei der Lieferung fällig. Um die Liquiditätslücke zu überbrücken, haben die KfW und die Hausbanken der Werft mit Krediten geholfen. Mit Neubestellungen rechnen Vater

und Sohn frühestens 2022. Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel. Längst denken sie darüber nach, was sie noch bauen könnten.

Fahren vielleicht, die könnten in Europa umweltfreundlicher und moderner werden. Oder Binnenschiffe, angetrieben mit Brennstoffzellen. Auf jeden Fall möchten die Meyers davon profitieren, dass Umweltfragen wichtiger werden. Schließlich haben sie das erste Kreuzfahrtschiff gebaut, das von Flüssiggas (LNG) angetrieben wird, 2018 nahm Aida es in Betrieb.

Die Verbrennung von LNG setzt weniger Stickoxide frei, zudem kaum Rußpartikel und Schwefeloxide. Die Produktion des Gases emittiert allerdings klimaschädliches Methan. Der Naturschutzbund (Nabu), der die LNG-Schiffe anfangs pries, sieht sie zunehmend kritisch. Daniel Rieger, beim Nabu zuständig für Verkehrspolitik, befürchtet gar, dass die Branche angesichts ihrer hohen Verluste geplante Investitionen in den Umweltschutz zurücknehmen könnte. »Unsere große Sorge ist, dass Milliardenbeträge dort fehlen, wo es um Umwelttechnologie geht.«

So könnte die Bereitschaft sinken, in den Häfen Landstrom zu beziehen, was bisher ohnehin nur wenige Kreuzfahrtschiffe tun. Für die Reedereien ist das deutlich teurer, als die Schiffsmotoren mit Diesel laufen zu lassen.

In Öffentlichkeit und Politik könne die Branche sogar auf Verständnis hoffen, wenn sie Klima- und Umweltschutzmaßnahmen einfriere, sagt Rieger. Immer-

Traumschiffbau

Deutsche Werften und die Kreuzfahrtindustrie

90,5%

des zivilen Schiffbauumsatzes in Deutschland entfielen 2019 auf **Kreuzfahrtschiffe** und Yachten.

Wert dieser Schiffsauslieferungen:

2,82 Mrd. €

Beschäftigte im Schiffbau in Deutschland 2019

103 359

(+11,2% gegenüber Vorjahr)

Quellen: VSM, IG Metall Küste

hin stünden Arbeitsplätze auf dem Spiel. »Wir rufen die Reedereien auf: Bitte nutzt die Zeit, Konzepte für die Zukunft zu entwickeln.« Nur wer nachweisen könne, im Jahr 2050 emissionsfrei unterwegs zu sein, sollte Steuergelder bekommen, findet er.

Corona wird die Kreuzfahrtbranche verändern, vielleicht auch die Schiffe. CDU-Politiker Brackmann beobachtet eine Trendwende, weg von den riesigen Bettenburgen. »Statt der bislang größten Kreuzfahrtschiffe mit Platz für 4000 bis 5000 Passagiere werden nun vermehrt Modelle mit bis zu 2500 Plätzen nachgefragt«, sagt er. »Damit könnten auch neue Destinationen erschlossen werden.«

Genauso gut ist das Gegenteil denkbar: Denn größere Schiffe ermöglichen mehr Abstand zwischen den Passagieren.

Doch Größe allein schützt nicht vor Viren. Wichtig ist das medizinische Konzept. Die »Mein Schiff 6« hat zwei Ärzte an Bord, zwei Krankenschwestern und eine Hygienefachkraft, es gibt zwei Intensivbetten und Beatmungsgeräte sowie ein Corona-Testgerät, das binnen 70 Minuten ein Ergebnis liefert. Sollte ein Patient infiziert sein, werde er zunächst auf seiner Kabine isoliert und dann von Bord geführt, verpackt in einen Ganzkörperschutzanzug, sagt Bordarzt René Belz.

Am Ende der Griechenlandreise verzeichnet er verstauchte Zehen und einen Herzinfarkt, aber kein Corona. Mehrere Passagiere hätten nach Landausflügen leicht erhöhte Temperatur gehabt. Sie seien nur erhitzt gewesen, er habe sie zum Abkühlen in den Schatten gesetzt und nochmals gemessen.

Chirurg Christian Ottomann ist weitaus skeptischer. Er vermittelt seit 2001 Schiffsärzte in alle Welt, bildet Kollegen aus und ist selbst auf den Weltmeeren im Einsatz. »Für die Hochseekreuzfahrt sehe ich in Zeiten von Corona schwarz«, sagt er.

Die Bordhospitäler seien zwar gut vorbereitet auf Infektionen, allein schon, um die Verbreitung eines Norovirus zu verhindern. Für Covid-19-Patienten seien die Krankenstationen auf See indes nicht gerüstet. »Die wenigsten Schiffsärzte haben breite intensivmedizinische Erfahrung.«

Restaurants, Casinos und Theater an Bord seien große Gefahrenzonen. Sobald die Buchungen anziehen, fürchtet Ottomann, werde nicht mehr ausreichend Abstand gehalten.

TUI Cruises indes scheint sich seiner Sache sicher zu sein. Im nächsten Jahr will die Reederei auf ihrem sogenannten Jeck-Liner sogar wieder anbieten, was an Land womöglich ausfallen wird – jedenfalls wenn es nach Gesundheitsminister Jens Spahn geht: mehrere Tage Karneval, auf hoher See.

Antje Blinda, Dinah Deckstein, Alexander Kühn, Martin U. Müller

Nicht ohne die Gattin

Geldpolitik EZB-Direktor Yves Mersch nahm auf Kosten der Notenbank des Öfteren seine Ehefrau mit auf Reisen. Die Spesenregeln machen es möglich.

Am 22. August 2017 tritt Yves Mersch eine Dienstreise besonderer Art an, es geht nach Salzburg. In der Mozartstadt nimmt das Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank (EZB) an einem Dinner der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) teil, es geht um semibrisante Themen wie »überschießende bürokratische Regelungen für klein- und mittelständische Unternehmen« sowie »die aktuelle globale ökonomische Situation«.

Attraktiver freilich erscheint das Abendprogramm, orchestriert und bezahlt von der WKÖ. Im Rahmen der Salzburger Festspiele wird im Großen Festspielhaus »Aida« gegeben. In die weltberühmte Verdi-Oper nimmt Mersch seine Gattin mit, denn die WKÖ hat auch sie eingeladen. Gemäß den EZB-Regularien übernimmt die Zentralbank die Reisekosten der Ehepartner, sofern diese offiziell eingeladen sind.

Tags darauf, so teilt die EZB heute mit, habe sich Mersch mit der Oesterreichischen Nationalbank ausgetauscht – »zu Themen, die in seinen Aufgabenbereich in der EZB fielen«. Abends ging es dann per Flieger retour nach Frankfurt. Bei Hin- und Rückflug auf der Kurzstrecke saß das

Ehepaar Mersch laut Buchungsunterlagen in der Businessclass. Die Reisekosten beziffert die EZB auf 3474,06 Euro.

Der zweitägige Ausflug nach Salzburg ist nicht die einzige Reise des Zentralbankers und seiner Frau, die Fragen aufwirft. Der SPIEGEL konnte zahlreiche E-Mails und Unterlagen der EZB einsehen. Danach kümmerte sich Mersch's Büro vor einer Dienstreise nach Malaysia mit Nachdruck darum, dass die örtliche Zentralbank auch seine Ehefrau einlädt. Der Effekt war derselbe wie bei dem Salzburg-Trip: Die EZB bezahlte den teuren Flug.

Zentralbankern haftet seit je der Ruf an, abgehoben zu sein. Die Direktoren verdienen rund 300 000 Euro pro Jahr und müssen kaum Steuern zahlen. Sie dürfen dienstlich gesammelte Flugmeilen steuerfrei privat verwenden und genießen allerlei Privilegien: Eine vertrauliche Spesenordnung (»ECB-confidential«) offenbart, wie komfortabel die Währungshüter um die Welt reisen. Bei Dienstreisen kann der »VIP Service« an Flughäfen in Anspruch genommen werden. Innerhalb Europas wird Businessclass geflogen, bei Interkontinentalflügen darf es First Class sein. Für Hotelkosten sind keine festen Obergrenzen vorgesehen, es wird nur allgemein an das »Kostenbewusstsein« appelliert. Bezahlen muss all das der Steuerzahler.

Der 70-jährige Mersch verabschiedet sich zum Jahresende als EZB-Direktor in den Ruhestand, nach 45 Jahren im Staatsdienst. Der Luxemburger arbeitete im heimischen Finanzministerium, war Direktor des Schatzamts sowie Zentralbankchef des Großherzogtums. 2012 berief ihn das Europaparlament ins EZB-Direktorium – die Abgeordneten hatten zuvor vergebens nach einer Kandidatin Ausschau gehalten.

In der EZB eilt dem jovialen Schnauzbarträger der Ruf voraus, sich nicht über-

arbeitet zu haben. Umso findiger scheint Mersch dabei gewesen zu sein, Schwachstellen der Spesenordnung auszuloten. Bereits im Frühjahr hatte die »Süddeutsche Zeitung« berichtet, dass zwei EZB-Vorstände bemerkenswert häufig ihre Partner auf Kosten der Notenbank mitgenommen hatten. Es handelte sich um die bereits ausgeschiedene deutsche Direktorin Sabine Lautenschläger – und Yves Mersch.

Jetzt werden erstmals konkrete Fälle bekannt. So ging der gemeinsamen Reise der Eheleute Mersch nach Malaysia ein aufschlussreicher E-Mail-Verkehr mit der dortigen Notenbank voraus. Die hatte Mersch zu einer Konferenz im Juli 2017 in die Hauptstadt Kuala Lumpur eingeladen. Dort sollte er über die Arbeit von Zentralbanken in Zeiten des technologischen Fortschritts sprechen. Sein Büro sagte zu.

Zwei Monate vor der Konferenz wandte sich eine Mitarbeiterin Mersch's mit einer Bitte an die malaysischen Kollegen: »Wir bräuchten eine offizielle Einladung auf einem Briefkopf, die Herrn und Frau Mersch beide erwähnt.« Das erwünschte Schreiben schien ausgeblieben zu sein, Mersch's Büro wiederholte die Bitte in einer weiteren E-Mail.

Mersch's Gattin Tengku Khatijah Ahmad stammt aus Malaysia. Offenbar wollte sie ihren Mann auf der Dienstreise in ihre Heimat begleiten. Doch nur eine offizielle Einladung für beide Ehepartner stellte sicher, dass die EZB auch für ihre Reisekosten aufkommen würde.

Die EZB bestreitet, dass Mersch um eine Einladung für seine Frau gebeten habe, sie sei bereits zuvor ausgesprochen worden. Der Mailverkehr mit Kuala Lumpur lässt einen anderen Schluss zu. Selbstverständlich, so die Asiaten damals, sei Frau Mersch »immer willkommen«, aber: »Sollten Sie darauf bestehen, die formale Einladung auf Frau Mersch auszuweiten, würden wir gern den Grund dafür erfahren, um Ihrem Anliegen zu entsprechen«. Die EZB erklärt, die »zieltierten E-Mails dokumentieren den Kommunikationsprozess nicht vollständig«.

Schlussendlich wurde dem Wunsch entsprochen. Die EZB bestätigt, dass Mersch und seine Frau auf Kosten der EZB nach Malaysia flogen. Er in der First Class, sie Business. »Die Reisekosten beliefen sich auf 11 782,66 Euro«, schreibt die EZB. Ein Problem sieht die Notenbank darin nicht, Mersch habe sich stets an die Regeln gehalten: »Da Herr Mersch berechtigt war, von seiner Frau begleitet zu werden, gehörte es zu den dienstlichen Aufgaben der Mitarbeiterinnen, sich um die organisatorischen Dinge zu kümmern.«

Ihre Inflationsziele verfehlt die EZB seit Jahren. Den Service für ihre Führungskräfte hat sie hingegen im Griff.

Tim Bartz, Sven Becker



Tim Wegner / LAIF

Zentralbanker Mersch: Luxemburger Bon vivant

»Nicht banküblich«

Wirecard Geheime Prüfungsberichte legen nahe, dass die Banktochter des Konzerns tief in den Milliardenbetrug verstrickt war. Die Bafin sah weg.

Zum aufgeblähten Milliardenreich des insolventen Skandalunternehmens Wirecard gehörte auch eine eigene Bank: die Wirecard Bank. Sie schien, inmitten der Abgründe, ein Kleinod zu sein. Die Betrugsvorwürfe gingen an ihr vorbei. Insolvenzverwalter Michael Jaffé hofft sogar, die Konzerntochter für 100 Millionen Euro verkaufen zu können.

Das kann er wohl vergessen, wie bislang unveröffentlichte Prüfungsberichte der Bank nahelegen, die vom Wirtschaftsprüfer EY für die Jahre 2017 und 2018 erstellt wurden und die dem SPIEGEL vorliegen. Sie strotzen vor kritischen Anmerkungen, vor allem zum Kreditgeschäft, einem zentralen Bereich des Geldhauses.

Richtig unangenehm sind die Dokumente für die Finanzaufsicht Bafin. Die hat sich im Fall Wirecard bisher damit herausgeredet, nicht zuständig zu sein, weil es sich nicht um einen Finanz-, sondern um einen Technologiekonzern gehandelt habe. Bei den Verwerfungen um die Wirecard Bank zieht diese Ausrede nicht mehr – die Bank unterstand ihrer Kontrolle.

Die Berichte der Wirtschaftsprüfer gingen an die Bafin, und was dort zur Bilanz der Wirecard Bank für 2018 geschrieben stand, hätte die Beamten eigentlich alarmieren müssen. »Insgesamt erachten wir die Verfahren und Prozesse der WDB (Wirecard Bank –Red.) im Kreditgeschäft nur mit Einschränkungen für ausreichend«, heißt es. Und weiter: »Nicht banküblich und auch für das Geschäftsmodell der WDB nicht ausreichend« seien insbesondere die Prozesse zur Offenlegung der wirtschaftlichen Verhältnisse und zur Beurteilung der Wertberichtigungen. Im Klartext: Die Wirecard Bank beherrschte das Einmaleins des Bankgeschäfts nicht.

Die Bafin soll den Bericht spätestens Anfang Mai 2019 zugestellt bekommen haben, sie äußert sich dazu nicht. Die Behörde tat: nichts. Das ist umso erstaunlicher, als sie selbst 2005 die sogenannten Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) von Banken formuliert hatte. Dass die Wirecard Bank dieses Mindestsoll nicht erfüllte, wird im EY-Report an mehreren Stellen festgehalten.

Und das war nicht die erste Warnung. Bereits 2017 hatte die Bafin die Bundesbank beauftragt, das Kreditgeschäft zu begutachten. Die Experten stellten zahlreiche Mängel fest, darunter als »gewichtig« eingestufte Verstöße gegen die MaRisk.

Das änderte wenig. EY schrieb im 2018er-Prüfungsbericht, die Wirecard Bank habe etliche von der Bundesbank festgestellte Mängel nicht abgestellt. In einer eigenen Liste machten die Prüfer Schwächen aus, vor allem in der EDV und im Kreditgeschäft, wo die Bank mehrfach das Kreditwesengesetz nicht eingehalten habe.

Die Bank, so legen es die Dokumente aus heutiger Sicht nahe, dürfte – womöglich unwissentlich – Teil des Betrugs gewesen sein. Schon damals war zu erkennen, dass der Kreditvergabeprozess zumindest auffällig war. Die Bank habe Darlehen an Konzerngesellschaften im Umfang von einem Viertel ihres Eigenkapitals vergeben – zu pauschal schlappen zwei Prozent Zinsen und unabhängig von der Bonität der einzelnen Kreditnehmer. Gerechtfertigt habe die Bank den enormen Umfang der Kredite und den Minizins mit einer »faktischen Bürgschaft« der Wirecard AG.

Doch die »Bürgschaft« der Mutter für die Tochter ist laut EY nirgends dokumentiert, und die Bank habe darauf verzichtet, sich die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditkunden offenlegen zu lassen. Dabei hatte schon die Bundesbank 2017 festgestellt, »dass die Bürgschaft der WD AG (Wirecard AG) nicht für einen Offenlegungsverzicht qualifiziert«.

Die Bafin schien auch nicht zu stören, dass die Aufsichtsräte von Mutterkonzern und Bank teils mit denselben Personen be-

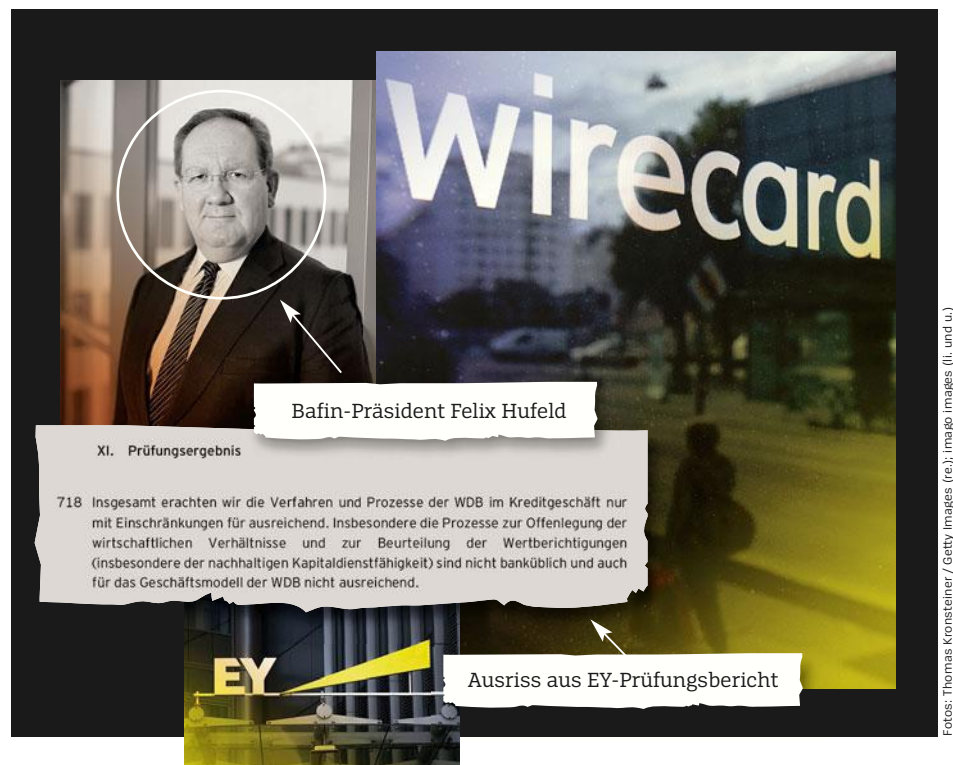
setzt waren. So konnten führende Köpfe der Wirecard AG die Bank als Hebel für ihre mutmaßlich kriminellen Pläne nutzen. Noch Anfang 2020 winkte der Bank-Aufsichtsrat einen Kredit an Wirecard-Chef Markus Braun über 35 Millionen Euro durch. Auf Intervention des neuen AG-Aufsichtsratschefs, Thomas Eichelmann, soll das Darlehen gestoppt worden sein. Brauns Anwalt erklärte dagegen, dieser habe den Kredit aus freien Stücken getilgt.

EY stufte ein Dutzend Kredite über insgesamt 119 Millionen Euro im 2018er-Prüfungsbericht als »bemerkenswert« ein, weil sie besonders ausfallgefährdet, ungewöhnlich besichert oder an andere Konzerngesellschaften vergeben worden waren, für die mehrheitlich die AG bürgte.

Höchst auffällig war ein Kredit an die Firma Ocap in Singapur. Das Unternehmen, heißt es in dem Bericht, werde seit dem 1. April 2018 »vergebens gebeten, ausreichende – zur Bürgschaft der WD AG alternative – werthaltige Sicherheiten zu stellen«. Als Ocap nicht ordnungsgemäß 2018 getilgt habe, sollen Kreditlinien sogar rückwirkend verlängert worden sein.

Parallel zum Darlehen der Wirecard Bank soll eine weitere Konzerngesellschaft, die Wirecard Asia, Ocap 115 Millionen Euro Kredit eingeräumt haben. Die Staatsanwaltschaft geht dem Verdacht nach, dass Ocap zu den Gesellschaften gehört, über die womöglich Hunderte Millionen aus dem Konzern geschleust wurden.

Die Prüfer der Bafin wurden nicht einmal dadurch aufgeschreckt, dass laut Prüfungsbericht ein halbes Dutzend Großkredite an Firmen in Singapur gingen – dorthin, wo Wirecard Anfang 2019 im



Verdacht krummer Geschäfte stand. Die »Financial Times« berichtete damals darüber, was die Bafin veranlasste, den »FT«-Reporter Dan McCrum wegen des Verdachts der Marktmanipulation bei der Staatsanwaltschaft München anzuzeigen – zwei Wochen vor Fertigstellung des EY-Berichts. Dass der Prüfungsbericht Anlass bot, McCrums Recherchen nachzugehen, kam der Bafin offenbar nicht in den Sinn.

Dabei hätte sie alle Möglichkeiten gehabt durchzugreifen. 2006 hatte die Wirecard Bank Bereiche wie Recht, Controlling und Compliance an die Wirecard AG ausgelagert. »Schon die Auslagerung dieser Kernfunktionen hätte eine Sonderprüfung der Wirecard AG durch die Bafin ermöglicht«, sagt Rudolf Hübner, Anwalt bei der US-Kanzlei Quinn Emanuel. Und: Wenn eine Sonderprüfung Probleme im Verhältnis zum Mutterkonzern aufzeige, könne die Bafin diesen in vielen Fällen ebenfalls prüfen lassen.

Die Bafin prüfte im Sommer 2019 lediglich routinemäßig die Anti-Geldwäsche-Systeme der Wirecard Bank – ohne »wesentliche Mängel« festzustellen, wie die Behörde erklärt. So konnte die Bank bis weit in das Jahr 2020 zwielichtige Konzernstöchter und -kunden mit Krediten versorgen, unbehelligt von der Bafin.

Privat hingegen interessierten sich etliche Bafin-Mitarbeiter durchaus für Wirecard. Allein von 1. Januar bis 17. Februar 2019 handelten Bafin-Beschäftigte nach Angaben des Finanzministeriums 38-mal mit Wirecard-Aktien, in 13 Fällen mit Derivaten. Das ging weiter, selbst nachdem die Bafin verboten hatte, mit dem Verkauf geliehener Wirecard-Aktien auf deren Kursverfall zu wetten. In der Zeit des Leerverkaufsverbots vom 18. Februar bis 18. April kauften oder verkauften Bafin-Mitarbeiter 27-mal Wirecard-Papiere. Im ersten Halbjahr 2020 waren es 153 Geschäfte. »Es ist abenteuerlich, dass vor dem Leerverkaufsverbot vor allem Beschäftigte der Abteilung für Marktüberwachung Geschäfte mit Wirecard-Aktien getätigt haben«, sagt der Grünenabgeordnete Danyal Bayaz.

Die Bankbilanzen nimmt mittlerweile der EY-Rivale PwC in Augsburg. Dessen Prüfungsbericht für 2019, der dem SPIEGEL vorliegt, enthält ebenfalls Hinweise auf Mängel. Wie zuvor EY erteilte jedoch auch PwC dem Jahresabschluss ein uneingeschränktes Testat. Gegen EY haben Wirecard-Aktionäre Schadensersatzklagen eingereicht. Sie sind der Ansicht, die Prüfer hätten die Bilanzen nicht abzeichnen dürfen.

PwC will solche Klagen gegen sich offenbar verhindern. Jedenfalls untersagte die Gesellschaft der Wirecard Bank die Herausgabe des sensiblen Berichts. Zu dem Vorgang äußert sie sich nicht.

Tim Bartz, Martin Hesse, Gerald Traufetter

Geldwäsche Wie sich ein Spitzenbeamter im Fall Wirecard blamiert

Bayern bizarr

● Der Freistaat Bayern hält sich einiges zugute auf seine funktionierende Verwaltung, die Kompetenz seiner Beamten und überhaupt seine Überlegenheit gegenüber anderen Bundesländern. Doch der Fall Wirecard hat das Selbstbild der Bayern nachhaltig entzaubert. Seit Wochen versuchen die Abgeordneten des Bundestagsfinanzausschusses zu verstehen, was schief lief bei der Aufsicht über den Skandalkonzern.

Die Anhörung eines Spitzenbeamten aus dem Münchner Innenministerium geriet dabei Ende August zu einem denkwürdigen Schauspiel. In den Hauptrollen: Unwissen, Inkompetenz und Verantwortungsflucht. Ein unveröffentlichtes Protokoll der Sitzung offenbart, wie das komplexe Geldwäschegesetz die Behörden überfordert.

Die Anhörung von Ministerialdirektor Karl Michael Scheufele, oberster Beamter im bayerischen Innenministerium, sollte klären, welche Rolle die Behörden seines Landes bei der Pleite spielten. Bund und Länder teilen sich die Aufgabe, Geldwäsche zu bekämpfen. Der Bund kümmert sich um Finanzdienstleister, sie unterliegen der Aufsicht durch die Bafin. Die Länder sind gefragt, wenn es um den Nichtfinanzsektor geht, wenn also Glücksspiel oder Immobiliendeals im Verdacht stehen, Schwarzgeld in den Wirtschaftskreislauf zu schleusen.

Was aber war Wirecard: ein Finanz- oder doch ein Tech-Unternehmen? Im ersten Fall wäre der Bund zuständig, im zweiten das Land.

Der Mann aus München begann mit dem ortsüblichen Selbstbewusstsein. Er lehnte jede Verantwortung Bayerns, in diesem Fall der Bezirksregierung Niederbayern, für die Aufsicht über den Skandalkonzern ab. Sie wäre nur zum Zuge gekommen, wenn der Zweck der Wirecard AG sei, »Beteiligungen zu erwerben, zu halten und zu veräußern«, dozierte Scheufele. Das treffe, ein Blick in Handelsregister und Geschäftsbericht verrate es, bei Wirecard nicht zu.

Wie könne es dann sein, dass sich die Beamten in Niederbayern noch Ende Mai für zuständig erklärten, um ausgerechnet am Tag der Insolvenz von Wirecard am 25. Juni zu dem Schluss zu gelangen, damit eigentlich doch nichts zu tun

zu haben, wollte ein Abgeordneter wissen. Scheufeles Antwort: Es habe damals ein Gespräch gegeben zwischen Innenministerium und Bezirksregierung. Danach waren deren Mitarbeiter ebenfalls überzeugt: »nicht zuständig«. Der Erkenntnisprozess verläuft in Bayern offenbar strikt von oben nach unten: »Wir als bayerisches Innenministerium kommen zu dem Ergebnis, dass jedenfalls eine bayerische Behörde für die Wirecard AG nicht die zuständige Geldwäschepräventionsbehörde ist.« Die Niederbayern hätten das zuvor zwar anders gesehen. »Aber diese Einschätzung stimmt nicht.«

Die Abgeordneten hielten dagegen: Bayern obliege in der Arbeitsteilung von Bund und Ländern die Aufsicht über Onlineglücksspiel – ein Gebiet, in dem Wirecard aktiv gewesen sei. Scheufeles Replik: »Ob es andere Tatbestände gibt, das würde ich jetzt mal im Augenblick mit Nichtwissen erklären wollen.«

Wer, wenn nicht die Bezirksregierung, hätte denn die Aufsicht über Wirecard? Die Bafin etwa?, fragten die Abgeordneten. Erneut verlegte sich der Bayer auf

die Taktik des schlanken Fußes. »Ob eine andere Behörde zuständig ist, weiß ich nicht oder kann ich nicht beantworten«, sagte Scheufele. »Das ist auch nicht mein Beritt.«

Was aber, wenn sich auch die Bafin für unzuständig erkläre wie im Fall Wirecard? »Gibt es hier möglicherweise eine Gesetzeslücke?«, über-

setzte Scheufele die Frage der Abgeordneten für sich. »Das kann ich, glaube ich, nicht beantworten.« Als die Parlamentarier wissen wollten, warum sich Wirecard 2018 beim Landeskriminalamt über Aspekte der Geldwäsche informiert hatte, kam als Antwort, man ahnt es: »Ich weiß es auch nicht.«

Ob er denn eine Ahnung habe, was mit den Dutzenden Verdachtsmeldungen über Geldwäsche bei Wirecard geschehen sei? Wieder war Scheufele blank. »Ich habe ja kein eigenes Wissen dazu, sondern nur eine schriftliche Stellungnahme«, gab er zur Antwort. Er müsse noch mal bei der Staatsanwaltschaft nachfragen. »Ich weiß es nämlich nicht.«

Zwischen den Varianten von Ahnungslosigkeit, Uninformiertheit und Nichtwissen, die sich über 100 Minuten dehnten, überraschte der Beamte die Parlamentarier mit einer Selbsterkenntnis. »Ich bin nicht der weltgrößte Experte bei dem Geldwäschegesetz.« Einen Abgeordneten beschlichen eher grundsätzliche Zweifel. Es stelle sich die Frage, so zitiert ihn das Protokoll, »ob das alles in Bayern so richtig aufgestellt ist«. Christian Reiermann



Jurist Scheufele

Ab nach Fort Knox

Diesellaffäre Erstmals sitzt ein Autoboss wegen des Abgasbetrugs auf der Anklagebank. Der frühere Audi-Chef Rupert Stadler soll einen Schaden von 300 Millionen Euro mit verursacht haben.

Der Ort wirkt einschüchternd. Ein länglicher Betonbunker, schwarze Metallstreben vor den wenigen Fenstern, eine Treppe führt vom Eingang tief in den Keller. Dort unten befindet sich der Hochsicherheitsgerichtssaal der Justizvollzugsanstalt Stadelheim, ein Raum mit explosions sicheren Decken und vergitterter Dachluke, das »Fort Knox der Bayerischen Staatsgerichtsbarkeit« hat ein Richter den Gerichtssaal mal genannt.

Unterirdische Gänge verbinden ihn direkt mit dem geschichtsträchtigen Gefängnis, das einst Adolf Hitler und später die NSU-Terroristin Beate Zschäpe beherbergte. Vor drei Jahren saßen dort zwei ehemalige Audi-Manager in Untersuchungshaft: Wolfgang Hatz, ehemals oberster Leiter der Motorenentwicklung, und Giovanni Pamio, Dieselspezialist.

Am nächsten Mittwoch kehren die beiden nach Stadelheim zurück, zusammen mit dem ersten Autoboss, der im Zuge der Diesellaffäre auf die Anklagebank kommt: dem ehemaligen Audi-Chef Rupert Stadler.

Sie alle müssen sich vor der 5. Strafkammer des Landgerichts München II für ihre Rolle in der Diesellaffäre verantworten. Fünf Jahre nach dem Bekanntwerden von Dieseltgate wird damit erstmals vor einem deutschen Gericht verhandelt, wer Schuld trägt an dem Abgasskandal, der den Wert von weltweit mehr als elf Millionen Fahrzeugen minderte, die Dieselttechnologie in Verruf brachte – und mit ihr die deutsche Vorzeigebbranche.

Noch vor Prozessbeginn bekommen die Ankläger um Staatsanwalt Dominik Kieninger nach SPIEGEL-Informationen ungeahnte Rückendeckung. Das Gericht hat ein eigenes Gutachten in Auftrag gegeben. Laut Verfahrens beteiligten geht es, ähnlich wie die Staatsanwaltschaft, von einem gewaltigen Schaden aus, den Audis Dieseltbetrug verursacht hat. Das macht die Verteidigung von Stadler und Co., denen Haftstrafen von bis zu zehn Jahren drohen, nicht gerade einfacher.

Aufgeflogen war die Affäre am 18. September 2015, als die US-Umweltbehörden VW beschuldigten, die Grenzwerte für den Ausstoß giftiger Stickoxide nur mithilfe einer illegalen Abschalteinrichtung eingehalten zu haben. Diese war Jahre zuvor bei Audi entwickelt worden. Die VW-Tochter gilt als Keimzelle des Betrugs.

Doch der Prozess betrifft den gesamten VW-Konzern. Denn die manipulierten Motoren wurden auch bei Porsche und anderen VW-Töchtern wie Škoda und Seat verbaut. Audi-Manager übten zudem gewaltigen Einfluss im Mutterkonzern aus. Der langjährige VW-Chef Martin Winterkorn etwa wechselte in der Zeit, als die Diesellaffäre ihren Ursprung nahm, von Audi an die Spitze des Wolfsburger Konzerns. Vor wenigen Wochen hat das Landgericht Braunschweig eine Anklage gegen ihn wegen Betrugsverdacht zugelassen.



Audi-Chef Stadler 2015: Viele Worte, wenig Informationen

Der Prozess gegen den früheren VW-Boss und weitere Manager, die allesamt ihre Unschuld beteuern, dürfte 2021 beginnen.

Die Dieseltverfahren sind eng miteinander verwoben. Der nun im Münchner Verfahren mitangeklagte Hatz galt als enger Vertrauter Winterkorns, er folgte seinem Chef später nach Wolfsburg. Zu den mehr als 300 Zeugen, die in Stadelheim aussagen sollen, zählen diverse amtierende und ehemalige VW-Granden, unter ihnen Großaktionär und Aufsichtsrat Hans Michel Piëch, Winterkorns vorübergehender Nachfolger Matthias Müller und Porsche-Chef Oliver Blume. 181 Verhandlungstermine hat der Vorsitzende Richter Stefan Weickert angesetzt, Ende 2022 wäre das Verfahren plangemäß zu Ende. Der Mammutprozess beginnt mit der Verlesung der 90 Seiten starken Anklageschrift, gespickt mit technischen Details.

Die Zusammensetzung der Angeklagtenliste hat sich die Staatsanwaltschaft gut überlegt. Sie bildet alle Hierarchiestufen ab: von Ex-Chef Stadler über Motorencef Hatz und Abteilungsleiter Pamio bis hin zum einfachen Ingenieur L. Pamio und L. haben bereits im Ermittlungsverfahren umfassend ausgesagt, sie dürften ihre Chefs vor Gericht erneut belasten, vor allem ihren Vorgesetzten Wolfgang Hatz. Stadler und Hatz wiederum werden die Schuld auf die Ingenieure schieben; diese hätten die Betrugsmethoden ausgeheckt und nicht nur die Kunden, sondern auch ihre Vorgesetzten getäuscht.

Richter Weickert wird den Fall von unten aufrollen und als Erstes die technischen Hintergründe des Dieseltbetrugs aufarbeiten, ehe er der Frage nachgeht, wer dafür sorgte, dass die verbotene Technik tatsächlich eingesetzt und die Schummelmotoren weltweit vertrieben wurden.

Weickert muss dafür zurückgehen in die Jahre 2007 und 2008, als VW und Audi mit dem »Clean Diesel« den US-Markt erobern wollten. Die amerikanischen Umweltauflagen waren so streng, dass die beschuldigten Manager glaubten, sie mit legaler Technik nicht erfüllen zu können. Stattdessen sollen sie auf eine »intelligente Lösung« gedrängt haben. Pamio und seine Leute entwickelten nach Ansicht der Ankläger jene Abschalteinrichtung, die den Dieselt auf dem Teststand sauber, auf der Straße aber schmutzig, schnell und ausdauernd machte.

Bis 2015 verfeinerten die Ingenieure die betrügerische Technik immer weiter. Dafür werden sich neben Hatz, Pamio und L. dem-

nächst womöglich noch zahlreiche andere verantworten müssen. Gegen vier ehemalige Audi-Mitarbeiter hat die Staatsanwaltschaft bereits Anklage erhoben, 34 weitere führt sie als Beschuldigte.

Im Fall von Ex-Chef Stadler liegen die Dinge etwas anders. Im Prozess wird es ausschließlich darum gehen, warum er nach dem Aufliegen des Dieselskandals so schleppend aufklärte und den Vertrieb manipulierter Fahrzeuge weiter zuließ. Laut Anklageschrift soll Stadler am 24. September 2015, also wenige Tage nach Veröffentlichung der Vorwürfe durch die US-Behörden, erfahren haben, dass nicht nur US-Fahrzeuge, sondern auch Audis in Europa manipuliert worden waren.

Damals schwächte Audi eine Pressemitteilung ab, mit der man die europäischen Kunden zu beruhigen versuchte. Hatte es im Entwurf noch geheißen, alle V6- und V8-TDI-Motoren würden »die gesetzlichen Anforderungen und Umweltnormen erfüllen«, wurden kurz vor der Veröffentlichung die »gesetzlichen Anforderungen« gestrichen. Deren Einhaltung wollte Audi seinen Kunden dann offenbar doch nicht mehr versprechen. Ein Eingeständnis, dass man sehr wohl um die Schummelei wusste?

Belastet wird Stadler außerdem durch E-Mails, die er zum Jahresende 2015 erhalten haben soll. In einer der Nachrichten weist ein Motorenexperte auf mögliche Probleme in den europäischen Dieselmotoren hin. Allerdings gingen solche Mails meist nicht an Stadler direkt, sondern an seinen Assistenten. Er könnte also behaupten, sie nie gelesen zu haben. Bis heute bestreitet Stadler jegliche Schuld. In den Vernehmungen soll der Ex-Audi-Boss zwar wortreich Stellung genommen, aber kaum Informationen preisgegeben haben. Stadler behauptet, er habe nichts gewusst, was ihn hätte veranlassen müssen, die laufende Produktion zu stoppen.

Seine Anwälte haben nach der Anklage noch einmal einen Schriftsatz eingereicht. Sie argumentieren, ihr Mandant habe keinen Schaden verursacht. Schließlich seien die betroffenen Dieselfahrzeuge bis zuletzt fahrtüchtig gewesen. Die Ermittler halten dem laut Anklageschrift entgegen: Ein drohender Rückruf oder gar eine Stilllegung sei ein Mangel. Weil Stadler den Verkauf manipulierter Fahrzeuge nicht gestoppt habe, seien erhebliche Kosten entstanden. Die Strafverfolger stützen sich auf ein betriebswirtschaftliches Gutachten, das besagt, Audi habe für Rückrufe und Software-Updates von mehr als 120 000 Fahrzeugen insgesamt 27,5 Millionen Euro bezahlen müssen. Ein Betrag, den die Staatsanwaltschaft Stadler zurechnet.

Unterstützt wird die Sicht der Ermittler durch ein weiteres Gutachten, das das Gericht selbst in Auftrag gegeben hat. Die

Flexibel bleiben. Lesen Sie den SPIEGEL, solange Sie möchten.

Frei Haus.

Der SPIEGEL jede Woche direkt nach Hause

Rund 4% sparen.

Für nur €5,30 pro Ausgabe statt €5,50 im Einzelkauf

Ohne Risiko.

Jederzeit kündbar, Urlaubsservice möglich

Vergünstigte Tickets.

Für ausgewählte SPIEGEL-Veranstaltungen auf www.spiegel-live.de

Einfach jetzt anfordern:

 abo.spiegel.de/flexibel

oder telefonisch unter 040 3007-2700

(Bitte Aktionsnummer angeben: SP-FLEX)

Keine
Mindest-
laufzeit



Müder Goldbär

Lebensmittel Unter dem Familienerben Hans Guido Riegel wollte Haribo internationaler und moderner werden. Doch der Weltmarktführer hat sich verzettelt – und ersetzbar gemacht.

Sachverständigen gehen darin laut Verfahrenskreisen sogar noch weiter. Sie rechnen vor, dass der Marktwert betroffener Dieselaautos durch die Manipulationen gedrückt worden sei, und zwar um fünf Prozent pro Fahrzeug. Bei 120 000 Autos, die durchschnittlich schätzungsweise 50 000 Euro gekostet haben, käme man so auf eine Summe von 300 Millionen Euro, für die Stadler mitverantwortlich wäre.

Das ist harmlos, verglichen mit dem Schaden, der nicht Stadler, sondern seinen Mitangeklagten zugeschrieben wird. Unter der Ägide von Hatz, Pamio und L. wurden laut Anklage 80 000 manipulierte Audis in den USA verkauft. Dort sind Abschaltvorrichtungen streng verboten. Der Schaden ließ sich nur mit Entschädigungen oder Rückkäufen beheben. Die Ermittler kalkulieren hierfür 3,3 Milliarden Euro.

Hatz bestreitet jegliche Beteiligung an der Manipulation. In etlichen Schriftsätzen hat sein Verteidiger dargelegt, dass der mutmaßliche Betrug bei Audi erst stattgefunden habe, als Hatz längst von Ingolstadt nach Wolfsburg gewechselt war. Die Staatsanwaltschaft dagegen sieht in ihm einen der Drahtzieher der Affäre, Hatz soll auch als VW-Manager noch bei Audi hineinregiert haben. Setzen sich die Strafverfolger mit ihrer Sicht durch, drohen ihm bis zu zehn Jahre Gefängnis. Neun Monate hat er bereits in U-Haft verbracht.

Die Techniker Pamio und L. haben eine Teilschuld eingeräumt, was ihnen bei der Strafzumessung zugutekommen dürfte. Für Pamio als Abteilungsleiter erscheint eine Bewährungsstrafe unwahrscheinlich, anders als bei Ingenieur L., dem eine rein ausführende Rolle zukam.

Glimpflich könnte es auch für Stadler ausgehen. Nach heutigem Ermittlungsstand hat er die Entwicklung der Betrugssoftware weder beauftragt noch gebilligt. Statt einer Haftstrafe könnte es zu einem Strafbefehl oder einer Einstellung des Verfahrens gegen Geldbuße kommen. Stadler bereitet sich jedenfalls schon für sein zweites Leben nach der Diesellauffäre vor. Seit einigen Monaten ist er auf dem Karrierenetzwerk LinkedIn aktiv. Das Profilbild zeigt ihn braun gebrannt, die Haare etwas länger und weißer als früher. Auch die Jobbezeichnung ist neu: Berater.

Die Auflagen der Justizbehörden erlauben ihm, einer neuen Tätigkeit nachzugehen – sofern er nicht mit anderen Beschuldigten aus dem Dieselfahrer verkehrt.

Kommt er um eine Strafe herum, muss sich Stadler ohnehin keine Sorgen um seine Zukunft machen. Dann winkt ihm eine Abfindung von Audi, die der Autohersteller bis zum Ende des Verfahrens einbehalten hat: 6,9 Millionen Euro.

Simon Hage, Martin Hesse

Wer wissen will, wie es um Haribo bestellt ist, muss in diesen Tagen nur zu Lidl gehen. Im Süßwarenregal des Discounters, wo bis vor Kurzem der Goldbär und seine Artgenossen ihren festen Platz hatten, liegen jetzt Lidl-Eigenmarken und Konkurrenzprodukte von Katjes. Mitte August hat Lidl die Haribo-Ware aus dem Sortiment geworfen. Der Goldbär – kaltherzig aussortiert, weil es auch ohne ihn geht.

Haribo galt über Jahrzehnte als feste Größe im Regal, als Inkarnation einer unverzichtbaren Marke. Nun fliegt der Goldbär nicht nur bei Lidl raus. Auch Edeka hat den Verkauf nach SPIEGEL-Informationen um 40 Prozent heruntergefahren. Bei Rewe drohte zwischenzeitlich Ähnliches. Haribo hatte versucht, die Preise anzuheben, und dabei offenbar überzogen. »Früher waren wir auf Haribo angewiesen, heute haben wir Alternativen wie Storck, Katjes oder unsere Eigenmarken«, sagt der Chefeinkäufer eines Handelskonzerns.

Dass der Handel auf Haribo verzichten kann – unter dem verstorbenen Haribo-Patriarchen Hans Riegel ein undenkbares Szenario. Bis zu seinem Tod vor sieben Jahren führte er den Konzern 67 Jahre lang mit harter Hand und scharfem Ton. An den Wochenenden ersann er gern neue Ideen, mit denen er seine Mitarbeiter dann montags auf Trab hielt. Riegel ließ Moorbühner in Gummi-Form pressen, passend zum Computerspiel. Aus dem Berliner Babybären Knut machte er spontan weiße »Knuddel-Knut'sch«-Bären. Riegel gab Preise, Ideen und Takt vor, ohne ihn ging nichts, gegen ihn erst recht nicht.

Seinem Neffen Hans Guido Riegel liegt solches Durchregieren fern. Der Familienerbe, seit 2013 an der Spitze des Konzerns, drängt sich nicht gern nach vorn. Das

klingt sympathisch und ist doch Teil des Problems. Dem Unternehmen fehle die richtungweisende Hand, bemängeln leitende Mitarbeiter. »Er wird nicht als die Führungsfigur wahrgenommen, die nötig wäre«, heißt es im Umfeld der Familie.

Zu den ersten Amtshandlungen nach Riegels Antritt gehörte, die Werbe-Ikone Thomas Gottschalk zu verabschieden. 25 Jahre lang hatte der Entertainer für die Gummibären geworben, ein neues, frisches Gesicht sollte her.

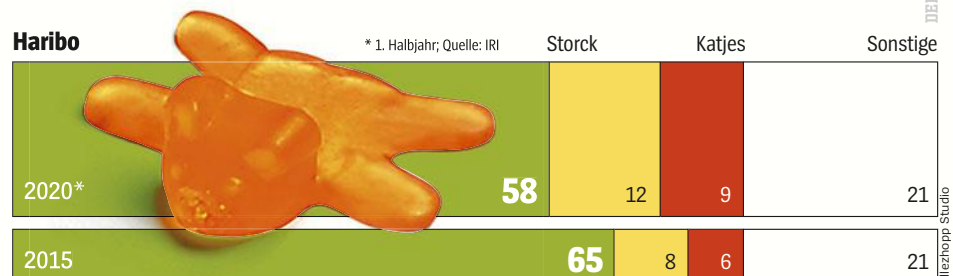
Doch von neu und frisch ist im Haus nicht viel zu spüren. Stattdessen verliert der Marktführer seit Jahren an Kraft. Lag Haribos Marktanteil, gemessen am Umsatz, 2015 noch bei 65 Prozent, waren es in der ersten Hälfte dieses Jahres nur mehr 58 Prozent. Wettbewerber Storck (Lachgummis), 2010 gerade mal ein Zehntel so groß wie Haribo, hat den Abstand auf ein Fünftel verringert. Die Zahlen sind ein gut gehütetes Geheimnis, offiziell gibt kein Hersteller sie preis.

Reihenweise Führungskräfte wurden an der Frage verschlissen, wohin sich Haribo strategisch entwickeln soll. Das Unternehmen springt richtungslos von Trend zu Trend und hält keinen so recht durch. Die sinkende Marge macht inzwischen laut Insidern auch die Gesellschafter nervös. »Wir haben uns verzettelt«, heißt es im Umfeld der Familie.

Der Weltmarktführer hadert mit den wechselhaften Launen des Verbrauchers. Griffen Konsumenten früher beständig zu den Klassikern, sollen die Fruchtgummis heute mal vegetarisch, mal vegan, mal mit weniger Zucker, aber bitte mit unverändertem Geschmack sein, wahlweise cool aussehen oder mit dem Coenzym Q10 und Biotin noch für Schönheit von innen sorgen.

Haribo verliert Kunden

Marktanteile der Fruchtgummiersteller in Deutschland nach Umsatz, in Prozent



Zwischen diesen Ansprüchen hat sich Haribo verheddert. 2018 brachte der Konzern seine »Fruitalicious« auf den Markt, Fruchtgummis mit 30 Prozent weniger Zucker. Doch der dafür gedrehte TV-Spot mit Bully Herbig verfiel nicht so recht, die Kunden griffen nicht wie erwartet zu. Der Umsatz sank, weil gleichzeitig die Werbung für den Goldbären und die Colorado-Mischung zurückgefahren worden war. Nach dem Motto »Volle Kraft zurück« wurde die Werbekampagne eingedampft. Zwar gibt es die zuckerreduzierten Gummis noch, aber die Kunden müssen sie im Regal regelrecht suchen.

Die neue Parole heißt: »Süßigkeiten sind Genussmittel.« Deutschlandchef Andreas Patz erklärt, dass der Konsument ja wisse, dass seine Gummis Zucker enthielten und keine Grundnahrungsmittel seien. Patz dreht die Zeit zurück, er stellt den Goldbären wieder in den Mittelpunkt. Das zeige sich bereits »positiv in unseren aktuellen Zahlen«, sagt Patz. De facto taugt dies kaum als Beleg, denn vom Süßigkeitenhunger in der Coronakrise profitiert die gesamte Branche.

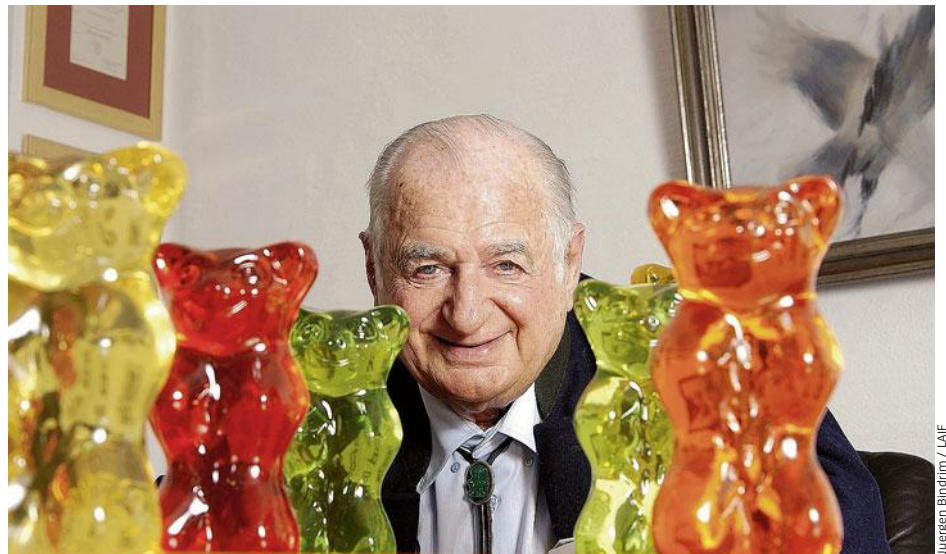
Trotzdem reden sie sich im Konzern die Rolle rückwärts als großen Erfolg schön. Man nehme sich auch in »einer disruptiven Epoche die Zeit, um Trends von wirklichem Wandel zu unterscheiden«, sagt Herwig Vennekens, Vertriebs- und Marketingchef der Haribo-Holding. Ganz so als wäre der Wunsch vieler Verbraucher nach gesünderen Lebensmitteln eine vorübergehende Wirtung und kein Megatrend.

Die Marktdaten jedenfalls weisen in eine andere Richtung: Das Umsatzplus bei vegetarischen und veganen Zuckerwaren gleich im ersten Halbjahr 2020 das Minus bei herkömmlichen Süßigkeiten aus. Zuckerfreie Produkte wuchsen bereits stärker als solche mit Zucker.

Haribo stehe zwar für Qualität, sagt Robert Kecskes, Berater beim Marktforschungsinstitut GfK. Das Unternehmen aber habe es verpasst, die Marke zu modernisieren. »Es fehlt die Spannung, das Kribbeln«, sagt Kecskes. Ein paar vegetarische oder zuckerreduzierte Produkte anzubieten reiche nicht: »Jeder Konsument spürt, dass das Unternehmen davon nicht richtig überzeugt ist.«

Selbst im Familienumfeld fragen sie sich, ob es Riegel junior an Durchhaltewillen mangelt. »Man muss Managern und Strategien Zeit geben und beiden eine Marschrichtung«, heißt es dort.

Doch Mut und Geduld zählen nicht zu Riegels Stärken, das erfuhr das Management bei einer Präsentation im Spätsommer 2018. Die Haribo-Spitzenkräfte stellten neue Verpackungsideen vor, eine Schachtel etwa, mit der sich die Gummis auf dem Tisch für Gäste präsentieren ließen. Auch Produkte mit weniger Zucker und veganes Weichgummi waren dabei. Riegel hingegen habe gar keine Details wissen wollen, ungeduldig habe er gefragt, warum die



Firmenpatriarch Hans Riegel 2006: Mit harter Hand und scharfem Ton

Wachstumsziele so niedrig seien. Der Vertrieb solle die bestehenden Haribo-Produkte einfach besser verkaufen. »Es gab keine klare Entscheidung, wofür Haribo neu stehen könnte«, sagt ein früherer Manager.

Jedes Jahr im Herbst treffen sich die Verantwortlichen der Landesgesellschaften auf einer Art Basar in der Zentrale. Auf hübsch dekorierten Marktständen zeigen sie ihre Produkte. »Eine Nabelschau, mehr nicht«, sei das, sagt eine Ex-Führungskraft. Hin und wieder werde eine Produktidee aus einem anderen Land aufgegriffen. »Wegweisende neue Strategien entstehen dort nicht.«

Dabei hatte das Unternehmen in den vergangenen Jahren eine ganze Riege von Topmanagern namhafter Konzerne verpflichtet, um auf neue Ideen zu kommen, von Coca-Cola bis Danone, von Wrigley bis Barilla. Kaum einer blieb länger als ein Jahr. »Bei Haribo warten die Mitarbeiter zu sehr auf Ansagen von oben, und der Veränderungswille wird einfach nicht vorgelebt«, sagt ein Abtrünniger. Der Widerstand gegen neue Konzepte sei zu groß, berichtet ein anderer. »Wenn es knirschte, fehlte der Rückhalt der Firmenleitung.«

Zur Führungsschwäche kam Pech. Vor zweieinhalb Jahren zog die Zentrale aus dem beschaulichen Bonn-Kessenich auf einen Hügel in Grafschaft in einen neuen, dunkelgrauen Büroklotz samt hochmoderner Logistikhalle und Weingummifabrik. Das alte EDV-System wurde auf SAP umgestellt, damit die Mitarbeiter ihre Produktionspläne nicht länger in Excel-Listen tippen müssen. Aber das Projekt geriet zum Fiasko. Das neue System produzierte massenhaft Fehler. Mit dem Ergebnis, dass Ware monatelang nur stockend an die Händler ausgeliefert werden konnte, bis ins Jahr 2019 hinein.

Um den Familienbetrieb – 7000 Mitarbeiter, 2,5 Milliarden Euro Umsatz – zu

einem Unternehmen von Weltrang zu machen, trieb Riegel in den vergangenen Jahren die Expansion im Ausland voran. »Das ist die große Aufgabe, der wir uns in dieser Generation stellen und für die ich stehe«, betonte er im SPIEGEL-Gespräch vor zwei Jahren. Sie ist schwieriger als gedacht. Die Schwäche im Deutschlandgeschäft könnte die Expansion hart abbremsen.

Der Bau des lange geplanten Werks in den USA, wo Haribo inzwischen Marktführer für Süßwaren (außer Schokolade) ist, soll zwar nach langer Verzögerung bald losgehen, dafür aber muss der Neubau eines größeren Werks für die Kaubonbonmarke Maoam in Neuss bei Düsseldorf warten. Man wolle sich auf das neue US-Werk konzentrieren, teilte die Firma der Stadtregierung in Neuss mit. Die kassiert nun jährlich Geld für die Reservierung des 14 Hektar großen Areals. Maoam kommt derweil kaum vom Fleck, auch hier fehlt es an neuen Ideen. Man arbeite daran, so Haribo.

Von Riegels einstigen China-Ambitionen ist nicht viel übrig. Nach dem Markteintritt im Jahr 2013 ist Haribo dort kaum mehr im Regal zu finden. Man konzentriere sich auf das Onlinegeschäft, argumentiert das Management, und wolle bald wieder in die Läden zurück. Das Angebot erschöpfe sich bisher in Goldbären und Happy-Cola in Süß und Sauer, mäkelt dagegen ein Vertriebsexperte. Die Chinesen verlangten ständig neue, kreative Produkte, die Haribo nicht bietet.

Wie solche Innovationen aussehen, führt gerade die chinesische Süßwarenfirma Amos vor. Sie verkauft 4-D-Fruchtgummis, in Asien bereits ein Hit, jetzt auch in Großbritannien: runde Gummikirschen, Fruchtbären mit Schultern und echtem Po. Und: Fruchtgummis im Lego-Format zum Stapeln. Kristina Gnirke

Ausland



Mit zerschlissener Flagge steht ein Fahrzeug der amerikanischen Streitkräfte am Straßenrand von Tall Tamr, einem Ort in der syrischen Provinz Hasaka. Eigentlich wollte Donald Trump die US-Truppen im Nordosten Syriens abziehen, doch zuletzt kündigte das US-Militär sogar eine Verstärkung ihrer Truppen an. Damit reagiert sie auf die wachsenden Spannungen zu Russland in dem Gebiet, das die USA zusammen mit Kurden kontrolliert.

Die Untertanen erheben sich

Analyse In Thailand nehmen Proteste gegen Regierung und Monarchie zu – ein Tabubruch, der kaum mehr einzuhegen ist.

● Thailands Jugend hat die Angst abgelegt: Rund 20 000 Menschen gingen zuletzt für mehr Demokratie auf die Straße. Sie fordern auch, dass die Monarchie ihren Einfluss im Land beschränken soll. Zu lange haben die Machthaber den Unmut des Volkes ignoriert – das ging, weil Kritikern hohe Strafen drohen. Doch kein Staat kann Zehntausende Schüler und Studenten verhaften.

In Thailand herrscht eine Art Scheindemokratie mit dem ehemaligen Führer der Militärjunta als Premierminister. Die Regierung, die immer mehr Zorn auf sich zieht, ist eng mit der Monar-

chie verflochten. Mit einem König, der sehr viel Zeit in Deutschland verbringt und der Verschwendungssucht alles andere als unverdächtig ist. Maha Vajiralongkorn lässt sich 35 Flugzeuge und Helikopter von den thailändischen Steuerzahlern finanzieren. Auch macht er aus seinen absolutistischen Tendenzen keinen Hehl (und führte etwa die Polygamie im Palast wieder ein). Und obwohl der Absolutismus in Thailand seit 1932 offiziell abgeschafft ist, war kein Monarch seither so mächtig. Vajiralongkorn verwaltet das immense royale Vermögen, er kontrolliert eigene Einheiten der Armee.

Als Anfang 2020 die Oppositionspartei Future Forward verboten wurde, regte sich der erste Widerstand. Gebeutelt von der Pandemie und ihren Folgen rebellieren jetzt Tausende.

Noch verhalten sich Palast und Regierung weitgehend passiv. Die Machthaber wissen, dass der Tabubruch kaum mehr einzuhegen ist. Wachsen die Proteste, wird die Regierung zurücktreten oder Neuwahlen ausrufen müssen. Gefährlicher wird es, wenn der Palast das Militär zum Handeln auffordert. Oder die Armee eigenmächtig den nächsten Coup anzettelt, um das Land zu einer erzroyalistischen Ordnung zurückzuführen. Dann hätte der Autoritarismus in Thailand gesiegt. Katrin Kuntz

Maghreb

Journalisten hinter Gittern

● Es scheint, als würden Marokko, Algerien und Tunesien einander nacheifern. Alle drei Länder sperren gerade einige ihrer bekanntesten Journalisten unter fragwürdigen Vorwürfen weg. In Algerien traf es zuletzt Khaled Drareni, 40, der seit Langem für Pressefreiheit kämpft. Drareni hatte ausführlich über die seit 2019 andauernden Massenproteste in Algerien berichtet, die nur aufgrund des Coronavirus abebbten. Die Richter sahen seine Arbeit als »Aufstachelung einer unbewaffneten Versammlung« und »Gefährdung der nationalen Einheit« an und verurteilten ihn im September zu zwei Jahren Haft sowie einer Geldstrafe. In Marokko begann der Prozess gegen den preisgekrönten Journalisten Omar Radi, 34, der einige Korruptionsskandale enthüllt hatte. Ihm drohen bis zu zehn Jahre Haft

wegen Spionagevorwürfen – er hatte für internationale Medien recherchiert und geschrieben. Zudem wird er beschuldigt, eine Kollegin vergewaltigt zu haben. Diesen Vorwurf gilt es zu untersuchen – allerdings hat Marokko in der Vergangenheit solche Vorwürfe verwendet, um Kritiker zu diskreditieren. In Tunesien wiederum muss der Journalist Taoufik Ben Brik ein Jahr in Haft, weil er im Oktober 2019 im Fernsehen die Justiz kritisierte. »Jedes Land hat seinen eigenen Kontext«, erklärt die Maghreb-Expertin Isabelle Werenfels von der Stiftung Wissenschaft und Politik. »Algerien versucht, mit absurden Anschuldigungen Multiplikatoren der Protestbewegung auszuschalten – oft Personen von hoher Bekanntheit in den sozialen Medien. In Tunesien dagegen kann man nicht eindeutig sagen, das System würde autoritärer. Dort sind es punktuelle Versuche, teils einzelner Personen, Kritik zu verhindern.« RAS

Frankreich

Macrons Partei steckt in der Krise

● Die Bewegung En Marche, die Emmanuel Macron im Mai 2017 zum Sieg trug, war eines der ungewöhnlichsten politischen Experimente der Fünften Republik. Seit Anfang dieser Woche aber befindet sich die Regierungspartei La République en Marche in einer schweren Krise. Schon die Niederlagen bei der Euro-

pawahl 2019 und den Kommunalwahlen in diesem Jahr hatten der Partei erste Dämpfer versetzt. In dieser Woche verkündete Pierre Person, 31, stellvertretender Parteivorsitzender, in »Le Monde« seinen Rücktritt aus der Parteispitze und erhob schwere Vorwürfe. Die Partei produziere schon lange keine neuen Ideen mehr und sei nicht mehr in der Lage, den Herausforderungen bis zu den Präsidentschaftswahlen 2022 gerecht zu werden. Die Parteiführung sei zu sehr auf sich selbst konzentriert und habe den Kontakt zu Lokalpolitikern und Abgeordneten vernachlässigt. Person will seinen Rücktritt als konstruktiven Weckruf verstanden wissen, und er forderte dazu auf, ihm zu folgen, um den Weg für eine Erneuerung frei zu machen. Anfang der Woche legten daraufhin zwei weitere Abgeordnete ihre Posten nieder. BSA



Julien Mattia / Anadolu Agency / Getty Images

Macron



Unterstützerplakat für Sotoudeh in Paris

Iran

»Diese Vorstellung macht mir Angst«

Die renommierte Anwältin Nasrin Sotoudeh, 57, kämpft in ihrer Heimat Iran für Menschenrechte. Zuletzt beschrieb sie 2018 im SPIEGEL, wie sie Frauen half, die gegen Irans Kopftuchpflicht verstoßen hatten. Kurz darauf wurde sie verhaftet und in zwei Prozessen zu 38,5 Jahren Haft und 148 Peitschenhieben verurteilt. Im August dieses Jahres begann sie einen Hungerstreik, um auf die schlimmen Bedingungen im Gefängnis aufmerksam zu machen, wo auch Covid-19 grassiert. Mitte September wurde Sotoudeh ins Krankenhaus verlegt, sie wog nur noch 47 Kilogramm. Nun ist sie zurück im Evin-Gefängnis, erzählt ihr Ehemann Reza Khandan.

SPIEGEL: Herr Khandan, wann konnten Sie Ihre Frau zuletzt sehen?

Khandan: Vergangenen Montagabend, als sie aus der Intensivstation in die Kardiologie verlegt wurde. Ich rief etwas, aber Nasrin verstand mich nicht. Sie wollte, dass ihr Rollstuhl zu uns geschoben wurde, zu mir und ihrer Schwester. Doch dann hat der Aufpasser sie daran gehindert. Er hat sie mit Wucht in den Raum geschoben, in den sie verlegt werden sollte, sodass wir sie nicht mehr sehen konnten.

SPIEGEL: Warum haben Sie kein Besuchsrecht?

Khandan: Im Evin-Gefängnis durfte sie in der Regel einmal in der Woche für 20 Minuten bis zu einer Stunde Besuch empfangen. Im Krankenhaus nicht. Man nannte mir keine Gründe. Es hieß, der Staatsanwalt erlaube dies nicht.

SPIEGEL: Will Ihre Frau den Hungerstreik fortsetzen?

Khandan: Sie glaubt, sie werde bald Ergebnisse sehen. Es wird nicht leicht, sie zur Umkehr zu bewegen. Ich dagegen bin der Ansicht, dass schon etwas erreicht wurde: Sie wollte auf die Situation der Gefangenen in Iran aufmerksam machen, und das hat sie geschafft. Ich bin nicht sehr optimistisch, dass mehr erreicht wird – dass Gefangene freikommen oder deren Haftbedingungen geringfügig verbessert werden, wie Nasrin fordert.

SPIEGEL: Viele Iraner protestieren in sozialen Medien gegen die wieder häufigeren Hinrichtungen politischer Gefangener.

Khandan: Das ist richtig. Nasrins Hungerstreik und das, was sie im Laufe ihres Berufslebens gemacht hat, dreht sich auch darum. Selbstverständlich wollen auch wir, dass die zum Tode Verurteilten im Mittelpunkt stehen, damit sie gerettet werden können. Es ist auch nicht auszuschließen, dass die Machthaber erneut einen Prozess gegen Nasrin führen und sie zum Tode verurteilen. Diese Vorstellung macht mir Angst. RAS

Zerstörte Träume

Indien Täglich infizieren sich rund 90 000 Inder mit dem Coronavirus. Die Wirtschaft bricht ein, die Armut wächst – mit bedrohlichen Folgen für eine Nation, die lange nur den Aufstieg kannte.

Es dauerte vier Monate, bis das Virus die Klinik von Ajay Kumar Sinha erreichte. Der Beginn der Pandemie sei ruhig verlaufen, sagt er. Im Juli wurde es dann plötzlich ernst. Sinha ist 58 Jahre alt und arbeitet am Nalanda Medical College & Hospital in der Stadt Patna im Nordosten Indiens, einem von vier Corona-Zentren für mehr als zwei Millionen Menschen.

Der Monsun hatte, wie so oft, Hochwasser nach Patna gebracht. Die Fluten überschwemmten die Region, das Wasser drang auch ins Krankenhaus ein. Eine trübe, brackige Brühe umspülte die Betten der Patienten.

Zur selben Zeit stieg die Zahl der Corona-Patienten. Die Betten reichten auf einmal nicht mehr aus. Berichte von abgewiesenen Patienten häuften sich; von Menschen, die vor der Tür des Krankenhauses tot zusammenbrachen. »Weinende Ärzte riefen mich an«, erzählt Sinha. »Sie riefen: Uns sterben die Leute weg.« Videos aus dieser Zeit zeigen mit Decken verhüllte Leichen, die stundenlang in einem Raum mit Patienten liegen.

Familien bekamen es mit der Angst zu tun und ließen ihre Angehörigen im Stich. »Die Medien haben uns dafür kritisiert, dass wir die Leichen nicht fortschaffen würden. Uns hatte man gesagt, dass jemand kommen würde, um sie einzusäubern. Aber niemand kam.«

Sinha erzählt das am Telefon mit ruhiger Stimme. Er ist auf dem Weg nach Hause von der Arbeit. Im Hintergrund sind hupende Autos und Motorenlärm zu hören. Er habe sich von Beginn an keinen Illusionen hingegeben, sagt Sinha. »Als ich im März die Bilder aus Europa gesehen habe, wusste ich, dass wir uns mit unserer bescheidenen Infrastruktur auf etwas gefasst machen müssen.« Wenn die besten Gesundheitssysteme der Welt kollabierten – was würde wohl in Patna passieren?

Es war diese Angst, die in den ersten Wochen der Pandemie in Indien herrschte und das Handeln der Regierung lenkte. Anfang März stellte Indien keine neuen Visa mehr aus, noch bevor die Weltgesundheitsorganisation (WHO) vor einer drohenden Pandemie warnte. Am 24. März verhängte die Regierung von Premierminister Narendra Modi den härtesten Lockdown der Welt: praktisch eine Ausgangs-

sperre für mehr als eine Milliarde Menschen, praktisch sofort.

Gesundheitsexperten lobten Indien dafür, genau wie die WHO. Kaum ein halbes Jahr später jedoch sieht es so aus, als wäre dem Land genau das – nämlich sein strenges Vorgehen und der harte Lockdown – zum Verhängnis geworden.

Fast sechs Millionen Inder haben sich bislang offiziell mit Sars-CoV-2 angesteckt, jeden Tag infizieren sich, auch das sind die offiziellen Zahlen, durchschnittlich weitere 90 000. Nirgendwo sind es mehr. Seit Anfang September sterben täglich mehr als tausend Menschen an den Folgen der Pandemie.

Epidemiologen vermuten, dass das wahre Ausmaß weitaus schlimmer ist. Die Zahl der Infektionen könnte bei bis zu 100 Mil-

lionen liegen. Offiziell wird das Land voraussichtlich im Oktober die Nummer eins der Corona-Rankings, die USA, überholen. Tatsächlich erlebt Indien wohl schon jetzt den größten Ausbruch der Welt.

Ebenso bedrohlich sind aber die mittel- und langfristigen Folgen der Pandemie, denn das Virus trifft das Land in einem kritischen Moment.

Modi hat der Nation nach seiner Wiederwahl im Mai 2019 ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Aus Indien solle in den kommenden fünf Jahren eine »Fünf-Billionen-Dollar-Volkswirtschaft« werden, sagte er. Das käme etwa einer Verdopplung des Bruttoinlandsprodukts gleich. Indien wäre damit die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt, nach den USA, China und Japan. Dafür müsste die Wirtschaft allerdings jährlich um neun Prozent wachsen. Inmitten der Pandemie erscheint das fast unmöglich – und ist doch dringend notwendig.

Denn 600 Millionen Inder sind jünger als 25 Jahre, eine Million von ihnen strömt jeden Monat auf den Arbeitsmarkt. Indiens Wirtschaft muss wachsen, um sicherzustellen, dass das Land den Bedürfnissen seiner jungen Bürger gerecht werden kann: dass sie ein Dach über dem Kopf haben, genug zu essen, vielleicht ein Moped.

Das Coronavirus frisst sich mitten in den indischen Traum hinein. Es bedroht die über Jahre gereifte Überzeugung, dass Indien an der Schwelle zum Wohlstand steht, dass aus einem armen Land ein reiches werden kann, wenn es sich nur genug anstrengt, gar eine Supermacht.

Indiens Lockdown, den Premier Modi im März verkündete, war die größte – und brutalste – Ausgangssperre von allen. Züge und Busse fuhren nicht mehr, Flüge und Taxifahrten wurden verboten, mit kaum vier Stunden Vorwarnung. Stadtteile wurden abgeriegelt, Polizisten kontrollierten Ein- und Ausfahrten. Innerhalb von 48 Stunden zeigte sich, was eigentlich jedem hätte klar sein müssen: dass man ein Milliardenvolk nicht einsperren kann.

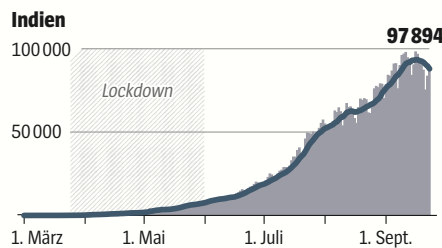
Millionen Inder leben in Slums. Viele von ihnen sind Wanderarbeiter. Nahezu über Nacht verloren sie ihre Arbeit. Sie fürchteten zu verhungern und machten sich auf einen riskanten Weg.

Hunderttausende zogen in vielen kleinen Treks nach Hause. Man sah sie die Schnellstraßen entlanglaufen, Rucksäcke geschultert, Plastiktüten in der Hand; die

Hotspot Indien

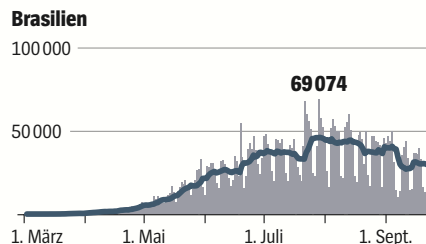
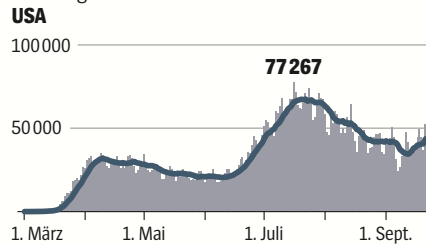
■ täglich gemeldete Sars-CoV-2-Neuinfektionen

▲ 7-Tages-Durchschnitt



Epidemiologen gehen von insgesamt bis zu 100 Millionen Infektionen in Indien aus.

Zum Vergleich:



Quellen: Ministry of Health and Family Welfare of India; Johns Hopkins University, Stand 23. September

DER SPIEGEL



Anupam Nath / AP

Corona-Opfer vor Abtransport, Witwe im Nordosten Indiens: »Uns sterben die Patienten weg«

meisten in Flipflops. Erst ließ der Staat sie von Polizisten zurückdrängen, dann, nach Protesten, stellten die Behörden doch noch Züge bereit, um sie nach Hause zu bringen. Hunderte drängten sich an den Bahnsteigen, die Abteile waren zum Bersen gefüllt. Bessere Bedingungen hätte sich das Virus nicht aussuchen können. Sechs Monate lang konnte die Seuche in fast jeden Winkel des Landes vordringen.

Der Verdacht liegt nahe, dass genau das eingetreten ist, was die Regierung mit dem Lockdown verhindern wollte: dass die Wanderarbeiter das Virus aus den Städten in die Dörfer getragen haben. So muss es auch in den Bundesstaat Bihar gelangt sein, bis in Sinhas Krankenhaus.

Bihar ist eine der ärmsten Regionen Indiens, von hier stammen besonders viele Wanderarbeiter. Im Juni waren 75 Prozent von ihnen mit Sars-CoV-2 infiziert. Von da an dauerte es nur wenige Wochen, bis die erste Welle Patna überrollte.

Am Höhepunkt der Epidemie legte Sinha 16-Stunden-Schichten ein. Er arbeitete unter chaotischen Bedingungen. Schutzkleidung fehlte, Verwandte flehten ihn an, sein Leben nicht zu riskieren. Seine Frau

und Tochter, die ebenfalls Mediziner sind, untersuchten sich abends auf Symptome. Gleichzeitig herrschte unter dem Personal Panik. Nur 8 der 1200 Mitarbeiter waren anfangs dazu bereit, Covid-19-Patienten zu pflegen.

Sinha, der für die Koordination der Covid-19-Patienten verantwortlich war, versuchte, seinen Kollegen Mut zuzusprechen. Zur Antwort bekam er: »Wenn uns etwas zustößt, dann werden unsere Familien dich nicht verschonen.« Es war eine Drohung.

Seit ein paar Wochen kann Sinha wieder verschlafen. Derzeit ist nur ein Drittel der Betten belegt.

In Indien leben 1,37 Milliarden Menschen, mehr als in Afrika. Es hilft, sich das Land als Kontinent vorzustellen: Mal erholt sich eine Region, mal steigen die Zahlen wieder an; Indien erlebt aufgrund seiner Größe nicht eine einzige große

»In manchen Slums sollen sich mehr als die Hälfte der Bewohner infiziert haben.«

Welle, sondern viele kleine, die sich zu einer Monsterwelle kumulieren.

Sinha traut dem Frieden deswegen nicht. Er glaubt, das Virus komme wieder. Zumindest hätten sie jetzt genügend Schutzmasken und Beatmungsmaschinen, auch die Panik bei seinen Mitarbeitern habe sich gelegt. »Langsam setzt sich das Wissen durch, dass Covid-19 womöglich weniger schlimm ist, als wir dachten.«

Es ist eine Hoffnung, die andere Gesundheitsexperten im Land mit ihm teilen – und die zum Lichtblick geworden ist: Indiens Todesrate erscheint vergleichsweise niedrig. Laut einer Antikörperstudie sollten bereits im August und September ein Drittel der Bevölkerung Delhis eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht haben; das wären mehr als sechs Millionen Menschen, gut 33-mal so viele Fälle wie offiziell im Großraum Delhi gemeldet worden sind; in manchen Slums der Millionenmetropole Mumbai sollen sich sogar mehr als die Hälfte der Bewohner infiziert haben. Wenn das zutrifft, sind das Werte an der Schwelle zur Herdenimmunität.

Das Virus hätte sich demnach mit enormer Geschwindigkeit im Land ausgebrei-

tet – ohne dass die Behörden es bemerkt hätten. Und doch lässt die Nachricht hoffen: Die Krankheit verlief damit weniger tödlich als befürchtet. Ein Grund dafür könnte die Altersstruktur sein. Inder sind im Mittel 28 Jahre alt, Deutsche knapp 45.

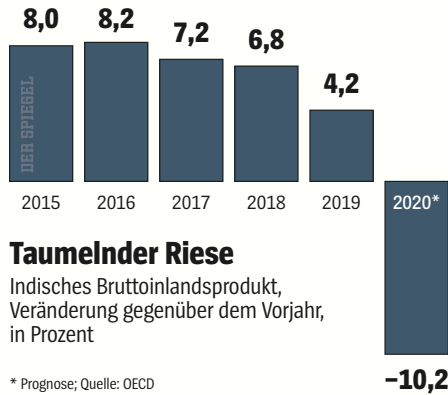
Zumindest in den Augen der Regierung scheint das Virus nicht mehr das große Problem zu sein. Trotz steigender Infektionszahlen haben die Behörden damit begonnen, die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie zu lockern. Tempel, Moscheen und Kirchen füllen sich wieder, wenn auch unter Einhaltung von Abstandsregeln. Die Metro in Delhi hat den Betrieb aufgenommen. Zum ersten Mal seit einem halben Jahr dürfen wieder Besucher ins Taj Mahal.

Das zweitbevölkerungsreichste Land der Welt arrangiert sich mit dem Virus. Was soll es auch anderes tun?

Schon vor der Pandemie kriselte die Wirtschaft. Aber im zweiten Quartal brach sie um fast ein Viertel ein, kein anderer G-20-Staat hat einen solchen Rückgang verzeichnet. Schätzungsweise 140 Millionen Inder verloren zeitweise ihren Job, und auch hier gilt: Wahrscheinlich waren es wesentlich mehr. Bis Ende des Jahres könnte Indiens Wirtschaft um bis zu zehn Prozent geschrumpft sein.

Es sind Zahlen, die am Selbstverständnis der Nation kratzen. Indien hat seit 40 Jahren keine Rezession mehr erlebt. Es war bis vor Kurzem die am schnellsten wachsende große Volkswirtschaft. Binnen zehn Jahren entkamen 271 Millionen Menschen extremer Armut.

Von der alten Euphorie ist nicht mehr viel zu spüren. Städte wie Bangalore im Süden des Landes, eine IT-Metropole, deren Bevölkerung sich während der vergangenen 20 Jahre verdoppelte, leeren sich.



Wer sich die Miete nicht leisten kann, zieht weg. Manche Geschäfte liegen im Dunkeln, weil der Besitzer die Stromrechnung nicht bezahlen konnte.

Man würde jetzt vermuten, dass viele Inder ihre Regierung verfluchen. Stattdessen erfreut sich Premierminister Modi laut Umfragen enormer Beliebtheit. Viele Inder sind zufrieden mit dem Krisenmanagement ihrer Regierung.

»Im Rückblick ist es immer einfach zu sagen, dass etwas falsch war«, sagt Vinay Jain. »Modi musste eine schwierige Entscheidung fällen, und die Nation stand hinter ihm.« Jain sitzt in seinem Büro, über seinem Kopf vergoldete Gottheiten.

Jain ist 38 Jahre alt und kam als junger Mann nach Bangalore. Er hatte Volkswirtschaftslehre studiert und interessierte sich für Autos, sein Onkel sagte ihm, er solle aus beidem etwas machen. Jain fing an, Sitzbezüge herzustellen, die an das Innere von Rennwagen erinnern. Er zieht ein Stück Kunstleder aus dem Regal und fährt mit den Fingern über das weiche Material. »Indien ist ein Land der Möglichkeiten«,

sagt er. »Alles, was es braucht, ist das richtige Produkt für die richtige Nische.« Klar, sagt er, seit dem Lockdown kämen weniger Kunden in den Laden. Aber das sei nicht sein größtes Problem.

Er führt in einen Raum auf der gegenüberliegenden Straßenseite, der vom Rattern von Nähmaschinen erfüllt ist. Stoffketten bedecken den Boden. Viele der Arbeiter sind kaum älter als 20 Jahre. Jain zeigt auf leere Tische. 7 seiner 32 Angestellten seien nach dem Lockdown nicht zurückgekommen. Es ist ein Problem, das zahlreiche Unternehmer teilen.

Viele Wanderarbeiter würden zwar gern zurückkehren, erzählt Jain. Aber ihre Familien lassen sie nicht, weil sie einen zweiten Lockdown fürchten. Außerdem fahren noch immer nicht genügend Züge vom Land in die Städte.

Jain sagt, man müsse Geduld haben. Der Lockdown habe dem Land Zeit verschafft, sich auf die womöglich folgenden Ausbrüche vorzubereiten. »Es kommt jetzt auf Eigenverantwortung an. Man darf sich nicht darauf ausruhen, dass die Regierung die ganze Arbeit erledigt.«

Vor dem Fenster beugen sich fünf Männer über einen verbeulten Kleinwagen. Alle tragen ihre Schutzmasken auf der Höhe des Kinns, Mund und Nase liegen frei. Es war vorhersehbar, dass es schwer werden würde, Gesichtsmasken in einem Land durchzusetzen, in dem viele Mopedfahrer ihren Helm beim Fahren in der Hand halten.

Jain lächelt. »Die meisten ziehen ihre Masken erst hoch, wenn sie einen Polizisten sehen. So denken die Leute hier eben.«

Sein Laden liegt in einer der Seitenstraßen der JC Road im Zentrum der Stadt, einem Getümmel von Gassen und engen Garagen, die Bangalores Gebrauchtwagenmarkt bilden. Hier hämmert und schweißst das sogenannte informelle Gewerbe; ein Euphemismus für einen Teil der Wirtschaft, in dem mit Bargeld bezahlt wird und Geschäfte noch per Handschlag besiegelt werden – und der einen Großteil der Inder beschäftigt.

Die Erwartungen an den Staat sind hier gering. Im besten Fall ist er etwas, das man umgeht. Viele Inder lernen früh, dass man sich auf die Regierung besser nicht verlässt, sondern lieber auf sich selbst und die Familie. Es ist einer der Gründe, warum manche Beobachter glauben, dass sich Indien womöglich doch schneller von dem Corona-Schock erholt als gemeinhin angenommen. Dazu kommt, dass die Bürger allherhand gewohnt sind und gelernt haben, flexibel zu sein. »Jugaad« heißt das auf Hindi – die Gabe, aus jeder noch so aussichtslosen Situation einen Ausweg zu finden.

Das Problem ist, dass die Chancen ungleich verteilt sind. Es sind vor allem die wohlhabenden Inder, die aus einer Krise wie dieser einen Vorteil ziehen können. Dagegen gibt es viele Menschen, die nun



Fiebertest im Bundesstaat Gujarat: An der Schwelle zur Herdenimmunität

darauf angewiesen wären, dass der Staat sie auffängt. Konkret sind es 200 Millionen, die in die Armut abzurutschen drohen oder schon abgerutscht sind. Es sind Leute wie Palerimeethal Babu.

Babu war Lehrer und hat 18 Jahre lang englische Literatur an einem Privatcollege in Kerala unterrichtet, einem Bundesstaat tief im Süden des Landes. Zuletzt verdiente er rund 350 Euro im Monat. Im März schloss seine Schule wegen der Pandemie und hörte auf, ihren Angestellten Gehalt zu zahlen. Die Schule ist bis heute geschlossen. Babu hat eine Familie zu unterstützen und einen Kredit abzubezahlen. Er wartete drei Monate ab, dann musste er sich nach einer Alternative umsehen. Das Einzige, was er fand, war Arbeit auf dem Bau. Babu, der früher mit Kindern Dickens las, schleppt nun Steine. Sein Tageslohn: rund zehn Euro. Die Arbeit zehrt an den Kräften des 55-Jährigen. »Ich stehe in der heißen Sonne oder im Sturzregen. Aber es macht mir nichts aus. Ich erledige die Arbeit. Meine Mutter hat mir beigebracht zu überleben, komme, was wolle.«

Er habe keine Sekunde gezögert, den Job anzunehmen. »Jede Arbeit hat ihre Würde«, sagt Babu am Handy. Er schaltet die Videofunktion an, um sein Zuhause zu zeigen und seine Familie vorzustellen, einen seiner zwei Söhne und seine Frau. Aber die Internetverbindung ist zu langsam, wie so oft, wenn der Monsunregen gegen die Fenster donnert und die Erde im Dorf zu Schlamm verwandelt.

Babus Heimatort Onchiyam liegt in einer der am weitesten entwickelten Regionen des Landes, fast jeder kann lesen und schreiben. Babu wuchs mit sechs Geschwistern auf, der Vater arbeitete als Steinmetz. Um etwas Geld dazuzuverdienen, schenkte Babu als 15-Jähriger Tee in der Großstadt aus. Erst spät studierte er englische Literatur. Es war eine unkonventionelle Wahl für jemanden wie ihn, der sich nach sozialem Aufstieg sehnte. Junge Inder studieren meist Ingenieurwesen oder Informatik, was gesellschaftliches Ansehen und ein hohes Gehalt verheißt. Aber Babu war dem Lesen verfallen.

»Ich habe so viele Bücher in meinem Haus«, erzählt er. »Ich liebe Shakespeare und Samuel Beckett, Gedichte genauso wie Theaterstücke.« Lehrer zu sein ist für ihn »eine Kunst, ein angeborenes Talent«. Als seine Schüler erfuhren, was ihrem Lehrer zugestoßen war, sammelten sie Geld für ihn. »Die Regierung hat uns nicht geholfen«, sagt Babu. »Dabei haben so viele Menschen ihre Arbeit verloren.«

Wer in diesen Tagen durch die Städte wandert, trifft überall Arbeitslose; viele, die früher ins Büro gingen, verkaufen nun auf der Straße Gemüse. Familien berichten, dass sie Mahlzeiten auslassen, um Geld zu sparen. Die Zahl der Bettler hat



Wanderarbeiter am Stadtrand von Delhi im März: Ein Milliardenvolk lässt sich nicht einsperren

zugenommen. Hilfsorganisationen warnen, dass das staatliche Hilfspaket nicht ausreichen wird, das umgerechnet rund 260 Milliarden Dollar umfasst und unter anderem Kleinbetrieben staatliche Kreditgarantien gewährt.

Laut dem Thinktank Centre for Monitoring Indian Economy haben vor allem junge Menschen ihren Job verloren. Die gute Nachricht ist: Viele haben eine neue Stelle gefunden. Allerdings – und das ist die schlechte Nachricht – nicht dort, wo man sie in einer aufstrebenden Volkswirt-

Junge Männer und Frauen, die früher Ingenieur werden wollten, pflügen nun Felder.

schaft vermuten würde. Der einzige Wirtschaftszweig, der im ersten Quartal gewachsen ist, ist die Landwirtschaft. Junge Frauen und Männer, die früher Ingenieur werden wollten, pflügen jetzt Felder.

Mukesh Kumar hat eine neue Frisur. Er schaut in die Kamera seines Handys und wendet den Kopf. Die Haare an der Seite hat er abrasieren lassen, er ähnelt damit den Männern aus Actionfilmen, die er so gern sieht und in denen der Held Probleme mit Muskelkraft und Testosteron löst.

Kumar lebt in Delhi, wo er darauf hinarbeitet, Steuerprüfer zu werden. Aber staatliche Stellen sind rar. Auf ein paar Tausend Jobs bewerben sich jedes Jahr Millionen junge Männer und Frauen. Wie auf ihnen lastet auch auf Kumar der Druck der Erwartungen. Seine Eltern sind Bauern. Sie haben

einen Kredit aufgenommen, um die Ausbildung ihrer beiden Söhne zu finanzieren. Die Kinder sollten es einmal besser haben. Aber davon ist Kumar derzeit weit entfernt.

Seit dem Lockdown gibt es für ihn in Delhi nichts mehr zu tun. Er ist deshalb ins Dorf seiner Familie zurückgekehrt. Zurück zu den Wurzeln. Es ist ein Gedanke, den er immer gehasst hat. »Landwirtschaft ist nichts für meine Generation«, sagt er.

Nun verbringt er die Tage damit, seinem Vater auf dem Feld zur Hand zu gehen. Die restliche Zeit schaut er auf sein Smartphone, vor allem auf Instagram. Er folgt dort fast ausschließlich jungen Frauen und Männern mit Motorrad. Für jemanden wie Kumar war das verheißungsvolle Leben vor der Pandemie zum Greifen nah. Inzwischen ist es ferner als je zuvor.

Die Frage ist, was passiert, wenn das Versprechen des Wohlstands nicht aufgeht, wenn das Virus das Land um Jahre zurückwirft. Wird sich der Frust der Jugend entladen? Oder werden junge Männer wie Kumar – »Jugaad« sei Dank – ihren Weg schon machen?

Kumar hat Narendra Modi immer bewundert, einen Mann, der es selbst von unten nach ganz oben geschafft hat und versprach, das Gleiche für seine Bürger zu tun. Aber neuerdings verspürt Kumar Ungeduld. Er ist jetzt 25. In Indien gilt das als gutes Alter, um zu heiraten. Nur: Welche Familie würde einem Mann ohne Arbeit die Tochter anvertrauen?

Zum Ende des Gesprächs möchte er selbst noch etwas wissen. Wie, fragt er und schaut ernst in die Handykamera, könnte ich nach Deutschland kommen?

Laura Höflinger, Sunaina Kumar



Der Geisterfahrer

Belarus Wie ein Tech-Manager aus den Vereinigten Staaten nach Minsk zurückkehrte, um sich mit Lukaschenko anzulegen – und der Diktator sich mit der IT-Branche zerstritt

Die Geschichte von Max Bogretsov, der auszog, das Fürchten zu lernen, beginnt vor anderthalb Monaten in Atlanta, Georgia. Ob sie in einem Minsker Gefängnis enden wird oder mit dem Sturz eines Diktators, kann man noch nicht sagen. Aber man kann aus ihr jetzt schon einiges lernen über Alexander Lukaschenkos Regime und dessen drohendes Ende.

Der Autokrat von Belarus hat sich diese Woche nach 26 Jahren an der Macht zum sechsten Mal als Präsident vereidigen lassen. Er hat das klammheimlich getan, ohne Ankündigung und ohne Liveübertragung, aus Angst vor Protesten. Seit der massiv manipulierten Präsidentenwahl am 9. August ist die belarussische Hauptstadt nicht mehr zur Ruhe gekommen. Auch Lukaschenkos Amtseinführung hat sofort zu neuen Protesten und Hunderten Festnahmen geführt.

»Da behaupten sie, Lukaschenko habe das Volk hinter sich, und dann verstecken sie sich vor dem Volk«, sagt Bogretsov,

48 Jahre alt. Er wirkt wie jemand, der zufrieden mit sich selbst ist und Zweifel weglächeln kann. Man braucht so ein Gemüt, wenn man vom Manager eines globalen IT-Unternehmens im fernen Amerika zu einem führenden Oppositionsmitglied in einer osteuropäischen Diktatur wird.

Max Bogretsov ist Mitglied des Koordinierungsrats der belarussischen Protestbewegung, und weil dessen prominenteste Mitglieder fast alle im Exil oder im Gefängnis sind, hat Bogretsovs Bedeutung zugenommen. Andere verlassen das Land, er ist zurückgekehrt.

Am Tag nach Lukaschenkos manipulierter Wiederwahl – angeblich stimmten 80 Prozent für den Präsidenten – war Bogretsov noch Senior Vice President von Epam, einem globalen Softwaredienstleister mit belarussischen Wurzeln. Bogretsov hat seit 1997 für Epam programmiert, 2000 zog er in die USA, wo der Firmensitz von Epam ist. Aber 11 000 der fast 40 000 Mitarbeiter sind in Minsk. Die Stadt ist ein

Zentrum der IT-Branche in Osteuropa. Von Atlanta aus hatte Bogretsov deshalb viel mit Minsk zu tun. Rund ein Dutzend Mal sei er jedes Jahr dort gewesen, sagt er, dienstlich und privat.

Das ist das Merkwürdige an Lukaschenkos Diktatur: dass sie trotz allem Stillstand eine blühende IT-Szene zuließ – deren Mitglieder jetzt zu einer treibenden Kraft bei den Protesten geworden sind.

Epam war gleich doppelt von der Wahl betroffen. Erstens hatte Alexander Lukaschenko nach der Abstimmung Internetzugänge im Land abschalten lassen, um Proteste zu verhindern. Das hieß: Die Epam-Kollegen, die wegen der Corona-Pandemie fast alle von zu Hause arbeiteten, mussten am Tag nach der Wahl zurück in den Epam-Glasturm im Westen von Minsk, dort funktionierte die Internetverbindung.

Aber sie konnten abends das Gebäude nicht mehr verlassen. Gleich neben ihm liegt die Metrostation Puschkinskaja, dort ging die Polizei brutal gegen Demonstranten vor. Bogretsov riet seinen Leuten von den USA aus: Übernachtet im Büro, sonst landet ihr im Gefängnis.

Es war, als wäre er zugleich in Minsk und in Atlanta. Und irgendwann hielt es Bogretsov nicht aus, nur zu lesen und zu hören von den Protesten, der Polizeigewalt, dem Mut der Minsker. Er faltete daheim seine weiß-rot-weiße Fahne zusammen, die in Belarus seit Jahren als Pro-

testsymbol und Nationalfahne zugleich gilt, flog nach Minsk und fuhr vom Flughafen aus direkt auf die erste Kundgebung. Er nahm unbefristeten Urlaub bei seinen Chefs (er legt Wert darauf, dass er nicht mehr für Epam spricht, sondern nur für sich). Er ließ sich in den Koordinierungsrat der Protestbewegung aufnehmen, gegründet von Swetlana Tichanowskaja, Lukaschenkos Gegenkandidatin bei der Wahl.

Kurz: Bogretsov tat alles, um jede Sicherheit hinter sich zu lassen, wie jemand, der im Wissen um den Untergang der »Titanic« noch eine Kabine auf dem Schiff bucht.

Oder ist es umgekehrt? Ist Lukaschenkos Regime die »Titanic«? Das macht Bogretsovs Schritt nicht ungefährlicher.

»Das Regime ist tödlich verwundet«, sagt er selbst, »aber es hat die Waffen und die Macht auf seiner Seite und kann viel Schaden anrichten.« Er sagt das am Mittwoch, kurz nach Lukaschenkos überraschender Inauguration, im Restaurant einer Shoppingmall im Westen der Stadt.

Gerade war er im Minsker Stadtgericht, aus Solidarität mit Maxim Snak, einem Kollegen aus dem Koordinierungsrat. Snak ist derzeit in Untersuchungshaft und befindet sich im Hungerstreik. Eine Beschwerde gegen die Haft wurde verhandelt und abgeschmettert. Snak sollte über Video aus dem Gefängnis zugeschaltet sein, und Bogretsov hatte gehofft, er könnte ihm wenigstens zuwinken, wie er das am Montag bei Marija Kolesnikowa getan hatte, einer anderen Gefangenen aus dem Koordinierungsrat. Aber der Bildschirm blieb diesmal ausgeschaltet.

Bogretsov verbringt derzeit viel Zeit in Gerichtssälen und in Cafés. Er hat kein Büro. Der bisherige Treffpunkt der Protestbewegung ist von der Justiz versiegelt worden. Es war das ehemalige Wahlkampf-Hauptquartier des Bankiers Wiktor Babariko, der Lukaschenko bei der Wahl herausfordern wollte und seit Juni ebenfalls in Haft sitzt.

So gesehen sind Lukaschenkos Gegner in einer Position der Schwäche. In einer Zwei-Millionen-Stadt finden sie noch nicht einmal jemanden, der den Mut hat, ihnen ein Büro zu vermieten. Man kann es aber auch optimistisch betrachten, vor allem wenn man aus der IT-Branche kommt, die eine stilvolle Obdachlosigkeit sozusagen zur Lebensform erhoben hat.

Dass gerade die Minsker Branche stark mit den Protesten sympathisiert, ist offenkundig. Zweieinhalbtausend IT-Leute unterschrieben Mitte August einen offenen Brief gegen Polizeigewalt und für Neuwahlen. Und Lukaschenko spricht über die IT-Branche wie über den Klassenfeind. Neulich hat er im Gespräch mit russischen Journalisten von »Elementen einer kleinbürgerlichen Revolution« gesprochen, die er wahrnehme. Dabei bezog er sich aus-

drücklich auf die »Ajtischniki«, die IT-Leute. Er klang beleidigt. Die besten Bedingungen der Welt habe er ihnen geschaffen, rief er: »Vergnüg dich, wie du kannst – und das ohne Steuern!« Aber nun griffen diese Besserverdienenden nach der Macht.

Richtig ist daran, dass Minsk schon seit 2005 einen Hochtechnologiepark hat, in dem sich Start-up-Unternehmen ansiedeln können, und dass Lukaschenko 2017 die Privilegien für IT-Unternehmen stark ausgeweitet hat. Die herkömmlichen Standortvorteile gegenüber westlichen Ländern – gute mathematische Bildung, niedrige Gehälter – sollten ergänzt werden durch Rechtssicherheit. Sogar der Handel mit Kryptowährungen wurde liberalisiert.

Das war ein merkwürdiger Kontrast zur sonstigen Wirtschaftspolitik, die auf staatliche Lenkung setzte. »Die Regierung wachte eifersüchtig über all das, was sie aus Sowjetzeiten geerbt hatte: Fabriken, Ölraffinerien, das wollte sie nicht hergeben«, sagt Bogretsov. »Aber in der IT-Branche gab es gar nichts zu verlieren.« Das erklärt den Wagemut.

Lukaschenko ließ sich überzeugen, die Früchte blieben nicht aus. 2019 entfiel die Hälfte des gesamten belarussischen Wirtschaftswachstums auf den IT-Sektor, der mittlerweile fast so viel zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt wie die Landwirtschaft, auf die Lukaschenko so stolz ist.

Für die IT-Unternehmer, sagt Bogretsov, galt dabei ein ungeschriebener Vertrag: »Ihr mischt euch nicht in die Politik ein, und ich störe euch nicht bei der Arbeit. Der Vertrag war vielleicht nicht ganz in Ordnung, aber er war nötig – sonst wäre hier keine neue Generation entstanden.« Eine aufstrebende Mittelschicht, Leute mit Eigeninitiative. Aber mit der Gewalt gegen friedliche Demonstranten nach der Wahl hat Lukaschenko den Vertrag »in viele kleine Stücke zerrissen«, sagt Bogretsov.



Aktivist Bogretsov

Welche Zukunft hat die IT-Branche in Minsk, wenn der alte Deal hinfällig ist? »Ich sehe keine«, sagt Mikita Mikado, CEO von PandaDoc, einem IT-Dienstleister. Mikado spricht über Zoom aus San Francisco, dort ist der Firmensitz, in Minsk hat er 240 Mitarbeiter.

Vier Manager von PandaDoc sind in Minsk derzeit in Haft, die Firmenkonten wurden gesperrt, nachdem Mikado in einem Video Lukaschenkos Sicherheitskräfte dazu aufgerufen hatte, den Dienst zu quittieren und »auf die Seite des Guten« zu wechseln. Er versprach ihnen finanzielle Hilfe. Er tat das als Privatperson, es war seine empörte Antwort auf Polizeigewalt und Folter. Jetzt bangt er um seine Mitarbeiter und bereut seine Worte. »So wie ich es bereuen würde, wenn ich nichts getan hätte«, fügt er hinzu.

Das belarussische IT-Wunder könnte jetzt so schnell zerbröseln, wie es entstanden ist. Vielleicht ist es das schon. Sogar der russische Internetgigant Yandex hat nach der exzessiven Gewalt seine Mitarbeiter aus Minsk abgezogen. Polen, Litauen, die Ukraine werben belarussische IT-Spezialisten ab.

»Ich treffe jetzt meine Minsker Freunde ständig in Kiew«, schrieb ein Freund von Bogretsov auf Facebook.

Das macht Bogretsovs Rückkehr nach Belarus noch einzigartiger. Er wirkt wie ein Geisterfahrer der belarussischen Emigration – unterwegs in der falschen Richtung, einer, der die Zeichen falsch gelesen hat. Es ist jedenfalls ein mutiger Schritt, selbst wenn Bogretsov in Minsk nicht besonders viel bewirken kann.

Es ist ja ohnehin nicht klar, was der Koordinierungsrat genau ist. Weder repräsentiert er die belarussische Gesellschaft, noch ist er ein effektives Führungsorgan. Er wurde auf die Schnelle gegründet als Gremium angesehener Personen, die in der Lage sein sollten, Verhandlungen über eine Machtübergabe zu führen. Aber das Regime ist zu einer Machtübergabe nicht bereit, Verhandlungen gibt es nicht. Andererseits können die Minsker Mitglieder des Koordinierungsrats noch nicht einmal offen zu Straßenprotesten aufrufen – sie würden auf schnellstem Weg im Gefängnis landen.

»Solange das Regime so stark bleibt wie jetzt, gibt es überhaupt keinen Raum für politisches Handeln«, sagt der Politologe Artjom Schrajbman.

Bogretsov sagt, es müsse nur die Gewalt enden. Dann wären all die Leute, die derzeit noch im Schatten stehen, bereit, in die Öffentlichkeit zu treten und am Aufbau einer neuen Zivilgesellschaft mitzuwirken.

Und wenn nicht? Wenn die Festnahmen weitergehen? »Dann bin ich der Nächste.«

Christian Esch

Twitter: @Moskwitsch



Anadolu Agency / Getty Images

IAEA-Chef Grossi, Irans Präsident Rohani in Teheran: »Bemerkenswerte Beständigkeit in seinen nuklearen Aktivitäten«

»Wind von allen Seiten«

Geopolitik Rafael Grossi, Chef der Internationalen Atomenergiebehörde, über die Bedrohung durch Iran, Kernkraft aus der Wüste und die Frage, wann er Inspektoren nach Nordkorea schickt

In vielen Ländern ist die Nutzung der Atomkraft auf dem Vormarsch, allein China baut oder plant über 50 neue Reaktoren. Gleichzeitig denken mehr Staatenlenker über Nuklearwaffen nach, etwa in Saudi-Arabien und der Türkei, oder bauen wie in Nordkorea ihr Arsenal aus. Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) mit Sitz in Wien soll dafür sorgen, dass Länder den Atomwaffensperrvertrag einhalten und Kernkraftwerke sicher bleiben.

Seit Dezember 2019 steht der argentinische Diplomat Rafael Grossi, 59, an der Spitze der IAEA. Seine wohl heikelste Aufgabe ist die Kontrolle des iranischen Atomprogramms. Bei Gesprächen in Teheran im vergangenen Monat ist es Grossi gelungen, den Weg für IAEA-Inspektionen in zwei verdächtigen Anlagen freizumachen.

Dem sogenannten Iran-Deal gilt Grossis größte Sorge. Teheran hat sich 2015 dazu verpflichtet, sein Atomprogramm zu verkleinern; im Gegenzug wurden Sank-

tionen gelockert sowie die Aufhebung eines Embargos für die Lieferung konventioneller Waffen in Aussicht gestellt. US-Präsident Donald Trump ist aus dem Abkommen 2018 ausgetreten, die anderen Vertragsparteien halten jedoch daran fest.

SPIEGEL: Herr Grossi, glauben Sie, dass die iranische Staatsführung gern eine Atombombe hätte?

Grossi: Ich überprüfe, was tatsächlich geschieht, über Absichten sollte ich als Inspektor jedoch nicht spekulieren. Wir von der IAEA müssen extrem gründlich, un-nachgiebig und auch fair sein. Und wir müssen jederzeit alles für möglich halten.

SPIEGEL: Ihre Leute haben herausgefunden, dass Iran die Urananreicherung hochfährt. Wie lange würde es dauern, bis das Land über genügend waffenfähiges Uran verfügt, um eine Atombombe zu bauen?

Grossi: Solche Zeitangaben machen wir nicht. Das, worauf wir achten, sind Men-

gen und Anreicherungsgrade. Wir stellen fest, dass Iran heute mehr angereichertes Uran besitzt als vor zwei Jahren. Andererseits ist die Menge jedoch immer noch viel kleiner als 2015 beim Abschluss des sogenannten Iran-Deals.

SPIEGEL: Auf Basis der IAEA-Angaben kamen unabhängige Experten zu dem Ergebnis, dass Iran nur noch dreieinhalb Monate benötigen würde, um das Uran für eine Bombe herzustellen. Davor warnt auch die US-Regierung.

Grossi: Ich respektiere diese Analysen, auch wenn ich sie mir nicht zu eigen mache. Wir müssen wachsam sein, keine Frage. Genauso wichtig ist es, sich die Zusammenhänge vor Augen zu führen: Wenn man die nötige Menge Uran besitzt, dann bedeutet das nicht, dass man damit in Windeseile eine nukleare Waffe bauen kann.

SPIEGEL: Sie waren im August selbst in Teheran und haben mit Präsident Hassan Rohani und anderen führenden Vertretern des Landes gesprochen. Das Regime bestreitet, an einer Atombombe interessiert zu sein. Was aber könnte sonst hinter dem Ausbau des Nuklearprogramms stecken?

Grossi: Was andere wirklich wollen, ist sehr schwer zu sagen. Ich möchte mich auf Folgendes beschränken: In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat Iran eine bemerkenswerte Beständigkeit in seinen nuklearen Aktivitäten gezeigt.

SPIEGEL: Ein Grund zur Besorgnis?

Grossi: Natürlich. Nach Unterzeichnung des Atomabkommens gingen die Aktivitäten zwar zurück. Aber sie hörten nie vollständig auf. Dies ist für ein Land, das den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet hat, keineswegs ungewöhnlich – vorausgesetzt, wir üben unsere Kontrollfunktion aus. Das iranische Nuklearprogramm ist hoch entwickelt, mit einem Kernkraftwerk, das ausgebaut werden soll, Forschungslabors, Anreicherungsanlagen. Darum ist unsere Kontrolle so umfangreich. Im vergangenen Jahr haben wir mehr als 400 Inspektionen in Iran durchgeführt.

SPIEGEL: Wie viele Inspektoren haben Sie im Land?

Grossi: Diese Zahl ist vertraulich. Jedenfalls sind unsere Teams immer dort, 365 Tage im Jahr.

SPIEGEL: Als Ergebnis Ihres Besuchs dürfen zwei ältere, zum Teil abgerissene Anlagen inspiziert werden, die Iran der IAEA nicht gemeldet hatte. Teheran spricht von einem »freiwilligen« Entgegenkommen. Ist das Land denn nicht dazu verpflichtet?

Grossi: Das ist politische Semantik. Die Verpflichtung besteht, allerdings reagiert die iranische Führung empfindlich, wenn sie zu etwas gezwungen werden soll.

SPIEGEL: Betrachten Sie es als persönlichen Erfolg, dass die IAEA-Inspektoren dort nun ihrer Arbeit nachgehen können?

Grossi: Es ist auf jeden Fall sehr wichtig. Iran hatte ganz offen unsere rechtliche Zuständigkeit angezweifelt, beide Orte kontrollieren zu dürfen. Dies war ein Problem, das unbedingt gelöst werden musste. Sonst könnte bald das nächste Land kommen und sagen: Liebe IAEA, ihr wollt etwas überprüfen, aber wir zeigen es euch nicht.

SPIEGEL: Warum wollen Sie so genau über Dinge Bescheid wissen, die schon viele Jahre zurückliegen könnten?

Grossi: Nukleares Material hat kein Verfallsdatum wie ein Lebensmittel. Angenommen, wir finden Hinweise auf hochangereichertes Uran, dann stellt sich die Frage: Wo ist dieses Material hingekommen?

SPIEGEL: Über kaum ein internationales Abkommen gibt es so viel Streit wie über den Iran-Deal. Ist er nicht längst tot?

Grossi: Für die Länder, die daran festhalten, ist er sehr lebendig. Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Russland, China, Iran haben deutlich gemacht, dass sie das Abkommen enorm wichtig finden. Es gibt eine Auseinandersetzung, weil die drei westlichen Staaten sagen, Iran verstoße dagegen. Iran wiederum beklagt sich über Fehlverhalten der anderen Seite. Keiner unternimmt etwas, alle wollen, dass wir weiterkontrollieren. Es erinnert mich an die pantomimischen Tänze im Kabuki-Theater.

SPIEGEL: Die Iraner verstoßen eindeutig gegen die Auflagen des Deals, so steht es in Ihren Berichten.

Grossi: Es ist wie bei einem Auto, das im Parkverbot steht. Ich hefte einen Strafzettel an die Windschutzscheibe und noch einen und noch einen. Und der Besitzer sagt: Bitte schön, nur zu, ich habe das Recht, hier zu parken.

SPIEGEL: Sie erzählen das wie einen Witz, aber eigentlich könnten Sie sich darüber lautstark beschweren. Gehen Sie nicht viel zu sanft mit den Iranern um?

Grossi: Wir sind keine Vertragspartei, sondern haben lediglich das Mandat als Inspektoren. Die Schlussfolgerung aus unseren Erkenntnissen müssen andere ziehen.

SPIEGEL: Spüren Sie Druck von den großen Mächten dieser Welt?

Grossi: Ich spüre ihn jeden Tag, jede Minute. Der Wind weht von allen Seiten. Wie verhalte ich mich, wenn eine Großmacht hier lautstark auftritt oder vage irgendwelche Drohungen ausspricht? Darüber habe ich gründlich nachgedacht. Ich kämpfe nicht dagegen an und bin nicht frustriert. Die Länder vertreten ihre nationalen Interessen. Das halte ich aus.

SPIEGEL: Nordkorea verfügt bereits über Atombomben. Muss die Welt damit leben?

Grossi: Nein, dazu hat dieser Staat kein Recht.

SPIEGEL: Sie beobachten Nordkorea weiterhin, etwa mithilfe von Satellitenbildern. Was wissen Sie darüber?

Grossi: Wir wissen, dass im vergangenen Jahrzehnt neue Produktionsstätten errichtet wurden. Aber unsere Inspektoren mussten das Land 2009 verlassen, darum weisen unsere Kenntnisse Lücken auf.

SPIEGEL: Sehen Sie konkrete Folgen der Gespräche zwischen US-Präsident Trump und Machthaber Kim Jong Un?

Grossi: Es gab seitdem keine weiteren Tests mit Atomwaffen. US-Außenminister Mike Pompeo hat mich darüber informiert,

dass der politische Dialog fortgesetzt wird. Details kenne ich nicht. Aber ich hoffe, die Gespräche werden Früchte tragen. Wir sind gründlich darauf vorbereitet, jederzeit unsere Inspektoren loszuschicken.

SPIEGEL: Der türkische Staatspräsident und der saudische Kronprinz haben über die Anschaffung von Atomwaffen laut nachgedacht. Machen Sie sich Sorgen?

Grossi: Ich sehe das etwas anders als Sie. Was ich kenne, sind politische Aussagen – nichts, worüber wir uns freuen würden. Konkret beschäftigen wir uns jedoch mit der Frage, ob diese Länder ihre Verpflichtungen nach dem Atomwaffensperrvertrag erfüllen. Und da erkenne ich nichts, was auf einen Rechtsbruch hindeutet.

SPIEGEL: Sie zeigen sich sehr offen gegenüber den saudi-arabischen Plänen, ein Atomkraftwerk zu bauen – was die Voraussetzung ist, um eventuell eines Tages waffenfähiges Uran herzustellen.

Grossi: Alle Länder, die den Atomwaffensperrvertrag unterschrieben haben, besitzen das Recht zur friedlichen Nutzung der Kernenergie. Wenn wir technologische Unterstützung dafür leisten, stärkt das unsere Kontrolle und hat nichts mit dem Aufbau einer Waffenproduktion zu tun.

SPIEGEL: Atomkraftwerke betrachten Sie als willkommene Unterstützung im Kampf gegen den Klimawandel. Verharmlosen Sie nicht die hohen Risiken?

Grossi: Darüber habe ich bereits mit ungezählten deutschen Gesprächspartnern diskutiert. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass atomare Energie saubere Energie ist, nahezu ohne CO₂-Ausstoß. Bei der weltweiten Stromerzeugung ersparen uns die heutigen Kernkraftwerke zwei Gigatonnen Treibhausgas-Emissionen jährlich.

SPIEGEL: Doch nur dann, wenn fossile Energie wirklich die einzige Alternative zu Kernkraft wäre. Ist sie aber nicht.

Grossi: Ich bin kein Lobbyist der Atomwirtschaft, aber vor den wissenschaftlichen Fakten kann ich die Augen nicht verschließen. Kernkraftwerke spielen eine wichtige Rolle im Energiemix vieler Länder. Als IAEA tragen wir dazu bei, dass sie auf sichere Weise betrieben werden.

SPIEGEL: Sichere Endlager für den Atom-müll müssen zumeist erst noch gefunden werden, wenn es sie überhaupt gibt.

Grossi: Ich sehe darin vor allem eine Frage der gesellschaftlichen Akzeptanz. Eines Tages wird es geeignete Lösungen geben.

SPIEGEL: Ist der deutsche Beschluss zum Ausstieg aus der Atomkraft ein Fehler?

Grossi: Ich würde nie wagen, dies zu behaupten. Wir arbeiten hervorragend mit deutschen Behörden zusammen. Was die Deutschen machen, ist aber einzigartig in der Welt. Ich wünsche ihnen alles Gute dabei. Interview: Dietmar Pieper



Stätten des Streits

Iranische Nuklearanlagen

- mögliche frühere geheime Anlage zur Entwicklung von Atomwaffen, die die IAEA nun inspizieren darf
- Forschungsreaktor
- Atomkraftwerk
- Forschungslabor, Produktionsstätte, Testgelände
- Atommülllager
- Uranmine

* Anlage liegt westlich von Teheran, genauerer Standort unbekannt
 ** nicht fertiggestellt

Die Feuerprobe

Niederlande Der Polizist Leen Schaap sollte Rassismus und Sexismus in der Feuerwehr von Amsterdam bekämpfen. Dann bekam er Todesdrohungen. *Von Alexandra Rojkov*

Leen Schaap hat Tagebuch geführt über die Dinge, die geschahen, als er versuchte, die Feuerwehr von Amsterdam zu reformieren. Er hat alles aufgeschrieben, in einem gestreiften Notizbuch, das er oft bei sich trug.

September 2017

X erwähnt die »verdamnten Marokkaner«. Sie weigern sich, eine Übung in einer Moschee durchzuführen. Die Gegend nennen sie »das Kalifat«.

Undatiert, 2018

Der Rassismus ist heimtückisch, unterschwellig. Das macht es schwer, ihn zu bekämpfen.

24. September 2018

Ich habe mit einer Gruppe neuer Rekruten zu Mittag gegessen. Sie sind seit drei Wochen in Ausbildung. Sie stellen mir Fragen wie: »Warum stellen Sie nur noch Ausländer ein?« Mit anderen Worten: Sie sind bereits vergiftet.

Über dieses »Gift«, das sich Rassismus nennt, diskutiert seit Monaten die ganze Welt. Seitdem im Mai dieses Jahres ein weißer Polizist fast neun Minuten lang auf dem Nacken des Schwarzen George Floyd kniete, fordern Millionen Menschen in den USA, aber auch in Deutschland: Schluss mit institutionellem Rassismus. Vorurteile und Hass unter Sicherheitsleuten müssten endlich bekämpft werden.

Genau das war die Aufgabe von Leen Schaap aus den Niederlanden. Am Ende kostete sie ihn fast das Leben.

Er sieht anders aus als auf den Zeitungsfotos, die in jener Zeit entstanden, als er seinen Job antrat. Der rotblonde Bart ist an vielen Stellen ergraut, die Falten sind tiefer und länger geworden. Schaap hat seine Wohnung in Amsterdam als Treffpunkt vorgeschlagen. Auf seinem Tisch liegt ein Papierstapel: Dokumente, Notizen, Belege. Er hat sie vor sich aufgebaut, wie einen Schutzschild, der ihn vor der Geschichte verteidigen soll.

Leen Schaap, 58 Jahre alt, galt als einer der härtesten Polizisten der Niederlande. Er gehörte zur Bereitschaftspolizei, einer Einheit, die Naziaufmärsche begleitet oder besetzte Häuser räumt. Schaap eilte der Ruf voraus, diplomatisch und gnadenlos zugleich zu sein. Er gab rechten Demons-

tranten von der Verfassung garantiertes Geleit – solange sie diese Verfassung respektierten. Hob nur einer aus der Menge die Hand zum Hitlergruß, löste Schaap den gesamten Zug auf.

Wenn er Anarchisten aus besetzten Häusern vertrieb, verhandelte er manchmal vorher mit ihnen. Er wollte ihr Recht auf Protest wahren, aber auch dafür sorgen, dass es keine Verletzten gab.

Im April 2016 klingelte Schaaps Handy. Am anderen Ende war der damalige Bürgermeister von Amsterdam, Eberhard van der Laan. »Ich habe eine komische Frage«, sagte van der Laan, so erinnert sich Schaap heute. »Willst du Leiter der Amsterdamer Feuerwehr werden?«

Die Feuerwehr von Amsterdam-Amsteland galt damals als Mikrokosmos der Machokultur. 500 fest angestellte Männer waren verteilt auf zwölf Wachen in der Stadt. Die Beamten arbeiteten in 24-Stunden-Schichten, an zwei Tagen in der Woche. Den Rest der Zeit hatten sie frei.

Die wenigen Frauen, die sich in den Beruf trauten, wurden Berichten zufolge belästigt und erniedrigt. Migranten gab es kaum. 2016 hatte mehr als die Hälfte der Bewohner von Amsterdam ausländische

Bei Rassismus heißt es oft: Einzelfälle. »Ich glaube nicht an Einzelfälle«, sagt Schaap.

Wurzeln – doch unter den Feuerwehrleuten fanden sich fast nur Männer ohne Migrationshintergrund. Leen Schaap sollte das ändern. In anderen Worten: Er sollte »die Kultur der weißen Männer beenden«, wie er es selbst ausdrückt.

Schaap kam zufällig zur Polizei. Er hatte einen nervösen Freund zur Prüfung begleitet, um ihm Mut zu machen. Der Freund fiel durch, Schaap wurde eingestellt. Er sagt, er sei getrieben von einer Mischung aus Abenteuerlust und Gerechtigkeitssinn. Beim zweiten Gespräch mit Schaap steckte sein Arm in einer Schlinge: Ein Teil seines Schlüsselbeins wurde entfernt. Schaap war einem Taschendieb hinterhergerannt, den er stellte, indem er sich auf ihn warf. Beide wurden verletzt. »Aber ich habe den Dieb erwischt, das ist das Wichtigste«, sagt er.

Schaap nahm den Job damals an. Im Juni 2016 wurde er Leiter der Feuerwehr von Amsterdam.

Bald nach seinem Antritt, so erzählt es Schaap, fand er ein Dossier auf seinem Tisch: Ein Feuerwehrmann habe in der Kaserne den Hitlergruß gezeigt. Der Mann nannte Amsterdam-West, einen Stadtteil mit besonders vielen Muslimen, demnach »das Kalifat«, Migranten bezeichne er als »Krebs-Marokkaner«.

Der Fall war nicht neu und gut dokumentiert: Offenbar hatte jemand sich über den Mann beschwert. Passiert war daraufhin nichts. »Es war ein Alarmsignal«, sagt Schaap heute.

Rassismus in Sicherheitsbehörden wird immer wieder bekannt, auch in Deutschland. Strikte Hierarchien und knallharte Einsätze, diese Mischung aus Gehorsam und Gefahr, scheinen einen besonderen Menschenschlag anzuziehen – oder Rekruten manchmal in Beamte zu verwandeln, denen Uniform und Korpsgeist ein Gefühl der Überlegenheit geben. Das gilt für die Polizei, die Armee, die Feuerwehr; in all diesen Institutionen wurden in den vergangenen Jahren Fälle von Rassismus bekannt. Oft heißt es: Einzelfälle. »Ich glaube nicht an Einzelfälle«, sagt Schaap.

Als er die Bilder von George Floyd sah, der mit dem Gesicht am Boden um sein Leben flehte, fielen ihm vor allem die drei Beamten auf, die ihren Kollegen abschirmten und aufgebrauchte Passanten fernhielten. Allein gegen Derek Chauvin, jenen Polizisten, der Floyd tötete, waren zuvor 18 Beschwerden eingereicht worden, nur zweimal gab es Disziplinarmaßnahmen. Die Beamten hatten gelernt, dass ihnen kaum Konsequenzen drohen. So wie manche Feuerwehrleute offenbar gelernt hatten, dass sie rassistische Witze reißen konnten, ohne dafür auch nur gerügt zu werden.

Die Amsterdamer Feuerwehrleute nannten sich scherzhaft »die Bruderschaft«. Viele Männer hielten zusammen wie Mafiosi, erzählt Schaap. Wer sich nicht unterordnete, wurde rausgemobbt. Die Leiter der Gruppe – oft selbst ehemalige Feuerwehrleute – hatten das geduldet. Schaap beschloss, eine andere Linie zu fahren.

In den ersten Monaten seiner Amtszeit besuchte er alle Wachen in Amsterdam. Schaap setzte sich mit den Feuerwehrleu-



Ivy Nijckhuijs / DER SPIEGEL



Leander Varekamp / POLARIS / latif

Polizist Schaap, Anti-Rassismus-Demonstrierende in Amsterdam: Ein Gefühl der Überlegenheit

ten an einen Tisch und sagte: Ab jetzt wird vieles anders.

Er kündigte an, Rassismus und Frauenfeindlichkeit nicht mehr zu tolerieren. Ein Verstoß – und die Täter würden sanktioniert oder müssten gehen. Um Einblick zu bekommen, passte Schaap die wenigen Feuerwehrleute mit Migrationshintergrund nach ihrer Schicht ab. Er bat sie um private Treffen, damit sie ihm aus dem Inneren der Einheit berichten konnten, so erzählt es Schaap.

Einer sagte, seine Kollegen machten sich einen Scherz daraus, ihn »Neger« zu nennen. Ein anderer fürchtete, die Truppe würde ihn zurücklassen, wenn er sich bei einem Einsatz verletzte. Eine Büromitarbeiterin berichtete, jemand habe ihr einen Dildo auf den Schreibtisch gelegt – ein »Scherz«, wie die Feuerwehrleute später erklärten. Andere Frauen sagten, Feuerwehrleute hätten sich vor ihnen entblößt.

Einige Namen fielen in den Unterhaltungen häufiger als andere. Schaap entließ die Männer. Und er versuchte, das Schichtsystem zu ändern: Statt 24 Stunden am Stück sollten die Feuerwehrleute nur noch für eine Schicht von acht Stunden in der Wache bleiben. Schaap wollte aus der »Bruderschaft« normale Kollegen machen. Schließlich wählte Schaap den radikalsten Weg, den der Leiter einer Einheit gehen kann, die sich als verschworene Gruppe mit eigenen Regeln versteht: Er entschied sich für Transparenz.

Im Dezember 2016 schrieb Schaap einen Brief an Bürgermeister van der Laan. Darin beklagte er eine Kultur in der Feuerwehr, die zu »Ausgrenzung und Diskriminierung« führen könne. Van der Laan machte die Vorwürfe öffentlich. Zeitungen berichteten darüber, wie schwer es Frauen und Migranten in der Brigade hatten. Was intern bekannt gewesen war, wurde publik. »Ich wusste, dass das den Männern nicht gefallen würde«, sagt Schaap heute. »Aber man kann Dinge nur ändern, wenn man sie ans Licht bringt.«

Es ist eine Strategie, die nur wenige Führungskräfte wählen. Wer seine Mitarbeiter bloßstellt, bringt sie gegen sich auf. Viele Einheiten setzen deshalb auf Gespräche, auf Kooperationsbereitschaft, auf sanften Druck, alles unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Schaap sagt, er habe versucht, mit den Feuerwehrleuten zu reden. Doch als er erklären wollte, warum Rassismus und Frauenfeindlichkeit falsch seien, hätten einige geantwortet: »Diversität – ist das ein anderes Wort für mehr Schlampen und Nigger?«

Schaap verlor die Geduld. »Wenn du auf Einsatz wartest, gibt es in dieser Zeit neue Opfer.« Er begann, die Feuerwehr gegen den Willen der Mitarbeiter zu ordnen. Er rekrutierte Frauen und Migranten, machte die »Bruderschaft« weiblicher, ethnisch diverser, aber damit in den Augen

der Alteingesessenen schwächer. Schaap war nicht mehr diplomatisch, sondern gnadenlos. Er setzte Ermittler auf Mitarbeiter an, denen er Rassismus oder unentschuldigtes Fehlen vorwarf. Die Berichte nutzte er, um die Männer zu suspendieren. »Einer musste die Brechstange sein, die den Laden aufbricht«, sagt Schaap.

Die ersten Drohungen erreichten ihn schon Ende 2016. Ein anonymes Absender schrieb, die Feuerwehrleute sprächen darüber, Schaap Gewalt anzutun. Später gab es angeblich Hinweise darauf, dass Geld für einen Auftragsmörder gesammelt wurde, der Schaap überfahren sollte. Es wurde nie jemand festgenommen oder angeklagt, aber Schaap selbst sagt, er sei von ehemaligen Polizeikollegen gewarnt worden: Sein Leben sei bedroht.

Wenn er nun durch die Straßen ging, warf Schaap öfter einen Blick über die Schulter. Folgte ihm jemand? Bevor er in sein Auto stieg, inspizierte er die Bremsen, um sicherzugehen, dass niemand sie beschädigt hatte. Ein Drohbrief »warnte« Schaap zufolge, seiner Tochter könne etwas zustoßen.

Dachte er nie daran, aufzuhören?

Schaap lehnt sich über seinen Esszimmertisch und kneift die Augen zusammen. »Nicht eine Sekunde«, sagt er.

Je härter Schaap mit den Feuerwehrleuten umging, desto größer wurde ihr Widerstand. Und je größer ihr Widerstand wurde, desto härter wurde Schaap. Am Ende standen sich die Feuerwehrleute und er wie Feinde an der Front gegenüber. Aus einem Projekt gegen Rassismus und Sexismus wurde ein Stellungskrieg.

Es gibt keine gesicherte Antwort darauf, welcher Weg der beste und schnellste ist, um Institutionen für Minderheiten und Frauen zu öffnen. Schaap sagt, er hätte sechs Jahre gebraucht. Dann hätte er es geschafft, die Amsterdamer Feuerwehr zu verändern und seinen Job zu erfüllen.

Dazu kam es nicht. Im Mai 2018 reichten mehr als 40 pensionierte Feuerwehrleute Beschwerde gegen Schaap beim Ombudsmann von Amsterdam ein. Im selben Frühjahr wandte sich eine Gruppe Feuerwehrmänner an den Stadtrat: Weil sie sich von Schaap kontrolliert fühlten, könnten sie ihrer Arbeit nicht richtig nachgehen. Unter dem Applaus von mehr als hundert Kollegen forderte ein Feuerwehrmann öffentlich Schaaps Absetzung.

Undatiert, 2018

Ich wurde eingestellt, um die dunkle Kultur zu beenden, um mehr Diversität einzuführen. Und der Stadtrat hatte dem zugestimmt.

Nun beklagten die Feuerwehrleute vor demselben Stadtrat eine Kultur der Angst, die unter Schaap herrsche.

Wollten die Männer ihren Kommandeur loswerden, weil er ihnen Privilegien und Heldenstatus nahm? Oder litten sie tatsächlich unter seiner Führung?

Der SPIEGEL hat versucht, mit einigen von ihnen zu sprechen – vergebens. Ein Feuerwehrmann, der zu einem Interview zunächst bereit gewesen war, überlegte es sich anders, nachdem die Presseabteilung ihm von einem Gespräch abgeraten hatte. Die Amsterdamer Feuerwehr teilt lediglich mit, die Organisation setze sich für mehr Diversität und gegen Rassismus ein. Den Konflikt zwischen Schaap und den Feuerwehrleuten möchte eine Sprecherin nicht öffentlich kommentieren.

»Wenn du auf Einsicht wartest, gibt es neue Opfer. Einer muss die Brechstange sein.«

Schaap machte weiter, trotz der Angriffe. Doch im Juli 2018 bekam Amsterdam eine neue Bürgermeisterin. Eberhard van der Laan, der Schaap ins Amt gehoben hatte, war im Oktober 2017 überraschend an Lungenkrebs gestorben. Seine Nachfolgerin, die Grüne Femke Halsema, zweifelte an Schaaps Methoden.

Harmonie ist in den Niederlanden ein hohes Gut: Man setzt auf Kooperation statt auf Konflikt. Die Suche nach Konsens gilt seit Jahrhunderten als Pfeiler niederländischer Identität und Politik. Schaap hält das manchmal für einen Fehler. Er sagt, mit Rassisten könne man nicht reden. Gegen Rassisten führe man nur Krieg.

Halsema, die neue Bürgermeisterin, sah das anders. Sie ließ Schaaps Arbeit evalu-



Bürgermeisterin Halsema
Kooperation statt Konflikt

ieren und kam zu dem Schluss, das Vertrauen zwischen den Feuerwehrleuten und Schaap sei zerstört. »Sie fand, man sollte Probleme ansprechen, aber auch eine Verbindung zu den Männern behalten«, sagt ein niederländischer Journalist, der den Fall seit Jahren verfolgt, aber bittet, nicht namentlich genannt zu werden. »Leen Schaap erkannte darin keinen Sinn mehr.« Die Bürgermeisterin selbst teilt mit, die Beziehung zwischen Schaap und den Feuerwehrleuten habe sich in einer Sackgasse befunden.

11. Dezember 2018

Es ist die Hölle. Seit Femke Halsema im Amt ist, fühlt es sich an, als hätte ich ein Messer im Rücken.

Am 1. Oktober 2019 muss Schaap seinen Posten als Leiter der Amsterdamer Feuerwehr räumen. Als klar wird, dass er abtritt, feiern seine ehemaligen Mitarbeiter offenbar eine Party: Ein Bild, das in sozialen Medien kursiert, zeigt sie mit Papphüten. »Bye bye, Kim Jung Schaap«, schreibt ein Mann auf Twitter.

Leen Schaap ist heute wieder Polizist, er arbeitet als Berater für die nationalen Behörden. Doch die Aufgabe, derentwegen er einst Morddrohungen bekam, lässt ihn nicht los. »Ich habe meinen Job nicht beendet«, sagt Schaap. »Nach allem, was ich höre, ist die Brigade wieder bei ihren alten Mustern angelangt.« Aus seinem Tonfall spricht persönliche Kränkung. Aber man nimmt ihm auch ab, dass ihm der Kampf gegen Diskriminierung wichtig war.

Kann man Einheiten, in denen Rassismus toleriert oder sogar gedeckt wird, überhaupt reformieren? Schaap ist heute, fast ein Jahr nach seiner Entlassung, versucht, die Frage mit einem Nein zu beantworten. Womöglich könne man Rassisten nicht umerziehen, sagt er. Womöglich müsse man sie einfach rauswerfen und ersetzen.

»Alle«, sagt Schaap. »In der Zwischenzeit übernimmt die Armee ihren Job – das ist nicht so schwer. Nur so kann man neu anfangen.«

Der aktuelle Leiter der Feuerwehr lässt mitteilen, Schaaps »Kampf« sei notwendig gewesen. »Aber nach einem Krieg muss man Frieden schließen.«

Der Ombudsmann von Amsterdam hat die Vorwürfe, die die ehemaligen Feuerwehrleute gegen Leen Schaap erhoben hatten, inzwischen als »unbegründet« zurückgewiesen. Feuerwehrmann X, der Migranten manchmal »verdammte Marokkaner« nannte, hat gegen seine Entlassung geklagt und aus verfahrensrechtlichen Gründen gewonnen. Er arbeitet bis heute bei der Brigade. Mitarbeit: Lisa Dupuy



WELT AM SONNTAG

*Schulanbruch
die Woche*

UNSERE EXPERTEN SCHREIBEN
FÜR SIE IM WISSENSTEIL.
JETZT 4 AUSGABEN GRATIS LESEN.

[WAMS.DE/LESEN](https://www.wams.de/lesen)

Reporter

Familienalbum

Selbstgespräch, 1967

Karin Loboeki, 79:

Dieses Foto ist am 1. Mai 1967 entstanden, der Mann neben mir ist Otto John, der erste Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz. Mein Mann war damals auf Geschäftsreise in Österreich, ich begleitete ihn. An jenem Tag machten wir einen Ausflug auf den Patscherkofel. In der Seilbahn sprach uns plötzlich ein Mann an: »Wissen Sie, wer ich bin? Ich bin der berühmt-berüchtigte Dr. Otto John.« Ich erinnerte mich, dass John in einen der größten Skandale der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte verwickelt war: Im Juli 1954 war er unter rätselhaften Umständen in West-Berlin verschwunden, er tauchte dann in Ost-Berlin wieder auf. Er sei entführt worden, behauptete er; im Dezember 1955 floh er aus der DDR zurück in den Westen. Ein Jahr später wurde er wegen Landesverrats angeklagt und zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt.



► Sie haben auch ein Bild, zu dem Sie uns Ihre Geschichte erzählen möchten? Schreiben Sie an: familienalbum@spiegel.de

An jenem Tag kamen wir ins Gespräch, er lud uns in sein Haus in Igls ein. Er erzählte uns von seinen intensiven Bemühungen um Rehabilitation, er fühlte sich verkannt und zu Unrecht als Verräter verurteilt. Eine von ihm angestrebte Wiederaufnahme seines Prozesses laufe noch, sagte er, er hoffe sehr auf einen Ausgang zu seinen Gunsten. Wir saßen auf der Veranda in der Sonne und hörten ihm zu, es war weniger eine Unterhaltung als vielmehr, von seiner Seite, ein Selbstgespräch. Er war an jenem Tag allein, seine Frau, sagte er, lebe als Gesangspädagogin in England. Erst viel später habe ich erfahren, dass ihm das Haus, in das er uns einlud, gar nicht gehörte. Im vergangenen Jahr erschien ein Buch über ihn, »Otto John: Patriot oder Verräter«, ich lese es gerade. Es berührt mich bis heute, dass dieser Mann offenbar so einsam und so mitteilungsbedürftig war, dass er Fremde ansprach, um seine Geschichte erzählen zu können.

Aufgezeichnet von Hauke Goos

Karin Loboeki

Erziehung

Sollte man mit seinen Kindern das Trinken üben, Herr Reimer?

Professor Jens Reimer, 51, ist Vorstand im Zentrum für Interdisziplinäre Suchtforschung der Universität Hamburg.

SPIEGEL: Herr Reimer, in der Nähe von Köln hat ein Vater mit seiner 16-jährigen Tochter »Magic Mushrooms« genommen – mit der Begründung: Sie solle es lieber mit ihm als mit Fremden ausprobieren. Das Mädchen musste ins Krankenhaus. Kommt es häufiger vor, dass Eltern Drogen- oder Alkoholkonsum mit ihren Kindern »üben« wollen?

Reimer: Besonders beim Alkohol kommt das regelmäßig vor. Unsere Gesellschaft

ist ja imprägniert mit Alkohol, bei Feiern, im Fußballstadion oder einfach so – Alkohol gehört immer dazu. Ich glaube, es ist aus Sicht vieler Eltern ein Ritual, um den Übergang von der Kindheit in den nächsten Lebensabschnitt zu begehen, nach dem Motto: »Du kommst jetzt ins Erwachsenenalter, und darauf trinken wir.«

SPIEGEL: Oder rauchen den ersten Joint?

Reimer: Über Drogen reden die Eltern in diesem Zusammenhang nicht. Aber trotzdem, so was kommt vor. Bei Pilzen ist die Grenze allerdings weit überschritten, allein, weil das keine legalen Substanzen sind und ich als Vorbild dem Kind signalisiere: Es ist in Ordnung, die zu nehmen.

SPIEGEL: Eine Hoffnung von Eltern kann ja sein,

im Schutz des eigenen Zuhauses ein bisschen Kontrolle zu wahren.

Reimer: Ich will nicht sagen, dass das völliger Quatsch ist. Aber ich glaube, man vernachlässigt die Fürsorgepflicht, wenn man Konsum aktiv befördert. Das jugendliche Gehirn ist verletzlich. Am besten wäre es, man nähme bis 20, 25 gar keine Substanzen. Aber das ist oft unrealistisch.

SPIEGEL: Was können Eltern also tun?

Reimer: Verbote allein nutzen nichts. Man muss mit den Kindern ins Gespräch gehen und sagen: Ich verstehe, was du da machst, aber es gibt Risiken.

Was kann in den Drogen drin sein?

Warum darf man sie nie mit Alkohol zusammen nehmen? Diese Dinge kann man erklären. Nicht als Anleitung zum Konsum. Sondern als Vorsichtsmaßnahme. DIA



REUTERS

Meine Mitte

Alle sorgen sich um die Mitte Deutschlands, dabei gehört sie einem Steinmetz aus dem Eichsfeld.

Nur mal angenommen, Deutschland wäre eine Scheibe. Eine flache Fläche von Glücksburg bis Berchtesgaden, mit den Inseln dazu und der Zwölfmeilenzone, und man würde diese Scheibe auf einer Nadel balancieren. Dann läge dort, im Schwer- und Mittelpunkt ziemlich exakt – 37351 Silberhausen, Ortsteil von Dingelstädt in Thüringen. Die wahre Mitte. Der Gleichgewichtspunkt dieses Landes.

»Ich sage mal: die schweigende Mitte«, sagt Michael Spitzenberg, 67. Er steht im Ortskern, dem Anger, auf drei Quadratmetern Verbundpflaster, neben sich, 2,75 Tonnen schwer und 3,60 Meter hoch, ein Stück Berliner Mauer. Sein Eigentum. Früher mal Kreuzberg. »Im Dorf waren sie damals nicht so begeistert. Wir sind froh, dass die Mauer weg ist, und du schleppst sie wieder an?«

Nach der jüngsten Gebietsreform hat Dingelstädt derzeit 7028 Einwohner. Deren Leben organisiert sich in nicht weniger als 66 Vereinen. Es gibt den Briefftaubenverein »Kehr wieder«, einen Kleinkunstverein und einen Verein der Rassegeflügelzüchter, zudem Seniorenbeirat, Männergesangsverein, Karneval- und Geselligkeitsverein, »Verein für Menschen in Not«, dazu das Übliche: Feuerwehr, Schützen-, Kegler-, Reit- und Kampfsportverein. Und die Blaskapelle »Dünmusikanten«. Spitzenberg spielt dort die Tuba, passend für einen Steinmetz. Michel nennen sie ihn.

Er erzählt, wie sie gleich nach dem Mauerfall zur Grenze sind und dann nach Göttingen, wie sie dort angeblasen haben, den Marsch »In Harmonie vereint«, und wie jemand sagte, die Rita Süßmuth wohne doch um die Ecke, die damalige Bundestagspräsidentin. Die kam dann auch gleich herunter. Da fing das an mit der Bundespolitik.

»Jou«, sagt Michel Spitzenberg, was im Eichsfeld »ja« bedeutet. Und Weihnachten hat die Kapelle dann genau auf der Grenze gespielt. Das war eine Pendeldiplomatie, weil die Westgrenzer eine förmliche Einladung brauchten, um das Territorium der DDR zu betreten – »aber dann hat der Diensthabe die richtig militärisch eingeladen. Mit Strammstehen und allem Drum und Dran.« An dieser Stelle muss Spitzenberg sich kurz sammeln. Die Emotionen, sagt er und dass man das nicht wiedergeben könne: »Das Deutschlandlied, das haben wir aus Überzeugung geblasen. Nur einmal heimlich geübt. Das ist etwas anderes, als wenn das Heeresmusikkorps das spielt.«

Aber wie kam jetzt die Mauer nach Dingelstädt-Silberhausen? »Moment ...« Im Fernsehen sah er die Mauerspechte, wie sie in Berlin herumhämmerten. »Ich habe als Steinmetz schon so viele Steine gesammelt. So einen holste dir auch, dachte ich. Also Werkzeug in den Wartburg und mit der Familie ab nach Berlin.« Und dort habe er zum ersten Mal gesehen, wie hoch dieses Bauwerk war. »Beim Abstemmen in der Sonnenallee, da kam mir die Idee, ein komplettes Element nach Silberhausen zu holen, um allen zu zeigen, wie unmenschlich das war.«

Die abgeräumten Mauerteile sollten von einer DDR-Firma, der Limex-Bau Export-Import, zu Devisen gemacht werden. Spitzenberg telefonierte, tippte Brief um Brief nach Berlin. »... bitte ich um o. g. Auslieferung.« Er hatte keine Chance. Nur eine Idee, wie eingemeißelt in sich drin: »So 'n Ding als Mahnmal. Mit einer richtig funktionierenden Sonnenuhr auf der Ostseite. Einer vertikalen Süduhr mit wahrer Mittag-Anzeige.« Spitzenberg liebt Sonnenuhren.

Über die Blaskapelle kannte er einen Fahrer vom Kreisbaubetrieb und schaffte es, auch einen Autodrehkran aufzutreiben und im Februar 1990 zum Puschkinplatz zu lotsen, wo die Mauerteile standen – »inzwischen schwerer bewacht als die Grenze«.

Irgendwie, mit viel Zureden und Penetranz und Pralinen für die Telefonistin, bekam er dann den Zuschlag für das Segment Nr. 196, und weil das schon zu abgenagt war, hieften sie schnell ein anderes auf den Laster. »Wir haben es dann erst mal bei uns im Garten abgestellt.«

Die Bürgermeisterin Maria Wachtel stellte den Pachtbrief aus, drei Quadratmeter und bis auf Weiteres. Damit hatte Silberhausen das wohl weltweit erste Mauer-mahnmal auf seinem Dorfanger stehen. Und weil sich am 3. Oktober 1990 die Staatsgrenzen verschoben, und damit auch die Mitte, stand dieses Mauerstück nun auch quasi im Zentrum des vereinten Landes. Was natürlich keiner ahnte. Und was Michel Spitzenberg auch nicht wichtig ist. »Die Enkel sollen sehen, wie hoch diese Mauer war.« Darum geht es. »Jou.«

Am 29. April 1990 war Einweihung. Rita Süßmuth kam. Sie hatte sich noch erinnert, an die Blaskapelle und diesen begeisterten Herrn an der Tuba.

Heute, 30 Jahre später, wehrt sich Spitzenberg gegen ein Windradprojekt, und die Rente von 420 Euro könnte auch höher sein. Aber nur jammern und sich da in Berlin als wahre Mitte ausgeben und alles Erreichte gemein und niedrig zu machen, das geht nicht. »Stell dir vor, die Regierung hätte das so laufen lassen wie in anderen Ländern. Was hätten die dann den Mund aufgerissen?«

Die Mauer steht, wo sie stehen soll, als Mahnmal für die Enkel. Zwei Silberlinden hätten sie damals noch gesetzt, eine ist groß gewachsen, die andere wollte nicht. Spitzenberg steht auf seinen drei Quadratmetern. Um sich herum schiefergeschindelte Fassaden, mittagsleere Gassen und 66 eingetragene Vereine, die Namen tragen wie »Kehr wieder« oder »Gartenfreunde 1959«. Die schweigende Mitte. Spitzenberg schaut nach oben zur Sonnenuhr. »Funktioniert doch alles«, sagt er.

Alexander Smoltczyk



Steinmetz Spitzenberg mit Original und Modell

„Die Wut frisst sich immer mehr in die Mitte der Gesellschaft“

Aus dem »Hamburger Abendblatt«

Der schwarze Hügel

Migration Nach dem Brand im Flüchtlingslager

Moria irrten Tausende Geflüchtete über die Insel Lesbos.

Der Afghane Yaser Taheri hoffte wie viele von ihnen, dass sich nun etwas ändert. Bis ein neues Lager aufmachte.

Von Max Polonyi und Philipp Spalek (Fotos)

Ein paar Stunden bevor sein Großvater stirbt, die Polizei ihn und seine Familie aus ihrem Verschlag verjagt und in ein Lager am Strand einsperrt, sitzt Yaser Taheri im Café und hört, dass ein schwerer Sturm auf Griechenland zukommt.

Am Nebentisch fällt einer seiner Freunde betrunken vom Stuhl. Sie trinken den Wein, den die Griechen hier im Rainbow Café bei Moria in großen Plastikflaschen für drei Euro verkaufen. Jetzt also auch noch ein Sturm, sagt Yaser. Gott müsse ein Faschist sein, wie könne er ihm und den anderen sonst dieses Leben zumuten?

Er zündet sich eine Zigarette an, lehnt sich auf seinem Stuhl zurück und bläst den Rauch in den wolkenlosen Himmel über Lesbos, als wollte er ihn dem da oben direkt ins Gesicht pusten.

Yaser Taheri sagt, er sei 16 Jahre alt, er sei 12 gewesen, als er aufgehört habe, an Gott zu glauben. Sein Spitzname sei Luzifer, so rufen sie ihn auch hier. Der Teufel von Moria.

Die jungen Männer trinken seit dem Morgen, sie haben etwas zu feiern. Gestern war einer von Yasers Freunden im deutschen Fernsehen zu sehen, bei Joko und Klaas auf ProSieben. Melad hatte in der Sendung seine Geschichte erzählt, wie er aus der Türkei mit dem Boot nach Moria kam und dabei fast ertrunken wäre. Wie er achteinhalb Monate im Camp lebte und wie dann alles abbrannte. In der Sendung zeigten sie Bilder von überfüllten Schlauchbooten, von Eltern, die ihren Kindern Tränengas aus dem Gesicht spülen, während sie vor den Flammen fliehen.

»All this fucking shit, bla bla bla«, sagt Yaser und lacht, all diese ganze Scheiße. Er wirkt, als könnte er die Geschichten vom Leid nicht mehr hören, nicht mehr sehen. Sein Freund sei jetzt bei den Deutschen berühmt, sagt er, aber aufnehmen würden sie ihn ja doch nicht. Yaser sieht zu, wie das Gelage eskaliert, Grölen und Wanken, und sagt: »Let's go«, lass uns gehen.

Er steht auf und nickt rüber zum Wirt, der ist ein Grieche in Jogginghose und Unterhemd, »fett«, sagt Yaser, aber ein guter Kerl. Er geht auf die Straße und wirft sich seine schwarze Bauchtasche über die Schulter. In der Tasche hat er ein Smartphone Marke Samsung Galaxy A51, eine Powerbank, Kopfhörer, eine Packung Drehtabak, Filter, Blättchen und ein Feuerzeug. In der Hosentasche seiner Shorts steckt ein Portemonnaie aus Leder, wenn er es öffnet, ragen blaue und braune Scheine heraus. Euro, sagt Yaser, keine Ahnung, wie viel. Vielleicht 300, vielleicht mehr. Geld, das Yaser in Moria verdient hat.

Tarnfleckige Militärlaster hupen und fahren dicht an ihm vorbei, er geht die Straße hoch, die zu dem abgebrannten Camp führt, nach Moria. Sein Moria, hier war er seit Januar zu Hause, hier kannte er jeden Winkel. Die Flammen sind jetzt gelöscht, aber wenn der Wind von Osten kommt, riecht man die geschmolzenen Zelte und verkohlten Olivenbäume noch immer. Yaser schaut über die Hügel. Er sieht verbrannte Erde und Baumstümpfe, verbogenes Aluminium und Ziegelwände. Noch vor wenigen Wochen war das hier Europas größtes Flüchtlingslager, nun ist es Asche bis zum Horizont.

Fast 20 000 Menschen lebten hier zeitweise seit 2015. In der Nacht des 8. September und am Nachmittag des 9. legten Unbekannte hier das Feuer. Die griechische Polizei hat fünf Männer aus dem Camp festgenommen, die verdächtigt werden, für den Brand verantwortlich zu sein.

Als das erste Feuer ausgebrochen sei, das mehr als die Hälfte des Lagers zerstört habe, sei er wach gewesen, sagt Yaser. Er habe die Flammen vom Fuß des Hügel hinaufkommen sehen, sie hätten sich durch Zelte und Planen gebrannt, sagt er. Es sei nicht schwer gewesen, sich in Sicherheit zu bringen. Als die Familie am Morgen darauf wieder in ihren Verschlag ging,



hätten sie gehört, wie einige Afghanen gesagt hätten, heute brenne es wieder. Da hätten sie ihr Zeug gepackt und seien gegangen. Eigentlich, sagt Yaser, sei es egal, wer das Feuer gelegt habe. Was verbrannt sei, habe keinen Wert gehabt.

Er steht jetzt da und kann mit wenigen Worten eine Landkarte des alten Lagers zeichnen, so, als wäre er ein Stadtführer, der den Besuchern vom Land seinen Kiez zeigt. Gleich hier am Hang etwa, wo man noch die verkohlten Planen sieht, hätten die Nigerianer geschlafen, sagt er. Entspannte Typen, mit denen habe er nie Probleme gehabt, auch wenn man sich mit ihnen kaum unterhalten könne. Er zeigt den Olivenhain hoch, da oben, sagt er, das war der »Dschungel«, da habe er gewohnt. Im



DER ÜBERSETZER Woher kommst du? Wie war die Flucht? Was erwartest du von Europa? Diese Fragen werden Yaser ständig gestellt

Dschungel, dem inoffiziellen Teil des Lagers, habe man sich in Acht nehmen müssen vor den »Panshiri«, in Moria seien sie wie eine afghanische Gang gewesen. Typen mit Messern, die mit Drogen handelten. Gleich in seiner ersten Nacht, als er sich am Abend ins Zelt gelegt habe, sei er davon aufgewacht, wie ein Messer von außen die Zeltwand durchstoßen habe.

Yaser zeigt jetzt auf ein gebrochenes Rohr am Straßenrand. Es ragt schräg aus der Erde, Wasser strömt in hohem Bogen heraus. Sieben Jungs stehen in Unterhosen darunter und seifen sich ein. Das, sagt er, sei die Dusche. Er wisse nicht, ob die Leute das Rohr selbst aus der Erde gerissen oder ob das die Griechen aus Nettigkeit getan hätten, aber das Wasser komme ununter-

brochen heraus. Meistens sei die Dusche so wie jetzt leider besetzt, deshalb komme Yaser immer erst am späten Nachmittag zum Waschen.

Er schaut auf die Uhr auf seinem Handy, er will vor dem nächsten Termin noch schnell nach seiner Familie sehen. Nach dem Brand haben sie ein Lager aus Planen und Zeltstangen gebaut. Es ist ein Stück den Hain hoch, an einer verlassenen Kapelle mit roten Ziegeln und einem verrosteten Kreuz auf dem Dach. Dort wohnen sie zu siebt, Mutter und Vater, Brüder und Schwestern, eine Tante. Yaser ist der älteste Sohn. Er sei am 9. Oktober 2003 in der afghanischen Provinz Herat geboren, sagt er. Seine Mutter sagt, jene Nacht damals sei lang und kalt gewesen. Sie nannten ihn

Yaser. Der Name stammt aus dem Arabischen und bedeutet: der Reiche.

Yaser muss los, die Jungs von der BBC warten ungerne. Er winkt seinem Vater und beeilt sich, zurück zum Café, da kommen sie schon, sagt er. Am Straßenrand hält ein weißer Van, ein glatzköpfiger Amerikaner steigt aus, sein Name ist Douglas. Er trägt Shorts und hält ein weißes Smartphone. Hinter ihm kommt der Reporter, Gabriel aus London, er trägt ein gemustertes Hemd und verwaschene Jeans, und man kann sich ihn gut auf einer Soiree in Soho vorstellen. »Yaser, Mann, wir müssen los«, sagt er. »Das Licht ist gerade gut für die Kamera.«

Yaser Taheri ist ein gefragter junger Mann auf Lesbos. Er ist minderjährig und kann gut erzählen. Die meisten hier spre-

chen das afghanische Dari oder Arabisch. Yaser spricht Dari und Englisch, verhandlungssicher. Wenn Journalisten und Ärzte, Aktivisten und Politiker Krisengebiete wie Moria besuchen, brauchen sie jemanden, der übersetzt. Yaser hat sich damit ein kleines Geschäft aufgebaut. Er übersetzt und führt herum, er knüpft Kontakte. Die »New York Times« und andere internationale Medien, auch der SPIEGEL, arbeiteten in der Vergangenheit mit ihm. Er nimmt 20 Euro die Stunde. Für diese Reportage hat der SPIEGEL Yaser Taheri einige Tage auf Lesbos begleitet. Er hat dafür kein Geld bekommen.

Die Lager der griechischen Inseln sind, wenn man so will, der Wartesaal Europas. Mit seiner Arbeit bringt Yaser der Welt Moria näher. Er übersetzt das Elend.

Er lebt seit knapp neun Monaten auf der Insel. Schnell lernte er die Leute von den Hilfsorganisationen kennen, sie vermittelten ihn weiter. Irgendwann habe sich das verselbstständigt, sagt Yaser. Es habe Wochen gegeben, da habe er jeden Tag gearbeitet, immer wieder eine neue WhatsApp-App von einem Unbekannten auf dem Handy, hey Yaser, kannst du helfen? Einmal habe ihm einer gesagt: Du bist minderjährig, du darfst nicht länger als sechs Stunden am Tag arbeiten. Da habe er nur gelacht. Er, ein Illegaler, der im Zelt lebt, an einem Ort, wo es auch sonst nicht viele Regeln gibt, sollte sich an Regeln halten?

Yaser sagt, an manchen Tagen habe er 17 Stunden gearbeitet.

Inzwischen weiß er, was die europäischen Journalisten in Moria interessiert, welche Fragen sie stellen. Sie stellen sie auch ihm, immer wieder:

Woher kommst du?

Wie war die Flucht?

Was erwartest du von Europa?

Yaser hat diese Fragen in den vergangenen Monaten immer wieder den Menschen in Moria gestellt. Immer wieder die gleichen Antworten übersetzt. Er weiß nicht, wie oft er schon die Sätze gesprochen hat: Die Menschen sind gekommen, um in Sicherheit zu leben, ohne Angst vor Folter und Tod. Wie oft er übersetzt hat, wohin sie wollen: nach Frankreich oder Belgien, Schweden oder Deutschland. Den meisten sei es eigentlich egal, sagt er, Hauptsache Europa.

Yaser glaubt aber inzwischen auch zu wissen, was Europa will. Es wolle diese Menschen nicht, sagt er, nicht ihn und auch keinen anderen von hier.

In den Tagen nach dem Brand scheint für die Menschen in Moria aber wieder ein wenig Hoffnung zurückgekehrt zu sein. Das Gefühl, dass sich vielleicht doch etwas ändern würde in Europa. Politiker fordern die Auflösung der Camps auf den griechischen Inseln. Im deutschen Fernsehen reden Män-



DER TREFFPUNKT Yasers Freunde im Rainbow Café



DER ALLTAG Duschplatz vor dem abgebrannten Camp Moria



DIE FAMILIE Die Taheris bei den Vorbereitungen zum Umzug

ner in weißen Hemden und Jacketts wieder von Aufnahmekapazitäten und Verteilungsgerechtigkeit unter den EU-Staaten.

Auch Yaser und seine Freunde verfolgen die Ereignisse über ihre Handys, sie checken Instagram und Facebook, lesen Nachrichten und haben an manchen Tagen das Gefühl, als wären sie vielleicht doch bald an der Reihe im Wartesaal.

Der Dreh mit der BBC geht an diesem Tag, bis es dunkel wird, sie wandern auf den Berg neben den Ruinen und postieren Yaser über den Baracken für die Kamera wie einen Prinzen des Mülls. Heute übersetzt Yaser nicht, er ist der Interviewte. Er erzählt wieder seine Geschichte, erzählt, warum sie auf Lesbos sind. Dass er von Europa Sicherheit erwarte, aber wenn es so weitergehe, gar nichts mehr. Dass es ihm, sagt er, »fucked up« gehe. Absolut beschissen.

Er geht dann im Dunkeln nach Hause, den Hain hoch zu seiner Familie an der kleinen Kapelle. Sie machen Reis mit Hühnchen auf einem Campingkocher und essen unter dem Sternenhimmel. Die Nächte auf Lesbos sind im September noch lau, der Mondschein taucht das Lager in weißes Licht. Die Stimmen auf den Hügeln werden leiser, bis man nur noch das Zirpen der Grillen hört. Es wirkt, als wäre Frieden. In dieser Nacht öffnet Yaser Facebook auf seinem Handy und liest einen Eintrag seines Onkels: »Ich habe keinen Vater mehr« steht da. Yasers Opa ist tot. Der Vater seines Vaters.

Yaser Taheris Vater heißt Asef, in Afghanistan habe er im Labor eines Krankenhauses gearbeitet, sagt Yaser. Er habe gut verdient. Yaser erinnert sich an das Haus, in dem sie lebten, bis er zwölf war, ein großes Haus mit Garten. Sein Vater habe das Gärtnern geliebt, die Pflanzen und Bäume gegossen, Wege angelegt, es sei eine kleine Oase gewesen. Eines Tages seien Taliban zu ihnen gekommen und hätten von seinem Vater gefordert, ausländische Patienten an sie zu verraten. Yasers Vater Asef habe es nicht getan. Da hätten sie ihn mitgenommen in irgendeinen Keller und ihm mit Messern in die Hoden und Schultern gestochen. Sie hätten sein Fleisch geschnitten und mit einer Metallzwinde gequetscht. Nach drei Tagen hätten sie ihn freigelassen, doch zwei Jahre später seien sie wiedergekommen, sagt er. Zwei Männer auf dem Motorrad, sie hätten auf ihn geschossen. Da sei die Familie geflohen, erst nach Iran, dann bezahlten sie Schleuser, um in die Türkei zu kommen.

Niemand kann sagen, ob das, was Yaser über ihre Flucht erzählt, die Wahrheit ist. Seine Papiere lägen auf dem Grund des Mittelmeers, sagt er, verloren im Schlauchboot, auf dem Weg von der Türkei nach Lesbos. Er hat keine Dokumente, um seine Geschichte zu beweisen, nur Bilder und

Videos auf seinem Handy zeugen von dieser Reise.

In dieser Nacht sagt Yaser seinem Vater, dass der Großvater gestorben ist.

Sein Vater sei in die verbrannten Olivenhaine gegangen und habe zu Gott gesprochen. Erst am frühen Morgen sei er zurückgekommen. Yaser sagt, er selbst habe tief geschlafen. Geträumt habe er nicht. Er träume nicht mehr.

Als an diesem Morgen der Sturm auf Griechenland trifft und ganze Küstenregionen überschwemmt, halten vor Moria Polizeibusse. Die Dieselmotoren dröhnen durch die Berge wie ein bedrohliches Insekt. Ihre Einheit nennt sich MAT, Einheit zur Wiederherstellung der Ordnung. Sie stammen vom Festland und tragen Schilde und Knüppel, sie sind gekommen, um aufzuräumen. Der Brand in Moria hat fast 13 000 Menschen obdachlos gemacht. In diesen Tagen Mitte September verstreuen sie sich an der Ostküste von Lesbos, ziehen in Büsche und hinter Mülltonnen, bauen sich Hütten. Am Meer gibt es einen Lidl, dort sind Oktoberfestwochen, Leberkäse nach bayerischer Art ist im Sonderangebot, 400 Gramm für 2,69 Euro. Hunderte haben ihr Lager auf dem Parkplatz aufgeschlagen. Drei junge Sicherheitsfrauen sitzen Tag und Nacht in dem klimatisierten Supermarkt auf Schreibtischstühlen und bewachen die Ware vor geschlossenen Glasüren. Keiner dürfe rein, sagen sie. Es sei furchtbar, es gebe keinen Umsatz mehr seit einer Woche, aber so könne man ja nicht öffnen, wenn gleich vor dem Laden die Leute hungerten. Milchprodukte, Fleisch und Gemüse seien verdorben, sie hätten Lieferungen zurückschicken müssen.

Wenn es dunkel wird, strahlt das gelbe Discounter-Logo wie eine kranke Sonne.

Am Straßenrand sieht man Kleinkinder, die mit nackten Knien über Asphalt in Exkrementen krabbeln. Mütter, die Säuglinge neben dampfenden Mülltonnen stillen. Kleine Mädchen, denen Glieder fehlen. Kochtöpfe über brennenden Plastikkanistern, Fliegen, Erbrochenes und Müll. Yaser sagt, auch er gewöhne sich nicht an diese Bilder.

Sein Vater steht barfuß in einem Ver Schlag neben der kleinen Kapelle, er schaut hinunter auf die Straße und sieht, wie die Polizisten die Menschen aus den Hügeln holen. Sie treiben sie vor sich her, die meisten haben ihren Besitz eilig in Tonnen und schwarze Säcke geworfen, sie ziehen sie an Stricken über den Asphalt wie eine Armee von Müllsammlern. Ein paar Kilometer von hier haben die Griechen zusammen mit dem Uno-Flüchtlingswerk ein Camp ausgebaut, es heißt Kara Tepe. Der Begriff kommt aus dem Türkischen und bedeutet schwarzer Hügel.

Kara Tepe liegt direkt am Meer auf einem alten Militärstützpunkt und Schießstand.

Eine Zeltstadt, errichtet innerhalb weniger Tage. Es scheint ganz leicht zu sein, ein Lager durch ein anderes zu ersetzen. Die Planen sind noch schneeweiß, und die Zelte stehen in geordnetem Abstand zueinander. Von Weitem sieht es aus, als fände hier ein Musikfestival am Strand statt. Wer näher rangeht, sieht den Nato-Draht und dass die Geflüchteten auf Geröll schlafen, weil die Zelte keinen Boden haben. Man sieht auch Soldaten mit Suchsensoren. Es heißt, sie überprüften den Boden auf Gifte aus den Patronen, die hier früher auf dem Schießstand verschossen wurden.

Die Griechen wollen, dass alle Geflohenen bis zum Abend dort eingezogen sind. Und weil die MAT nicht »bitte« sagt, schmeißen die Taheris jetzt, so schnell es geht, ihre Sachen in Müllbeutel und Kisten. Ein Sack Reis aus Pakistan, ein paar Dosen Hühnerfleisch, neun Bananen, Haferkekse, zehn Literflaschen Wasser, vier blaue Zelte, ein Campingkocher und zwei Malbücher für die Kinder, das ist, außer ihrer Kleidung, der gesamte Besitz der Familie Taheri. Während er die Zelte zusammenschnürt und das Polizeikommando schon den Hügel hinaufläuft, entschuldigt sich Asef Taheri, dass er keinen Tee anbieten kann.

»Quick«, rufen die Beamten, schnell, schnell. »Alles einpacken und gehen.« Einer der Männer, ein stämmiger Grieche, will einen Witz machen, er sagt, sie könnten ja Taxen rufen, das sei sicher komfortabler, als das Zeug über die Straße zu schleifen. Yaser nimmt seine Hände aus den Hosentaschen und lässt vier Taxen kommen.

Die Taheris laden ihr Zeug in die Kofferräume, da kommt ein Kamerateam von France 24 herbeigeeilt, sie fragen Yaser nach einem Interview, nur ganz kurz. Der Kameramann hält drauf, Yaser steht mit einem Sack auf dem Rücken vor den Taxen. Wie es ihm jetzt in diesem Moment gehe, wollen sie wissen. Was erwarte er von Europa?

Yaser antwortet wieder auf Englisch, »well«, na ja, es sei schlimm gerade.

Später sagt Yaser, in Afghanistan habe er nur wenig Englisch in der Schule gehabt, er habe sich alles mit Filmeschauen beigebracht. Er mag Stanley Kubricks »Shining«, wo Jack Nicholson in einem einsamen Hotel den Verstand verliert und zur Axt greift. Er mag auch Thriller und Action, ein guter Film sollte immer einen Serienkiller beinhalten, sagt er. Er schreibe Kurzgeschichten, seitdem er zwölf sei. In einer gehe es um ein Mädchen, das gegen den Willen der Gesellschaft nicht an Gott glauben will und sich deswegen in einer Badewanne das Leben nimmt.

Bevor Yaser zu Luzifer wurde, habe er jeden Tag gebetet. Durch Musik und Filme habe er verstanden, dass Religion die Men-



DIE MEDIEN Yaser auf dem Weg ins neue Camp

schen einzwänge. Seitdem trägt Yaser meistens schwarze Kleidung. Eines Tages wollte er Regisseur werden, sagt er. In Afghanistan sei er einer der besten Schüler seiner Provinz gewesen. Wenn er könnte, würde er sofort zurückgehen. Er habe es dort besser gehabt als hier.

Richtig schlecht, sagt Yaser, sei es ihm vor Moria nur in der Türkei gegangen. Dort seien sie einfach illegale gewesen, keine Registrierung, kein Asyl, keine Hilfe. Acht Monate lang hätten er und seine Familie sich dort in Schmugglerwohnungen versteckt und auf den richtigen Zeitpunkt für die Überfahrt gewartet. Sie hätten nach Thessaloniki gewollt, aufs Festland. Von dort aus kann man schneller weg als von einer Insel. Doch immer waren die Wellen zu hoch, das Boot kaputt oder die Küstenwache schneller, so schildert er es. Zehnmal seien sie in ein Schlauchboot gestiegen und durch die Ägäis gefahren. Wenn man einmal die Angst überwunden habe, sei Schlauchbootfahren ein richtiges Abenteuer, sagt Yaser. Beim elften Mal habe es endlich geklappt. Als sie den Strand von Lesbos erreicht hätten, hätten er und sein Freund Melad den Außenborder zerstört, damit die Griechen sie nicht gleich wieder zurück ins Boot setzen. Als er Moria dann das erste Mal sah, habe er sich gefühlt wie in dem Film »Get the Gringo«. Darin kämpft sich Mel Gibson durch eine mexikanische Stadt voller Gewalt und Gangster.

An diesem Nachmittag halten die Taxen am Eingang von Kara Tepe, dort stehen Wasserwerfer, Stacheldraht umspannt das Lager. Die Polizisten drängen Yaser und seine Familie in eine Schlange vor die Tore. »Quick, quick, Malaka!«, rufen sie. Malaka ist griechisch und bedeutet Arschloch. Sie sprechen es aus wie das arabische Wort Malika. Das bedeutet Königin.

Die Polizisten, sagt Yaser, behandelten sie wie Abfall. Er ahmt ihren Akzent nach, wenn sie ihm Befehle gäben, mit rollendem R und Gutsherrengeste. »This is orrrder«, sagten sie immer, das ist ein Befehl. Sie liebten es, ihre Knüppel zu schwingen und Tränengasgranaten auf Brusthöhe abzufeuern. Doch er wisse, dass nicht alle so sind in Europa.

Einmal war die Schauspielerin Katja Riemann zu Besuch, Yaser erinnert sich gut an ihre blonden Locken. Sie engagiert sich für die Leute auf Lesbos. Er ging mit ihr durchs Lager und lud sie zum Essen ein. Es gab Auschak, ein afghanisches Festessen. Yaser sagt, es habe ihr sehr geschmeckt. Sie habe ihm von Deutschland erzählt, sie habe ihm nichts versprechen können, aber sie schreiben sich auf WhatsApp. Riemann hat ihm ein Foto geschickt. Darauf lehnt sie mit verschränkten Armen an einem von 13 000 Stühlen vor dem Reichstag. Es ist eine Kunstaktion, die sagen soll, wir haben Platz in Deutschland.

Vielleicht, sagt Yaser, würden die Griechen ihn und seine Familie noch Monate festhalten, vielleicht sogar Jahre. Das verwirre ihn, sie hätten ja keinen Plan B. Wo und wie sie leben werden, das hätten sie nicht mehr selbst in der Hand, das bestimmten jetzt die Europäer. Diejenigen also, die sie gar nicht haben wollten.

Yaser sagt, sie könnten nicht vor und nicht zurück.

Doch jetzt, seit dem Brand, tue sich ja etwas in Europa. Die Schweiz will 20 Geflüchtete aus Moria aufnehmen, die Niederlande sogar 100. Deutschland hat am 15. September beschlossen, rund 1700 Menschen aus Griechenland aufzunehmen. Deutsche Beamte seien auf Lesbos, erzählen sie sich hier, sie schrieben Namen

auf Listen. Die Zeltnachbarn von den Bekannten eines Freundes stünden darauf, sie packten schon für Berlin, so hört man es oft. Eigentlich aber wisse hier doch niemand, wen die Deutschen aufnehmen würden, sagt Yaser. Er habe in seiner Zeit in Moria niemanden kennengelernt, der nach Deutschland geflogen sei. Athen, sagt er, solle ja auch gut sein.

In der Nacht, wenn er im Bett liegt, schreibt er WhatsApp-Nachrichten. Er fragt, ob man wisse, wie viele Menschen die Deutschen denn jetzt aufnehmen würden? Wie das Auswahlverfahren läuft? Ob es Listen gebe?

Fast zehn Tage lang waren die Geflüchteten auf Lesbos ohne Obdach, seit dem 19. September wohnen sie nun am Meer, anstelle des Dschungels gibt es jetzt den schwarzen Hügel.

In der Schlange vor Kara Tepe prügeln sich zehn Männer um sechs Flaschen Wasser, sie ballen ihre Fäuste und schmettern sie sich gegenseitig ins Gesicht, man hört, wie die Knochen dumpf aufeinanderprallen. Yaser steht dahinter und schaut weg. Er zählt sein Geld, er hat noch rund 360 Euro im Portemonnaie. Er sagt, er habe gehört, in Kara Tepe gebe es Leute mit Bauchladen, die verkauften Chips und Monster-Energydrinks in 0,5-Liter-Dosen. Zum Frühstück verteile das Uno-Flüchtlingshilfswerk Brot und Käse, ansonsten gebe es Reis mit Hühnchen oder Fisch. Einer seiner Freunde, der schon drin ist, hat ihm ein Foto geschickt. Es zeigt eine Aluminiumschale mit einem milchigen, weichen Stück darin. Fisch, sagt Yaser.

Die Jungs von der BBC sind wieder da, Gabriel aus London trägt heute die obersten zwei Hemdknöpfe offen, so warm ist es. Er hält ein Mikrofon an einem Stab in die Schlange. Wie die Situation für ihn jetzt gerade sei, fragt er. »Well«, antwortet Yaser wieder, na ja, es sei dramatisch, sie würden in das neue Camp getrieben, ob sie wollten oder nicht, dann würden sie für 14 Tage dort eingesperrt, Quarantäne.

Viele in der Schlange tragen Schutzmasken gegen Corona. Sie stehen dicht gedrängt, sie müssen es, sonst kommt die Polizei und ruft: »Quick, stay in line«, bleibt in der Schlange. Im Lager testeten sie durch, von 7000 Geflüchteten sind vier Tage nach Yasers Einzug 243 positiv.

Kurz bevor Yaser hineingeht und die Polizisten ihn in Richtung des schwarzen Hügels schicken, hebt Yaser noch den Daumen zum Abschied, alles okay, soll das vielleicht heißen, alles gut. Die Griechen rufen Befehle durch Megafone, die Polizisten lehnen an ihren Schilden in der Sonne.

So wie Yaser werden an diesem Abend die meisten der rund 13 000 Menschen aus Moria in Kara Tepe ankommen.

Leben mit der Krise

Die Vergangenheit zeigt:
Bricht die Wirtschaft ein, können
Gesellschaften kippen. Daraus
können wir lernen.

Jetzt
im Handel

SPIEGEL

Ausgabe 5 / 2020

GESCHICHTE

SPEKULATION

Als ein Frauenheld
Frankreich ruinierte

NACHKRIEGSBOOM

Der Mythos vom
Wirtschaftswunder

BÖRSENWAHN

Die holländische
Tulpenblase



CRASHES & KRISEN

Wie sie Revolutionen auslösten und Diktatoren hervorbrachten

Im Stau

Leitkultur Alexander Osang über das Warten auf die Welle

Was noch nicht besprochen wurde, ist, glaube ich, die Maskenpflicht im Stau. Vielleicht wäre das ein Talkshowthema fürs deutsche Fernsehen. Man könnte Verkehrsminister Scheuer einladen und Gesundheitsminister Spahn, dazu Ulf Poschardt von der »Welt«, der eine Vorliebe für schnelle Autos und Meinungen hat, sowie den Experten für Systemimmunologie mit den wenigen, aber sehr langen Haaren, der aussieht, als führe er lieber Fahrrad. Man könnte über Aerosole und Tempolimit diskutieren, bestimmt ließe sich da ein Zusammenhang herstellen. Autobahn und Viren. Das klingt schon wie der Albumtitel einer Krautrockband.

Vor ein paar Tagen jedenfalls geriet ich auf der A9 zwischen Leipzig und Berlin in einen Stau.

Es war die Art von Stau, die auch das Navigationssystem überrascht. Am Anfang ruckelt es noch ein bisschen, als müsste man sich demnächst durch ein Nadelöhr zwingen. Aber nach zehn Minuten Bewegungslosigkeit ahnt man: Es ist eben erst passiert. Man meint, das Blut riechen zu können. Ich hörte »Blackbird«, ein Hörbuch, geschrieben und gesprochen von Matthias Brandt. Er las gerade die sehr komische Begegnung des 16-jährigen Helden Morten mit seinem Sozialkundefahrer Meinhardt, beide etwas ange-trunken. Ich lachte. Die Leute im Audi neben mir sahen mich an, als ob ich ein Psychopath wäre. Ich stellte den Motor ab.

Nach zehn Minuten kam ein Rettungshubschrauber. Er landete in etwa zwei Kilometer Entfernung. Die ersten verließen ihr Fahrzeug und schlenderten über die Autobahn. Ein kleiner Spaziergang im Hohen Fläming. Manche liefen zur nahe gelegenen Tankstelle. Niemand trug eine Maske. Die Leute starrten zum Horizont. Der Hubschrauber löste sich und flog wieder weg. Die Sonne verschwand langsam. Es war ein heißer Tag gewesen. Ich machte das Radio an. In den Verkehrsnachrichten kam noch nichts über den Stau. Vor mir und hinter mir standen Berliner. Der Berliner hinter mir, ein Mann mit Glatze und Sieben-Achtel-Hose, kaufte dem Fahrer des Autos vor mir fünf Zigaretten ab. Er hielt auf dem Rückweg kurz bei mir an, um mir mitzuteilen: Dit Schlümmste im Stau is, wenn du nüscht mehr zu roochen hast.

Ich nickte, weil ich wusste, was er meinte. Theoretisch.

Dit dauert no ewig, sagte er.

Woher wissen Sie denn das?, fragte ich.

Is so, sagte der Mann mit der Sieben-Achtel-Hose.

Wenn man die Zigaretten wegließe, hätten wir auch über einen Impfstoff reden können. Auf Radio Eins empfing die Moderatorin Silke Super nun den Fotografen Harald Hauswald. Hauswald, der zur berühmten Bildagentur Ostkreuz gehört, hat gerade eine große Ausstellung in Berlin. Hauswald

war mutig und unangepasst im Osten, aber die wichtigste Sache, die ich von ihm gelernt habe, hat nix mit Diktatur zu tun, sondern mit Gelassenheit. Wir waren mal für eine Recherche über rechtsradikale Jugendliche in Rathenow, Hauswald setzte sich einen Tag auf den Marktplatz und trank Bier, um Witterung aufzunehmen, wie er das nannte. Ich arbeitete damals noch bei einer Tageszeitung und war etwas in Eile. Harald, der auch äußerlich eher wie ein Linker wirkt, wurde von den Rechten akzeptiert. Ich war bis zum Schluss der Arsch. Auf der Rückfahrt, am Rande Berlins, bat mich Harald, kurz an einem Anglerladen anzuhalten. Da verschwand er dann für eine geschlagene Stunde. Er kaufte nix. Er fachsimplerte. Fische, Haken, Köder, den richtigen Moment finden. Es war eine Lektion. Er ist der Yogi unter den Fotografen, ich bin die Zeitbombe im Auto. Die Fotos waren dann besser als der Text.

Im Radio erzählte Harald jetzt Anekdoten, die vor allem er belachte. Silke Super ist so, wie ihr Name klingt, gut ge-laut, freundlich, schnell, immer schon im nächsten Moment, Harald Hauswald befindet sich meist noch in dem davor. An einer Stelle sagte er: Dazu kommen wir ja später noch. Da waren sie aber schon am Ende des Gesprächs. Dann ploppete es, und Google Maps zeigte mir einen Ausweg.

Der Typ hinter mir scherte aus und verschwand hinter der Tankstelle, wo die Welt aufzuhören schien. Ich fuhr ihm nach. Die anderen sahen uns unsicher hinterher. Ein Stau bietet ja auch Sicherheit. Google führte uns zu einem Verkehrsschild: Einfahrt verboten. Man sah nur Grasland, die Landschaft zwischen Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Darin schlich eine Autokolonne, die länger wurde. Hier lebt, wie ich von einem guten Freund weiß, die Großtrappe. Ein Vogel, der mich eher an ein gefedertes Säugetier erinnert, ein fliegendes Schwein. Das verstärkte das Gefühl, in eine Zwischenwelt zu fahren wie Harry Potter im Hogwarts-Express, den man nur über den Bahnsteig $9\frac{3}{4}$ erreichen konnte. Wir fuhren im

abnehmenden Licht über Felder, an wilden Seen vorbei und erreichten in unserer eigenen Staubwolke irgendwann ein Dorf, in dem niemand mehr zu leben schien. Die Rolläden unten, kein Mensch zu sehen. Im nächsten Ort stand eine Frau im halb offenen Garagentor und blinzelte uns an, im übernächsten wartete an einem Gartenzaun eine Familie mit vier Kindern und winkte uns zu. Wir waren ihre Abendunterhaltung. Der Polar-Express, die apokalyptischen Reiter, die Berliner. Sie standen Spalier, wie ich mit meiner Schulklasse an der Schönhauser Allee früher Spalier gestanden hatte, als Luis Corvalán im Tschaika vorbeifuhr.

Irgendwann sagten sie im Radio an, dass ein Laster umgekippt war und die Autobahn bis Mitternacht gesperrt bleiben würde. Alles richtig gemacht, dachte ich und fuhr entspannt durch die geschenkte Zeit. Ich hatte eine lange Zigarettenpause, aber leider rauche ich nicht mehr. Nichts würde bleiben, wie es war, dachte ich. Wir taten nur so. Wir paddelten im endlosen Meer und warteten auf die nächste Welle. Ich winkte zurück.

Die Zuschauer am Straßenrand erinnerten mich an die verlorenen Ostmenschen auf Harald Hauswalds Fotos. ■



Stillstand auf der A9

Alexander Osang / DER SPIEGEL

Kinostart am
1. Oktober

Dein SPIEGEL

lädt ins Kino ein!

Verlosung von 250 x 2 Freikarten



JIM KNOPF UND DIE WILDE 13

Ein neues Abenteuer für Jim Knopf (Solomon Gordon) und Lokführer Lukas (Henning Baum). Ein Jahr nach den Ereignissen geht das Leben in Lummerland wieder seinen gewohnten Gang. Doch es ziehen dunkle Wolken über der beschaulichen Insel auf: Die Wilde 13 hat erfahren, dass Frau Malzahn besiegt wurde, und will dafür nun Rache nehmen. Die Einwohner von Lummerland ahnen noch nichts von der drohenden Gefahr. Währenddessen ist Prinzessin Li Si (Leighanne Esperenzante) bei Jim Knopf zu Besuch. Ihr kann Jim sein größtes Geheimnis anvertrauen: Er möchte endlich die Wahrheit über seine Herkunft erfahren.

»Jim Knopf und die Wilde 13« ist die Fortsetzung zum 2018 erschienenen Kinofilm »Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer«, die auf dem gleichnamigen Kinderbuch von Michael Ende basiert.

f / jimknopf.film



QR-Code scannen
und online registrieren.

Registrieren Sie sich mit Ihrem Namen und Ihrer Adresse unter:

www.deinspiegel.de/kartenverlosung

Einsendeschluss ist der 02.10.2020, 12 Uhr. Die Gewinner erhalten die Kinokarten per Post, hierfür sind Ihr Name und Ihre Adresse notwendig. Die Freikarten sind in allen Kinos einlösbar, in denen der Film in Deutschland gezeigt wird. **Informieren Sie sich bitte vorab bei Ihrem Kino, ob und welche Einschränkungen aufgrund der Corona-Epidemie ggf. zu berücksichtigen sind.** Es gelten die aktuellen Datenschutzbestimmungen, insbesondere werden die Adressen der Gewinnspielteilnehmer nicht an Dritte weitergegeben. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Missbrauch wird zur Anzeige gebracht.



Zwei kopulierende Muschelkrebse, die auch als Ostrakoden bekannt sind, zeigt diese Darstellung. Paläontologen entdeckten in einem Bernstein eine 100 Millionen Jahre alte Spermaspur von *Myanmarcypris hui* – das ist der bislang älteste bekannte Samenfund aus dem Tierreich. Erstaunlicherweise waren die Samenzellen dieser weniger als einen Millimeter großen Tierchen mindestens dreimal so lang wie menschliche Spermien.

Verheerender Schlag

Analyse In Deutschland sterben wieder mehr Menschen durch Strom. Woran liegt das?

● Der Verband der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik (VDE) schlägt Alarm: Nach einer Auswertung aktueller Daten hat die Zahl tödlicher Stromunfälle in Deutschland zwischen 2016 und 2018 um 24 Prozent zugenommen. Betroffen waren zuletzt verstärkt Frauen im Haushalt. In absoluten Zahlen: 2018 starben 42 Menschen am Stromschlag, 8 mehr als zwei Jahre zuvor. Diese Zahlen bezeugen kein epidemisches Ausmaß, doch der Trend macht stutzig: Werden elektrische Geräte nicht immer sicherer?

Der VDE geißelte prompt die »Geiz-ist-geil-Mentalität etlicher Verbraucher«, die elektronische Geräte von dubiosen Herstellern zu Dumpingpreisen über das Internet erwerben.

Tatsächlich jedoch, das sagt auch der VDE-Unfall- und Blitzschutzexperte Thomas Raphael, ist die Sache komplexer. In Europa existieren in Bezug auf sogenannten Fehlerstrom – also potenziell lebensgefährlichen Energiefluss – zwei unterschiedliche Sicherheitskonzepte. In der einen Variante sollen die elektrischen Zuleitungen der Geräte im Wortsinn so wasserdicht isoliert sein, dass etwa ein in die Badewanne fallender Föhn unter Strom keinen verheerenden Stromschlag auslösen kann. Doch das mündet in ein Glücksspiel mit vergleichsweise hohem Risiko.

Der andere Ansatz baut darauf, dass bei einem Unfall so viel Strom fließt, dass innerhalb von Millisekunden alle Sicherungen rausfliegen. Das geschieht allerdings nur in Häusern, in denen ein Fehlerstrom-Schutzschalter installiert ist (erst seit 1984 für alle Neubauten vorgeschrieben). Er reagiert in weniger als einem Wimpernschlag, wenn Strom an der falschen Stelle fließt.

Für Gewissheit, ob ein solches im Zweifel Leben rettendes Gerät (»RCD/FI-Schutzschalter«) vorhanden ist, reicht ein Blick in den Sicherungskasten. Frank Thadeusz

Verhaltensforschung Programmiert auf Lernerfolg

● Säuglinge besitzen die verblüffende Fähigkeit, Sprache zu erkennen, und sie lernen auch sonst erstaunlich schnell. Doch wie genau sie das anstellen, darüber rätseln Experten noch immer. Ein Team von Verhaltensforschern aus den Niederlanden und Großbritannien hat nun versucht, Licht ins Dunkel des frühen Lernverhaltens zu bringen. Die Wissenschaftler konfrontierten 43 Säuglinge

im Alter von acht Monaten auf einem Bildschirm mit veränderlichen visuellen Reizen, die jeweils an unterschiedlichen Stellen einer in vier Quadranten unterteilten Fläche auftauchten. Mit einer Blickbewegungsmessung



Säugling bei Blicktest

konnten die Forscher auf Millisekunden genau bestimmen, wie lange das Gehirn auf einen bestimmten Reiz reagierte.

Das Ergebnis: Die Kleinen sind offenbar programmiert auf erfolgreiches Lernen. Denn am stärksten konzentrierten sie sich immer auf jene Stimuli, die aufgrund ihrer Vorhersehbarkeit den größten Lernerfolg versprachen. Damit widerlegen die Autoren der Studie eine weit verbreitete Annahme: dass Babys völlig unvorhersagbar auf Reize reagieren. THA

Fußnote

15

Kilometer weit verirrt sich ein Delfin ins Landesinnere des US-Bundesstaats Louisiana. Das Tier, eigentlich im Golf von Mexiko zu Hause, bargen Umweltschützer in einem Teich, der keinen natürlichen Zugang zum Meer besitzt. Vermutlich gelangte der Tümmeler in den Tümpel, weil Überschwemmungen des Hurrikans »Laura« kurzfristig einen Wasserweg dorthin bildeten.

Ökologie »Schlechtes Feuer durch gutes Feuer ersetzen«



Stephen Pyne, 71, emeritierter Feuerhistoriker an der Arizona State University, über die Brände in Kalifornien und die Streit-

frage, ob sie in erster Linie durch Fehler in der Forstwirtschaft oder vor allem durch den Klimawandel ausgelöst werden

SPIEGEL: Herr Pyne, der Himmel über Kalifornien ist orange, ein Heer aus fast 20 000 Einsatzkräften kämpft seit Wochen gegen Brände an, die bereits mehr als eine Million Hektar verwüstet und über 6000 Häuser zerstört haben. Wie konnte das passieren?

Pyne: Kalifornien muss einfach brennen, geografisch gesehen ist es eine Feuerlandschaft. Dann wurde sie besiedelt und von den Feuerwehren geschützt. Aber in Zukunft schaffen wir das nicht mehr.

SPIEGEL: Wegen des Klimawandels?

Pyne: Der Klimawandel ist ein Faktor neben vielen anderen, er wirkt wie ein Brandbeschleuniger. Seit vier Jahren erleben wir jeden Sommer wieder riesige Brände, das ist

schon auffällig. Auch früher gab es immer wieder eine schlimme Feuersaison, aber dann war meist fünf oder zehn Jahre lang Ruhe.

SPIEGEL: Hoffen Sie auf den Herbst?

Pyne: Nein, die trockenen Fallwinde erhöhen das Brandrisiko, und die herbstliche Windsaison beginnt ja gerade erst. Bis Jahresende könnten sich die Schäden noch verdoppeln.

SPIEGEL: Auch ohne Klimawandel würde es in Kalifornien genauso heftig brennen, schreibt der dänische Wirtschaftswissenschaftler Bjørn Lomborg, schon vor mehr als 100 Jahren hätten dort viel größere Brände getobt.

Pyne: Nein, es ist Unsinn, den Klimawandel auszuklammern. Es stimmt zwar: Vor allem im 19. Jahrhundert gab es eine ganze Welle von Megafeuern, denen oft weitaus mehr Menschen zum Opfer fielen als heute. Aber Treiber der Brände waren damals die neuen Eisenbahnlinien, die eine Besiedlungswelle auslösten, begleitet von Brandrodungen. Teilweise kamen mehr als 400 Menschen bei einem einzigen Brand um. Diese Phase ging bis in die 1930er-Jahre. Seitdem wurde die Waldbrandbekämpfung professionalisiert und ausgeweitet, Kalifornien ist hier weltweit wohl führend. Man schien das Problem unter Kontrolle zu haben. Aber das hat getäuscht. Dafür gibt es

viele Gründe, unter anderem dauert die kalifornische Wildfeuersaison heute mehr als einen Monat länger als damals.

SPIEGEL: Präsident Trump argumentiert, dass lokale Stellen versäumt hätten, brennbares Totholz zu entfernen.

Pyne: Das ist ja nicht falsch, aber nur ein Teil des Problems. Selbst wenn wir die Wälder in Ordnung halten, verschärft der Klimawandel die Lage weiter. In der derzeitigen politischen Situation werden die Brände dazu missbraucht, um die jeweilige politische Agenda voranzubringen.

SPIEGEL: Wäre es sinnvoll, regelmäßig kontrollierte Brände zu legen, um die trockene Biomasse zu reduzieren, wie es zum Beispiel in Florida gemacht wird?

Pyne: Ja, kontrolliertes Brennen ersetzt schlechtes Feuer

durch gutes Feuer. Diese Tradition ist in Florida nie verloren gegangen. Andererseits herrschen dort viele Gunstfaktoren: Der Rauch wird vom See wind fortgeweht, es gibt keine Berge, und ein Großteil der Bevölkerung lebt an den Küsten. In Los Angeles dagegen ist die Luftqualität ohnehin miserabel, auch ohne Brände.

SPIEGEL: Welche praktischen Lösungen schlagen Sie vor?

Pyne: Es gibt eine Vielzahl von Interventionen. Wir müssen zum Beispiel überdenken, wo und wie wir Häuser bauen, die dem Funkenflug standhalten. Teilweise könnten Weidetiere helfen, das Gras zu stutzen. An einigen Orten wäre es sinnvoll, die Stromleitungen, die oberirdisch oft Funken schlagen, unterirdisch zu verlegen. Wir können eine Menge tun, wir sind nicht hilflos. HIL



Waldbrandbekämpfer im Angeles National Forest, Kalifornien

Kyle Gilliot/EPA-EFE/Shutterstock

Wettlauf um den Super-Akku

Mobilität Tesla verspricht auf seinem »Battery Day« die Elektrifizierung der Welt. Doch noch liegen die Asiaten vorn im Ringen um die Batterie der Zukunft. Die soll möglichst ressourcenschonend und günstig sein und eine hohe Energiedichte haben.



Elektroautobauer Baglino, Musk*: Batteriefirmen sind das, was die Ölförderer im fossilen Zeitalter waren

Für Tesla-Chef Elon Musk dürfen Visionen immer gern etwas größer sein. Als der Unternehmer am Dienstag dieser Woche seinen mit Spannung erwarteten »Battery Day« startete, zeigte er zunächst ein Foto von San Francisco im roten Licht der Brände von Anfang September, gefolgt von der steil ansteigenden Fieberkurve des Planeten.

Der Unternehmer redete von der Rettung der Welt. Und Musk hatte auch schon die Lösung parat, wie das gehen soll: mit Batterien.

»Grob gesagt brauchen wir 20 bis 25 Terawattstunden Batterieproduktion pro Jahr für die nächsten 15 bis 25 Jahre, um den Übergang der Welt zu erneuerbaren Energien zu schaffen«, rechnete er vor. Das sind mehr als 100-mal so viel Produktionskapazität wie heute. Wer die Technologie dafür entwickeln wird? Na, wer schon! Musk.

»Wir versuchen, jeden Aspekt der Batterieproduktion neu zu erfinden, vom Abbau der Erze bis zum fertigen Akku«, ließ der Elektrovisionär sein Publikum wissen. Die Pläne präsentierte er an Teslas Fabrikstandort im kalifornischen Fremont zusammen mit seinem Chefingenieur Drew Baglino. Musk und Baglino kamen im schwarzen Partnerlook und sprachen Corona-bedingt im Freien vor nur rund 200 ausgewählten Tesla-Aktionären, die in ihren Autos sitzen blieben. Während sich das Duo auf der Bühne auführte wie Pennäler bei Jugend forscht, quitierten die Tesla-Fans Musks Ankündigungen mit zustimmendem Hupen.

Das Autokino in Fremont sollte eine klare Botschaft transportieren: Tesla rennt beim Wettlauf um den Super-Akku ganz vorn mit. Zwar ließ die Präsentation den Aktienkurs der Firma zunächst fallen. Manche Investoren hatten noch spektakulärere Neuigkeiten erwartet.

Fest steht aber: Mit seiner Fertigungstechnik und den eigenen Batteriewerken, die Musk ankündigte, steigt Tesla zum ernsthaften Konkurrenten der bislang übermächtigen Batteriekonzerne aus China, Japan und Südkorea auf.

Wer den Wunder-Akku mit Schnellladefähigkeit, hoher Energiedichte und Millionen-Meilen-Lebensdauer als Erster entwickelt, kann nicht nur auf ein großes Stück eines Milliardenmarkts hoffen. Batteriefirmen sind das, was die Ölförderer im fossilen Zeitalter waren. Und die Technologieführer kontrollieren die gesamte Lieferkette: vom Rohstoff bis zum Akku oder sogar Elektroauto.

Der Machtkampf zwischen den USA und China wird also auch auf der Straße entschieden. Trumps Amerika sieht dabei – trotz Teslas Pionierarbeit – bislang

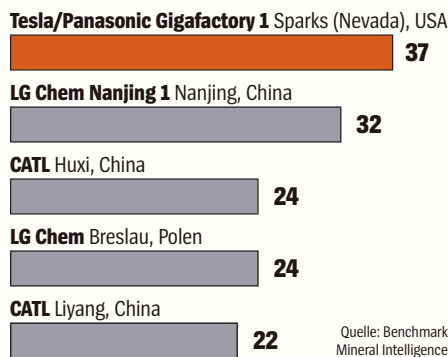
nicht gut aus. Die Internationale Energieagentur sagt voraus, dass bis 2030 rund 8 Prozent der Neuzulassungen in den USA Elektroautos sein werden. In China soll diese Zahl bis dahin bei 28 Prozent liegen (in Europa bei 26 Prozent). Die Chinesen haben längst den weltweit größten Automarkt und kontrollieren über 70 Prozent der globalen Produktionskapazitäten für Batterien. Beste Voraussetzungen, um von der Elektrifizierung zu profitieren.

Lkw, Busse, selbst Flugzeuge im Regionalverkehr könnten im anbrechenden postfossilen Zeitalter mit Strom angetrieben werden. Mehr als 4,5 Millionen Elektroautos fuhren 2019 auf den Straßen der Welt. Bis 2030 könnten es rund 150 Millionen sein, schätzt die Internationale Energieagentur. Wer den Boommarkt dominieren will, braucht Akkumulatoren, die schneller laden, mehr Energie speichern, länger halten, sicherer sind und weniger kosten.

Preise von 100 Dollar pro Kilowattstunde Energie (heute liegt der Wert bei etwa

Groß, größer, giga

Die größten Batteriefabriken der Welt nach Produktionskapazität in Gigawattstunden, 2020



160 Dollar) gelten als magische Grenze, ab der Elektrofahrzeuge billiger sind als Verbrenner. Dann ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis die rund 1,2 Milliarden Pkw weltweit durch Stromer ersetzt sind.

Der Batterieexperte Maximilian Fichtner von der Forschungsgruppe Festkörperchemie am Helmholtz-Institut Ulm lobt den hohen Wirkungsgrad der Technik. »Beim Wasserstoffantrieb kommen nur 15 bis 20 Prozent der eingesetzten Energie wirklich auf die Räder; bei Akkus sind es 70 bis 75 Prozent. Ohne leistungsfähige Batterien kann die Energie- und Mobilitätswende nicht gelingen.«

Die Batterien in Elektroautos bestehen heute zumeist aus sogenannten Lithium-Ionen-Zellen. Sony brachte diesen Akkutyp 1991 auf den Markt. Wenn sich eine solche Zelle entlädt, bewegen sich Lithiumionen durch einen flüssigen Elektrolyten und einen Separator vom Minuspol der Batterie (Anode) zum Pluspol (Kathode).

Die an der Anode abgegebenen Elektronen wandern ebenfalls zur Kathode, allerdings nicht durch die Batterie, sondern über den angeschlossenen Stromkreis. Wird die Batterie geladen, läuft der Prozess umgekehrt ab (siehe Grafik auf Seite 96).

Lithium-Ionen-Akkus haben sich in der Automobilbranche, aber auch bei Handys oder elektrischen Rasenmähern durchgesetzt, weil sie leicht sind und eine hohe Speicherkapazität besitzen. Die chemische Zusammensetzung von Anode, Kathode und Elektrolyt bestimmt dabei, wie gut der Akku funktioniert. Chemiker und Ingenieure experimentieren mit Mangan, Kobalt, Magnesium, Graphit und Schwefel, mit Eisen, Nickel und Silizium und mit flüssigen und festen Elektrolyten. Die Kunst ist es, die Materialien so zu kombinieren, dass auf geringstem Raum möglichst viel Energie gespeichert wird.

»Wir sind auf der Suche nach dem Alleskönner«, sagt Martin Winter, Leiter des Batterieforschungszentrums MEET der Universität Münster und des dortigen Helmholtz-Instituts. Der Chemiker und seine rund 250 Kollegen untersuchen Elektrolytmischungen auf Leitfähigkeit und Temperaturstabilität. In Klimaschränken werden Hunderte handgefertigte Batterien getestet.

Anoden und Kathoden in vielen verschiedenen Materialmischungen stellen die Forscher als 80 Mikrometer dünne Elektrodenfolien her. Im Trockenraum – die Chemiker arbeiten mit metallischem Lithium, das aggressiv mit Wasser reagiert – werden die Elektroden zu »Pouch-Zellen« zusammengesetzt, flachen Batterien, die aussehen wie die Alubeutel von Instant-Kartoffelbrei. Anschließend ergründen die Forscher die elektrochemischen Eigenschaften der Test-Akkus. Jede Variante hat andere Eckwerte für Energiedichte, Lebensdauer, Sicherheit, Kosten und Umweltverträglichkeit.

Traditionell besteht die Kathode von Lithium-Akkus aus einem Lithium-Kobaltdioxid. Kobalt jedoch ist teuer. Zudem stammt ein Großteil davon aus der Demokratischen Republik Kongo. Die Bergleute dort arbeiten unter menschenunwürdigen Bedingungen; Kinderarbeit ist verbreitet; Abraumhalden verseuchen die Umwelt.

Industrie und Wissenschaft mühen sich deshalb seit Langem, den Kobaltgehalt der Akkus zu verringern. Der chinesische Hersteller und Tesla-Partner CATL beispielsweise hat im vergangenen Jahr mit der Massenproduktion von Nickel-Mangan-Kobalt- und Nickel-Kobalt-Aluminium-Zellen begonnen. Deren Kobaltgehalt liegt nur noch bei zwei bis drei Prozent, verglichen mit früheren Batterien eine Reduktion um 90 Prozent.

Noch weiter will nun Tesla gehen. Musk hat die kobaltfreie Batterie angekün-

* Am Dienstag im kalifornischen Fremont; im Hintergrund das neue Tesla-Batteriezellen-Format.

dig. Das umstrittene Metall will er komplett durch Nickel ersetzen. In anderen Akkus wollen die Kalifornier Kathoden aus Lithium-Eisenphosphat einsetzen. Einer der Pioniere ist dabei der chinesische Mischkonzern BYD, der seit Juli ein Fahrzeug mit solchen Batterien verkauft. Der Han genannte Luxusstromeer soll mit einer Ladung 600 Kilometer weit kommen.

Einen weiteren Vorteil dieser Technik präsentierte BYD im März, als die »Blade« getaufte Batterie einen sogenannten Nagedurchdringungstest bestand. Dabei wird eine drei bis acht Millimeter dicke Metallnadel durch den Akku gejagt und löst einen Kurzschluss aus. Herkömmliche Lithium-Ionen-Akkus erhitzen sich dann leicht auf über 500 Grad Celsius und gehen in Flammen auf – bei Verkehrsunfällen droht akute Brandgefahr. Nichts dergleichen bei der Eisenphosphat-Batterie von BYD: Die Temperatur des malträtierten Blade-Akkus stieg gerade mal auf 60 Grad Celsius, berichtet die Firma.

»Lithium-Eisenphosphat-Batterien sind definitiv sicherer«, sagt Batterieforscher Winter. Auch die Lebensdauer sei höher. Allerdings kann das Lithium-Eisenphosphat im gleichen Volumen weniger Energie speichern als andere Kathoden.

Die Energiedichte gilt als eine der wichtigsten Eigenschaften von Batterien. Rund 260 Wattstunden pro Kilogramm bringen die derzeit besten kommerziellen Akkus. Einige Startups versprechen bereits 1000 Wattstunden pro Kilogramm.

Für solche Höchstleistungen muss auch die Anode der Batterie anders konstruiert werden. Große Hoffnungen ruhen auf der sogenannten Lithium-Metall-Anode. Traditionell werden die Lithiumatome am Minuspol der Batterie in Grafit eingelagert. Je mehr Lithium Platz findet, desto größer die Energiedichte der Batterie. Bei der Lithium-Metall-Anode behelfen sich die Forscher mit einem Trick: Sie bauen den Speicher selbst aus Lithium. Die Energiedichte ließe sich dadurch um bis zu 65 Prozent steigern. Zudem sind die Batterien leichter.

Doch es gibt Probleme: Lithium ist hoch reaktiv. An der Anodenoberfläche können sich nadelartige Strukturen ausbilden, sogenannte Dendriten. Wachsen diese zu stark, sind Kurzschlüsse möglich, im schlimmsten Fall explodiert der Akku.

Schutzschichten und spezielle Elektrolyte könnten diese Dendritenbildung bei Lithium-Metall-Batterien verhindern, hoffen Forscher. Andere Experten setzen auf leitfähige Kunststoffe oder keramische Werkstoffe anstelle der gebräuchlichen flüssigen Elektrolyte. Diese sogenannten

Feststoffbatterien sollen ebenfalls eine größere Energiedichte haben und sich schneller laden lassen. Toyota beispielsweise hat für 2025 einen Feststoff-Akku angekündigt. Die Firma berichtet von Prototypen, die in 15 Minuten aufgeladen werden können.

Tesla hingegen hat sich auf einen anderen Anodenstoff festgelegt, dem auch ein Boom vorausgesagt wird: Silizium.

Bislang galt das Element als schwieriges Anodenmaterial, weil sich sein Volumen vervierfacht, sobald Lithium eingelagert

ringern. Auch im deutschen Grünheide bei Berlin will Musk eine Batteriefertigung aufbauen.

Tesla plant eine »trockene« Herstellung der Elektroden, die ohne Lösungsmittel auskommt, was mehrere Fertigungsschritte einsparen würde. Zudem ist es den Ingenieuren gelungen, die Länge der Verdrahtungen innerhalb der Zellen radikal zu verkürzen, eine Technik, die Tesla von der im vergangenen Jahr aufgekauften Firma Maxwell adaptiert hat. Die Elektronen müssen dadurch weniger Strecke zurücklegen. Es entsteht weniger Wärme. Die Zellen können deshalb größer sein und dichter gepackt werden. Gleichzeitig lässt sich so ein System bis zu sechsmal so schnell laden, sagt Tesla.

Unterm Strich sollen auf diese Weise Akkus entstehen, die 54 Prozent mehr Reichweite erreichen und 56 Prozent weniger kosten als heutige Zellen. »Dann wäre man bei Kosten von 70 bis 80 Dollar pro Kilowattstunde«, sagt Maximilian Fichtner aus Ulm: »Es gäbe keinen Grund mehr, einen Verbrenner zu kaufen – auch nicht den Preis.«

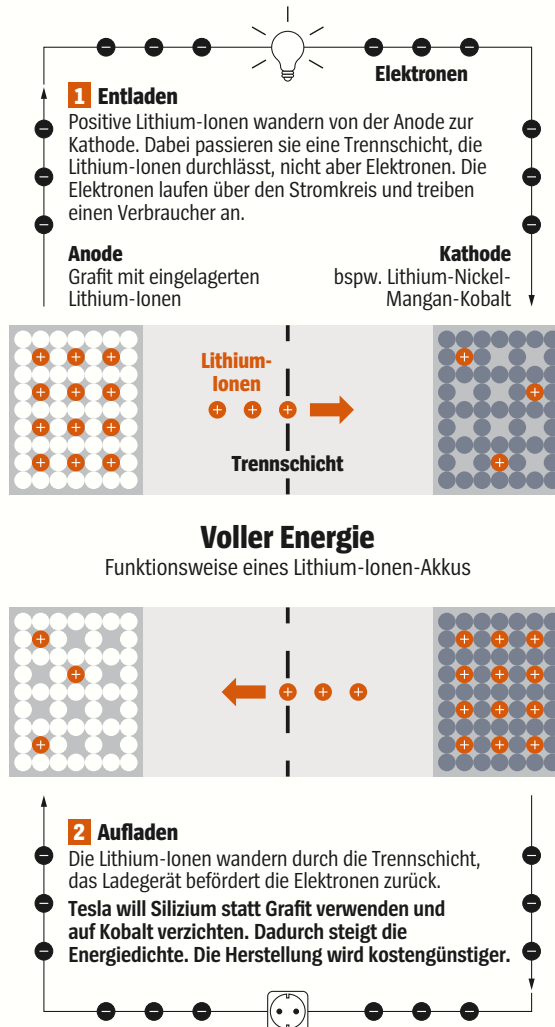
Auch beim Recycling will Tesla vorgehen. Mehr als eine halbe Tonne kann das Batteriensystem eines Tesla Model S wiegen. In den Energiespeichern verbergen sich zentnerweise wertvolle Metalle.

Die Wiederverwertung ist entscheidend, um die Folgen der künftigen Batterieschwemme auf Umwelt und Klima möglichst gering zu halten. »Eigentlich haben wir bei den Batterien sehr gute Chancen, in eine Kreislaufwirtschaft einzusteigen«, sagt Fichtner. Technisch ließen sich mehr als 90 Prozent der Stoffe recyceln. Neben dem Kobalt könnte es sich vor allem lohnen, Nickel und Kupfer wiederzugewinnen.

Von Lithium werden bislang gerade mal rund fünf Prozent recycelt. Und die gängigen Batteriestoffe sind auf der Erde höchst ungleich verteilt. Lithium kommt überwiegend aus Chile und Australien, Grafit wird zu rund 72 Prozent in China produziert, Kobalt zu mehr als der Hälfte im Kongo.

Forscher denken daher längst über Batterien nach, die ganz ohne Lithium auskommen. Gesucht werden umweltschonende und günstige Zellchemien, die auf leichter verfügbaren Elementen basieren.

Der Festkörperchemiker Fichtner ist Experte auf diesem Gebiet. POLiS heißt ein Forschungsverbund aus Ulm und Karlsruhe, Abkürzung für »Post Lithium Storage«. Fichtner will Lithium durch Natrium, Magnesium oder Kalium ersetzen. »Gerade für Batterietypen, die viel Material brauchen, ist es sinnvoller, auf nachhaltigere Stoffe zu setzen«, sagt Fichtner. Natrium sei als Teil von Salz im Meer fast unbegrenzt ver-



wird. Doch Tesla will das Problem gelöst haben. Eine »elastische Polymerschicht« stabilisiere das Material, berichtete die Firma in Fremont. Es sei kostengünstig und auf der Erde fast unbegrenzt verfügbar, und es könne neunmal mehr Lithium speichern als Grafit.

Vor allem aber setzt Tesla auf eine verbesserte Batteriezellenproduktion. Musks Fabrikpläne sind spektakulär. Wenn in großem Maßstab gelingt, was angeblich bereits in einer Pilotanlage in Fremont funktioniert, sollen sich die Investitionskosten für die firmeneigenen Batteriewerke, Terafactories genannt, um fast 70 Prozent ver-

füßbar. Magnesium finde sich im Mineral Dolomit, aus dem zum Beispiel »fast die gesamte Schwäbische Alb« bestehe.

Noch allerdings leisten die Alternativbatterien weniger als Lithium-Ionen-Akkus. Trotzdem sollen erste Natriumbatterien schon in diesem Jahr auf den Markt kommen. »Wahrscheinlich werden sie zunächst in Powertools oder in Elektrofahrrädern eingesetzt«, sagt Fichtner. Als Nächstes erhofft er sich Großbatterien zur Speicherung von Wind- und Solarenergie. Auch die Akkus in den Kellern von Wohnhäusern mit Solarpaneelen auf den Dächern könnten bald ohne Lithium auskommen.

Für Autos indes wird die Lithiumtechnik auf absehbare Zeit das Maß aller Dinge sein. »Die Energiedichte der aktuellen Lithiumtechnik ist dreimal so hoch wie bei heutigen Natriumbatterien«, sagt der Münsteraner Experte Winter. Und bis 2025 seien noch mal 50 Prozent mehr an Energiedichte möglich. Dass ausgerechnet Deutschland in der Batteriefertigung so blank sei, hält er für geradezu fahrlässig. Hiesige Autobauer seien bislang auf die Technologieführer aus Fernost angewiesen. Der Vorsprung der Asiaten wird von Experten auf fünf bis sieben Jahre geschätzt. »Es fällt schon auf, dass wir in Deutschland bei der Mobilität alles getan haben, um das Alte möglichst lange in die Zukunft zu retten«, sagt Winter.

Um das aufzuholen, müsse die deutsche Spitzenforschung eine Brücke zur Industrie schlagen. Der Bund und das Land NRW haben 700 Millionen Euro für den Aufbau einer Forschungsfabrik zur Verfügung gestellt. Ergebnisse aus der Grundlagenforschung sollen dort in die Serienproduktion übertragen werden. Winter sieht in der Forschungsfabrik eine große Chance: »Wenn Deutschland nur fünf bis zehn Prozent des erwarteten Gigamarkts bekommt, wäre das ein Riesenerfolg.«

Ob es gelingen wird, langfristig mit Herstellern wie Tesla zu konkurrieren, ist jedoch fraglich. Die Anlaufkosten für Batteriefabriken sind gigantisch, viele deutsche Autokonzerne sind durch Corona ausgezehrt und können sich solche Investitionen gar nicht leisten. Musk indes erzielt mit Tesla einen Börsenwert, der den aller deutschen Hersteller zusammen übersteigt.

Und er rühmt sich, für die Zukunft vorzusorgen. Tesla hat sich zum Beispiel Lithiumvorkommen in Nevada gesichert, nur Stunden von der »Gigafactory« entfernt. In Nevada liege genug Lithium, um die gesamte US-Autoflotte zu elektrifizieren, berichtete Tesla in Fremont.

Für Verbrenner hat der Firmenchef nur noch Spott übrig. Er glaube nicht, dass es diese Industrie noch lange geben werde.

Ein ordentliches Hupkonzert seiner Anhänger war ihm dafür sicher. Philip Bethge

Freiheit braucht Unterstützer. Feinde hat sie schon genug.

Unsere Freiheit ist ein kostbares Gut. Die Freiheit des Einzelnen. Die Freiheit unseres Landes. Doch Freiheit ist nicht selbstverständlich. Sie muss geschützt und verteidigt werden. Daran arbeitet die Frankfurter Allgemeine mit 350 Redakteurinnen und Redakteuren im In- und Ausland. Mit unabhängigen, fundierten und nicht immer bequemen Perspektiven auf die Themen unserer Zeit. Mit unterschiedlichen Standpunkten, tiefgehenden Analysen und sachlichen Einordnungen und natürlich mit gewissenhafter Prüfung. Für die freie Meinungsbildung aller daran interessierten Leser.

Mit einem Abonnement der F.A.Z. investieren Sie in neue Blickwinkel und Denkanstöße. Sie fördern Debatten und Diskurse. Und Sie fördern unabhängigen Journalismus. Dies sind Grundpfeiler unserer Freiheit.

— Freiheit beginnt im Kopf.

Freiheit hat ihren Preis.

Jetzt die F.A.Z. abonnieren
ab 39,90 Euro/Monat —
freiheitimkopf.de

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

DER SPIEGEL

Jetzt Prämie wählen

Sichern Sie sich eine Prämie für einen neuen SPIEGEL-Leser.



JBL Flip 5 Bluetooth-Lautsprecher

Robust u. wasserdicht. Bis zu 12 Stunden Spielzeit. Maße: 181×69×74 mm. Ohne Zuzahlung.



iPad Wi-Fi 10,2" 32 GB Spacegrau

10,2"-Retina-Display, Face ID/Touch ID und bis 10 Stunden Batterielaufzeit. Zuzahlung: € 249,-.



Polar-Fitnessuhr »Ignite«

Trainingspartner mit GP, Pulsmessung, FitSpark™ und Schlafanalyse. Maße: 43×43×8,5 mm. Ohne Zuzahlung.



TechniSat DIGITRADIO 370 CD BT

DAB+/UKW-Stereoradio mit CD-Player, Audiostreaming per Bluetooth und USB-Anschluss. Mit großem Farbdisplay und Fernbedienung. Ohne Zuzahlung.



Artemide Tolomeo Micro Tavolo

Zeitlos schöne Alu-Tischleuchte, in alle Richtungen verstellbar. Länge: ca. 73 cm. Zuzahlung: € 29,-.



Wagenfeld-Tischleuchte WG 24

Aus vernickeltem Metall, Klarglas und Opalglas. Höhe: ca. 36 cm. Zuzahlung: € 179,-.



Bis zum 5.10.2020

€ 120,- Prämie

Bei Bestellung bis 5.10.2020 erhalten Sie € 120,- als Prämie. Schnell sichern!



Stand-up-Paddle-Surfboard Explorer

Allround-Board für Anfänger und Fortgeschrittene. Set mit Alupaddel und Hochdruck-Handpumpe. Maße: 320 x 76 x 15 cm. Zuzahlung: € 139,-.

Ja, ich habe geworben und wähle meine Prämie!

SPIEGEL-Vorteile

- Wertvolle **Wunschprämie** für den Werber.
- Der Werber muss selbst kein SPIEGEL-Leser sein.
- Zum Vorzugspreis: statt € 5,50 nur € 5,30 je Ausgabe inkl. Lieferung.
- Auf Wunsch das Digital-Upgrade für nur € 0,70 je Ausgabe inkl. SPIEGEL-E-Books.

Wunschprämie

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> JBL Flip 5 Lautsprecher (5847) | <input type="checkbox"/> iPad 10,2" (5843) Zzlg. € 249,- |
| <input type="checkbox"/> Polar-Fitnessuhr »Ignite« (5900) | <input type="checkbox"/> TechniSat Digitradio (5885) |
| <input type="checkbox"/> Artemide Tolomeo (4265) Zzlg. € 29,- | <input type="checkbox"/> Wagenfeld (5786) Zzlg. € 179,- |
| <input type="checkbox"/> SUP Board Explorer (5901) Zzlg. € 139,- | |
| <input type="checkbox"/> € 120,- Prämie (5010) bis 5.10.2020. Mein Konto für die Überweisung: | |

DE
IBAN

Anschrift des Werbers:

Frau
 Herr
Name, Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ Ort

Ich bin der neue SPIEGEL-Leser.

Anschrift des neuen Lesers:

Frau
 Herr
Name, Vorname

Straße, Hausnr. Geburtsdatum

PLZ Ort

Telefon (für eventuelle Rückfragen) E-Mail (für eventuelle Rückfragen)

Gleich mitbestellen!

Ja, ich möchte zusätzlich das Digital-Upgrade für nur € 0,70 pro Ausgabe beziehen statt für € 4,99 im Einzelkauf. SD20-015

Ja, ich wünsche unverbindliche Angebote des SPIEGEL-Verlags und der manager magazin Verlagsgesellschaft (zu Zeitschriften, Büchern, Abonnements, Onlineprodukten und Veranstaltungen) per Telefon und/oder E-Mail. Mein Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen.

Der neue Abonnent liest den SPIEGEL für zunächst 52 Ausgaben für zurzeit € 5,30 pro Ausgabe statt € 5,50 im Einzelkauf, das Digital-Upgrade zusätzlich für € 0,70 pro Ausgabe. Das Abonnement verlängert sich automatisch und ist dann jederzeit zur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar.

Ich zahle bequem per **SEPA-Lastschrift*** vierteljährlich € 68,90, Digital-Upgrade halbjährlich € 18,20

DE
IBAN

Datum Unterschrift des neuen Lesers SP20-101-WT127



Coupon ausfüllen und senden an:
DER SPIEGEL, Kunden-Service, 20637 Hamburg



040 3007-2700



abo.spiegel.de/p20

Der Werber erhält die Prämie ca. vier Wochen nach Zahlungseingang des Abonnementbetrags. Der Vorzugspreis von € 0,70 für das Digital-Upgrade gilt nur in Verbindung mit einem laufenden Bezug der Printausgabe, enthalten sind € 0,60 für das E-Paper. Alle Preise inklusive MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland. Hinweise zu AGB, Datenschutz und Widerrufsrecht: www.spiegel.de/agb. SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon: 040 3007-2700, E-Mail: aboservice@spiegel.de

* **SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige den Verlag, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Verlag auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.



Bootsflüchtlinge im Mittelmeer 2017

Chris McGrath / Getty Images

Wunden im Kopf

Psychiatrie Auf dem Weg nach Deutschland erleiden junge Flüchtlinge unerträgliche Schrecken. Welchen Schaden nimmt dabei ihre Seele? Eine Göttinger Studie suchte nach Antworten.

Das Grauen ruht im Keller in 23 karmintrotten Aktenordnern. Folter und Messerstiche, Zwangsprostitution und sexuelle Gewalt, Verbrennungen, Stromschläge und Hiebe, Explosionen, abgeschlagene Köpfe und viel Blut: Kaum etwas, das ein Mensch dem anderen antun kann, bleibt ausgespart in den Fallschilderungen, die Martin Begemann säuberlich abgeheftet im Archiv seiner psychiatrischen Ambulanz in Göttingen verwahrt. Auch Kannibalismus findet Erwähnung.

Begemann ist Psychiater, im Verlauf von zwei Jahren hat er die Lebens- und Leidensgeschichten von 133 jungen Flüchtlingen zusammengetragen, die aus Afghanistan, dem Jemen, Syrien, dem Irak, Somalia oder Nigeria nach Deutschland gekommen sind. Akribisch hat Begemann ihre Routen kartiert. Er hat die Narben auf ihren Körpern vermessen. Er hat sie nach ihren Ängsten befragt. Und er hat ihre Erzählung, vorgetragen in stockendem Englisch oder gebrochenem Deutsch, auf Video festgehalten. Begemann hat nicht gut geschlafen in diesen zwei Jahren.

Begemann forscht am Göttinger Max-Planck-Institut für experimentelle Medizin. Sein Ziel war es herauszufinden, in welcher Weise traumatische Erfahrungen das Leben beeinflussen. Und bei kaum einer Klientel lässt sich dies besser studieren als bei Jugendlichen, die die Schrecken einer Flucht nach Europa hinter sich haben.

Monate-, oft jahrelange Torturen – niemand könnte ernsthaft in Zweifel ziehen, dass so etwas Spuren in der Seele hinterlässt. Doch wie genau sehen sie aus? Leiden junge Frauen, die vergewaltigt wurden, dauerhaft unter Depressionen? Werden Gefolterte ihrerseits zu Gewalttätern? Und was für psychische Narben hinterlässt es, wenn ein Sechsjähriger sieht, wie seine Eltern ermordet werden?

Um solchen Fragen nachzugehen, ist das Göttinger Max-Planck-Institut der richtige Ort. Im Zentrum des Interesses steht hier das Gehirn. Doch richtet die Studienleiterin Hannelore Ehrenreich ihren Blick dabei nicht, wie die Mehrzahl der Kollegen, allein auf die Gene. »Wir müssen auch die vielfältigen Einflüsse der Um-

welt erfassen«, sagt sie. Besonders während der Pubertät gilt das sich entwickelnde Gehirn als gefährdet.

Traumatische Erlebnisse in dieser Phase können lebenslange psychische Störungen nach sich ziehen. Zur Risikogruppe gehören damit gerade jene »umF« (unbegleitete minderjährige Flüchtlinge), um deren Aufnahme derzeit die Länder Europas verhandeln.

Die Aufgabe, die Begemann sich vorgenommen hatte, war gewaltig. Denn es ist kaum möglich, in den erschütternden Flüchtlingsbiografien das undurchsichtige Geflecht von Ursache und Wirkung zu entwirren.

Zur Orientierung stützen sich Begemann und Ehrenreich auf frühere Studien, in denen sie den Ursachen von psychischen Störungen, aber auch von aggressivem oder kriminellem Verhalten nachgespürt haben. Die Göttinger Max-Planck-Forscher haben eine umfangliche Datenbank angelegt, in der sie möglichst vielfältige Details aus der Lebenswelt psychiatrischer Patienten erfasst haben und nun nach auffälligen Zusammenhängen suchen können.

Das erlaubte es ihnen, verschiedene Risiken zu identifizieren, die seelische Fehlentwicklungen von Jugendlichen befördern. Sexueller Missbrauch zählt ebenso dazu wie körperliche Gewalterfahrung.

Andere Faktoren üben ihre Wirkung versteckter aus. So können Cannabiskonsum oder die Reizüberflutung in einer

Großstadt die seelische Gesundheit gefährden. Aber auch Migration weist die Statistik als schädlichen Einfluss aus.

Jeder einzelne dieser Faktoren hat eine geringe Wirkung. Dramatisch wird der Effekt aber, wenn mehrere schädliche Einflüsse zusammenkommen. Die Forscher sprechen von »Risikoakkumulation«. »Entscheidend ist weniger, welchen Risiken Sie ausgesetzt sind, sondern vielmehr, wie viele es sind«, erklärt Ehrenreich. »Der Mix gibt den Ausschlag.«

Das weckte das Interesse der Forscher an Flüchtlingen, denn bei ihnen erwarteten sie, auf einen besonders ungünstigen Cocktail von Risikofaktoren zu stoßen. Als Begemann vor zweieinhalb Jahren eher zufällig mit Betreuern in Göttingen ins Gespräch kam, ergriff er die Gelegenheit. Er ließ sich weitervermitteln zu Wohngruppen und Heimen in Bad Fallingb., Heiligenstadt, Mühlendorf am Inn. In insgesamt neun deutschen Einrichtungen führte er Interviews.

Begemann war nicht vorbereitet auf die Exkursion in die Abgründe menschlicher Erfahrung, die ihm nun bevorstand. Niemand habe bisher die Schicksale junger Flüchtlinge mit dieser Gründlichkeit erfasst, sagt er.

Er musste alles lernen über den Menschenhandel in der Sahara, über die Kinderprostitution in Iran und Zentralasien, über die Foltermethoden in syrischen Gefängnissen. Er ließ sich erzählen, wie die Schergen in Libyen Geld von Eltern erpressen, indem sie deren Kinder quälen; wie viele Freier ein nigerianisches Mädchen bedienen muss, um sich die Flucht bis ans Mittelmeer zu verdienen; welchen Gefahren die schutzlosen Flüchtlinge auf dem Weg zu den Hafencities des Jemen ausgesetzt sind.

Begemann filmte den Bericht des jungen Afghanen Morteza Hassani, der als Junge miterlebt hatte, wie sein Vater von den Taliban geköpft wurde. Eine junge Frau aus Nigeria schilderte ihm, wie sie floh, um einer Genitalbeschneidung zu entkommen, nachdem zwei ihrer Schwestern zuvor bei dieser Prozedur verblutet waren. Ein jugendlicher Syrer, der von Assad-Soldaten als vermeintlicher IS-Anhänger inhaftiert worden war, erzählte von den Vergewaltigungen durch die Mithäftlinge.

Penibel hat Begemann jede der Flüchtlingsstories mit einer Karte versehen, auf der er alle Stationen des Weges nach Deutschland vermerkt hat. Wie an einer Halteleine hangelt er sich entlang dieser Routen durch das Grauen.

Die Geografie, sagt er, strukturiere für ihn das Trauma. Wenn er von den Schleuserbussen durch die Sahara, von den Pfaden durch das iranisch-türkische Grenzgebirge oder von der Vermittlung von Bootstouren übers Mittelmeer doziert,

dann mutet es an wie der verzweifelte Versuch, Ordnung in das Unbegreifliche zu bekommen.

Gleichzeitig bieten Begemann die Ortsnamen eine Handhabe, um die Plausibilität der Erzählungen zu prüfen. Einiges hat die Erinnerung verzerrt; und natürlich haben manche der Flüchtlinge im Zuge der Asylanhörungen gelernt, ihre Erlebnisse möglichst drastisch auszumalen.

Begemann hat, so gut es eben ging, versucht, Wahrheit und Übertreibung voneinander zu trennen. Es half ihm dabei, dass er all seine Gesprächspartner auch körperlich untersuchte.

Je mehr Schrecken auf der Flucht, desto schwerer die psychischen Störungen.

»10 Zentimeter, parasternal, an einem Ende gegabelt«, hat er neben dem Foto einer Narbe auf der spärlich behaarten Brust eines Syrers vermerkt. »Das war ein Gewehrkolben«, erklärt Begemann. Er weiß inzwischen, wie die kreisrunden Male aussehen, die glühende Zigaretten hinterlassen, und wie die eher diffusen Verbrennungen, die bei Stromschlägen entstehen. Er zeigt das Foto der vernarbten Unterschenkel eines Nigerianers: »Das stammt von der Explosion eines Munitionslagers«, erklärt er.

Trotz aller Bemühungen um Sorgfalt ist klar: Begemanns Traumareport kann allenfalls ein Anfang sein. Eigentlich müsste er die Entwicklung seiner Probanden langfristig verfolgen. Doch das wird nicht möglich sein: Der Kontakt zu rund einem

Drittel seiner Flüchtlinge ist bereits abgerissen. Außerdem fehlt für eine gründliche Follow-up-Studie das Geld.

Ein paar Resultate immerhin kann Begemann vorweisen. Sie reichen für einen Artikel im Fachblatt »Nature«, denn es handelt sich um einen ersten, wenngleich noch vagen Einblick in die Dynamik der seelischen Verletzung von jungen Menschen auf der Flucht.

Begemann hat alle Befragten auch psychiatrisch begutachtet. Er hat sie nach Ängsten und Zwangshandlungen, nach Schlafstörungen, Depressionen und Selbstmordgedanken befragt. Er konnte so die Hypothese der Risikoakkumulation bestätigen: Je mehr Schrecken im Verlaufe der Flucht zusammengekommen waren, desto schwerer die nachweisbaren psychischen Störungen.

Bei vier der Interviewten diagnostizierte Begemann psychotische Symptome. »Einer der afghanischen Flüchtlinge zum Beispiel war mehrmals tötlich geworden, weil er es als beleidigend empfand, wenn sich jemand an der Brust kratzte.« Der junge Mann hielt dies für ein verstecktes Zeichen, dass man ihm homosexuelle Neigungen unterstelle.

In Fällen wie diesem vermittelte Begemann eine psychiatrische Betreuung, und er verfasste Gutachten, die im Asylverfahren Schutz vor der Abschiebung bieten sollen. »Ich fühle mich diesen Menschen gegenüber verpflichtet«, sagt Begemann.

Ansonsten bleiben Strichlisten und Balkendiagramme, mit denen der Psychiater versucht hat, ein bisschen Ordnung in den seelischen Wirrwarr von Flüchtlingsseelen zu bringen. Und 23 karminrote Aktenordner, die nun in einem Göttinger Keller verstauben werden. Johann Grolle



Matthias Schmiedel / DER SPIEGEL



Insa Hagemann / DER SPIEGEL

Proband Hassani, Psychiater Begemann: Exkursion in die Abgründe menschlicher Erfahrung

Die doppelte Epidemie

Medizin Im kommenden Winter wird sich nicht nur Covid-19, sondern auch die Grippe in Deutschland ausbreiten. Kommt es zum Kollaps des Gesundheitssystems – oder wird alles halb so schlimm?

Es gibt Winter, da braucht es gar kein neuartiges Coronavirus, um das deutsche Gesundheitssystem an den Rand der Belastbarkeit zu bringen. Mitunter reicht dafür schon eine schwere Grippewelle. »Im Winter 2017/18«, erinnert sich Christian Karagiannidis, Leitender Oberarzt der Lungenklinik Köln-Mehrheim, »da waren unsere 16 Intensivbetten über Wochen hinweg voll, da stand kein Bett auch nur eine Minute lang leer.«

Der Krankenstand unter Pflegern und Ärzten sei »extrem hoch« gewesen, viele mussten zu Hause auch noch ihre kranken Kinder pflegen. »Wenn das diesen Winter wieder passiert«, sagt Karagiannidis, »dann haben wir ein Problem.«

Die Sorge ist groß, dass am Ende zwar nicht Sars-CoV-2 allein, wohl aber eine Doppelbelastung durch Influenza und Covid-19 das Gesundheitssystem in die Knie zwingen könnte. Werden in den Wintermonaten Influenzakerne die Corona-Testzentren verstopfen? Wartezeiten überquellern und Intensivstationen am Rande der Kapazitätsgrenze operieren? Das hängt ab vom weiteren Verlauf der Corona-Pandemie – aber auch davon, wie schlimm die Grippesaison diesmal ausfällt.

Zwar ist der Blick auf die Südhalbkugel, deren Influenzamonate in unseren Sommer fallen und als eine Art Grippe-Orakel für die Nordhalbkugel gelten, beruhigend: In Australien etwa ist die Influenzasaison

in diesem Jahr fast ausgefallen – rund 21 000 laborbestätigte Grippefälle wurden dort 2020 bislang gemeldet, statt knapp 300 000 im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Doch verlassen will sich darauf niemand. »Es ist völlig unklar, ob wir in Europa viel Influenza sehen werden«, sagt Pasi Penttinen, Impfexperte des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten in Stockholm. Eine doppelte Epidemie von Influenza und Covid-19 könne so katastrophale Konsequenzen für Risikopatienten und das Gesundheitssystem als Ganzes haben, dass es entscheidend sei, sich auf diese Möglichkeit vorzubereiten.

»Es hat eine hohe Priorität, dass die Influenzazahlen niedrig gehalten werden«, sagt auch Silke Buda von der Arbeitsgemeinschaft Influenza des Robert Koch-Instituts. Im Frühjahr habe man gesehen, dass die Grippewelle abrupt endete, als sich alle an die Corona-Regeln hielten. »Das zeigt, dass diese Regeln auch gegen Influenza wirken.«

Mit Kontaktreduktion und dem Einhalten der Hygieneregeln lasse sich gegen die Grippe »sehr viel erreichen«, erklärt sie – mehr, als viele Influenza-Experten in der Vergangenheit für möglich gehalten hätten. Wie der Winter verlaufen werde, sowohl was Covid-19 als auch was die Grippe angeht, werde »sehr davon abhängen, ob die Corona-Maßnahmen eingehalten werden«, sagt Buda.

Dieser Ansicht ist auch Walter Dresch, Allgemeinmediziner aus Köln. »Es kann gut sein, dass das mit der Influenza dieses Jahr nichts wird«, sagt er. »Weil die Leute Abstand halten und sich die Hände waschen.« Allerdings haben in Australien nicht nur strenge Corona-Vorschriften dazu beigetragen, dass sich die Grippeviren kaum verbreiten konnten. Es gab auch eine umfangreiche Impfkampagne.

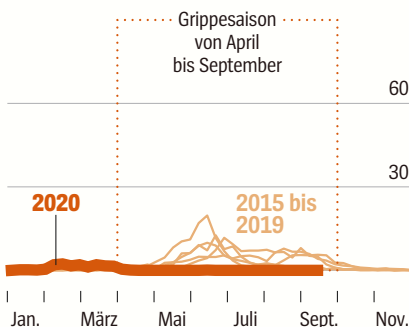
16,5 Millionen Dosen Influenza-Impfstoff, so Marylouise McLaws, WHO-Beraterin, Professorin und Expertin für Seuchenkontrolle an der University of New South Wales in Sydney, habe die australische Regierung für die etwa 26 Millionen Einwohner des Landes gekauft. Für die Besucher von Altenheimen und für Pflegekräfte habe eine Impfpflicht bestanden.

Von australischen Verhältnissen ist Deutschland allerdings weit entfernt: Rund 25 Millionen Dosen stehen hierzulande für etwa 83 Millionen Menschen bereit – mehr als sonst, aber wahrscheinlich nicht einmal genug für alle Risikopatienten. »Man brauchte eher 40 Millionen Dosen, um wirklich so viel impfen zu können, dass die Influenzazahlen in dieser Gruppe niedrig bleiben«, erklärt Anke Richter-Scheer, Hausärztin in Bad Oeynhausen und Vorstandsvorsitzende des Hausärzteverbandes Westfalen-Lippe.

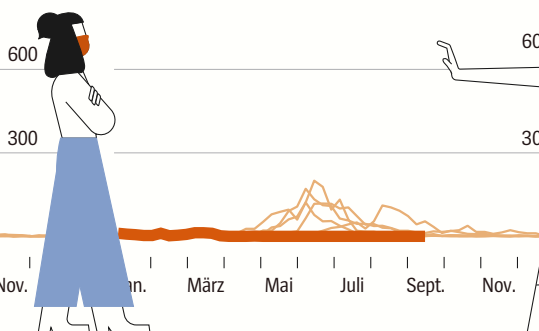
Sie sieht dem Winter mit gemischten Gefühlen entgegen: »Der Ausblick auf die nächsten Monate ist zwar kein Grund zur Panik für mich, aber wirklich gelassen

Wie in diesem Jahr die Grippesaison auf der Südhalbkugel ausfiel Gemeldete wöchentliche Grippefälle

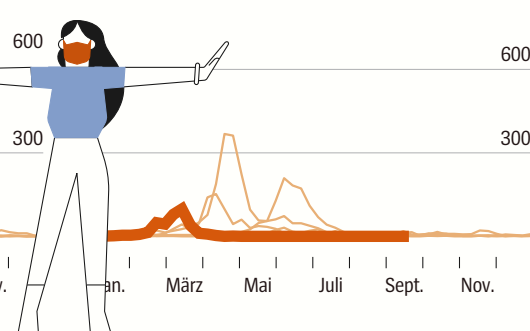
Südafrika



Paraguay



Bolivien



kann man als Hausärztin nicht bleiben.« Entscheidend sei es, die Sprechstunde so zu organisieren, dass ein infizierter Patient niemand anderen anstecken könne, egal ob mit Sars-CoV-2, einem Influenzavirus oder einem anderen Erreger. »Da haben wir durch die vergangenen Monate einiges gelernt«, sagt Richter-Scheer. »Ich hoffe, dass uns das auch nach der Pandemie erhalten bleiben wird.«

Die sogenannten Fieberambulanzen, deren Einrichtung Jens Spahn in dieser Woche ankündigte und in denen Patienten mit Zeichen einer Atemwegsinfektion außerhalb der Hausarztpraxen behandelt werden sollen, hält Richter-Scheer nur im Notfall für sinnvoll: »Die Patientenversorgung sollte, wenn möglich, in den Hausarztpraxen stattfinden. Ein anonymes Behandlungszentrum möchte ich meinen Patienten nicht zumuten.«

Dass die rund 30 000 Intensivbetten in Deutschland, die sich auf etwa 42 000 aufstocken lassen, am Ende für Influenza- und Covid-19-Patienten reichen werden, halten derzeit die meisten Experten zwar für wahrscheinlich. Sicher weiß das aber niemand.

Dabei würde vermutlich weniger die Zahl der Betten zum Problem werden als ein Mangel an qualifiziertem Personal. Statistiken zufolge fehlen in deutschen Krankenhäusern mehr als 50 000 Pflegekräfte. »Wir hatten schon vor Corona einen Pflegekräftemangel, das hat sich nicht gelöst«, sagt Uwe Janssens, Präsident der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin, der als Chefarzt am St.-Antonius-Hospital in Eschweiler arbeitet.

Janssens sieht im Winter auch noch ein anderes Problem auf die Kliniken zukommen: »Die größte Herausforderung für die Kliniken ist aus meiner Sicht die Logistik«, sagt er. »Wir müssen die Covid-19-Patienten von den Influenza-Patienten trennen, damit sie sich nicht gegenseitig anstecken. Medizinisch ist das gar nicht so einfach.«

Obwohl es typische Unterschiede zwischen Grippe und Covid-19 gibt – eine Grippe beginnt zum Beispiel meist plötzlich mit hohem Fieber und schwerem Krankheitsgefühl, während es Covid-19-Patienten, die später schwer erkranken, zu Beginn oft einige Tage lang noch vergleichsweise gut geht –, führen beide Infektionen am Ende zu sehr ähnlichen Beschwerden.

»Nur anhand der Symptome lässt sich medizinisch nicht differenzieren, ob ein Patient an dem einen leidet oder an dem anderen«, sagt Janssens. »Deshalb müssen wir alle Patienten voneinander trennen, unter Quarantäne stellen und Abstriche machen. Bis Patienten und Ärzten die Ergebnisse vorliegen, dauert es aktuell häufig noch 24 bis 48 Stunden.« Schnelltests

Erkältungsviren können schützende Effekte haben. Helfen sie gegen Corona?

könnten das Problem lösen, noch aber fehlt in Deutschland die Zulassung, und so sicher wie die Laboruntersuchungen sind diese Tests auch nicht.

Doch was passiert eigentlich, wenn sich jemand gleichzeitig mit Sars-CoV-2 und einem Influenzavirus infiziert? »Dass solche parallelen oder rasch aufeinanderfolgenden Infektionen auftreten, ist nicht wirklich überraschend«, sagt Marcus Panning vom Institut für Virologie am Universitätsklinikum Freiburg. Man wisse von anderen, herkömmlichen Atemwegsviren, dass sie einen Patienten durchaus zu zweit oder dritt befallen können. »Bei einigen Kindern haben wir sogar bis zu fünf unterschiedliche Erreger nachgewiesen.«

Immerhin zeigen aber bisherige Fallberichte von Patientinnen und Patienten, die

sich zusätzlich zu einer Coronavirus-Infektion mit Grippeviren angesteckt haben, dass diese doppelten Infekte den Krankheitsverlauf keineswegs verschlimmern müssen. Möglicherweise kann eine Infektion mit einem vergleichsweise harmlosen Schnupfenvirus sogar vor einer Ansteckung mit einem Grippeerreger schützen.

Dass die Erkältungsviren diesen schützenden Effekt haben könnten, vermutete man spätestens, als die Schweinegrippe-Pandemie im Jahr 2009 in Europa stark zurückging, nachdem in mehreren Ländern die Schule nach den Sommerferien wieder startete – und Kinder sich vermehrt mit Rhinoviren infizierten.

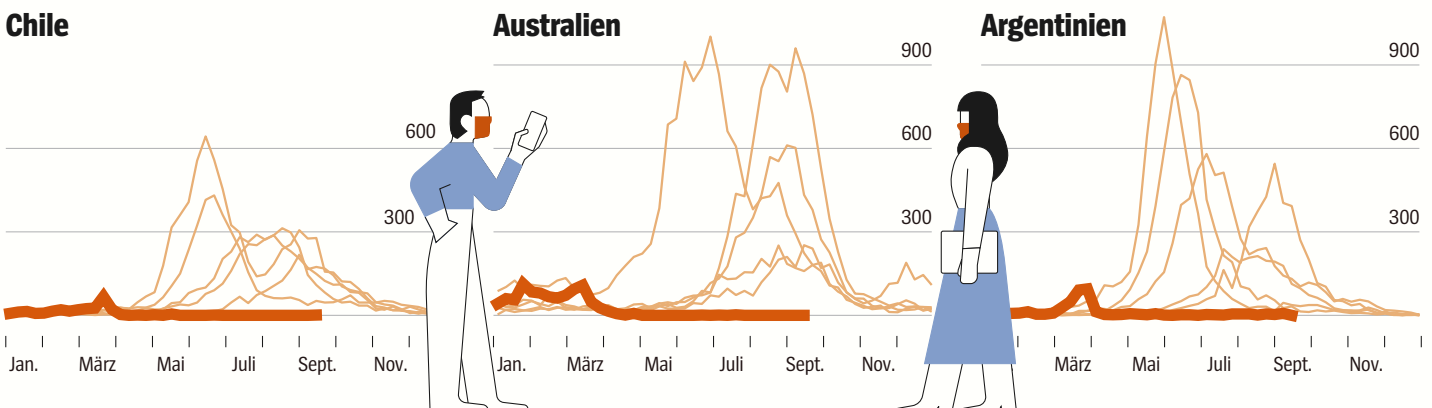
Die US-Forscherin Ellen Foxman von der Yale School of Medicine konnte gemeinsam mit ihrem Team diesen kurzfristigen Schutz mithilfe spezieller Zellkulturen auch im Labor bestätigen. Verantwortlich dafür ist demnach das sogenannte Interferon, eine im Rahmen der Immunantwort auf bakterielle und virale Infektionen vom Körper produzierte Substanz. Foxman konnte zeigen, dass der Schutz mindestens sechs Tage lang anhält.

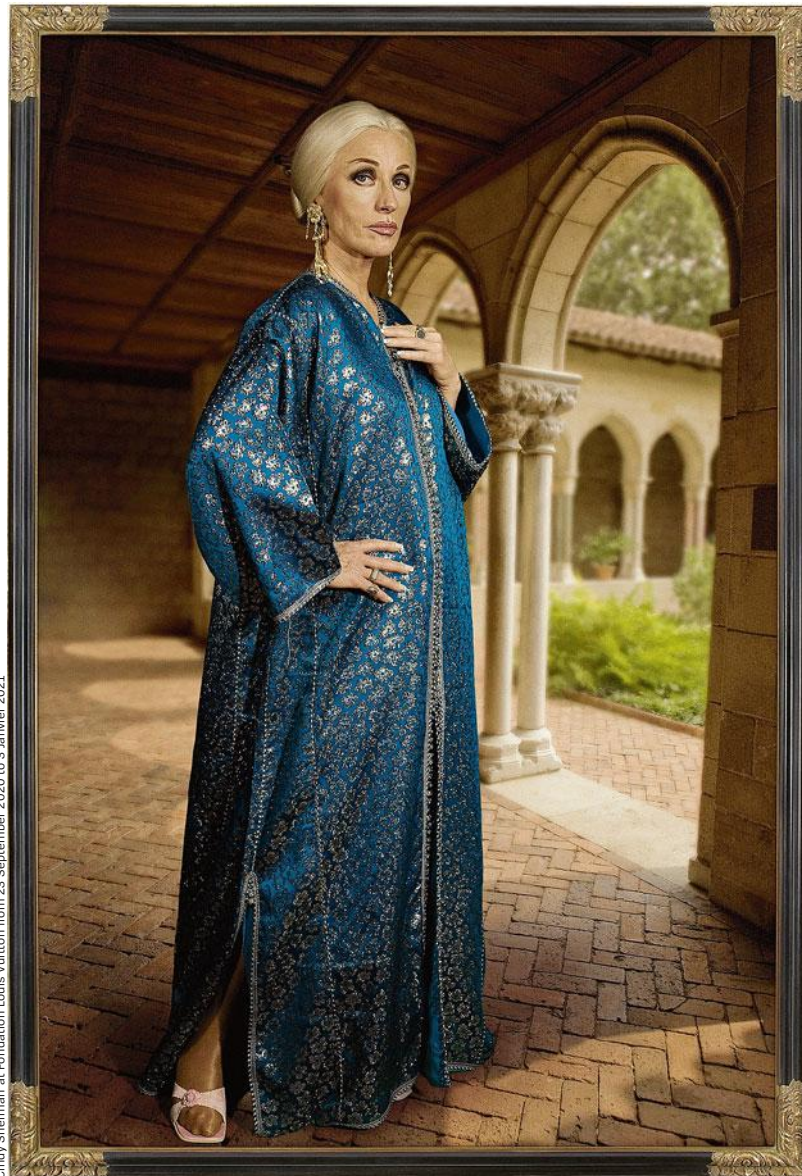
Doch kann eine Erkältung, die durch Rhinoviren verursacht wird, auch eine Coronavirus-Infektion verhindern? Macht Covid-19 weniger anfällig für die Grippe (und umgekehrt)? Leider lassen sich solche Fragen anhand von Foxmans Experiment bisher nicht beantworten. Hoffnung nährt eine Studie aus Brasilien: Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass Covid-19-Patienten, die gegen Grippe geimpft sind, seltener sterben als Ungeimpfte.

Forscherin Foxman plädiert denn auch energisch für die Grippeimpfung in diesem Jahr, nicht nur aus medizinischen Gründen: »Grippe-symptome«, sagt sie, »sind in diesem Winter sicher auch eine besondere psychische Belastung.«

Irene Berres, Veronika Hackenbroch, Nina Weber

Quelle: WHO Global Influenza Surveillance and Response System





Cindy Sherman at Fondation Louis Vuitton from 23 September 2020 to 3 January 2021

»That's me«

Retrospektiven In Paris wird die größte Ausstellung von Cindy Sherman gezeigt, die je in Europa zu sehen war.

● Am rührendsten sind die Schwarz-Weiß-Fotos aus dem Familienalbum, auf denen ein kleines Mädchen zu sehen ist. Darunter steht immer wieder »That's me«, von Hand geschrieben, dutzendfach. Ein früher Hinweis darauf, dass man doch narzisstisch veranlagt sein muss, um sein gesamtes künstlerisches Werk mit Selbstporträts zu bestreiten? Die heute 66-jährige amerikanische Fotografin Cindy Sherman würde das bestreiten. Sie hat sich immer dagegen gewehrt, ihre Fotografien als Autoporträts zu bezeichnen und es Betrachtern damit einfach zu machen: »Technisch gesehen sind sie es vielleicht, aber die Personen, die da abgebildet sind, das bin nicht ich.« Gemeinsam mit der Kuratorin Suzanne Pagé von der Fondation Louis Vuitton hat Sherman in drei Arbeitssitzungen 170 Fotografien aus den Jahren 1975 bis 2020 ausgesucht, die nun in Paris zu sehen sind – in der größten Retrospektive, die der Amerikanerin in Europa je gewidmet wurde (bis 3. Januar). Die Ausstellung beginnt mit ihrem Frühwerk, mit Serien wie »Film Stills« aus den Jahren 1977 bis 1980, in der sich Sherman mal als Brigitte Bardot, mal als Kim Novak in imaginären Kinofilmen inszeniert. Fotografien, die nichts von ihrer Relevanz eingebüßt haben, obwohl ihnen längst etwas Ikonografisches anhaftet. Es folgen Modeaufnahmen und verstörende Bilder von auseinandergeschraubten anatomischen Puppen. Erstmals zeigt sie zwei ihrer jüngsten Projekte: die Serie »Men«, in der Sherman androgyne Männer darstellt. Und eine Reihe, in der sie ihre eigenen Instagram-Fotos verfremdet. Keine Selbstporträts, sondern groteske Bilder aus einer Zeit der hemmungslosen Selbstinszenierung. BSA

Sherman-Fotografie »Untitled #466«, 2008

Videokunst Flirrende Filme

● Das Leben in der Pandemie hat Filmemacherin Hito Steyerl, 54, in einem Videoessay verarbeitet. Auf mehreren Leinwänden verbindet »Social-Sim« die Covid-19-Mathematik der Ansteckungszahlen mit Hysterie in sozialen Netzwerken und einer Simulation, in der Bewegungen von Avataren aus dem Internet heraus gesteuert werden. Aktivisten

speisen dafür antisemitische und rassistische Inhalte live in ein Programm ein, das die Informationen in Tanzschritte übersetzt. Diese neuen Videos sind Teil eines Überblicks über Steyerls meist assoziativ flirrenden Filmcollagen aus 25 Jahren (»I Will Survive«, K21 Düsseldorf, bis 10. Januar 2021). Eine so umfassende Werkschau war überfällig, denn Steyerl gilt als wichtige Stimme, wenn es um die Reflexion der gesellschaftlichen

Rollen von Kunst, Museen und des Digitalen geht. Sie hat bereits den Deutschen



Steyerl

courtesy of the artist

Pavillon der Venedig-Biennale bespielt, und im Jahr 2017 wurde sie in einem Londoner Ranking zur weltweit einflussreichsten Künstlerin gekürt. Dennoch habe sie sich ihre rebellische Haltung bewahrt, sagte Steyerl jetzt in einem Interview über sich selbst. Sie sei eben eine Frau, nicht weiß, »und noch dazu links, und zwar ziemlich« – geradezu die Zauberformel für den Erfolg im Kulturbetrieb unserer Tage. CPA



Paul (l.)

JO VOETS / WDR

Serien

»Alle Nationen zeigen ihre Spleens«

Christiane Paul, 46, spielt in »Parlament« eine machtbewusste Politikberaterin – zu sehen ab dem 29. September in der ARD-Mediathek. In Frankreich war die Serie ein großer Erfolg.

SPIEGEL: Frau Paul, die Deutschen kommen in dieser Serie ja nicht sehr gut weg, denken dauernd an den Verzehr von Würstchen.

Paul: Alle bekommen etwas ab. In dieser Serie zeigen alle Nationen ihre Marotten und Spleens, das hat mir gut gefallen. Beim Lesen des Skripts habe ich laut gelacht.

SPIEGEL: Ihre Figur, Ingeborg, hält auf der Damentoilette einen Monolog mit dem Refrain »Fuck the EU«.

Paul: Ja, da werden alle gedisst – die Franzosen, die Italiener, die Belgier, einfach alle. Sie kritisiert sich damit auch selbst und fragt: Wofür hältst du dich?

SPIEGEL: Die Politiker in »Parlament« sind schon ziemlich schräge Vögel.

Paul: Aber man versteht sie auch. Der belgische Abgeordnete hat einfach Angst, wenn er lange reden muss. Die Engländerin ist überfordert und nostalgisch. Die Figuren sind sehr lustig, aber sie werden nicht vorgeführt.

SPIEGEL: Die Serie ahmt die Vielstimmigkeit der EU nach. Sie sprechen in der Rolle Französisch, bemerkenswert gut und flüssig.

Paul: Ich hab ganz schön gekämpft, denn ich habe Französisch nie wirklich gelernt, es war meine vierte Fremdsprache. Für das Casting habe ich es mit einer Klavierlehrerin geübt, weil niemand in unserer Familie französisch spricht.

SPIEGEL: Keine Sorge, dass die Serie die Europaskepsis befördert?

Paul: Ich finde, sie ist ein Liebesgeständnis an die EU. Wir wissen zu oft gar nicht zu schätzen, was wir an Europa haben, und das Thema wird zu ernst behandelt. Wenn man lachen kann, dann macht das doch Lust auf das Europaparlament. **NM**

Literatur

Zu Herzen gehend

● Nils ist oft krank und muss tagelang mit hohem Fieber im Bett bleiben. Er ist das jüngste von vier Kindern der Familie Garanin – noch bevor er geboren wurde, haben sie ihn kleiner Stern genannt. Sein Lieblingsessen sind Pfannkuchen, außerdem mag er Pferde streicheln und Marienkäfer, und er findet die Gänse toll, mit denen Nils Holgersson davonfliegt. Als das Kranksein beginnt, ist er zwei Jahre alt. Und als ob es nicht schon schlimm genug wäre, von Ärzten die Diagnose Leukämie zu hören – Krebs, Klinik, Onkologie –, bekommt Nils irgendwann auch noch Bauchschmerzen. Sehr schlimme Bauchschmerzen, aber die Ärzte nehmen das nicht ernst. Im Juli 2015 stirbt er an einer Bauchspeicheldrüsenentzündung, da ist er drei Jahre alt. Der Verdacht, dass ein Behandlungsfehler vorlag, ist von

Anfang an da. Eine Ärztin trägt in diesem Buch den Namen »Königin Dr. Antibiotika-Aber«, ein mitleidloser Arzt heißt »Dr. Flachbart«. Die Zeichnerin und Erzählerin Melanie Garanin ist die Mutter von Nils, und sie hat über das Leben ihres Sohnes eine Graphic Novel gezeichnet und geschrieben. »Nils. Von Tod und Wut. Und von Mut« (Carlsen, 22 Euro) ist ein so zu Herzen gehendes Buch, dass man beim Lesen schlucken muss und in Gedanken die Fäuste ballt – und gerade, wenn man ganz erschöpft ist von Nils' Geschichte und der Geschichte seiner Familie, kommt ein helles, farbiges Bild oder ein Scherz, der aller Trauer trotzt. Melanie Garanin gelingt das Kunststück, die vielen widersprüchlichen Gefühle, die die Geschichte ihres Sohnes umranken, in umwerfenden Zeichnungen und sehr persönlichen Texten festzuhalten. Was für ein Werk. **CLV**



Melanie Garanin / Carlsen Verlag

Zeichnung aus »Nils. Von Tod und Wut. Und von Mut«

Biografien

WG mit Susan

● Die amerikanische Intellektuelle Susan Sontag, Essayistin, Aktivistin und Kritikerin, diente einer ganzen Generation als Vorbild für Moral und Lebensart. Nun berichtet die Schriftstellerin Sigrid Nunez, in Deutschland mit dem Bestseller »Der Freund« bekannt geworden, in »Sempre Susan«

(Aufbau, 18 Euro) aus erster Hand über ihre wechselvolle Beziehung mit der 2004 verstorbenen Sontag und zeichnet ein intimes, manchmal verstörendes Porträt. 1976 war Nunez 25 Jahre alt und wollte Schriftstellerin werden. Sie wurde der berühmten Autorin als Assistentin vermittelt. Sigrid Nunez und Susans Sohn David, der bei seiner Mutter wohnte, verliebten sich.

Nunez zog – auf Drängen von Susan – mit in die New Yorker Wohnung. Nach ungefähr anderthalb Jahren zog sie wieder aus. Das WG-Experiment ging schief, Nunez konnte und wollte sich nicht in die enge Beziehung von Mutter und Sohn einfügen. Sontags Egozentrik, ihre manchmal aggressive Art – die begnadete Beobachterin Nunez lässt in »Sempre Susan« nichts aus,

doch nie wird sie denunziatorisch, immer bleibt sie respektvoll, voller Sympathie. Ihr Buch ist eine interessante und sehr private Ergänzung zu der gerade erschienenen, Pulitzerpreisgekrönten Biografie von Benjamin Moser. Denn Nunez lässt keinen Zweifel aufkommen: Ihre Mentorin Susan Sontag, deren Leidenschaft und Energie, prägten ihr Leben. **KS**

Denkmal des toxischen Mannes

Kino Der Berliner Regisseur Oskar Roehler hat einen Fassbinder-Film über das Leben von Rainer Werner Fassbinder gemacht, der in seiner Besessenheit nichts und niemanden schonte, auch nicht sich selbst. Sind große Künstler gute Menschen? Eher nicht. *Von Lothar Gorris*

Diese Lederjacke. Diese Stiefel. Diese Sonnenbrille. Dieser Hut. Diese Hose, die sich feist über seinen Hintern spannte. Dieses Vordstadtesicht. Diese Breitbeinigkeit. Dieses Ungewaschene. Diese Zigaretten, deren Rauch er ins Gesicht der anderen blies. Diese leiernde Stimme, ihre Selbstgewissheit, ihre Arroganz. Dieses »ne?« am Ende seiner Sätze, die so klingen wollten, als wüsste er alles, könnte er alles.

Eine Zumutung von Mann. Ein Arschloch. Ein Verführer, warum auch immer. Ein Künstler, einer der ganz großen in der Geschichte dieses Landes.

42 Filme drehte Rainer Werner Fassbinder von 1969 bis 1982. In einem Jahr, 1970, machte er gleich fünf. Totaler Blödsinn darunter, na und? Tagsüber drehen, abends schreiben, nachts in die schwule Unterwelt. 13 Jahre, in denen Fassbinder das deutsche Kino neu erfand und Weltruhm erlangte.

Er war ein manisch-depressiver Menschenfänger, der ein paar verlorene junge Leute im München der Sechzigerjahre um sich sammelte, junge Leute mit »Filmfressen«, wie er das nannte, aus denen er vor der Kamera etwas herausholte, was es dort eigentlich nicht gab. Junge Leute, die er abhängig von sich machte und dafür verachtete. Männer und Frauen, die er schlug und demütigte und quälte. Auf deren Arm er Zigaretten ausdrückte. Frauen, die er heiratete oder es ihnen versprach, um sie dann zusehen zu lassen, wie er mit Männern schlief.

Eine Kommune als Traumfabrik, geführt von einem Sadisten, der zugleich ein Masochist war, weil er niemanden schonte, erst recht nicht sich selbst. Von allem zu viel. Zu viele Pläne. Zu viele Ideen. Zu viel Sehnsucht nach Liebe, zu viel Verzweiflung, Alkohol und Kokain. 1982 fanden sie ihn auf dem Bett seiner Münchner Wohnung, aus seiner Nase ein Rinnsal Blut. 37 Jahre wurde er alt. Er hatte mal gesagt, dass er mehr Filme als Lebensjahre schaffen wolle. Das ist ihm gelungen.

In diesem Mai wäre er 75 Jahre alt geworden. Eine undenkbar Vorstellung: Fassbinder als alter Mann. Der Geburtstag hätte ein Anlass sein können, mal wieder an ihn zu erinnern, an sein Werk, an sein Leben. Aber die Feier ist irgendwie ausgefallen, kaum jemand nahm Notiz. Vielleicht ist jemand wie Fassbinder in Zeiten,

in denen schon ein paar schlechte Witze, unbedachte Äußerungen oder Dummheiten Karrieren von Künstlern beenden, eine allzu komplizierte Zumutung.

Der Regisseur Oskar Roehler sucht die Zumutung, sein Leben lang schon. Drei Tage vor Fassbinders Geburtstag am 31. Mai sollte Roehlers Film über das Leben des Regisseurs in die Kinos kommen. Die Pandemie hat es verhindert. Acht Jahre lang hat Roehler daran gearbeitet, nächste Woche wird der Film endlich anlaufen. »Enfant Terrible« heißt er, ein Denkmal toxischer Männlichkeit und vor allem eine Erinnerung daran, dass Kunst und Künstler das Gift brauchen.

Roehler ist jetzt 61 Jahre alt. Einer dieser Männer, die gern als alt und weiß beschrieben werden. Ein Regisseur, der seine eigene Vergiftung zum Thema vieler seiner Filme machte. Ein Auslaufmodell, so fühlt er sich. Ein glühender Extremist, ein schwarzer Romantiker und verzweifelter Sarkastiker, der seit 25 Jahren als Regisseur arbeitet. Dessen Film »Die Unberührbare« aus dem Jahr 2000 über die letzten Jahre seiner Mutter, der Schriftstellerin Gisela Elsner, den Deutschen Filmpreis gewann. Dessen Houellebecq-Verfilmung »Elementarteilchen« mehr als 800 000 Zuschauer hatte. Der mal als der neue Fassbinder galt und sich nun im Abseits fühlt, weil die Jungen seiner Bran-

che in ihm einen Rechten sehen und alte Weggefährten vorsichtshalber nicht zurückrufen, weil es schwierig werden könnte.

In den Achtzigerjahren erwachsen zu werden heißt in Roehlers Fall: Die Eltern waren 68er und die Großeltern Nazis. Sein Vater Klaus Roehler und seine Mutter Gisela Elsner hatten sich in den Fünfzigerjahren kennengelernt, sie gehörten zur Gruppe 47, die eine neue deutsche Literatur etablieren wollte. Die beiden waren so etwas wie das Traumpaar des Betriebs. Roehler, der als Lektor arbeitete und Günter Grass' »Blechtrommel« begleitet hatte, deswegen auch der Vorname Oskar für den Sohn. Roehler, der später eine Liebelei mit Gudrun Ensslin hatte und in seiner Berliner Wohnung Geld aus den Banküberfällen der Baader-Meinhof-Gruppe versteckte. Ein Alkoholiker, der im Suff von der Zeit in der Hitlerjugend schwärmte. Elsner, die die DDR für das bessere Deutschland hielt, eine radikale Feministin, die ihre Familie verließ, als Oskar drei Jahre alt war. Die psychisch krank war und süchtig und im Fernsehen erzählte, dass sie dieses Balg habe abtreiben wollen, und 1992 aus dem Fenster sprang. Roehler und Elsner, die von ihrem Sohn nichts wissen wollten und ihn bei den Großeltern in der fränkischen Provinz unterbrachten. Großeltern, die Gartenzwerge produzierten und Nazis gewesen waren, die dem Jungen aber das gaben, was die Eltern verweigerten: Liebe.

Kurze Frage: Wer ist hier böse, wer gut? 1981 kam Oskar Roehler nach West-Berlin. Wie so viele, die es damals in die Mauerstadt spülte, war er ein autistischer, unerlöster Junge, ein Punk mit dem Hang zur Selbsterstörung. Er arbeitete in Peepshows, wo er das Sperma der Kunden von den Scheiben putzte. Das Sozialamt finanzierte ihm den Wodka und die Drogen. Er verschwand in der ewigen Nacht einer kaputten, kranken, künstlichen Stadt.

Als er nach Berlin kam, hatte er alle Fassbinder-Filme gesehen. »Ich weiß noch«, erzählt Roehler bei einem Treffen in Berlin, wo er heute noch lebt, »wie ich abends das erste Mal vor der Paris Bar stehe und durchs Fenster reinschaue. Irm Hermann ist da, Kurt Raab, Volker Spengler, Fassbinders Schauspieler, und ganz hinten, am langen Tisch, wie Jesus beim Abendmahl, Fassbinder selbst.« Er erlebte ihn dann



Milos Djuric / DER SPIEGEL

Filmemacher Roehler

»Ein Künstlertyp, der nicht mehr gewollt ist.«



Fassbinder-Darsteller Masucci: »Es muss halt ein bisschen wehtun, damit es gut wird«

immer wieder in den schwarzen Nächten von Berlin.

Im »Dschungel« zum Beispiel, einer legendären Disco in Schöneberg, wo Fassbinder und seine Jungs in ihren Ledermonstern und Mützen einmarschierten, als wären sie eine Miliz. Oben auf der Empore bekamen sie ihre Drinks, und dann standen sie dort, stundenlang, regungslos, stumm. »Alles hat sich immer um ihn herum bewegt. Diese Lässigkeit, diese dicken Eier: Ich bin eh der Geilste. Wenn ihr was wollt, müsst ihr herkommen.« Roehler suchte die Nähe zu seinem Idol, dem Außenseiter mit Weltruhm, aber er sprach nie mit ihm. »Wir waren irgendwie unschuldig und schüchtern und trauten uns nicht.«

Man kann sagen, dass Fassbinder ihn sein Leben lang begleitet hat. Nach seinen ersten Erfolgen galt er sogar selbst als neuer Fassbinder. Als er später mit Schauspielern aus dem Dunstkreis Fassbinders zusammenkam, mit Udo Kier oder Volker Spengler, ging es auch Jahrzehnte nach dessen Tod immer nur um Fassbinder und diese Storys, die erzählt wurden wie Geschichten aus dem Krieg, irgendwo zwischen Trauma und Anekdote. Weißt du noch? Damals, als Fassbinder sagte, du besorgst mir jetzt 20 Gramm Kokain, oder du drehst morgen nicht und musst Stiefel putzen.

2012 begann Roehler, mit dem Drehbuchautor Klaus Richter an einem Film über Fassbinder zu arbeiten, weil dieses Leben, diese Storys, dieser Wahnsinn erzählt werden mussten. Spätestens 2015 hätten die Dreharbeiten beginnen können. Das Budget belief sich auf rund acht Millionen Euro, 55 Drehtage waren veranschlagt.

Aber irgendetwas lief schief. Vielleicht war er naiv, aber die Finanzierung erwies sich als schwierig. Niemand schien diesen Film so richtig zu wollen. Er habe sich, sagt Roehler, gefühlt wie der Landvermesser K. in Kafkas »Schloss«, der keine Auskunft bekommt über sein Schicksal, dessen Existenz infrage gestellt, der hingehalten wird und gegen die Gummivand einer geheimnisvollen Macht läuft.

Eigentlich war der Film tot. Der Drehbuchautor Richter verstarb zwischendrin an Krebs. Roehler sagt, er habe die Schnauze voll gehabt, es sei nur seiner Agentin zu verdanken, dass im vergangenen Jahr der Dreh in einem Studio in Köln begann: 2,9 Millionen Euro, 25 Drehtage. Ein Witz. Aber das Beste, was passieren konnte. Weil es aus einem Film über Fassbinder einen Fassbinder-Film machte.

Als der Fassbinder-Darsteller Oliver Masucci zum Set kam, fühlte er sich an die »Sesamstraße« erinnert. Roehler habe aus Geldmangel den Ausstatter rausgeschmissen und stattdessen drei Sprayer engagiert, die die Bühnenbilder auf Wände sprühten. »Ich dachte, der Roehler spinnt jetzt«, sagt Masucci, der den Hitler in »Er

ist wieder da« gespielt hat, bei einem Treffen in Köln. »Bist du wahnsinnig?«

Am ersten Drehtag sei Roehler, erzählt Masucci, der Auflösung nah gewesen, im Panikmodus, aus Angst, dass ihm alles entgleite. Der Regieassistent und die anderen Idioten könnten den Film übernehmen, der Produzent ihn rausschmeißen. Als ginge es um sein Leben. Roehler schrie rum, Masucci sagt, er kenne das, er habe oft mit solchen Typen gearbeitet. »Mir macht das nichts, wenn mich einer anschreit. Ich krieg die auch wieder runter. Es muss ein bisschen wehtun, damit es gut wird.«

Proben für die Szenen? Unnötig. Zweite Takes? Quatsch. Halt die Fresse und spiel. »Wir haben einfach die Dilettantenummer gemacht«, sagt Masucci. »Es war ein Heidenpaß, entstanden aus der totalen Überforderung.« »Enfant Terrible« sei ein Meisterwerk, man müsse nur daran glauben.

Tatsächlich ist es ein grauenhaft großartiger Film, mit Kulissen wie in einer Satire, eingetaucht in die Grundfarben, die auch Fassbinders letztem Film »Querelle« seine Fremdheit gaben. Diese theaterhafte Künstlichkeit lässt eine Eindringlichkeit entste-

»Wenn du ständig Künstler mit dem Detektor überprüfst, hast du bald keine Künstler mehr.«

hen, die alles überstrahlt, das bescheuerte gesprayte Bühnenbild, die exaltierten Schauspieler. Als ob die Verrücktheit ihre Normalität zurückerhält. Was viel mit Masucci zu tun hat und der bewegungslosen Schnoddrigkeit seines Fassbinders.

»Es ist«, sagt Roehler, »ein Film über die Geschichte seiner Schuld, über seine Leichen im Keller.« Über einen Mann mit zu viel Sehnsucht und zu wenig Empathie.

Eine der schönsten und traurigsten Szenen ist die Begegnung von Fassbinder mit El Hedi ben Salem in einer Schwulensaua in Paris. Salem ist ein Berber aus Nordafrika, der als Bauarbeiter in Frankreich lebt. Die beiden haben sich gerade erst kennengelernt, sitzen nun nackt aufeinander in einer romantischen Vereinigung, und Fassbinder sagt: »You very beautiful. Come with me. I am filmmaker from Germany. And then we film.«

Fassbinder meint das so, auch wenn es absurd klingt, der Intellektuelle aus München und der Berber aus Nordafrika, den er nach Deutschland holt und der kein Wort Deutsch spricht. Er liebt ihn so sehr, dass er, so erzählt es der Film, zusammen mit Salem dessen beiden Söhne, die bei der Mutter in Afrika leben, entführt. Salem wird tatsächlich ein Star, zusammen mit Brigitte Mira spielt er in »Angst essen

Seele auf«, einem der wichtigsten Filme Fassbinders, der die Geschichte einer Putzfrau erzählt, die sich in einen viel jüngeren arabischen Gastarbeiter verliebt. Ein Film über Rassismus und eine unmögliche Liebe, der in Cannes zwei Kritikerpreise bekam. Aber Salem ist nicht glücklich. Er verfällt dem Alkohol und der Einsamkeit, er wird zu einer Belästigung für Fassbinder, bis er eines Tages verschwindet, nach einer angeblichen Messerstecherei nach Frankreich flüchtet, wo er sich in einem Gefängnis erhängt haben soll. Fassbinder hat ihn erst benutzt und dann weggeworfen. Und natürlich dachte er, es sei Liebe.

So hat Fassbinder Roulette gespielt mit dem Leben anderer Menschen. Rosa von Praunheim hat vor 20 Jahren eine Dokumentation gemacht über die Mitstreiter Fassbinders, über die kürzlich verstorbene Schauspielerin Irm Hermann, über Ingrid Caven und Hanna Schygulla, Fassbinders größten Star. Praunheim nennt sie die glücklichen Opfer des Rainer Werner Fassbinder. Frauen, die sich stark fühlten und selbstbestimmt und sich ihm trotzdem unterworfen, hörig wurden. Warum eigentlich? Weil, antwortet Hermann in der Dokumentation ohne jeden Groll, Fassbinders Traumfabrik schöner war als das Leben draußen. Es wirkt, als könne sie selbst immer noch nicht glauben, was mit ihr geschehen sei. »Er hat«, sagt Roehler, »das alles gelebt, die Drogen, diese Verlorenheit zwischen den Welten. Natürlich begriff er die Tragik derer, die das, was er mit ihnen machte, nicht überlebten und sich umbrachten. Und natürlich begriff er, was sein Anteil an Schuld daran war.« Die glücklichen Opfer und der verzweifelte Täter.

Fassbinder, das sich selbst überlassene Strafenkind, der Schulabbrecher und Autodidakt, der hässliche Verführer, hat Filme gemacht über Machtverhältnisse und Abhängigkeiten. Sein Thema sei, hat er mal gesagt, die Ausbeutung von Gefühlen, wer immer auch der Ausbeuter ist: ob es der Staat ist, der den Patriotismus seiner Bürger ausbeutet. Oder ob es in einer Beziehung ist, wenn der eine Partner den anderen kaputt macht. Fassbinder hat vor allem Filme über sich selbst gemacht.

Seine Sündenliste ist lang: die Ausbeutung und Erniedrigung seiner Leute. Die totale Rücksichtslosigkeit und Brutalität anderen gegenüber. Die Cholerik, die grenzenlos war. Diese politische Unzuverlässigkeit, weil er zwar links war, aber kein Kommunist und auch kein Sympathisant des Terrorismus. Ein Chauvinist, ein Frauenfeind, eigentlich auch homophob, und als er in Frankfurt sein Theaterstück »Der Müll, die Stadt und der Tod« aufführen wollte, über einen jüdischen Immobilienspekulanten, der die Holocaust-Schuld der Deutschen nutzt für seine Geschäfte, kam es zum Skandal, die Aufführung wurde abgesagt.

»Fassbinder«, sagt Roehler, »ist ein Künstlertyp, der heute nicht mehr gewollt ist. Diese Genialität. Dieses Scheitern an sich selbst. Die Dekadenz. Die Todessehnsucht. Das Marode von Sexualität. Die großen Filme der Siebzigerjahre ›Der letzte Tango in Paris‹, ›Das große Fressen‹, ›Die 120 Tage von Sodom‹ erzählen alle dasselbe: Das Leben ist Schmutz, Sex ist Schmutz. Das alles wäre heute ein Skandal.«

Insofern ist Roehlers Film keine Abrechnung mit einer Ikone, sondern eine Feier des Schmutzes, eine Feier des Irrsinnigen, die unausweichlich mit dem Tod enden muss, mit dem Rinnsal Blut, das aus der Nase läuft.

über politische Korrektheit, über Genderdebatten und Flüchtlingskrise.

Roehler hat immer betont, dass man unterscheiden müsse zwischen Erzähler und Autor, das Buch sei eine als Roman getarnte Kulturkritik, es stehe in der Tradition von Romanen wie »American Psycho« oder auch »Tod in Venedig«, er selbst sei weder Ausländerhasser noch Rassist noch Rechtsradikaler, aber das half nicht viel. Acht Verlage lehnten sein Buch ab.

Das Buch erschien 2017, bei seinem alten Verlag, weil Roehler mit der Überarbeitung einverstanden war. Seitdem gilt er im Kulturbetrieb als Rechter, was auch immer gleich mitmeint: womöglich ein

wunderten Schauspieler Lars Eidinger provozierte, den Bürgersohn und Bühnenstar, den Liebling des Berliner Kulturestablishments, das sich noch immer ziemlich anti fühlt, ohne es zu sein. Als Roehler sagte, er sei eher rechts als links, wirkte Eidinger ernsthaft fassungslos.

Dummerweise zog Roehler auch noch seinen Schauspieler Masucci mit rein: Der sei ja noch rechter als er. Masucci, erst verärgert, später ziemlich sauer, sagt, das sei natürlich kompletter Blödsinn. »Wie kannst du so etwas machen, du Arschloch?«

Roehler hat sich längst entschuldigt. Masucci sagt, dass sie wie ein altes schwules Ehepaar seien, das sich ständig streitet, und trotzdem: »Ich finde den Roehler lustig. Der ist lebendig. Ich mag diesen Menschen, auch in seiner stupiden Ehrlichkeit. Wenn du ständig Künstler mit dem Detektor überprüfst, hast du bald keine Künstler mehr.«

Längst schon existiert auch ein Drehbuch zu Roehlers Roman. Arbeitstitel: »8 1/4«. Was ein ziemlich guter Witz ist.

»8 1/2« heißt ein berühmter Film von Federico Fellini über einen an sich selbst zweifelnden, verkümmerten Filmregisseur, dem nichts mehr einfällt. Der Film gewann 1963 einen Oscar, ein Meisterwerk, Marcello Mastroianni spielte die Hauptrolle. Nun also Roehler als kleiner Fellini, der um Anerkennung kämpft, um Würdigung, dessen Name dort stehen sollte, wo die Großen stehen: Fellini, Orson Welles, Fassbinder.

Es soll ein Film sein über das läppische Leben eines Regisseurs, über die Zweifel, die Versuche, die Ablehnung zu kompensieren, eine Beschreibung davon, was im Kopf eines alten weißen Mannes vor sich geht, was nicht immer schön sein muss.

Roehler, ein Regisseur in der Krise. Ein Roman, ein Drehbuch über einen Regisseur in der Krise. Längst überblendet sich alles: Roman und Wirklichkeit; der Film im Film; die Fiktion, die Realität produziert.

Man kann es kurz machen: Den Film wird es in Deutschland kaum geben. Sender und Förderanstalten lehnten das Drehbuch ab. Roehler hat es inzwischen auf Englisch übersetzen lassen, in der Hoffnung, Produzenten im Ausland zu finden.

Roehlers größte Angst, größter Schrecken in der Nacht sei es, dass diese Industrie jeden Keim von Genialität und Leben und Künstlertum erstickt habe. Alle quatschten nur dasselbe. Niemand dürfe mehr aus der Reihe tanzen. Es gebe keine Funken mehr, die man entzünden könne. Das klingt fast so, als wäre der Fassbinder-Film auch ein Hilferuf. »Es ist vorbei«, sagt Roehler. »Es ist vorbei.«

Dann erzählt er, dass ihn, es ist nicht lange her, jemand anraunzte, er solle nicht so selbstmitleidig sein mit seinen 61 Jahren. »Du hast genug Geld verdient als Pseudoaggressor.« Auch nicht schön.



Regisseur Fassbinder in seiner Münchner Kommune 1970: Leichen im Keller

Oskar Roehler schreibt auch Romane. Romane, die wie viele seiner Filme auch von ihm selbst erzählen. »Selbstverfickung« heißt sein vorletztes Buch. Es beginnt mit den Sätzen: »Als Gregor Samsa eines Morgens aus unruhigen Träumen erwachte, stellte er fest, dass er nicht mehr linksliberal war. Und das war in dieser Gesellschaft schlimmer, als sich in ein Ungeziefer verwandelt zu haben.« Es geht um einen Regisseur, der noch keine 60 ist und sagt: »Früher war mein Kopf voll und mein Bankkonto leer. Heute ist es umgekehrt. Das macht die Sache nicht einfacher.«

Ein Mann in der Sinnkrise, der Bordelle besucht, nicht mehr schlafen kann, Verachtungsausbrüche bekommt, wenn er die Übertragung des Deutschen Filmpreises sieht. Der sich in eine Suada hineinsteigert

Rechtsradikaler. Im Jahr darauf kam auch noch Roehlers Verfilmung eines frühen Romans von Thor Kunkel in die Kinos. »HERRliche Zeiten« heißt der Film, eigentlich eine eher unpolitische, nur halb gelungene Satire auf ein wohlstandsverwahrlostes Vorstadtehepaar, blöderweise hatte Kunkel mittlerweile als Werber für die AfD im Bundestagswahlkampf gearbeitet.

Die »Zeit« beschrieb Roehler mal in einem Porträt »als großen Durchdreher, als Punk, Wutbürger und gekränkten Narziss mit einem zutiefst resignativen, konservativen Weltbild«, der nur sich selbst und seiner eigenen Kaputtheit verpflichtet sei, was der Wahrheit schon ein bisschen näherkommen könnte. Es half wohl auch nicht, dass Roehler in der Arte-Dokumentation »Durch die Nacht« den allseits be-



Wolfgang Paterno / picture alliance / gpa

Die Zeitmaschine

Literatur Joachim Meyerhoffs autobiografisches Schlaganfallbuch »Hamster im hinteren Stromgebiet« hat mich getröstet, belustigt und aufgeklärt, als ich selbst einen Schlaganfall hatte. *Von Cordt Schnibben*

Fünf Uhr morgens, das rechte Bein knickt weg beim Aufstehen. Auf dem Weg zur Toilette schleife ich es irgendwie mit. Der Holzboden schwankt, als wäre man auf einem Schiff.

Rettungswagen, Notaufnahme, Ärzte. Fragen, die du nicht beantworten kannst. Du wirst halb ausgezogen und verkabelt, im Bett durch Gänge geschoben. Schwindel, Übelkeit, in einem Lagerraum geparkt.

Du hast dein Handy in der Trainingshose, die letzte Verbindung zu dem Leben, das dir gerade entgleitet. Beruhig dich, wird schon. Du liest wild herum in deinen Apps, »Kicker«, SPIEGEL, Facebook, Twitter. In den vertrauten Plattformen deiner schwankenden Welt stößt du auf dieses Buch.

»Hamster im hinteren Stromgebiet«. Du kaufst es bei Amazon, das klappt auch in Panik, du fängst an zu lesen auf deinem Handy. Elfte Zeile: »Ich würde die Diagnose gerne geheim halten. Gar nicht so sehr vor den anderen, eher vor mir selbst.« Der Autor muss dich kennen, er hat dir das Buch geschickt, es spricht zu dir wie ein Seelsorger, wie ein Patient im Bett neben dir.

In den folgenden Stunden liege ich zusammengerollt im Krankenhausbett, auf die linke Seite gekippt, die hat mich nicht verlassen, und folge Joachim Meyerhoff durch die Minuten seines Schlaganfalls, durch die Stunden auf der Intensivstation,

durch die Tage im Labyrinth seines neuen Lebens. »Die Zimmerdecke erschlaffte und blähte sich mir entgegen«, schreibt Meyerhoff, und weiter: »Auf dem Schienbein eine Ameisenstraße. Links verschwand mein halbes Gesicht. Die Empfindung in Ober- und Unterlippe wurde vertikal geradezu chirurgisch durchtrennt. Es kostete alle Mühe, meinen halben Körper auf dem Stuhl zu halten.«

Als durchlebte er einen heimtückischen LSD-Trip, beschreibt Meyerhoff, Schauspieler und Autor von bisher vier Romanen, den Aufstand seines unterversorgten Hirns gegen seine Sinnesorgane.

Seine rauschhafte Sprache der Überwältigung begleitet mich auf meinen Fahrten durch die Gänge des Krankenhauses, mein Bett gleitet wie ein Floß vorbei an Betten mit verkabelten Scheintoten, die mit geschlossenen Augen darauf warten, in jenes Leben zurückzukehren, das sie kennen – Meyerhoff spricht zu uns allen. Während ich lese, stelle ich mir vor, seine Stimme würde die Gänge füllen und uns über Lautsprecher zum Weinen bringen: »War denken jetzt wie schwimmen?«, schreibt er, und »Würde ich ertrinken, wenn ich für einen Augenblick mit dem Erinnern aufgehört? Ich musste mich durch Erinnerungen wieder beleben, mir selbst eine Hirnmassage verpassen.«

Während des Wartens auf den Rettungswagen gaben die Wände ihre feste Form auf, wuchsen in- und übereinander, schmolzen und schlugen über Meyerhoff zusam-

men, verschluckten ihn. Seine Zunge steckte in einer gefühllosen Hülle, wie in einem pelzigen Präservativ – Meyerhoffs Schlaganfallprosa kippt immer wieder vom Grauen ins Groteske, wenn ihm seine Rührseligkeit auf die Nerven geht, wenn jede einzelne Minute durchs Nadelöhr muss, wenn er total erledigt ist vom Hoffenschöpfen. Längst hatte das schräge Lesen auf dem Handy meinen Hals hoffnungslos versteift – ist egal, wenn dein Bein abgetreten ist.

Während die Ärzte in mein Hirn schauen, gebe ich mir Mühe, mich an schöne Dinge zu erinnern, an meine Frau, ans Grillen im Garten, an Werders fünf zu zwei gegen Bayern, an Nächte in Saigon, vielleicht hilft es bei der Wahrheitsfindung. Ich erfahre nicht, was die Ärzte sehen, aber höre hinterher, dass ich zur genaueren Betrachtung des Tatorts in die nächste Röhre geschoben werden soll, Magnetresonanztomografie.

Meyerhoff hing bei seiner MRT-Tour fest hinter fünf Betten, Rushhour, wenn er aufrückte, schoben sich hinter ihm neue Betten heran; ich hatte nur ein Bett vor mir. Meyerhoff fuhr zu Cellomusik in die Röhre, die seine Hirnruine ausmessen sollte, während eine taktlose weibliche Stimme ihn fragte, wie man sich als Schauspieler so viel Text merken könne.

Ob ich Platzangst habe, wurde ich gefragt, während mein fixierter Kopf wie in einem Schraubstock darauf wartete, das letzte Geheimnis des Hirns preiszugeben. Nach einer Viertelstunde voller Klopf-, Bohr-, Hammer-, Alarm- und Schleiferäusche, die sich zum Sound eines Scooter-Songs formierten, ermahnte mich die ferne Stimme, weder zu lächeln noch den Kopf zu bewegen.

Wer nicht an Gott glaubt, wird nach einem Schlaganfall nach einer Verschwörungstheorie suchen, die ihm erklärt, warum es ihn erwischt hat. Meine Verschwörungstheorie, noch in den letzten Minuten in der kreischenden Röhre entwickelt, macht das Zusammenwirken von Klimawandel, Coronavirus und dem Attentat auf Rudi Dutschke verantwortlich.

Die schnelle Produktion eines SPIEGEL-Bestsellers (»Corona – Geschichte eines angekündigten Sterbens«, dtv) hat meinen Blutdruck in schwindelerregende Höhen jenseits von 220 zu 140 getrieben; die zwei heißen Wochen im August verführten mich, wegen leichter Schwindelanfälle (Blutdruck bei 90 zu 60) meinen ACE-Hemmer abzusetzen; als es kühler wurde, vergaß ich die Blutdrucksenker, und endlose Diskussionen mit uneinsichtigen Redakteuren bei der Fertigstellung eines Films über das Dutschke-Attentat trieben den Blutdruck wieder in gefährliche Höhen, ohne dass ich es merkte. So biegt man sich das hin.

Die erste schwere Erkenntnis für viele Opfer nach einem Schlaganfall: zu erken-

Joachim Meyerhoff: »Hamster im hinteren Stromgebiet«. Kiepenheuer & Witsch; 320 Seiten; 24 Euro.

nen, dass man nicht Opfer ist, sondern Täter. Die zweite Erkenntnis: zu begreifen, wovor dieser »Warnschuss« (so nennen Ärzte einen leichten Schlaganfall) eigentlich warnen soll. Meyerhoffs Freundin fragte enttäuscht, als er schon im Krankenhaus anfang, über seinen Schlaganfall zu schreiben: »Willst du wirklich schon wieder arbeiten?« Und im Netz, auf Twitter, wo sonst, muss sich Meyerhoff vorwerfen lassen, sein Buch über den Schlaganfall zeige, dass er die Botschaft des Schlaganfalls nicht verstanden habe.

Zu viel fressen, zu viel saufen, zu viel rauchen, zu viel arbeiten, zu wenig bewegen – kann zum Hirninfarkt führen. Bei mir kommt zu viel arbeiten infrage, aber was ist »zu viel«? Ist dieser Artikel schon der Beweis für meine Unbelehrbarkeit? Ein Schlaganfall wirkt wie eine Zeitmaschine, er wirft dich gleichzeitig in die Zukunft und in die Vergangenheit: Dein Körper wird schlagartig zehn Jahre älter, du musst ihn danach wieder auf das richtige Alter zurücktrainieren; dein Hirn ist, wenn du Pech hast, wieder das Hirn eines Kleinkindes, vieles ist gelöscht, was das Leben dich gelehrt hat. Mein traurigster Moment: Ich musste, auf dem Teppich sitzend, meine Frau fragen, wie man eigentlich aufsteht, wenn man auf dem Boden sitzt.

Wenn du richtig Pech hast, hat sich dein Schlaganfall dein Sprachzentrum ausgesucht. Mein Zimmerkollege in der Stroke Unit muss wieder lernen, dass ein Tisch ein Tisch ist und kein Trists, dass er zum Mittagessen keine Tomate kriegen kann, sondern nur eine Tomate, und dass es Tiere wie Stritzel, Kate und Fuder nur in seinem Hirn gibt. Er kann mit seiner Freundin per Handy nun am besten kommunizieren, indem sie ihm Sprachnachrichten schickt, die er sich dreimal anhören muss, um zu begreifen, was sie ihm sagen will. Er muss in den nächsten Monaten so viel lernen wie Rudi Dutschke damals nach den Schüssen in seinen Kopf.

Ihm, meinen Pflegerinnen und Ärzten habe ich aus Meyerhoffs Buch vorgelesen, ihnen vorgeschwärmt von Sätzen, die Licht in das Dunkel des rebellierenden Hirns bringen. Meyerhoffs Sprache ist so genau und so poetisch, dass sie Botschaften für viele bietet: Diejenigen unter den jährlich Hunderttausenden Schlaganfallpatienten in Deutschland, die es leichter erwischt als ihn, tröstet sein Buch; diejenigen, die es schwerer erwischt, lässt das Buch lachen und hoffen; und wer noch keinen Schlaganfall hatte, dem hilft es, auf langweilige Ratschläge von Ärzten zu hören.

»Hamster im hinteren Stromgebiet« sollte es auf Rezept geben.

Schnibben, Jahrgang 1952, war von 1989 bis 2018 SPIEGEL-Redakteur.

SPIEGEL TV Programm



David Wall / Getty Images

Warum ist ein Mensch böse?

SAMSTAG, 26. 9., 21.45 – 22.35 UHR, ARTE

Die Biografie des Bösen

Was lässt einen Menschen zum Serienmörder werden? Warum finden manche Gefallen daran, andere zu quälen? Liegt uns das Böse womöglich sogar in den Genen? Die Dokumentation stellt den Stand der Wissenschaft vor und widmet sich einer besonders spannenden Frage der Verhaltensforschung.

SPIEGEL TV

MONTAG, 28. 9., 23.25 – 0.00 UHR, RTL

Brennpunkt Offenbach: Schon vor Corona arm

Rekordarbeitslosigkeit, ein riesiger Schuldenberg und wachsende Kinderarmut – seit Jahren schon ist Offenbach in einer sozialen Schiefelage. Die Corona-Pandemie verschärft die Situation für viele Betroffene noch. Eine Reportage über Menschen in Not: weil sie keine Arbeit, keine Krankenversicherung oder keine Wohnung haben. Und ein Film über Menschen, die helfen.



SPIEGEL TV

Offenbacher Stadtteil Lauterborn

SPIEGEL TV WISSEN

MITTWOCH, 30. 9., 21.40 – 23.15 UHR, SKY und bei allen führenden Kabelnetzbetreibern

Gefahr im Verzug

Wenn ein Notruf bei der Spezialeinheit der Yorkshire Ambulanz eingeht, ist die Kamera dabei, dokumentiert die rasante Blaulichtfahrt, die ersten Instruktionen über Funk und schaltet auch nicht aus, wenn die Helfer mit ihrer lebensrettenden Arbeit am Ort der Katastrophe beginnen.



DRG

Notfallteam Yorkshire Ambulanz

SPIEGEL GESCHICHTE

DONNERSTAG, 1. 10., 21.50 – 22.40 UHR, SKY

Fünf U-Boote gegen Hitler

Im Frühsommer 1940 gelingt es den Armeen Nazideutschlands innerhalb weniger Wochen, Frankreich zu besiegen. Aber die Mannschaften von fünf französischen U-Booten können vor Unterzeichnung des Waffenstillstands in ihren Booten fliehen und werden später Teil der Freien Französischen Streitkräfte. Der Film erzählt die Geschichte der Boote, die im Mittelmeer ebenso eingesetzt wurden wie vor den Küsten Norwegens.

»Auf dem Aktienmarkt der Geschichte weiß man nie, was passiert«

SPIEGEL-Gespräch Am 3. Oktober jährt sich die Wiedervereinigung zum 30. Mal. Der britische Historiker Timothy Garton Ash half mit, seine Premierministerin zu überzeugen, Deutschland die Einheit zuzutrauen. Er sagt: Weiter so – und wünscht mehr Mut zur Führungsrolle.

Garton Ash hat als Schüler die deutsche Sprache und Literatur lieben gelernt. Seinem Vater war diese Zuneigung fremd, hatte der doch Großbritannien als Soldat im Krieg gegen die Deutschen verteidigt. 1978 ging Garton Ash als junger Historiker von Oxford nach West-Berlin. Er wohnte anschließend in Ost-Berlin. Und als 1989 die Mauer fiel, gehörte er zu den wenigen namhaften Briten, die sich auskannten in diesem merkwürdigen Land, das nun versuchte, wieder eins zu werden. Und weil mit dem Mauerfall der Kalte Krieg endete und damit fürs Erste auch die Epoche der großen Ideologien, schrieb er ein Buch, das bald zum Standardwerk wurde: »Ein Jahrhundert wird abgewählt«. Es waren Reportagen aus den Metropolen Mitteleuropas in den Jahren des Umbruchs. 2019 erschien das Buch erneut, ergänzt um Beobachtungen der heutigen Zeit. Der 65-Jährige lehrt Europäische Gegenwartsgeschichte in Oxford und Stanford. Für seine Verdienste um Europa erhielt er 2017 den Karlspreis.*

SPIEGEL: Herr Professor Garton Ash, Sie begleiten die deutschen Geschehnisse seit Jahrzehnten. Nun steht in einem komplizierten Jahr das 30. Jubiläum der Deutschen Einheit an. Mit welchen Gefühlen blicken Sie nach Deutschland?

Garton Ash: Erst einmal freue ich mich. Es gibt Grund genug zu feiern am 3. Oktober. Diese vereinigte Bundesrepublik ist das beste Deutschland, das wir je hatten. Deutschland steht als große Insel der Stabilität, der Liberalität und Demokratie mitten in Europa. Die Corona-Zeit bestätigt das nur wieder. Aber machen wir uns nichts vor. Wir wissen, dass die vergangenen 30 Jahre schwierig waren. Und wir wissen, dass die nächsten 30 Jahre noch sehr viel schwieriger werden.

Timothy Garton Ash: »Ein Jahrhundert wird abgewählt«. Hanser; 296 Seiten; 26 Euro.
Das Gespräch führte die Redakteurin Susanne Beyer.

SPIEGEL: Womit rechnen Sie?

Garton Ash: Die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie werden erst im nächsten Jahr überall, auch in Deutschland, spürbar sein. Dann kommt der Klimawandel auf uns zu, das aufstrebende China als leninistisch-kapitalistische Supermacht wird den ganzen Westen stark herausfordern. Die künstliche Intelligenz kostet erst mal weitere europäische Arbeitsplätze. Selbstverständlich waren auch die Jahre vor der Einheit nicht leicht. Aber die Voraussetzungen damals waren völlig andere.

SPIEGEL: Inwiefern?

Garton Ash: Zum Beispiel war noch eine Generation am Werk, bis hin zum früheren Bundeskanzler Helmut Kohl und dem großen tschechoslowakischen Präsidenten Václav Havel, die Krieg und Diktatur am eigenen Leib erlebt hatte – all das, was man das Tragische der Geschichte nennt. Die Generation derjenigen, die 89 oder danach geboren wurden, ist insgesamt in einem friedlichen und freiheitlichen Europa geboren worden. Wie gut sind



Historiker Garton Ash in Berlin
»Bestes Deutschland, das wir je hatten«

sie also gerüstet für wirklich schwierige Zeiten?

SPIEGEL: Sie selbst gehören einer Generation an, die genau zwischen den eben beschriebenen steht. Mauerfall und Einheit fielen fast in die Mitte Ihres bisherigen Lebens. Haben Sie in der Zeit vor 1989 damit gerechnet, dass es eine deutsche Einheit geben würde?

Garton Ash: Ja, aber nicht in voraussehbarer Zukunft. Ich war ja ständig zwischen beiden Teilen Deutschlands, auch Europas, unterwegs, Sie glauben nicht, wie viele Stempel ich in meinem Pass hatte. Aber hier wie dort rechnete niemand bis 1989 damit. Auch nicht meine Freunde aus der Zeit, in der ich im Prenzlauer Berg wohnte – mit einigen bin ich heute noch eng befreundet. Wir alle dachten, das dauert noch Jahrzehnte. Es gibt einen Begriff, den Sie im Deutschen vielleicht mit Glück übersetzen würden, aber das trifft es nicht ganz. Der Philosoph Niccolò Machiavelli nannte das, was ich meine, Fortuna. Glück zu haben ist das eine, aber im entscheidenden Moment zuzupacken und energisch zu handeln das andere. Das, was in Deutschland passierte, ist nicht ohne Fortuna zu erklären. Und die Deutschen unter Kohl griffen effektiv nach ihrem Glück.

SPIEGEL: Und Sie selbst waren zur Stelle.

Garton Ash: Ja. Manche meiner Studenten würden gern Ähnliches erleben: inmitten eines historischen Moments zu sein. Das ist ja für jeden Historiker ein Geschenk. Sie fragen mich dann: Wo soll ich hingehen? Und ich antworte: Auf dem Aktienmarkt der Geschichte weiß man nie, was passiert. Folgen Sie einfach Ihrem Herzen, und vielleicht haben auch Sie Glück.

SPIEGEL: Letztlich haben die Deutschen auch Ihnen die Einheit zu verdanken.

Garton Ash: Wieso?

SPIEGEL: Die britische Premierministerin Margaret Thatcher, die vor 30 Jahren als Alliierte gemeinsam mit den Präsidenten der USA und Frankreichs sowie dem



Max Kohr / PPW / telepress / PressPix

Mauerdurchbruch in Berlin im November 1989: »Es geht auch um die Ungleichheit der Achtung und des Respekts«

sowjetischen Machthaber über die Einheit zu entscheiden hatte und eigentlich dagegen war, hatte ein Seminar auf ihrem Landsitz Chequers mit Historikern berufen, die sie beraten sollten. Sie waren dabei.

Garton Ash: Ja, die eiserne Dame war eine kluge Frau. Sie hatte die gute Gewohnheit, Wissenschaftler und Intellektuelle anzuhören. Und die Teilnehmer waren gemischt, da kamen Konservative und Liberale zusammen und verschiedene Generationen. Fritz Stern musste als jüdisches Kind aus Nazideutschland fliehen, Hugh Trevor-Roper hatte als britischer Offizier gleich nach Kriegsende Nazigrößen interviewt. Gerade diese Menschen hätten allen Grund gehabt, vor einem Erstarken Deutschlands zu warnen und einen neuen deutschen Nationalismus zu befürchten, aber jeder Einzelne in diesem Seminar riet ihr mit Nachdruck, die Chance, Deutschland in Frieden und Freiheit zu einen, nicht verstreichen zu lassen.

SPIEGEL: Frau Thatcher hatte etwas anderes hören wollen.

Garton Ash: Durchaus. Aber sie hörte gut zu und sagte am Ende: »I'll be very nice to the Germans.«

SPIEGEL: Welche Lehren sollten die Deutschen in diesen Tagen des Brexits daraus ziehen, dass die Briten nett zu ihnen gewesen sind?

Garton Ash: Ob Frau Thatcher auch nach dem Chequers-Seminar so furchtbar nett

zu den Deutschen war, wage ich zu bezweifeln, aber im Ernst: Natürlich ist Deutschland durch die deutsche und europäische Einigung die Zentralmacht Europas geworden. Jetzt sind allerdings zwei Grundpfeiler der bundesdeutschen Außenpolitik unsicher geworden: der Westen, vor allem die Vereinigten Staaten, durch die Politik des US-Präsidenten Donald Trump und Europa unter anderem durch den Brexit. Bei allen Problemen und Missverständnissen war Großbritannien ein sehr wichtiger Partner für Deutschland, das darf man nicht unterschätzen, Europa hat ja funktioniert, gerade in diesem Dreieck Berlin-Paris-London. Jetzt muss es dringend strategische Überlegungen geben, wie Großbritannien trotz des Brexits so nah wie möglich an den Kontinent angebunden werden kann. Denn die EU kann die riesigen Aufgaben der Zukunft nicht allein bewältigen.

SPIEGEL: Haben Sie den Eindruck, die historische Leistung Großbritanniens würde in Deutschland angesichts des Brexits und

»Wir brauchen eine Erneuerung, wenn man so will, eine Perestrojka des Liberalismus.«

der Herausforderungen der Zukunft nicht genug gewürdigt?

Garton Ash: Nun, in diesem Jahr fielen die Feierlichkeiten zu 75 Jahre Ende des Zweiten Weltkriegs ja fast aus, aber letztes Jahr zum Jubiläum des Mauerfalls war ich in Berlin dabei und hatte schon den Eindruck, dass die Deutschen vor allem die herausragende Rolle der Amerikaner und der Sowjets, auch der Polen und Ungarn präsent vor Augen haben. Nun haben wir eine Situation, in der sich die Briten aus der EU zurückziehen und die Deutschen und Franzosen die Führung in Europa übernehmen, was auch richtig und wichtig ist. Ich sehe aber schon mit Sorge, dass dies dazu beitragen wird, die historischen Verdienste Großbritanniens immer weniger zu sehen.

SPIEGEL: Welche Verdienste sind Ihnen wichtig?

Garton Ash: Neben der einmaligen Rolle bei der Befreiung Deutschlands würde ich vor allem den Beitrag zum demokratischen Wiederaufbau in den ersten Jahrzehnten nach 1945 hervorheben. Der SPIEGEL hat ja seine Zentrale in Hamburg und wurde in Hannover gegründet, das hat seinen Grund, die Städte lagen in der britischen Zone. Die Briten haben hier – und mein Vater war als Soldat auch darunter – für den Wiederaufbau und die Neuausrichtung der Medien gesorgt, auch im

Bereich der Bildung, der demokratischen Selbstverwaltung, waren sie sogar den anderen West-Alliierten etwas voraus.

SPIEGEL: Wie sehen Sie die Entwicklung Deutschlands zunächst nach dem Krieg und dann nach der Einheit?

Garton Ash: Ich möchte Ihnen dazu eine Geschichte erzählen: Als ich 1991 an meinem Buch »Im Namen Europas« arbeitete, habe ich den damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl besucht. Wir saßen im Kanzleramt, in jener Zeit war das noch in Bonn, und Kohl sagte: »Herr Professor, ist Ihnen bewusst, dass Sie dem direkten Nachfolger von Adolf Hitler gegenüber sitzen?« Wenn ich schnell gewesen wäre, hätte ich gesagt: »Aber Herr Bundeskanzler, es gab ja noch Großadmiral Dönitz dazwischen.«

SPIEGEL: Also den Nachfolger Hitlers für die paar Tage zwischen Hitlers Selbstmord und der Befreiung Deutschlands durch die Alliierten. Was wollte Kohl Ihnen mit diesem dunklen Scherz sagen?

Garton Ash: Dass er sich seiner historischen Verantwortung bewusst ist: dass Deutschland diesmal alles anders machen sollte und wollte, nicht gegen, sondern für und mit Europa. In diesem Bewusstsein hat Kohl auch die Einheit gestaltet. Unterm Strich würde ich sagen, meine Erwartungen im Schlusskapitel meines damaligen Buches sind nicht nur erfüllt, sondern übertroffen worden. Aber wenn wir die Entwicklung Deutschlands insgesamt betrachten, dürfen wir nicht vergessen, dass Deutschland in den vergangenen 30 Jahren auch viel Glück gehabt hat.

SPIEGEL: Im Sinne Machiavellis?

Garton Ash: Schon. Es wird nicht oft genug betont, wie sehr Deutschland profitiert hat von der Einführung des Euro und auch von der Einbeziehung Ostmitteleuropas in der EU. Die deutsche Wirtschaft bekam gut ausgebildete, relativ billige Arbeitskräfte. Aber auch die Länder Ostmitteleuropas haben profitiert, dadurch, dass sie mitgezogen wurden.

SPIEGEL: Nicht alle teilen diese Sichtweise. Die AfD, die gerade im Osten Deutschlands stark ist, wurde als Anti-Euro-Partei gegründet. Heute nährt sie Zweifel an der Zukunftsfähigkeit der liberalen Demokratie und ist sich hier mit der ungarischen und polnischen Regierung einig.

Garton Ash: Wir Liberalen müssen anfangen, eine strategische Antwort auf diese Tendenzen, die ja mit Wucht und Wut vorgetragen werden, zu finden. Wir brauchen eine Erneuerung, ja wenn man so will, eine Perestroika des Liberalismus. In den Neunziger- und frühen Nullerjahren haben viele gedacht, wir hätten alles richtig gemacht, unser Begriff von Liberalismus werde sich weithin durchsetzen. Der französische Intellektuelle Pierre Hassner hat ganz früh schon, 1991, gewarnt: Jetzt, wo wir den



Kanzler Kohl, Premier Thatcher 1983

»Die eiserne Dame war eine kluge Frau«

Universalismus und den Sieg der Freiheit feiern, sollten wir nicht vergessen, welche Triebe und Sehnsüchte zum Nationalismus und Sozialismus geführt haben. Und dann nennt er diese Triebe und Sehnsüchte: die Sehnsucht nach Solidarität und Gleichheit auf der einen Seite und die Sehnsucht nach Gemeinschaft und Identität auf der anderen Seite. Das ist so wunderbar präzise zusammengefasst! Also auf diesen Gebieten müssen wir Liberalen tätig werden: Wir müssen eine liberale Politik entwickeln, die mehr Solidarität und Gleichheit und mehr Gemeinschaft und Identität berücksichtigt. Das geht nicht so schnell, da werden wir noch viel miteinander sprechen müssen.

SPIEGEL: Was hat die Liberalen davon abgehalten, ihre Einstellung damals in dem von Ihnen formulierten Sinne zu überdenken?

Garton Ash: Viele Liberale haben fast den Grundfehler des Marxismus wiederholt, indem sie glaubten, das Sein bestimme das Bewusstsein. Denken Sie an das Motto von Bill Clinton, der in den Neunzigerjahren US-Präsident gewesen ist: »It's the economy, stupid!« Das war Vulgär-Marxismus mit neoliberalen Gesicht. Dieses Denken hat die ganzen Neunzigerjahre durchzogen und auch den Aufbau Ostdeutschlands maßgeblich bestimmt. Nun hat es in Ostdeutschland, aber auch in

»Angela Merkel ist das beispielhafte Gegenteil unseres Premiers Boris Johnson.«

ganz Ostmitteleuropa wirklich großes Wachstum gegeben. Die meisten Menschen sind in absolutem Sinne heute reicher als 1990.

SPIEGEL: Ohne dass sie das im eigentlichen Sinne glücklich gemacht hat?

Garton Ash: Vergessene Weisheit: Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Letztes Jahr gab es für Sachsen zum Beispiel eine sehr interessante Umfrage: 75 Prozent sagten, ihre wirtschaftliche Lage sei gut. Und 66 Prozent stimmten der Aussage zu, Ostdeutsche seien Bürger zweiter Klasse. Es ist also ein Bewusstseinsphänomen. Und das hatten wir nicht beachtet. Es geht hier nicht nur um die Ungleichheit des Einkommens, sondern auch um die Ungleichheit der Achtung und des Respekts. Wir sehen das im ganzen mittelosteuropäischen Raum, zu dem ich Ostdeutschland jetzt mal dazuzählen würde, aber auch in Großbritannien und in den USA.

SPIEGEL: Was wünschen Sie als jahrzehntelanger Beobachter und Freund diesem Land, das nun in seiner jetzigen Form seinen 30. Geburtstag feiert?

Garton Ash: Spontan würde ich sagen: Weiter so, Deutschland. Weiter mit der Kontinuität im Guten. Aber darüber hinaus würde ich mir wünschen, dass die Deutschen ihre Führungsrolle in Europa strategischer angingen, sich größere Ziele setzten. Und dass sie verstehen, dass solche Ziele nur zu erreichen sind in einer Zusammenarbeit aller, aber wirklich aller Demokratien, also mit klassischen Ländern des Westens wie Großbritannien und den USA, aber auch weit über den klassischen transatlantischen Westen hinaus.

SPIEGEL: Sie meinen strategischer, als Angela Merkel es getan hat? Von den 30 Jahren, die Deutschland nun geeint ist, hat sie genau die Hälfte der Zeit regiert.


Garton Ash: Nun, vergleicht man Angela Merkel mit unserem britischen Premier Boris Johnson kann man nur sagen, dass sie das beispielhafte Gegenteil ist. Er regiert mit einer fatalen Mischung aus Dogmatismus und Inkompetenz. Angela Merkel mit einer Mischung aus Pragmatismus und Kompetenz. Und sie hatte viele Krisen zu bewältigen: Eurokrise, Flüchtlingskrise, nun die Pandemie. Historiker werden ihr kaum vorwerfen, was sie getan hat, denn was sie tut, macht sie gut, und das ist viel. Sie werden ihr vielleicht eher vorwerfen, was sie nicht getan hat: die Zukunft Deutschlands und Europas strategisch zukunftsorientiert genug zu gestalten. Mein Wunsch für Deutschland also? Im Sinne des früheren Bundeskanzlers Willy Brandt, der gerufen hatte »Mehr Demokratie wagen« würde der Zuruf lauten: Mehr Strategie wagen.

SPIEGEL: Herr Professor Garton Ash, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

SPIEGEL Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin »buchreport« (Daten: media control); nähere Informationen finden Sie online unter: spiegel.de/bestseller

Belletristik

- 1 (-) **Ken Follett Kingsbridge. Der Morgen einer neuen Zeit** Lübbe; 36 Euro
- 2 (1) **Joachim Meyerhoff Hamster im hinteren Stromgebiet** Kiepenheuer & Witsch; 24 Euro
- 3 (8) **Ferdinand von Schirach Gott** Luchterhand; 18 Euro


Die großen Fragen der Zeit zu diskutieren, dafür ist das Theater doch einst erfunden worden. Das Stück über ein Recht auf Suizid als Buch.
- 4 (2) **Robert Seethaler Der letzte Satz** Hanser Berlin; 19 Euro
- 5 (19) **Thomas Hettche Herzfaden** Kiepenheuer & Witsch; 24 Euro
- 6 (5) **Delia Owens Der Gesang der Flusskrebse** Hanserblau; 22 Euro
- 7 (4) **Elena Ferrante Das lügenhafte Leben der Erwachsenen** Suhrkamp; 24 Euro
- 8 (3) **Bernhard Schlink Abschiedsfarben** Diogenes; 24 Euro
- 9 (6) **Jan Weiler Die Ältern** Piper; 15 Euro
- 10 (-) **Standart Skill Voll verglitcht!** Riva; 14 Euro
- 11 (-) **Sarah J. Maas Crescent City. Wenn das Dunkel erwacht** dtv; 22 Euro
- 12 (-) **Christopher Paolini Infitum. Die Ewigkeit der Sterne** Knauer; 24 Euro
- 13 (7) **Jo Nesbø Ihr Königreich** Ullstein; 24,99 Euro
- 14 (-) **Petra Durst-Benning Die Fotografin. Die Stunde der Sehnsucht** Blanvalet; 20 Euro
- 15 (9) **Stephenie Meyer Biss zur Mitternachtssonne** Carlsen; 28 Euro
- 16 (10) **John Grisham Das Manuskript** Heyne; 22 Euro
- 17 (11) **Ursula Poznanski Cryptos** Loewe; 19,95 Euro
- 18 (14) **Renate Bergmann Dann bleiben wir eben zu Hause!** Ullstein; 8 Euro
- 19 (12) **Lisa Eckhart Omama** Zsolnay; 24 Euro
- 20 (16) **Marco Balzano Ich bleibe hier** Diogenes; 22 Euro

Sachbuch

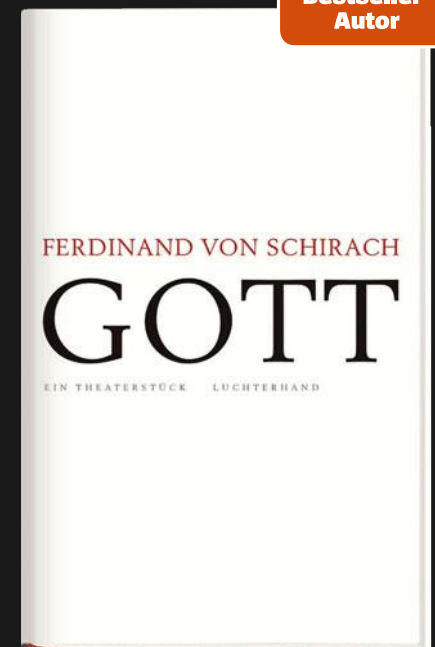
- 1 (2) **Mary L. Trump Zu viel und nie genug** Heyne; 22 Euro
- 2 (1) **Jan Böhmermann Gefolgt von niemandem, dem du folgst** Kiepenheuer & Witsch; 22 Euro


Jetzt können ihm endlich auch all diejenigen folgen, die wissen, dass Dinge erst dann wirklich wichtig sind, wenn sie als Buch erscheinen.
- 3 (13) **Manfred Lütz Neue Irre. Wir behandeln die Falschen** Kösel; 20 Euro
- 4 (7) **Maja Göpel Unsere Welt neu denken** Ullstein; 17,99 Euro
- 5 (4) **Ferdinand von Schirach / Alexander Kluge Trotzdem** Luchterhand; 8 Euro
- 6 (3) **Richard David Precht Künstliche Intelligenz und der Sinn des Lebens** Goldmann; 20 Euro
- 7 (6) **Philippa Perry Das Buch, von dem du dir wünschst, deine Eltern hätten es gelesen** Ullstein; 19,99 Euro
- 8 (5) **Thilo Sarrazin Der Staat an seinen Grenzen** LMV; 26 Euro
- 9 (-) **Ijoma Mangold Der innere Stammtisch** Rowohlt; 22 Euro
- 10 (9) **Bas Kast Der Ernährungskompass** C. Bertelsmann; 20 Euro
- 11 (-) **John Strelecky Was ich gelernt habe** dtv; 18 Euro
- 12 (-) **Achim Reichel Ich hab das Paradies gesehen** Rowohlt; 24 Euro
- 13 (-) **Wolfgang Büscher Heimkehr** Rowohlt Berlin; 22 Euro
- 14 (10) **Gabor Steingart Die unbequeme Wahrheit** Penguin; 16 Euro
- 15 (12) **Michelle Obama Becoming** Goldmann; 26 Euro
- 16 (17) **Rita Süsmuth Überlasst die Welt nicht den Wahnsinnigen** bene!; 12 Euro
- 17 (-) **Otto Kernberg / Manfred Lütz Was hilft Psychotherapie, Herr Kernberg?** Herder; 20 Euro
- 18 (-) **Alfons Kaiser Karl Lagerfeld** C. H. Beck; 26 Euro
- 19 (8) **Jürgen Kaube Hegels Welt** Rowohlt Berlin; 28 Euro
- 20 (20) **Hans-Werner Sinn Der Corona-Schock** Herder; 18 Euro

WEM GEHÖRT UNSER LEBEN?

WER ENTSCHEIDET ÜBER UNSEREN TOD?

**SPIEGEL
Bestseller-
Autor**



NACH »TERROR«
DAS NEUE
THEATERSTÜCK
VON
FERDINAND
VON SCHIRACH.

LUCHTERHAND

Es begann mit Kevin Keegan

Nostalgie Campino, der Sänger der Toten Hosen, schildert in seinem Buch »Hope Street« seine Liebe zu England und zum FC Liverpool. Ein Auszug.

Andreas Frege, der sich als Sänger der Rockband Tote Hosen Campino nennt, wurde 1962 in Düsseldorf geboren. Im Oktober erscheint sein Buch »Hope Street – Wie ich einmal englischer Meister wurde« (Piper; 22 Euro). SPIEGEL-Redakteur Philipp Oehmke hat an dem Buch mitgewirkt.

Meine Eltern waren 1965 aus Düsseldorf in die Vorstadt gezogen, in den Burscheidter Weg 101, ins Grüne, eine Doppelhaushälfte mit Garten. Hier lebten wir zu acht: meine Mutter Jennie, mein Vater Joachim, meine beiden älteren Brüder John und Mike, meine ebenfalls älteren Schwestern Judy und Maria und meine kleine Schwester Lizzie.

»Wenn man in Deutschland sechs Pferde besitzt, gilt man als vermögend. Wenn man sechs Kinder hat, ist man asozial«, sagte meine Mutter einmal. Es hatte auch noch Peter gegeben, er war der Drittlteste. Doch er starb nur wenige Monate alt 1955 an einer Lungenentzündung. So war ich nun die Nummer fünf und als jüngster Sohn so etwas wie das Lieblingskind meines Vaters.

»Andreas, willst du nicht rausgehen und mit den anderen spielen?«, rief Mummy aus dem Flur. Draußen schien die Sonne, es war Hochsommer.

»Why don't you go and enjoy the sun? It's such a shame!«

»Such a shame« waren jene Worte des Bedauerns, die ich im weiteren Verlauf meiner Jugend noch sehr häufig hören würde, und zwar immer auf Englisch. Meine Mutter lebte zwar seit 1948 in Deutschland, doch das Hin- und Herspringen zwischen den Sprachen ist sie nie losgeworden.

An jenem Tag war mir die Sonne egal. Liverpool spielte. Als amtierender Pokalsieger musste das Team gegen den damaligen Meister Leeds United antreten, unseren Erzrivalen damals. Das Spiel ging 1:1 aus (wir gewannen anschließend im Elfmeterschießen), aber ich erinnere mich vor allem daran, dass in der 60. Minute mein Held Kevin Keegan einen Faustkampf mit Billy Bremner anzettelte, einem schottischen Eisenfuß und dem Kapitän von Leeds. Beide sahen Rot, und das bei einem Benefizspiel. Dass Keegan den Platz verlassen musste, erschien mir ungerecht. Er musste seinen Grund gehabt haben, diesem Unsympath das Maul zu stopfen.

Ich war ein paar Wochen zuvor zwölf Jahre alt geworden und hatte von meinen

Eltern einen Philips-Kassettenrekorder bekommen. Der Rekorder steckte in einer schwarzen Lederhülle zum Umhängen mit eingestanzten Löchern über dem Lautsprecher. Mein ganzer Stolz aber war ein dazugehöriges Mikrofon, das ich mit einem Kabel anschließen konnte, Modell Rasender Reporter.

Mit dem Gerät hatte ich mich schnell angefreundet und schon an Hörspielen versucht, bei denen ich Autor, Tonmann, Sprecher und Regisseur in Personalunion war.



1966 als Vierjähriger mit Roller in Mettmann

Ich verfasste Detektivromane, Tierfabeln und Horrorstories, aber am besten waren, laut meiner Mutter, der ich die Werke stets zuerst präsentierte, meine Wildwest-Geschichten. In der jüngsten Episode waren zwei Indianer zu einem Wasserfall geflüchtet, verfolgt von einer Horde weißer Banditen. Diese Sequenz hatte ich bei uns im Badezimmer im ersten Stock aufgenommen. Der Hall dort, fand ich, kam dem in einem Canyon sehr nahe. Das Rauschen der Dusche gab einen perfekten Wasserfall her. Auszug aus dem Sprechtext:

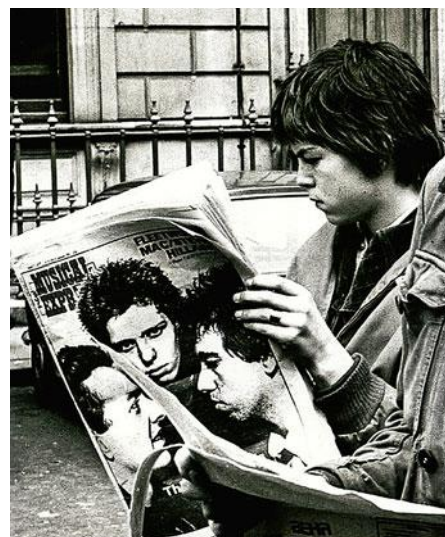
Bandit 1: »Wir werden sie umzingeln und räuchern sie dann aus!«

Bandit 2: »Okay!!«

Aber an diesem 10. August 1974 musste sich das Mikrofon ernsthaft bewähren. Seit meinem Geburtstag hatte ich geplant, bei diesem ersten Spiel der Saison 1974/75 die Fangesänge des Liverpool FC aus

dem Radio aufzunehmen. Das Spiel wurde auf BFBS übertragen, dem Radiosender für in Deutschland stationierte britische Soldaten, den meine Mutter immer hörte.

Mein Vorhaben gestaltete sich schwieriger als erwartet. Ich saß, mein externes Mikrofon aufnahmebereit, vor dem großen Radiogerät. Um Punkt 15.45 Uhr wurde live ins Wembley-Stadion geschaltet, im Hintergrund hörte ich schon den 30 000 Kehlen starken Chor der Red Army:



1977 als Jugendlicher in London mit dem »New Musical Express«

»Oh, when the Reds,
Oh, when the Reds,
Oh, when the Reds go marching in...«

Doch jedes Mal, wenn ich mit zwei Fingern gleichzeitig auf die Play- und die Recordtaste drückte, zerredete der Reporter diesen heiligen Moment. Und wenn er mal Luft holen musste, sabotierten die Leeds-Fans meine Aufnahme mit ihrem Lärm. Verstanden die alle nicht, dass hier die berühmten Shankly-Boys sangen? Der Kop Choir? Und dass ein kleiner Junge aus Metzkausen gerade seinen ersten großen Fußballmoment plante?

»We'll be coming, We'll be coming,
We'll be coming down the road,

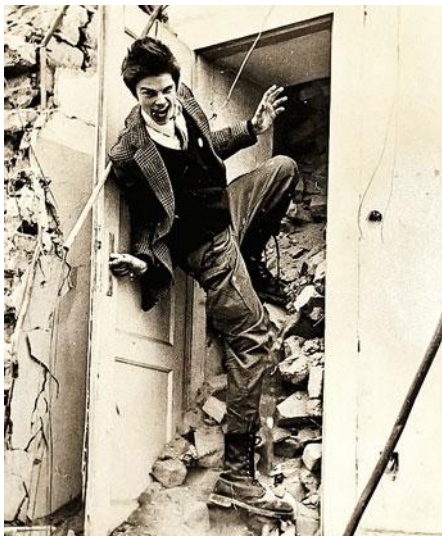
When you hear that noise of the Bill Shankly Boys, We'll be coming down the road...«

Eine störungsfreie Aufnahme gelang mir während des gesamten Spiels nicht.

Einzige Ausnahme (und für mich gewissermaßen der Trostpreis) war der Moment, als die Nationalhymne gespielt wurde und alle im Stadion gemeinsam sangen. »God Save the Queen.« Da war auch der Reporter ruhig, und ich bekam eine Gänsehaut.

Mit zwölf hatte ich mich längst entschieden. Ich fühlte mit England, vor allem im Sport. Das ging schon ein paar Jahre so. Mit England verband ich Sorglosigkeit, Freiheit, »Top of the Pops« und Rockmusik. Und vor allem keine Schule. In den Ferien ging es zu unserer Großmutter Alice, den anderen englischen Verwandten oder ins Sommerferienhaus nach Cornwall.

Am liebsten aber besuchte ich Andy und Paul, meine in etwa gleichaltrigen Cousins, die mit ihrer Mutter in Chislehurst lebten, einem Vorort von London. Ihnen verdankte ich mein ganzes Fußballwissen, denn bei ihnen lagen kistenweise »Shoot«-Ma-



1979 in New-Wave-Pose als Sänger der Tote-Hosen-Vorgängerband ZK

gazine herum, eine wöchentlich erscheinende Fußballzeitschrift mit großartigen Fotos, Berichten und Spielerporträts. Nach jeder Ankunft lag ich bald auf Andys Bett und tauchte in die neuesten Ausgaben ab.

Die Namen solcher Vereine wie Crystal Palace, West Bromwich Albion oder Queens Park Rangers klangen wie Zauberworte im Gegensatz zu Wuppertaler SV, Rot-Weiß Essen oder Hannover 96. Im Kinderzimmer von Andy und Paul hatte ich alle Zeit der Welt, für mich meinen Verein zu finden. Blackpool klang wie eine Stadt aus einem Edgar-Wallace-Film, Nottingham Forest schillerte wie Robin Hood. Und auch die Namen der Spieler: Peter Lorimer spielte für Leeds, George Best war bei Manchester United, Liverpool hatte Steve Heighway. Was für ein Name.

Der Star bei Liverpool aber war Bill Shankly, ihr Trainer. Ich lernte, dass man

in England nicht Trainer sagt, sondern Manager. Er war der Boss, und seine Mitarbeiter waren die Coaches. Der englische Manager steht auf dem Platz und sitzt auf der Bank, stellt aber, anders als der deutsche Trainer, auch den Kader zusammen. Von Shankly las ich folgende Sätze: »Einige Leute halten Fußball für einen Kampf um Leben und Tod. Ich mag diese Einstellung nicht. Ich versichere Ihnen, dass es viel ernster ist.«

So richtig verstand ich nicht, was er damit meinte, aber ich ahnte, dass es hier um etwas Großes ging. Ich beschloss, das sollte in Zukunft auch meine Einstellung zum Fußball sein.

Andy und Paul waren zwar Leeds-Fans, aber nette Kerle und sehr großzügig. Leeds kam für mich nicht infrage, und deshalb erlaubten sie mir, alle Liverpool-Fotos und Berichte auszuschneiden und mit nach



1992 an Weihnachten in seinem früheren Jugendzimmer in Mettmann

Mettmann zu nehmen. Dort klebte ich alles an die Wand meines Zimmers. Einen solchen Schatz hatte in Deutschland 1971 niemand anderes, behauptete ich. Es war schön, diese Liverpool-Welt für mich alleine zu haben.

Mein ältester Bruder John hatte wegen anhaltender Schulprobleme zur Oma nach Berlin ziehen müssen und war halbherziger Hertha-Fan geworden. Mike hatte sich für Fortuna Düsseldorf entschieden. Einmal sah ich ihn, wie er in unserer Waschküche im Keller ein Bettlaken in einen Putzeimer tunkte, den er mit roter Farbe gefüllt hatte. Doch die bei Spielwarenfant Franz gekaufte Farbe war teuer, und es reichte nur für ein Tütchen. Das etwas missglückte, lediglich blassrosa statt fortunarote Ergebnis montierte Mike an einen Besenstiel, mit dem er stolz ins Rheinstadion aufbrach. Er behauptet noch heute,

dass seine Fahne an jenem Nachmittag im Dezember 1972 der Fortuna geholfen habe, Eintracht Braunschweig 2:0 zu besiegen. Er hat sie aus nie genannten Gründen trotzdem nicht mehr zurück nach Hause gebracht; der Anblick der professionellen Fahnen und Banner um ihn herum auf den Tribünen muss ihn zu sehr eingeschüchtert haben.

Meine erste wirkliche Begegnung mit dem Liverpool FC fand am 23. Mai 1973 statt. Meine Helden kamen endlich zu mir, oder jedenfalls fast. Im nur 25 Kilometer entfernten Gladbacher Bökelbergstadion spielte Liverpool im Rückspiel des UEFA-Pokalfinales gegen Borussia Mönchengladbach.

Auch wenn ich die Spieler selbst natürlich nie zu Gesicht bekam und auch nicht zum Match durfte, begeisterte mich bereits der Anblick einer Handvoll englischer Fans. Ich sah sie am Spieltag mitten in der Düsseldorfer Innenstadt auf der Shadowstraße, fünf Gestalten mit roten Trikots, Schals und Mützen, einer trank sogar aus einer Bierdose. Sie wirkten ein bisschen verloren und mussten aus der Altstadt gekommen sein, und jetzt wollten sie wahrscheinlich zum Hauptbahnhof, um zum Spiel nach Mönchengladbach zu fahren. Meine Mutter und ich waren gerade auf dem Weg zur Bushaltestelle, es war halb vier am Nachmittag, sie hatte mich mit in die Stadt zur Bücherei genommen, danach hatten wir bei der Bäckerei Oehme Brot und Kuchen für die Woche besorgt.

Abends durfte ich das Spiel, bereits im Schlafanzug, an unserem Transistorradio auf BFBS mitverfolgen. Zu meinem Entsetzen führte Gladbach durch zwei Heynckes-Tore schon zur Halbzeit 2:0, und Liverpools mir zunächst so komfortabel erscheinener 3:0-Vorsprung aus dem Hinspiel drohte zu schmelzen. Zwei Wochen zuvor, in Liverpool, hatte Kevin Keegan ein unglaubliches Kopfballtor gemacht. Das wusste ich aus der »Rheinischen Post«, die am Morgen danach bei uns auf dem Frühstückstisch lag. Unter Keegans Foto auf der Aufmacherseite stand die Zeile: »Wie ein fliegender Fisch«.

Nun litt ich mich vor dem Radio durch die zweite Halbzeit, doch die berühmte Liverpool-Abwehr um Ian Callaghan und Tommy Smith hielt. Gladbach gewann 2:0, aber dank des Torverhältnisses bekam Liverpool trotzdem den Pokal. Ich schaltete das Radio aus, ging zu Bett und konnte die halbe Nacht nicht schlafen. Das ganze Rheinland trauerte, nur ich nicht. Das war der Moment, in dem ich wusste: Ich würde nie, nie, niemals aufhören, Liverpool-Fan zu sein! Es war vier Wochen vor meinem elften Geburtstag.

Ecstasy beim Erzfeind

Serienkritik Eine Mossad-Agentin in Iran zwischen Party und Schattenkrieg: »Teheran« soll die nächste Erfolgsproduktion aus Israel werden.

Anfang Juli meldeten die Nachrichtenagenturen eine Reihe von Explosionen in iranischen Militärbasen und Nuklearanlagen. Experten vermuten, dass der israelische Geheimdienst Mossad hinter den Attacken steckt. Kurz zuvor liefen bei einem israelischen Sender die ersten Folgen von »Teheran«, einer Serie, in der eine junge Mossad-Agentin undercover in der iranischen Hauptstadt ihren ersten großen Einsatz hat: Sie soll einen Anschlag auf ein Atomkraftwerk vorbereiten.

»Teheran« ist das jüngste Beispiel dafür, wie frappierend sich in israelischen Serien Fiktion und Realität überlagern; wie psychologische Thriller von der Konfrontation im Nahen Osten erzählen – und von den damit verbundenen Themen Identität und Loyalität.

Dafür werden die Produktionen aus Israel weltweit gefeiert, deshalb werden sie von US-amerikanischen Streamingplattformen lizenziert und kopiert. So wie die Serie »Hatufim«, die in den USA unter dem Titel »Homeland« adaptiert wurde. Oder »Fauda«, ein Hit auf Netflix.

Die Serie »Teheran«, die nun auch beim Streamingdienst Apple TV+ läuft, treibt das Konfrontationsszenario auf die Spitze: Tamar Rabinyan (Niv Sultan), eine Mossad-Agentin mit iranisch-jüdischen Wurzeln, wird unter falscher Identität in Iran eingeschleust. Das Land gilt als Erzfeind Israels, es gibt keinerlei diplomatische Verbindungen. Um in das Datennetz des Kraftwerks einzudringen, nimmt sie mit einem iranischen Hacker Kontakt auf, der in der Dissidentenszene aktiv ist. Auf dem Stützpunkt in Israel warten derweil Bomber auf das Zeichen zum nächtlichen Angriff.

Die Eröffnungsszenen sind im Stil eines paranoiden Thrillers ins Bild gesetzt: Der Flughafen von Teheran, wo Rabinyan sich als iranische Stewardess verkleidet, um ins Land zu kommen, scheint aus endlosen Gängen zu bestehen, die zu keinem Ausgang führen. Als die Agentin dann endlich in ein Taxi steigt, um zu ihrem iranischen Scheinehemann zu fahren, sieht sie eine Männerleiche an einem Kran hoch oben in der Luft über einem öffentlichen Platz hängen. Teheran ist fest in der Hand der Revolutionswächter.

Oder doch nicht? Denn bald lernt Rabinyan über den Hacker ein Iran kennen, in dem die Menschen auf illegalen Partys Ecstasy nehmen und ihre Sexualität frei ausleben, in dem die Intellektuellen freimütig über politische Theorien diskutieren. Auch wenn die Einheimischen Farsi sprechen: Teheran fühlt sich hier für die Heldin auf einmal an wie Tel Aviv.

In einem Videochat schwärmt die Hauptdarstellerin Niv Sultan davon, wie Musik, Essen und Lifestyle die Menschen miteinander verbänden und dass »Teheran« die Metropole in einem Licht zeige, wie man sie noch nie im Fernsehen gesehen habe. Über schwierigere Themen darf sie leider nicht sprechen, Apple TV+ ist da sehr strikt. Direkt vor dem Gespräch mahnt aus dem Off eine Stimme: »Keine politischen Fragen!«

Wirklich? Da erwirbt der Streamingdienst von Apple als erste ausländische Produktion eine Serie, die vom Schattenkrieg Israels im Nahen Osten handelt, aber das politische Weltgeschehen darf bei der Promotion keine Rolle spielen? Das zeigt, wie nervös die Chefs von Apple TV+ sind, deren inhaltliche Strategie im Gegensatz zu Mitbewerbern wie Netflix oder Disney noch nicht überzeugt.

Die Unruhe mag auch mit der hohen Investition in »Teheran« zu tun haben. Israelische Serien werden im internationalen Vergleich extrem billig hergestellt, in der Regel kostet eine Folge rund 200 000 Dollar, Apple TV+ aber soll für »Teheran« eine Million Dollar pro Folge für die internationalen Rechte gezahlt haben.

Die Angst davor, politisch anzuecken, zeigt einen großen Schwachpunkt der mit massiven Kapitalströmen aus den USA vorangetriebenen Streaming-Industrie. Die großen Player sind zwar darauf aus, mit brisanten Stoffen global größtmögliche Aufmerksamkeit zu erzielen und so die Konkurrenz auszustechen, zugleich scheuen sie es oft, sich zu politischen Fragen zu äußern. Stromlinienförmigkeit regiert das Streaminggeschäft.

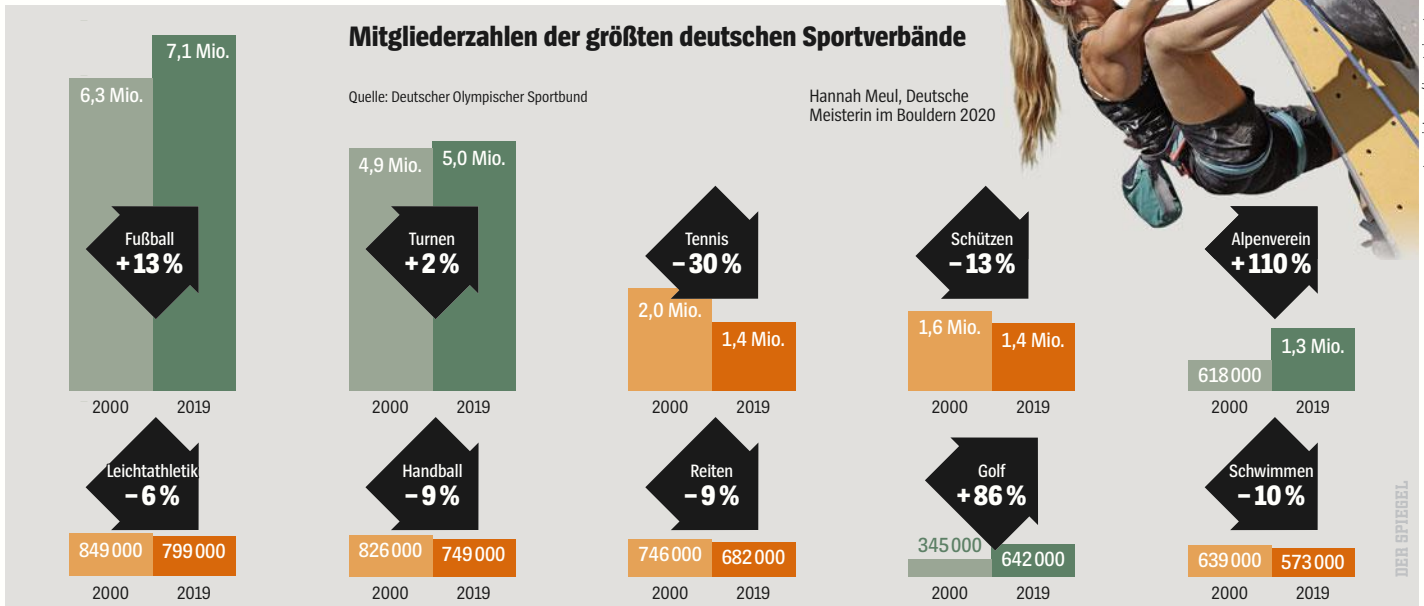
Was gerade angesichts konfliktgeladener israelischer Serien im Programm absurd wirkt. In der hochpolitischen Konfrontation dieser Geschichten liegt ja gerade ihre Besonderheit. Ideologien und Religionen treffen hier meist mit voller Wucht aufeinander. Trotzdem schafft »Teheran« eine fast utopisch anmutende Durchlässigkeit, indem sie die israelische Agentin und den iranischen Hacker in einer Liebesgeschichte vereint. Der Feind in meinem Bett: Dass psychologisch glaubhaft das menschliche Glück inmitten der politischen Grausamkeiten aufleuchtet, spricht für die Serie.

Eine zweite Staffel ist in Planung. Hoffentlich nimmt Apple TV+ nicht zu viel Einfluss. Christian Buß



Hauptdarstellerin Sultan: »Keine politischen Fragen!«

Sport



Landessportverbände befürchten, dass manchen Vereinen in diesem Jahr durch Corona bis zu zehn Prozent der Mitglieder davonlaufen. Bitter wäre diese Entwicklung besonders für Sportarten wie Tennis, Schießen oder Schwimmen, die ohnehin seit Jahren unter großem Schwund leiden. Der Boom des Alpenvereins dürfte indes weitergehen. Klettern und Wandern zählten im Sommer zu den beliebtesten Freizeitvergnügen der Deutschen.

Gut zu wissen

Wie fair sind die Bundesligisten?

● Fragen des Umweltschutzes und fairer Produktion stellen sich mittlerweile auch beim Fußball. Im Rahmen einer Umfrage der Deutschen Fußball Liga behaupteten mehr als 90 Prozent der Klubs der ersten und zweiten Bundesliga, dass ökologische Fragen für sie einen hohen Stellenwert hätten.

Doch wie wichtig ist ihnen die gesellschaftliche Verantwortung, wie halten es die Vereine etwa mit dem Fairtrade-Gedanken? Wie viel Wert legen die Bundesligisten darauf, woher ihre Produkte kommen und ob die Erzeuger gerecht entlohnt werden?

Die gemeinnützige Gesellschaft Cum Ratione aus Paderborn ist diesen Fragen auf den Grund gegangen. »Der Fußball erreicht einfach viele Menschen«, erklärt Lara Schröder, Mitautorin der Studie, deshalb gehe von ihm eine hohe Signalwirkung aus. Und das Ergebnis: Die Bundesligaklubs haben großen Nachholbedarf, bevor sie ihrem eigenem Anspruch gerecht werden.

Cum Ratione untersuchte, wie viele fair gehandelte Produkte sich im Onlineshop finden ließen, wie transparent die Lieferkette ist und wie nachvollziehbar Fairtrade-Gedanken kommuniziert werden.

Auf Platz eins des Rankings landete Union Berlin. Der Erstligist führt rund 100 fair produzierte Artikel in seinem Sortiment. Es folgen der VfB Stuttgart und Werder Bremen. Der FC Bayern hat laut



Fans von Union Berlin

Cum Ratione indes nur ein einziges fair gehandeltes Produkt im Sortiment – einen Mund-Nasen-Schutz.

21 Vereine wurden untersucht, neben den aktuellen Erstligisten auch die Absteiger Paderborn, Düsseldorf und Zweitligist St. Pauli. Acht dieser Klubs führen der Untersuchung zufolge keine einzige Fan-textilie, die als fair gehandeltes Produkt gekennzeichnet wäre.

Und das, obwohl die Vereine mittlerweile weit mehr Produkte verkaufen als Trikots und Fanschals, etwa auch Strampler, Babylätzchen oder Schnuller. 2018/19 nahmen die Bundesligisten mit Merchandising 176 Millionen Euro ein.

Die Vereine hätten aber neuerdings die Wichtigkeit des Themas erkannt und Besserung versprochen, sagt Schröder. »Wir haben ein sehr positives Feedback bekommen«, sagt sie. Es gehe auch nicht darum, mit dem Finger auf die Klubs zu zeigen, die im Ranking unten stehen. »Stattdessen wollen wir mit den Vereinen nach Lösungen suchen.« JOK



ELSP / GETTY IMAGES

Profi Hawley (l.), Spielerkollegen der Tampa Bay Buccaneers 2015: »Sobald du raus bist, behandeln sie dich wie eine kaputte Ware«

»Mein Körper ist ein Wrack«

American Football Die Klubs der National Football League liefern sich ein Wettrennen um die schwersten Athleten. Die gesundheitlichen Folgen sind fatal – vor allem nach der Karriere.

Als Joe Hawley seinen Vertrag bei den Atlanta Falcons in der National Football League (NFL) unterschrieb, hoffte er, kräftig genug zu sein für eine Position in der Offensive Line, der vordersten Angriffsreihe. Er hatte vier Jahre lang an der University of Nevada gespielt, fast täglich Eisen gestemmt und sein Gewicht auf 132 Kilo geschraubt. Bei einer Größe von 1,91 Meter.

Doch in den ersten Trainingseinheiten bei den Falcons wurde Hawley viel herumgeschubst. »Ich gehörte zu den Schwächeren im Team«, so erzählt er es. Wenn er in die Stammformation rücken wollte,

solle er ein paar Pfund zulegen, empfahlen ihm die Trainer.

Also stopfte Hawley alles in sich hinein, was das Büfett im Trainingszentrum des Klubs hergab.

Nach dem Aufstehen trank er einen Dreiviertelliter Proteinshake. Zum Frühstück lud er sich den Teller voll Schinken, Eier, Pancakes. Mittags und abends gab es Steaks, Hamburger, XXL-Pizza, zwischendurch Schokoriegel, Chips oder Sandwiches. Über den Tag verteilt konsumierte Hawley bis zu 10 000 Kalorien – etwa das Vierfache der Menge, die ein Durchschnittsmann zu sich nimmt.

Am Ende der ersten Saison vor neun Jahren brachte er knapp 143 Kilo auf die Waage. Unter seinem Trikot wölbte sich ein dicker Bauch, das vollbärtige Gesicht wirkte pausbackig. Die Coachs waren zufrieden. Hawley auch. Über die Folgen der Völlerei habe er sich keine Gedanken gemacht. »Essen gehörte zum Job.« Wenn er nicht alle zwei Stunden etwas gekaut habe, habe er sich schlecht gefühlt.

Übergewichtige Spieler sind für die NFL-Teams ein Erfolgsfaktor. In der vordersten Angriffsreihe wirken die Brecher wie ein Bollwerk, das den Quarterback vor heranstürmenden Verteidigern schützt.

Mit ihrer Blockarbeit verschaffen sie dem Spielmacher Zeit, einen Pass zu werfen oder selbst mit dem Ball loszulaufen. Je mehr sie auf den Rippen haben, desto besser.

Fußballer und Basketballer sind in den vergangenen Jahrzehnten athletischer und kräftiger geworden – durch optimierte Ernährung und effektivere Trainingsmethoden haben sie an Muskelmasse zugelegt. Aber wohl in kaum einer anderen Sportart haben Athleten so massiv zugenommen wie in der National Football League, der finanzkräftigsten Liga der Welt.

Allein in den vergangenen 30 Jahren legten NFL-Profis der Offensive Line im Schnitt etwa 17 Kilo Körpergewicht zu – das meiste davon in Form von Fett um Bauch und Hüften. 1970 wogen diese Spieler im Schnitt noch etwa 115 Kilo, heute sind es 143 Kilo.

Doch die Fettpolster bergen ein enormes Gesundheitsrisiko, sie können das Herz überfordern. »Wer nach dem Karriereende nicht gleich abspeckt, riskiert schwere Folgeschäden«, sagt der Kardiologe Aaron Baggish, der auch das NFL-Team New England Patriots betreut.

Baggish hat untersucht, welche Folgen Fettleibigkeit für die Gesundheit von Footballspielern haben kann – und mit Kollegen für eine Studie der Harvard University die Daten von rund 3500 früheren NFL-Profis ausgewertet. »Die Ergebnisse sind besorgniserregend«, sagt er.

Demnach klagte knapp ein Drittel der Befragten nach der Sportlaufbahn über chronische Schmerzen. Rund ein Viertel berichtete von Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Schlafapnoe – kurzzeitigen Atemaussetzern. Fast jeder Zehnte hatte eine Gefäßoperation hinter sich oder sogar einen Herzinfarkt oder Schlaganfall erlitten.

Besonders die bulligen Spieler der Offensive Line und deren Gegenüber in der Verteidigung leiden nach der Profilaufbahn an Diabetes oder Bluthochdruck. Ihr Risiko, an einer Herz-Kreislauf-Erkrankung zu sterben, liegt um 50 Prozent höher als bei der Allgemeinbevölkerung. Das zeigt eine Studie von Sportmedizinern aus Baltimore.

Der NFL-Verteidiger Reggie White starb im Alter von 43 Jahren an Herzversagen. Während seiner Karriere hatte er rund 136 Kilo Gewicht mit sich herumgeschleppt. Thomas Herrion, 140 Kilo schwer, erlag mit nur 23 den Folgen einer Verkalkung seiner Herzkranzgefäße.

Anfang September meldete die California University den Tod von Jamain Stephens, einem erst 20-jährigen, 161 Kilogramm schweren Verteidiger, der sich, wie seine Familie mitteilte, mit dem Coronavirus angesteckt hatte. In seiner Lunge hatte sich ein Blutgerinnsel gebildet. Über-

gewicht ist offenbar ein Risikofaktor für einen schweren Verlauf einer Covid-19-Erkrankung.

An einem Sonntagmittag im August hockt Joe Hawley, 31, am Küchentisch eines Airbnb-Apartments in Boulder, Colorado, und löffelt einen Teller Linsensuppe. Am Morgen hat er eine Stunde lang Yoga gemacht, anders komme er nicht mehr in die Gänge. Die Beine, der Rücken, die Hüfte, alles schmerze. »Der Preis für acht Jahre NFL«, sagt er am Telefon. »Mein Körper ist ein Wrack.«

Hawley sei mal ein drahtiger Teenager gewesen, der von einem Sixpack träumte, erzählt er. Doch als er mit Football begann, habe er zunehmen müssen. Schon in der Highschool habe ihn der Coach beim Krafttraining mit Erdnussbutter-Sandwiches gefüttert. »Um sicherzugehen, dass ich genug esse.«

Als Hawley ans College wechselte, wog er 113 Kilo. Zu wenig, wenn er Profi werden wolle, meinten die Coaches. Hawley stopfte Massen an Fast Food in sich

143 Kilogramm

bringen heutige Spieler der Offensive Line der NFL im Durchschnitt auf die Waage. 1970 waren es **28 Kilogramm** weniger.

Bei einer **Zunahme von 5 Kilogramm** zwischen College- und Profi-Football erhöht sich bei allen Spielern nach Ende der Karriere* das Risiko von:

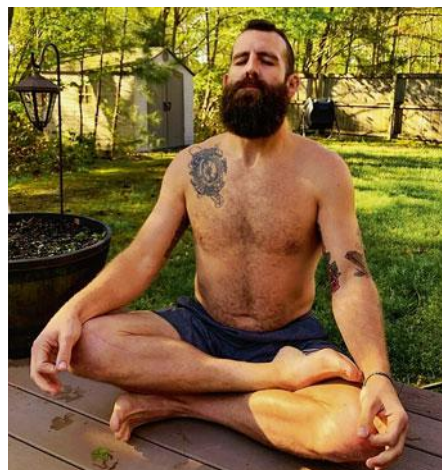
Schlafapnoe um **25 %**

Herz-Kreislauf-Erkrankungen um **14 %**

kognitiven Beeinträchtigungen um **13 %**

wie Konzentrationsstörungen oder Gedächtnisverlust

Quellen: ESPN, Harvard University; * bei weiterer Zunahme von 3 Kilo



Ex-Spieler Hawley

»Essen gehörte zum Job«

hinein, nahm in vier Jahren 19 Kilo zu. Bis man ihm in der NFL mitteilte, dass er noch immer nicht schwer genug sei. »Es gibt Typen, denen fällt es leicht, Fett anzusetzen«, sagt er, »für mich war es eine Qual.«

Jede Woche mussten Hawley und seine Teamkollegen auf die Waage, erzählt er. Wer nicht auf das vorgeschriebene Gewicht kam, zahlte Geldstrafen – in der NFL gängige Praxis. Jedes Pfund zu viel oder zu wenig kostete zwischen 250 und 1000 Dollar. Hawley wollte nicht blechen. Dafür nahm er in Kauf, dass er sich ständig »überfressen« fühlte, sagt er, »als hätte ich einen Ballon im Bauch«.

Hawley hasste sein Spiegelbild. Er vermied es, in Bars oder Klubs zu gehen, Frauen anzusprechen. Was sollten die von einem Berg Fleisch wie ihm schon wollen, habe er sich gesagt.

Gewicht aufzubauen und es zu halten ist in der NFL eine eigene Disziplin. Ehemalige Spieler berichten, wie sie sich den Wecker auf zwei Uhr morgens stellten, um einen Kohlenhydrat-Eiweiß-Shake mit 2000 Kalorien zu verdrücken. Andere würgten selbst kreierte Smoothies aus Eiern, Hüttenkäse, Bananen und Gatorade herunter. An den wenigsten ging das spurlos vorbei.

»Die NFL-Klubs liefern sich ein Wettrennen um die schwersten Athleten«, sagt Jeffrey Potteiger, Professor für Bewegungswissenschaften an der Grand Valley State University in Michigan. Die Praxis erinnere ihn an das Mästen von Nutztieren und sei schon in der Highschool gängig. Befeuert werde das von einer »gestörten amerikanischen Esskultur«, die Fast Food überall und ständig verfügbar mache.

Potteiger forscht seit zwei Jahrzehnten zum Thema Übergewicht im American Football. Er vermutet hinter der massiven Gewichtszunahme auch verbotene Substanzen wie anabole Steroide oder Wachstumshormon. »Abkürzungen zu mehr Masse in kürzerer Zeit« nennt er das, »wir werden in Zukunft noch schwerere Athleten sehen«.

Jedes Pfund, das Hawley mühsam zunahm, drückte auf die Gelenke, belastete den Knorpel seiner Knie, bis keiner mehr da war. Wenn er heute laufe, knirsche es bei jedem Schritt, sagt er.

Das Übergewicht zehrte an seinen Sehnen und Bändern, machte sie anfälliger für Verletzungen. Während seiner Laufbahn riss er sich unter anderem das Kreuzband, kugelte sich die Kniekehle aus. Beim Bankdrücken erlitt er einen Bandscheibenvorfall in der Halswirbelsäule.

Gegen die geschwollenen Gelenke schluckte Hawley Entzündungshemmer, aber die Pillen verursachten Magengeschwüre. Tagelang bekam er nichts herunter, ständig musste er sich übergeben. Haw-

ley fürchtete, Masse zu verlieren und damit seinen Job. Ein Teufelskreis.

Nach fünf Jahren NFL hatte Hawley seine Körperfülle satt. Er begann, »sauber« zu essen, was bedeutete: weniger Fleisch, dafür mehr Gemüse, Obst und Geflügel. Er nahm fast sieben Kilo ab, schlief nachts ruhiger, weil weniger Gewicht auf seine Atemwege drückte. »Ich fühlte mich voller Energie, nicht mehr so matt.«

Je mehr Gewicht er verlor, desto weniger wertvoll wurde er für seinen Arbeitgeber. Vor dem letzten Jahr seiner Karriere stellten ihn die Tampa Bay Buccaneers vor die Wahl: Entweder nehme er wieder zu, oder er erhalte keinen neuen Vertrag. Hawley entschied sich für den Football. Genießen konnte er den Sport nicht mehr. »Mir war klar, dass ich meiner Gesundheit keinen Gefallen tat.«

Herzspezialist Baggish sagt, das Problem Übergewicht werde in der NFL unterschätzt. Von den Spielern, den Klubs, der Liga. Zwar bezahle die NFL jährlich Millionen Dollar für ein Programm, das Veteranen in ihrem Leben nach dem Profisport unterstütze. Doch für die Gesundheit der Athleten übernehme die Liga kaum Verantwortung: »Gesundheit ist Privatsache.«

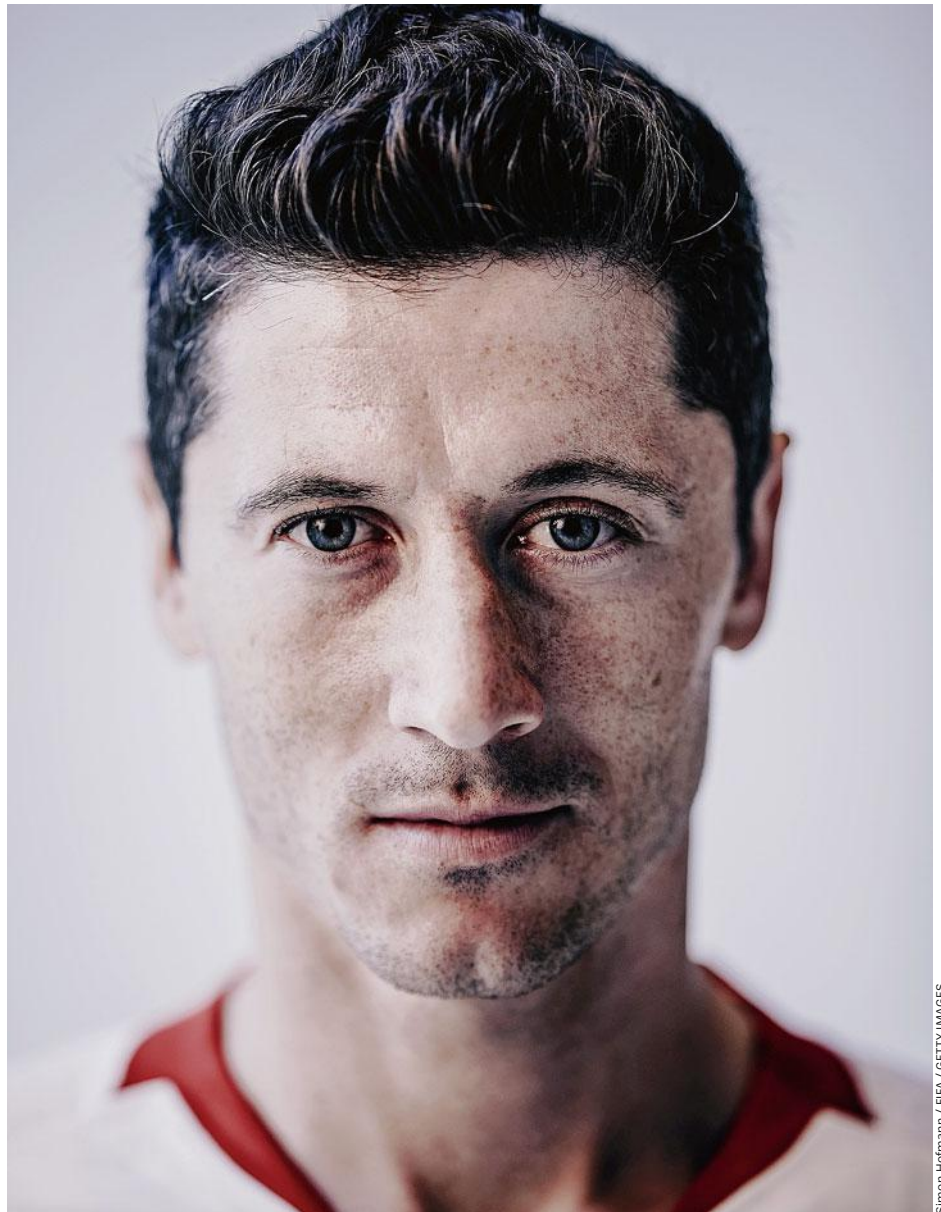
Hawley sagt: »Solange du auf dem Feld die Knochen hinhältst, wirst du hofiert wie ein König. Sobald du raus bist, behandeln sie dich wie eine kaputte Ware.«

Als die Buccaneers Hawleys Vertrag nicht verlängern wollten, klagte er auf Schadensersatz für die vielen Verletzungen während seiner Zeit im Verein. Zwei Jahre dauerte das Verfahren, dann stimmte der Klub einem Vergleich zu. Über die Details wolle er nicht sprechen, nur so viel: »Ich bekam nicht, was ich mir erhofft hatte.«

Hawley trauert dem Geld nicht hinterher, sagt er, wichtiger sei ihm seine Gesundheit. Nach 93 NFL-Spielen machte er 2018 Schluss mit Football und krepelte sein Leben radikal um.

Er verkaufte sein Mercedes-Coupé, spendete seine Möbel und den Großteil seiner Kleider an wohltätige Stiftungen. Dann fuhr er anderthalb Jahre in einem Campervan gut 80 000 Kilometer quer durch die USA, ging mit seinem Hund wandern im Grand Canyon.

Heute beschränke er sich auf zwei Mahlzeiten am Tag, esse fettreiche Kost wie Fleisch, Mandeln oder Avocados. Das Frühstück lasse er weg, Kohlenhydrate auch. Dadurch verspüre er keinen Heißhunger mehr auf Ungesundes. Auch habe er weniger Stimmungsschwankungen. 30 Kilo hat er abgenommen. Nur eine schlechte Gewohnheit sei geblieben: »Ich muss immer essen, bis ich ein Völlegefühl spüre.« Matthias Fiedler



Simon Hofmann / FIFA / GETTY IMAGES

Fußballprofi Lewandowski: »Symbolische Vergütung«

Schlechte Werbung

Affären Robert Lewandowski gerät weiter in Bedrängnis: Dokumente weisen darauf hin, dass der Bayern-Star womöglich einen Vertrag über seine Werberechte rückdatiert hat. Wurden so Millionen hinterzogen?

Der Freitag voriger Woche schien für Robert Lewandowski ein ganz normaler Arbeitstag zu sein. Der FC Bayern München fertigte den FC Schalke zum Auftakt der Bundesligasaison 8:0 ab, ein Tor erzielte der Mittelstürmer selbst, zwei weitere Treffer bereitete er vor.

Nach dem Spiel war von der Beschwingtheit, die der Fußballprofi auf dem Platz verströmte, nicht mehr viel zu sehen. Lewandowski hatte sich eine rote Maske über Mund und Nase gezogen, als er die

Allianz-Arena verließ, am Ohr sein Mobiltelefon. Der Torjäger humpelte leicht.

Aus den Katakomben des Stadions entschwand er kommentarlos. Nur wenige Stunden zuvor hatte der SPIEGEL darüber berichtet, dass Lewandowskis früherer Berater Cezary Kucharski die Vermarktungsfirma des Spielers vor einem Gericht in Warschau auf Schadensersatz in Höhe von rund neun Millionen Euro verklagt.

Demnach soll Lewandowski auch mithilfe seiner Frau Anna unrechtmäßig Mil-

lionen Euro aus seinem Unternehmen RL Management abgezweigt haben, in das seit 2014 seine Werbeinnahmen flossen und an dem Kucharski eine Beteiligung hielt. Lewandowski bestreitet die Vorwürfe.

Der Gerichtsstreit in Lewandowskis Heimat dürfte auch die deutschen Steuerbehörden interessieren. Es geht dabei unter anderem um Überweisungen vom Firmenkonto, die Luxusreisen und privaten Anschaffungen der Lewandowskis gedient haben sollen. Im Fokus steht auch ein dubioses Darlehen über knapp 1,9 Millionen Euro von Lewandowskis Firma an seine Frau Anna. Das Geschäft sei eine »rechtskonforme Transaktion«, erklärte eine Sprecherin des Spielers. Alle Zahlungen der RL Management an ihn seien in seiner Steuererklärung »detailliert angegeben« und »vollständig sowohl in Polen als auch in Deutschland ausgewiesen« worden, ließ Lewandowski mitteilen.

Nun erhielt der SPIEGEL Zugang zu weiteren Unterlagen, die auf neue Ungeheimheiten schließen lassen. Sie ziehen die Glaubwürdigkeit des Spielers weiter in Zweifel und nähren den Verdacht, dass Lewandowski ein Schlüsseldokument um mehr als sechs Jahre rückdatiert haben könnte – womöglich, um auf diese Weise Steuern zu sparen.

Dieses Dokument ist der Vermarktungsvertrag; er steht auch im Mittelpunkt des Zerwürfnisses zwischen Lewandowski und Kucharski. Der Vertrag ist datiert auf den 1. April 2008. Für eine Einmalzahlung von damals umgerechnet gut 14 000 Euro übertrug Lewandowski demnach seinem Agenten bis ins Jahr 2030 sämtliche Einnahmen aus seinen künftigen Werbe-Deals.

Die Lewandowski-Seite stellte es vorige Woche gegenüber dem SPIEGEL so dar, als wäre dieser Vertrag der Beleg dafür, dass Kucharski die Werbeerlöse des Jungprofis jahrelang komplett in seine Taschen hätte fließen lassen. Die 14 000 Euro seien lediglich eine »symbolische Vergütung« gewesen, schrieb eine Sprecherin. Kucharski habe die »Unwissenheit und mangelnde Erfahrung« ausgenutzt, bis 2014 habe der Berater »sämtliche Erträge, die sich aus Werbeverträgen ergaben«, selbst eingesteckt.

Im Jahr vor Lewandowskis Wechsel von Dortmund nach München begann sein polnischer Anwalt Kamil Gorzelnik, die Werbemillionen in neue Bahnen zu lenken. Seit dem Frühjahr 2014 floss das Geld aus der Eigenvermarktung des Spielers in die neu gegründete Firma RL Management, die fast ausschließlich Lewandowski gehört. Ein legaler Steuertrick, weil nicht der Spieler persönlich seine Werbemillionen kassierte, sondern seine Firma in Polen, wo die Steuersätze niedrig sind.

Ein Baustein dieser Konstruktion war jener Vertrag über die persönlichen Werberechte, den Lewandowski und Kucharski angeblich zum 1. April 2008 geschlossen

hatten. Kucharski brachte diese sogenannten Image Rights in Lewandowskis neues Unternehmen ein – und erhielt im Gegenzug eine Minderheitsbeteiligung sowie einen Geschäftsführerposten.

Doch Mails aus der Gründungsphase der RL Management, die dem SPIEGEL vorliegen, erwecken den Eindruck, als wäre diese Vereinbarung erst Jahre später aufgesetzt worden. Demnach wurde dieses Dokument wohl erst im Herbst 2014 von Lewandowski und Kucharski unterschrieben und auf den 1. April 2008 rückdatiert.

Der Verdacht der nachträglichen Vertragsgestaltung ergibt sich vor allem aus einer Mail, die Lewandowski-Anwalt Gorzelnik am 24. September 2014 an seinen Mandanten schickte. Der Jurist war in Nöten. Denn die Firma Panasonic, die seit 2013 mit Lewandowski warb, war offenbar nach Gründung der RL Management noch immer im Glauben, der Spieler persönlich sei ihr Vertragspartner.

Gorzelnik hängte seiner Mail ein Dokument an: die Blankversion eines Vertrags zwischen dem Spieler und seinem Berater zu Lewandowskis Image Rights, datiert

Eine Übertragung seiner Rechte für 14 000 Euro könnte das Finanzamt als Schenkung bewerten.

auf das Jahr 2008. »Lewy, bitte unterzeichne diesen Vertrag und schicke ihn so schnell wie möglich als Scan und per Kurier an Czarek. In zwei Ausfertigungen«, schrieb der Anwalt. Mit Czarek war Kucharski gemeint. Dieses Manöver sollte wohl dazu dienen, Panasonic glauben zu lassen, Lewandowski sei niemals selbst der Inhaber seiner Werberechte gewesen.

Warum ist das Datum so wichtig? Sollte der Verdacht zutreffen, dass der Vertrag tatsächlich erst 2014 geschlossen wurde, drohen Lewandowski in Deutschland ernsthafte steuerliche Konsequenzen. In diesem Fall hätte der Fußballstar dem Berater Kucharski das Recht auf die kommerzielle Verwertung seiner Image Rights bis weit über sein Karriereende hinaus für den lächerlichen Gegenwert von rund 14 000 Euro verkauft – zu einem Zeitpunkt, an dem der Spieler bei Bayern München unter Vertrag stand und Firmen für Werbung mit Lewandowski mehrere Millionen Euro zu zahlen bereit waren.

Stattdessen hätte Lewandowski bei dem Verkauf einen angemessenen Wert verlangen müssen. Eine mögliche Übertragung seiner Rechte für läppische 14 000 Euro im Jahr 2014 könnte das Finanzamt als Schenkung bewerten, darauf fiel Schenkungsteuer an, vermutlich in Millionenhöhe. »Soll-

ten Robert Lewandowski oder sein Berater diese Schenkungsteuer nicht gezahlt haben, wäre das Steuerhinterziehung«, sagt der renommierte Hamburger Anwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht, Rafael Villena y Scheffler.

Die Präambel des Vertrags nimmt ausdrücklich Bezug auf den niedrigen Gegenwert. Dort heißt es, dass der Spieler »am Anfang seiner beruflichen Fußballkarriere« stehe und er »Unterstützung« bei seiner Vermarktung benötige. Auf den Lewandowski des Jahres 2008 traf das womöglich zu. Auf den Lewandowski des Jahres 2014 definitiv nicht mehr.

Lewandowski lässt ausrichten, dass er sich der »vollen Kooperation mit den Kontrollbehörden« stellen wolle. Er werde ihnen »sämtliche uns zur Verfügung stehenden Dokumente« vorlegen und »umfassende Erklärungen« abgeben. Gorzelnik verweist auf seine anwaltliche Verschwiegenheitspflicht. Kucharski äußert sich nicht, ob er nachträglich seine Unterschrift unter das Dokument gesetzt hat.

Was zusätzlich für die Rückdatierung spricht: In den Unterlagen, die dem SPIEGEL vorliegen, findet sich auch eine Mail von Kucharski an die FC-Bayern-Vorstände Karl-Heinz Rummenigge und Jan-Christian Dreesen sowie an Michael Gerlinger, den Chefjuristen des Klubs. Dort heißt es, der Image-Rights-Vertrag zwischen ihm und Lewandowski sei im September 2014 zustande gekommen. »Nur wegen eines Fehlers des Anwalts, der Robert Lewandowski vertritt«, trage dieses Dokument das Datum 1. April 2008.

Wenn dieser Vertrag rückdatiert ist, stellt sich die Frage, wer die Werbeinnahmen vor 2014 tatsächlich erhielt. Das Geld floss an Kucharskis Firma CK Sport Management, die auch als Vertragspartner auftrat. Die Honorare waren üppig, sie kamen etwa von Coca-Cola, Nike, Procter & Gamble, Panasonic oder Electronic Arts.

Lewandowskis Sprecherin behauptete gegenüber dem SPIEGEL: »Robert Lewandowski besaß bis zum Jahr 2014 keine eigenen Einkünfte aus Werbung.« Dagegen spricht etwa ein Bankbeleg aus dem Januar 2012. Demnach überwies Kucharski rund 40 000 Euro auf ein Konto Robert Lewandowskis bei der polnischen Bank Pekao. Weder Lewandowski noch Kucharski äußerten sich dazu.

Aus einer internen Mail geht hervor, dass sich das Dortmunder Finanzamt bereits im Herbst 2013 für Lewandowskis Nebenverdienste interessierte. Ob der Stürmerstar dem Betriebsprüfer damals seinen fragwürdigen Image-Rights-Vertrag aus dem April 2008 vorlegt hat, beantwortete Lewandowski dem SPIEGEL nicht.

Rafael Buschmann, Nicola Naber, Christoph Winterbach, Michael Wulzinger

DER SPIEGEL

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon 040 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion) · Mail spiegel@spiegel.de

Impressum

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923–2002)

CHEFREDAKTION Steffen Klusmann (V.i.S.d.P.), Dr. Barbara Hans, Clemens Höges

BLATTMACHER Thorsten Dörting, Juliane von Mittelstaedt, Oliver Trenkamp

NACHRICHTENCHEF Stefan Weigel

MANAGING EDITOR Susanne Amann, Birger Menke

CREATIVE DIRECTOR Judith Mohr, Nils Küppers (stellv.)

CHEF VOM DIENST *Print:* Anke Jensen, Thomas Schäfer, Jörn Sucher, Edme Block (stellv.)
Online: Patricia Dreyer, Anselm Waldemann, Melanie Ahlmeier, Lisa Erdmann, Björn Hengst, Olaf Kanter, Nicolai Kwasiński, Jonas Leppin, Florian Merkel, Dr. Jens Radü (Multimedia), Daniel Raecke, Jano Tietz, Martin Wolf

REDAKTIONELLE ENTWICKLUNG Matthias Streitz, Christina Elmer (stellv.); Friederike Freiburg, Bente Kirschtain, Ole Reißmann, Dr. Susanne Weingarten

SPIEGEL Jule Lutteroth, Alexander Neubacher; Malte Müller-Michaels

REPORTER Ulrich Fichtner

HAUPTSTADTBÜRO Dirk Kurbjuweit
Leitung: Dr. Melanie Amann, Sebastian Fischer, Martin Knobbe, Philipp Wittrock, Wolf Wiedemann-Schmidt (Teamleitung innere Sicherheit), *Redaktion:* Nicola Abe, Maik Baumgärtner, Florian Gathmann, Kevin Hagen, Julia Amalia Heyer, Valerie Höhne, Timo Lehmann, Veit Medick, Marius Mestermann, Ann-Katrin Müller, Anna Reimann, Sven Röbel, Lydia Rosenfelder, Jonas Schaible, Christoph Schult, Christian Tevs, Severin Weiland. *Autoren, Reporter:* Susanne Beyer, Markus Feldenkirchen, Matthias Gebauer, Konstantin von Hammerstein, Christoph Hickmann, Christiane Hoffmann

Politik Hamburg: Benjamin Schulz (Nachrichtenchef); Milena Hassenkamp, Alwin Schröder

DEUTSCHLAND/PANORAMA *Leitung:* Jörg Diehl, Cordula Meyer, Hendrik Tormieden, Dr. Markus Verbeet, Simone Salden (stellv.), *Redaktion:* Ilte Bredow, Annette Bruhns, Lisa Duhm, Katrin Elger, Sarah Heidi Engel, Silke Fokken, Maik Großekathöfer, Hubert Gude, Kristin Haug, Armin Himmelfarth, Charlotte Klein, Annette Langer, Gunter Latsch, Roman Lehberger, Benjamin Maack, Peter Maxwell, Miriam Ollbrich, Alexander Preker, Philipp Seib, Ansgar Siemens, Andreas Ulrich, Jens Witte, Jean-Pierre Ziegler. *Autoren, Reporter:* Jürgen Dahlkamp, Annette Großböngard, Julia Jüttner, Beate Lakotta, Katja Thimm, Alfred Weinzierl, Dr. Klaus Wiegrefe
Berlin: Andreas Wassermann. *Autor:* Stefan Berg

WIRTSCHAFT/NETZWELT *Leitung:* Markus Brauck, Yasmin El-Sharif, Judith Horchert (Netzwelt), Isabell Hülsen, Stefan Kaiser (stellv.), *Redaktion:* Benjamin Bidder, Markus Böhm, Florian Diekmann, Kristina Gnirke, Simon Hage, Dr. Claus Hecking, Henning Jauregg, Alexander Jung, Dr. Matthias Kaufmann, Nils Klawitter, Matthias Kremp (Teamleitung Netzwelt), Alexander Kühn, Maria Marquart, Martin U. Müller, Anton Rainer, Stefan Schultz, Corinna Wahlbäck, Robin Wille. *Autoren, Reporter:* Michaela Schießl
Berlin: Christian Reiermann (Teamleitung); Patrick Beuth, Simon Book, Markus Dettmer, Max Hoppenstedt, Michael Kröger, Cornelia Schmergal, Anne Seith, Gerald Trauffetter. *Autoren, Reporter:* David Becking, Marcel Rosenbach, Michael Sauga

AUSLAND *Leitung:* Mathieu von Rohr, Britta Kollenbroich (stellv.), Dr. Dominik Peters (stellv.), Maximilian Popp (stellv.), Christoph Scheuermann (stellv.), *Redaktion:* Fiona Ehlers, Lena Greiner (Teamleitung Globale Gesellschaft), Katrin Kuntz, Steffen Lüdke, Katharina Graça Peters, Jan Puhl, Dr. Isabella Reichert, Alexandra Rojko, Raniah Salloum, Anna-Sophie Schneider, Maria Stöhr. *Autoren, Reporter:* Marian Blasberg, Susanne Koelbl, Dietmar Pieper, Christoph Reuter
Berlin: Aleksandra Sarovic

WISSEN *Leitung:* Michail Hengstenberg, Olaf Stampf, Kurt Stukenberg (stellv.), *Redaktion:* Dr. Philip Bethge, Manfred Dworschak, Marco Evers, Susanne Götz, Johann Grolle, Dr. Veronika Hackenbroch, Guido Kleinhubert, Julia Koch, Julia Köppe, Kerstin Kullmann, Julia Mertel, Emil Nelzger, Jörg Römer, Hilmar Schmundt, Nils-Viktor Sorge (Teamleitung Mobilität), Frank Thadeusz. *Autoren, Reporter:* Jörg Blech, Rafaela von Bredow, Christoph Seidler

KULTUR *Leitung:* Sebastian Hammehle, Eva Thöne, Laura Backes (stellv.), *Redaktion:* Felix Bayer, Tobias Becker, Christian Buß, Ulrike Knöfel, Carola Padberg, Tobias Rapp, Katharina Stegelmann, Claudia Voigt. *Autoren, Reporter:* Dr. Martin Doerry, Lothar Gorriz, Wolfgang Höbel, Dr. Nils Minkmar
Berlin: Lars-Olav Beier, Philipp Oehmke, Hannah Pilarczyk, Takis Würger. *Autoren, Reporter:* Andreas Borcholte, Elke Schmitter, Volker Weidemann

REPORTER *Leitung:* Özlem Gezer, Hauke Goos (stellv.), Britta Stuff (stellv.), *Redaktion:* Barbara Hardinghaus, Timoney Neufeld, Patricia Neufeld, Jonathan Stock. *Autoren, Reporter:* Uwe Buse, Marc Hujer, Alexander Osang, Alexander Smolczyk, Barbara Supp
Berlin: Max Polonyi

SPORT *Leitung:* Udo Ludwig, Lukas Rilke, Jörn Meyn (stellv.), *Redaktion:* Peter Ahrens, Anne Armbricht, Michael Fröhlingsdorf, Jan Göbel, Benjamin Naack, Marcus Krämer, Daniel Montazeri, Thilo Neumann, Gerhard Pfeil, Antje Windmann

INVESTIGATION Sven Becker, Rafael Buschmann, Roman Höfner, Nicola Naber, Christoph Winterbach, Michael Wölzinger
Koordinierung SPIEGEL TV: Thomas Heise

MEINUNG UND DEBATTE Lothar Grass, Stefan Kuzmany

LEBEN *Leitung:* Anke Dürr, Frauke Lüpke-Narberhaus. *Redaktion:* Irene Berres, Antje Blinda (Teamleitung Reise), Markus Deckerich, Detlef Hacke, Mareen Keller, Heike Klovert, Nike Laurenz, Dr. Heike Le Per (Teamleitung Gesundheit), Eva Lehnen, Philipp Löwe, Bettina Schäfer, Anne Otto, Sandra Schulz, Julia Stanek, Nina Weber. *Autoren:* Enrico Ippolito, Mariamne Wellershoff

JOB & KARRIERE (BEREITGESTELLT VON MANAGER MAGAZIN NEW MEDIA) *Leitung:* Helene Endres. *Redaktion:* Florian Gontek, Mareh Hoffmann, Verena Töpfer

GESCHICHTE *Leitung:* Jochen Leffers, Dr. Eva-Maria Schnurr. *Redaktion:* Solveig Grothe, Christoph Gunkel, Dr. Katja Iken, Uwe Klüfmann, Dr. Danny Kringel, Joachim Mohr, Frank Patalong, Dr. Johannes Saltzwedel

DEIN SPIEGEL *Leitung:* Bettina Stiebel. *Redaktion:* Antonia Bauer, Claudia Beckshebe, Alexandra Klaußner, Marco Wedig

SCHLUSSREDAKTION Christian Albrecht, Gertred Alfeis, Regine Brandt, Lutz Diedrichs, Ursula Junger, Birte Kaiser, Dörte Karsten, Sylke Kruse, Katharina Heyer, Sandra Moos, Sandra Pietsch, Fred Schlotterbeck, Sebastian Schulm, Sandra Waage

PRODUKTION Petra Thormann, Reinhard Wilms; Kathrin Beyer, Michele Bruno, Sonja Friedmann, Linda Grimmecke, Petra Gronau, Rebecca von Hoff, Ursula Overbeck, Britta Romberg, Martina Treumann, Katrin Zabel

BILDREDAKTION *Leitung:* Claudia Jeczawitz, Mascha Zuder, Mareile Mack (stellv.); Claudia Apel, Julia Busch, Tinka Dietz, Sabine Dörstling, Torsten Feldstein, Philine Gebhardt, Thilo Gerke, Felix Gienger, Niklas Hausser, Daniel Hofmann, Andrea Huss, Rosa Kaiser, Elisabeth Koll, Petra Konopka, Matthias Krug, Theresa Lettner, Nasser Manouchehri, Parvin Nazemi, Peer Peters, Jens Seeming, Oliver Schmitt, Ireneusch Schubal, Erik Seemann, Maxim Sergienko, Martin Trilk, Anke Wellnitz
Mail: foto@spiegel.de

SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. +1 917 3998184

LAYOUT *Leitung:* Reinhilde Wurst; Michael Abel, Lynn Dohrmann, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Ralf Geilhuhe, Kristian Heuer, Eliza Hundertmark, Louise Jessen, Jens Kuppi, Annika Loebel, Barbara Röddiger

TITELBILD *Teamleitung:* Katja Kollmann, Johannes Unselt; Suze Barrett, Iris Kullmann

INFOGRAFIK *Teamleitung:* Cornelia Baumermann, Ferdinand Kuchlmayr; Ludger Bollen, Thomas Hammer, Max Heber, Anna-Lena Kornfeld, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Michael Walter

INTERACTIVE *Teamleitung:* Olaf Heuser, Hanz Sayami; Alexander Epp, Guido Grigat, Frank Kalinowski, Marco Kasang, Chris Kurt, Adia Marquez Gonzales, Michael Niestedt, Dawood Oadah, Bernhard Riedmann

DESIGN/UX *Teamleitung:* Alexander Trempler; Katja Braun, Anna van Hove

KORREKTUR Sebastian Hofer

TEXTPRODUZING *Leitung:* Helke Grusdas, Stefan Schütt (stellv.); Christoph Brüggemeier, Angela Ölscher, Gesche Saage, Holger Uhlig, Valerie Wagner

DATENJOURNALISMUS *Leitung:* Marcel Pauly; Holger Dambek, Patrick Stotz, Achim Tack

SOCIAL MEDIA UND LESERDIALOG *Leitung:* Ayla Kiran, Angela Gruber (stellv.). *Redaktion:* Sarah Angerstein, Kai Bonte (Forum), Veronique Brüggemann, Dennis Deuermeyer, Fabian Domeyer, Inken Dworak (Projektleitung Snapchat), Ariane Fries (Teamleitung Community), Eva Horn, Ties Kozok, Petra Mater, Jonathan Miske, Lina Moreno, Christian Neeb, Johanna Röhr, Robert Schlösser, Mara Veigel

SEO *Leitung:* Maximilian Rau. Bastian Midasch, Insa Winter

BENTO *Leitung:* Viktoria Bolmer, Julia Rieke. Franziska Bulban (Teamleitung), Helene Flachsenberg (Teamleitung), Katharina Höller (Teamleitung), Sebastian Maas, Jan Petter, Sophia Schirmer (Teamleitung), Maximilian Senff, Carolina Torres, Hanna Zobel, Lou Zucker. *Reporter:* Marc Röhlig, Video: Sarah Klöfer, Hoi Video Tran Thi

VIDEO *Leitung:* Franke Böger, Anne Martin (stellv.). *Redaktion:* Benjamin Braden, Sven Christian (Leitung Technik), Benjamin Dnes (Leitung Formatentwicklung), Birgit Großekathöfer, Janita Hämmäläinen, Martin Jäschke, Heike Janssen, Carolin Katschak, Eckhard Klein, Fabian Pieper, Rachelle Pouprier, Charlotte Schönberger, Leonie Voss, Katharina Zingerle

CHEF VOM DIENST BEWEGTBILD Bernd Czaya, Dirk Schulze, Martin Stümening

AUDIO *Leitung:* Sandra Sperber, Yasemin Yüksel. *Redaktion:* Lenne Kaffka, Christina Pohl, Sabine Schaper, Sebastian Spalke

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Alexander Eder, 5, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. 030 886688-100; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. 030 886688-200

DRESDEN Steffen Winter, Wallgäßen 4, 01097 Dresden, Tel. 0351 26620-0

DÜSSELDORF Frank Dohmen, Lukas Eberle, Fidelius Schmid, Jägerhofstraße 19–20, 40479 Düsseldorf, Tel. 0211 86679-01

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Tim Bartz, Dr. Felix Bohr, An der Welle 5, 60322 Frankfurt am Main, Tel. 069 9712680

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721 22737

MAGDEBURG Christopher Piltz, Tel. 0391 54428740, christopher.piltz@spiegel.de

MÜNCHEN Anna Clauf, Dinah Deckstein, Jan Friedmann, Martin Fesse, Thomas Schulz, Rosental 10, 80331 München, Tel. 089 4545950

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

ACCRA Anne Backhaus, anne.backhaus@spiegel.de

BANGALORE Laura Höflinger, laura.hoefflinger@spiegel.de

BRÜSSEL Peter Müller (Büroleitung), Markus Becker, Rue Le Titien 28, 1000 Brüssel, Tel. +32 2 455 22849-61

KAPSTADT Fritz Schaap, P.O. Box 15107, Vlaeberg 8018, Cape Town, South Africa, fritz.schaap.extern@spiegel.de

LONDON Jörg Schindler, joerg.schindler@spiegel.de

MEXIKO-STADT Jens Glüsing, Tel. +52 55 56630526

MOSKAU Christian Esch, Christina Hebel, Guskowski Perelok Haus 7, Office 6, 119002 Moskau, Tel. +7 495 22849-61

NEW YORK Marc Pitzke, Samiha Shafiq, 233 Broadway, Suite 1460, New York, NY 10279, Tel. +1 212 2217583, rvnewyork@spiegel.de

PARIS Britta Sandberg, 137 Rue Vieille du Temple, 75003 Paris, Tel. +33 1 58625120

PEKING Georg Fahrion, Bernhard Zand, Tel. +86 10 65323541

ROM Frank Hornig, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. +39 06 6797522

SAN FRANCISCO Guido Mingles, Tel. +1 212 2217583, rvnewyork@spiegel.de

SYDNEY Anna-Lena Abbott, Johannes Korge, Charlene Optenstein

TEL AVIV P.O. Box 8387, Tel Aviv-Jaffa 6803466, Israel

TJUANA Sonja Peteranderl, sonja.peteranderl@spiegel.de

WARSCHAU Tel. +48 22 6179295

WASHINGTON Roland Nelles, Ralf Neukirch, René Pfister, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20045, Tel. +1 202 3475222

WIEN Walter Mayr, walter.mayr@spiegel.de

STÄNDIGE FREIE AUTOREN Giorgos Christides, Arno Frank, Jochen-Martin Gutsch, Felix Hutt, Juan Moreno, Wiebke Ramm, Anja Rützel, Jurek Skrobala

DOKUMENTATION *Leitung:* Cordelia Freiwald, Kurt Jansson; Zahra Akhgah, Dr. Susmita Arp, Eva Bräth, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Almut Cieschinger, Johannes Eltzschig, Klaus Falkenberg, Catrin Fandja, Janine Große, Imko Haan, Thorsten Hafke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hopmann, Bertolt Hunger, Stefanie Jockers, Michael Jürgens, Tobias Kaiser, Renate Kemper-Gussek, Ulrich Klötzer, Ines Köster, Anna Kovac, Mara Küpper, Peter Lakemeier, Julia Lange, Rainer Lübbert, Sonja Maaf, Nadine Markwald, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Claudia Nielsen, Sandra Orner, Dr. Vasilios Papadopoulos, Ulrike Preuß, Axel Rentsch, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marko Scharlow, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Meike Stapf, Tuisco Steinhoff, Dr. Claudia Stodte, Rainer Szimm, Dr. Marc Theodor, Andrea Tholl, Nina Ulrich, Peter Wahlle, Dr. Charlotte Weichert, Peter Wetter, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller, Malte Zeller

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times/Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG
Anzeigen: André Pätzold
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 75 vom 1. Januar 2020
Medienunterlagen und Tarife: www.spiegel.de/media
Vertrieb: Christoph Hauschild
Herstellung: Silke Kasuba

Druck: Stark Druck, Pforzheimer
Die Inhaltsseiten dieser SPIEGEL-Ausgabe sind auf Recyclingpapier gedruckt.
GESCHÄFTSFÜHRUNG Thomas Hass (Vorsitzender), Stefán Ottlitz

INTERNET www.spiegel.de

TWITTER @derspiegel

FACEBOOK facebook.com/derspiegel

Service

Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
www.spiegel.de/leserbriefe, Fax: 040 3007-2966,
Mail: leserbriefe@spiegel.de. Vorschläge für die Rubrik »Hohlspiegel« nehmen wir auch gern per Mail entgegen:
hohlspiegel@spiegel.de

Hinweise für Informanten

Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und Informationen zukommen lassen wollen, stehen Ihnen folgende Wege zur Verfügung: Post: DER SPIEGEL, c/o Investigativ, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg; Telefon: 040 3007-0, Stichwort »Investigativ«; Mail (Kontakt über Website): www.spiegel.de/investigativ. Unter dieser Adresse finden Sie auch eine Anleitung, wie Sie Ihre Informationen oder Dokumente durch eine PGP-Verschlüsselung geschützt an uns richten können. Der dazugehörige Fingerprint lautet: 6177 6456 98CE 38EF 21DE AAAA AD69 75A1 27FF 8ADD

Ombudsstelle

Der SPIEGEL hat für Hinweise zu möglichen Unregelmäßigkeiten in der Berichterstattung eine Anlaufstelle eingerichtet: ombudsstelle@spiegel.de. Sollten Sie als Hinweisgeber dem SPIEGEL gegenüber anonym bleiben wollen, schreiben Sie bitte an den Rechtsanwalt Tilmann Kruse unter hinweisgeber-spiegel@bmz-recht.de

Redaktioneller Leserservice

Telefon: 040 3007-3540 Fax: 040 3007-2966
Mail: leserservice@spiegel.de

Nachdruckrechte / Lizenzen für Texte, Fotos, Grafiken

Nachdruck und Speicherung in digitalen Medien nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages. Für Deutschland, Österreich, Schweiz: Mail: syndication@spiegel.de, Telefon: 040 3007-3540, Fax: 040 3007-2966. Für alle anderen Länder: The New York Times Licensing, Mail: julie.ho@nytimes.com, Telefon: +1 212 556-5118

Nachbestellungen SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL WISSEN sind unter www.amazon.de/spiegel innerhalb Deutschlands nachbestellbar.

Historische Ausgaben Historische Magazine Bonn
www.spiegel-antiquariat.de, Telefon: 0228 9296988

Abonnement für Blinde Audioversion:
Deutsche Blindenstudienanstalt e. V., Telefon: 06421 606265; elektronische Version: Frankfurter Stiftung für Blinde, Telefon: 069 9551240

Abonnementspreise
Inland: 52 Ausgaben € 275,60, Studenten Inland: 52 Ausgaben € 197,60, Auslandspreise unter www.spiegel.de/ausland, Mengenpreise unter abo.spiegel.de/mengenpreise

Abonnementservice Persönlich erreichbar
Mo.–Fr. 8.00–19.00 Uhr, Sa. 10.00–18.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnement-Service, 20637 Hamburg
Telefon: 040 3007-2700 Fax: 040 3007-3070
Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an:
SPIEGEL-Verlag, Abonnement-Service, 20637 Hamburg –
oder per Fax: 040 3007-3070, www.spiegel.de/abo

Ich bestelle den SPIEGEL
 für € 5,30 pro gedruckte Ausgabe
 für € 0,70 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 0,60) zusätzlich zur gedruckten Ausgabe.
Der Bezug ist zur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar.
Alle Preise inkl. MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland.
Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten _____
Straße, Hausnummer oder Postfach _____
PLZ, Ort _____
Mail (katschad, falls digitaler SPIEGEL erwünscht) _____

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Hinweise zu AGB, Datenschutz und Widerrufsrecht finde ich unter www.spiegel.de/agb

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten _____
SP-IMPR, SD-IMPR (Upgrade)



USA: DER SPIEGEL (USPS no 01544520) is published weekly by SPIEGEL VERLAG. Known Office of Publication: Data Media (A division of Cover-All Computer Services Corp.), 2221 Kenmore Avenue, Suite 106, Buffalo, NY 14207-1306. Periodicals postage is paid at Buffalo, NY 14205. Postmaster: Send address changes to DER SPIEGEL, Data Media, P.O. Box 155, Buffalo, NY 14205-0155, e-mail: service@roltek.com, toll free: +1-877-776-5835; Kanada: SUNRISE NEWS, 47 Silver Shadow Path, Toronto, ON, M9C 4Y2, Tel +1 647-219-5205, e-mail: sunrisereaders@bell.net

Nachrufe



Bridgeman Images

Juliette Gréco, 93

Drei Wochen lang war sie 1943 im Gefängnis von Fresnes inhaftiert; weil sie erst 16 war, kam sie frei. Ihre Mutter, in der Résistance aktiv, und ihre Schwester hatten weniger Glück und wurden ins Konzentrationslager Ravensbrück deportiert. Erst zum Ende des Krieges kehrten sie nach Hause zurück. Zu einer Familie wuchsen sie aber nicht mehr zusammen. Juliette Gréco war faktisch eine Waise und wurde von Paris adoptiert. Nicht von der ganzen Stadt, sondern von einem bestimmten Viertel, Saint-Germain-des-Prés, damals noch ein gewöhnliches Studenten- und Arme-Leute-Viertel. Sie hatte so viele Fragen und zog damit durch die Cafés. Sie traf Leute, die ihr antworten konnten: Maurice Merleau-Ponty, einer der wichtigsten Philosophen der Nachkriegszeit, später auch Jean-Paul Sartre und Simone de Beauvoir. Gréco schauspielerte, sang und entwickelte in dieser Zeit einen völlig eigenen Gesangs-, Bühnen- und Garderobenstil. Sie kleidete sich stets in Schwarz, rauchte und erfreute sich am Spiel ihrer Hände, wenn sie sang. Zu den Männern ihres Lebens zählen Miles Davis und Michel Piccoli. Sie war das Symbol der Freiheit, der Inspiration, sie war so, wie Frankreich sich gern sieht. Sie wurde zum guten Geist der französischen Nachkriegsgeschichte, einem Star des Existenzialismus. Juliette Gréco starb am 23. September in Ramatuelle, in der Nähe von Saint-Tropez. NM



Narendra Shrestha / EPA / Shutterstock

Ang Rita Sherpa, 72

Zehnmal stand er auf dem Gipfel des Mount Everest. Doch Ang Rita, wie er normalerweise genannt wurde, war dieser Rekord nicht genug. Der erfahrene Bergführer aus dem Volk der Sherpa verzichtete im Gegensatz zu den meisten Bergsteigern darauf, in der dünnen Luft künstlichen Sauerstoff aus Flaschen einzuatmen. Geschicklichkeit und Kraft verhalfen ihm zu seinem Spitznamen »Schnee leopard«. Sein Rekord ist bis heute ungeboren. Ang Rita, der sich ehrenamtlich für den Naturschutz einsetzte, bekam gleich zwei Einträge in den »Guinness World Records«: 1987 gelang ihm nämlich zusätzlich die erste Winterbesteigung des Everest ohne Sauerstoff. Ang Rita Sherpa starb am 21. September in Kathmandu. HIL

Ruth Bader Ginsburg, 87

Ihre Mutter habe ihr gesagt, sie solle stets eine Dame sein, eine Lady: selbstständig und unabhängig. Die amerikanische Juristin Ruth Bader Ginsburg beherzigte diesen Wunsch – und sie setzte ihren Intellekt ein, damit auch andere diese Unabhängigkeit erlangen konnten. Sie erarbeitete sich eine Karriere, die zu ihrer Zeit fast undenkbar war: 1959 eine der wenigen Jurastudentinnen in Harvard, Anwältin, Berufungsrichterin, von 1993 an dann Beisitzende Richterin am Obersten Gerichtshof der USA, am Supreme Court. Die zarte Frau mit den charakteristischen Schmuckkragen war ein Lichtblick für die Liberalen, sie stimmte für die Abtreibung, sie trat unerschrocken für Frauen-, Minderheiten- oder Homosexuellenrechte ein. Donald Trumps Wahlsieg 2016 machte sie endgültig zur



Todd Heisler / NYT / Redux / laif

Hoffnungsträgerin der halben Nation – »Notorious RBG«, wie die Feministin schon länger bewundernd genannt wurde, entwickelte sich zum Popstar. Trotz verschiedener schwerer Krebserkrankungen in den letzten Jahren lehnte sie einen Rücktritt ab; sie wollte bis nach der Wahl im November im Amt bleiben, damit der Supreme Court vor Trumps Einfluss geschützt bliebe. Diesmal nutzte ihre Sturheit nichts. Ruth Bader Ginsburg starb am 18. September in Washington. PIT

Michael Gwisdek, 78

Er absolvierte eine Werbeausbildung, ehe er dem Ruf der Bühne folgte und an der renommierten Ernst-Busch-Schauspielschule sein Handwerk lernte. Michael Gwisdek, geboren 1942 in Berlin-Weißensee, spielte in der DDR an der Volks-



Yorck Mäecke / G.A.H.F. / laif

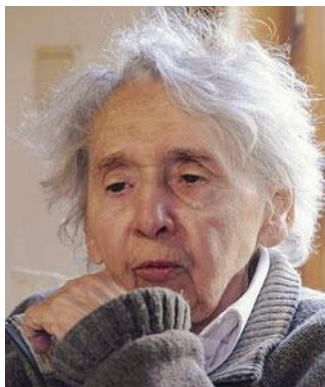
bühne oder am Deutschen Theater, daneben stand er für Defa-Filme wie »Spur des Falken« und »Mann gegen Mann« vor der Kamera. Sein Regiedebüt »Treffen in Travers« lief 1989 auf dem Filmfestival in Cannes. Gwisdek gelang es, seinen Erfolg im wiedervereinigten Deutschland fortzuführen: 1991 erhielt er für die Hauptrolle in »Der Tango-Spieler« das Filmband in Silber und Gold, für seine Rolle in Andreas Dresens »Nachtgestalten« bekam er den Silbernen Bären. Später folgte ein Grimme-Preis. Gwisdek war ein viel beschäftigter, vor allem vielseitiger Schauspieler, kein Fach war ihm fremd. Komödie empfand er als »das Schwerste«, gern wollte er sich Charakterdarsteller nennen lassen. »Ich fühl mich als Jungfilmer. Ich bin 62 und habe das Leben noch vor mir. Ich werde noch 50 Filme drehen und mir etwas ausdenken, das Wirbel macht«, sagte Gwisdek dem SPIEGEL 2004. Tatsächlich, er spielte und spielte: »Tatort«, »Das Traumschiff«, »Traumfabrik«, bis zuletzt. Michael Gwisdek starb am 22. September. EVH

Stärker als gedacht

● Für die amerikanische Schauspielerin **Melissa Benoist**, 31, geht ein Abschnitt zu Ende: Die Serie »Supergirl«, in der Benoist fünf Jahre lang die Titelheldin spielte, wird eingestellt. Zuvor soll noch eine sechste, letzte Staffel mit 20 Episoden produziert werden. Benoist, zuvor in »Glee« oder »Law & Order« aktiv, feierte als »Supergirl« Erfolge, bekam viel Anerkennung und Aufmerksamkeit. Entsprechend emotional fiel ihr Statement zum Ende der Serie aus, das sie auf Instagram veröffentlichte. Sie schrieb, es wäre eine »riesige Untertreibung« zu sagen, die »Supergirl«-Rolle zu spielen sei eine Ehre gewesen. Der Einfluss der Serie auf junge Mädchen überall auf der Welt sei enorm. Und auch sie selbst habe sich von der Figur beeinflussen lassen. Kara Zor-El, so Supergirls Rufname, habe ihr gezeigt, dass sie stärker sei als gedacht, so Benoist. Im vergangenen Jahr hatte die Schauspielerin öffentlich gemacht, Opfer häuslicher Gewalt geworden zu sein. KS



Headpress / laif



Silvia Panzi-Schmidler / Stadtbücherei Salzburg

Erlöster Prinz

● Solange er denken kann, beschäftigt ihn seine geschlechtliche Identität. Nun ist **Georg Maria Hofmann**, 87, auch laut Personalausweis ein Mann. In seinem autobiografischen Roman »Der Auftritt des linkshändigen Dichters Alexander Galajda« (1995) erzählt der Autor und Musiker von seinem Aufwachsen in Ungarn als doppel-

geschlechtliche Person, die je nach Erfordernissen mal den einen, mal den anderen Vornamen nutzte, sich aber nicht weiblich fühlte. »In den Fünfzigerjahren galt es dort als ausgeschlossen, dass Frauen kulturell etwas von Bedeutung schaffen können. Auch deshalb habe ich die männliche Identität meistens vorgezogen.« 1956 floh Hofmann aus Ungarn, seit 1961 lebte er als österreichische Staatsbürgerin

in Salzburg. Seit 2010 genügt in Österreich ein psychiatrisches Gutachten mit der Diagnose F64 (»Störung der Geschlechtsidentität«), um die offizielle Geschlechtsbestimmung der gelebten und gefühlten Wirklichkeit anpassen zu können. »Lange Zeit kam ich mir als verzauberter Prinz vor, der auf seine Erlösung wartet«, so Hofmann, »jetzt ist mein Kindheitswunsch also in Erfüllung gegangen.« ES

Hauptsache, Papa ist da

● Der vierfache Vater und Latino-Popstar **Ricky Martin**, 48, lässt sich in Erziehungsfragen nicht verunsichern. Martin lebt derzeit mit seinem Ehemann, seiner Mutter und seinen Kindern in einem Haus in Beverly Hills unter strikter Quarantäne. Doch normalerweise reist der Musiker und Schauspieler viel. Wohlmeinende Leute sorgen sich um die Entwicklung seiner beiden zwölf- und der zwei- und einjährigen Kinder und kritisieren, dass er sie überallhin mitbringe. Die Kleinen benötigten doch vor allem Stabilität, so das Argument. Darauf antwortete er immer dasselbe, sagte Martin jetzt dem Magazin »Rolling Stone«: »Ich bin ihre Stabilität. Nur wenn ich nicht da bin, fühlen sie sich unsicher.«



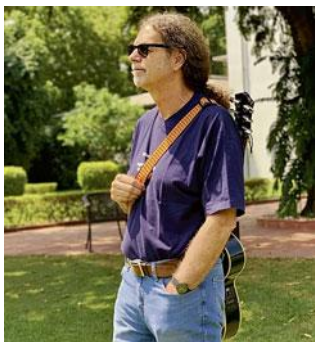
d/dp socialmediaservice

Die Kinder seien daran gewöhnt, nach Konzerten aufzuwachen, in den Tourbus zu steigen, in der nächsten Stadt wieder aufzuwachen. Während der Corona-Isolation gebe es natürlich eine andere Abendroutine: Es werde geduscht, ein Lied gesungen, etwas Milch getrunken, dann gehe es ins Bett. »Routinen schätzen sie sehr«, sagte Martin. Aber die Hauptsache, da ist er sich sicher, sei seine Anwesenheit. KS

Scorpions auf Indisch

● Traditionell begehen die deutschen Botschafter im indischen Neu-Delhi den Nationalfeiertag am 3. Oktober mit einem rauschenden Fest und bis zu 3000 Gästen. Bei fast 100 000 Corona-Neuansteckungen pro Tag im Land ist in diesem Jahr nicht daran zu denken. Der amtierende Botschafter **Walter Lindner**, 63, will zumindest auf Musik aus der Heimat nicht verzichten. Der Diplomat, der am Konservatorium in München studierte,

hat eine deutsch-indische Version der Scorpions-Ballade »Wind of Change« gemixt. Die Band hatte das Stück im Jahr der Wiedervereinigung vor 30 Jahren veröffentlicht. Zum Jubiläum arrangierte Lindner das Lied jetzt neu, digital, gemeinsam mit bekannten indischen Künstlern, darunter ein Bambusflötist und ein Sitarspieler. Lindner selbst sitzt an Gitarre und Synthesizer, den Gesang übernimmt der Inder Chetan Awashti. Der Clip zum Song soll am 3. Oktober im indischen TV ausgestrahlt werden. Vorab hatte sich Lindner bei Klaus Meine, dem Sänger der Scorpions, die Erlaubnis für die eigenwillige Coverversion geholt. Dazu wandte er sich an die »Hannoveraner Mafia«, zu der nicht nur Meine, sondern auch Lindners früherer Chef, Ex-Außenminister Sigmar Gabriel, gehört, außerdem Ex-Kanzler Gerhard Schröder. »Der Kontakt lief schnell und unkompliziert«, sagt Lindner. SUK



Privat

Gesunder Hass?

● Ihre Abhandlung »Moi les hommes, je les déteste« (»Ich hasse Männer«) erschien gedruckt in einem kleinen französischen Verlag mit einer Auflage von 450 Exemplaren. Womöglich hätte **Pauline Harmange**, 25, nie einen größeren Leserkreis erreicht. Doch ein Politiker verhalf der bis vor wenigen Monaten weitgehend unbekanntem Bloggerin aus dem nordfranzösischen Lille zu mehr Aufmerksamkeit: Diese »Ode auf den Männerhass« müsse unverzüglich vom Markt genommen werden, forderte Ralph Zurmély, Mitarbeiter des französischen Ministeriums für Gleichstellung in einer E-Mail an den Verlag und drohte sogar mit einer Anzeige. »Ich finde Hass gegenüber Männern legitim und sogar gesund«, wehrt sich die Autorin halb ernst, halb belustigt über die unerwartete Aufmerksamkeit. Sie rufe keineswegs zur Gewalt

gegen Männer auf: »Ich bin für passiven Hass.« Nicht jeder Mann sei ein Vergewaltiger, aber die meisten Vergewaltiger seien nun einmal Männer. Zu ihrer Zielgruppe gehören nach eigener Aussage zum Beispiel Frauen, die sich ärgern, wenn sie einen Mann sehen, der mitten am Tag gegen eine Wand pinkelt. Ganz unversöhnlich steht sie der Männerwelt nicht gegenüber. Sie verabscheue Männer zwar grundsätzlich. Es gebe jedoch Ausnahmen von der Regel, räumt sie ein. Dazu zählt Harmange ihren Ehemann, den liebe sie sehr. Anfang Oktober soll das Buch im renommierten Großverlag Seuil erscheinen und im November auf Deutsch bei Rowohlt. Konjunktur hat kämpferischer Feminismus derzeit allemal. Bleibt die Frage: Wie hätten die beiden Verlage wohl auf eine Anleitung zum Frauenhass reagiert? PE



Magali Delaporte / The Telegraph



»Ein hervorragender Artikel! Ich frage mich, warum diese chronisch verunsicherten Menschen heute nicht mehr wie früher von den Religionen, die es ja in vielen Geschmackssorten gibt, erreicht werden.«

Rainer Kuth, Höchststadt (Bayern)

Faschistische Ziele

Nr. 39/2020 Der QAnon-Kult – Wie aus einer wirren Lüge die gefährlichste Bewegung unserer Zeit wurde

Wenn sich Verschwörungstheorien dank des World Wide Web wie ein Flächenbrand auch bei uns verbreiten, werden aus Spinnern Mehrheiten, die argumentativ nicht mehr erreichbar sind. Mit glühenden Herzen werden sie ihren Führern auf den bizarrsten rechtsextremistischen Wegen folgen – wie gehabt.

Hans-Christian von Steinaecker, Kusel (Rhld.-Pf.)

Man möchte den wütenden Realitätsverweigerern und Anhängern von Verschwörungstheorien zurufen, was Goethes satanischer Mephistopheles zum Doktor Faustus spricht: »Verachte nur Vernunft und Wissenschaft, des Menschen allerhöchste Kraft. Lass nur in Blend- und Zauberwerken dich vom Lügegeist bestärken, so hab ich dich schon unbedingt.«

Dr. Hans Christian Hummel, Hannover

Ich beobachte – ursprünglich im Zusammenhang mit einem wissenschaftlichen Projekt – seit einiger Zeit Aspekte der esoterischen Internetszene in den USA und konnte daher verfolgen, wie dort QAnon sofort aufgenommen und rezipiert wurde. Dies lässt meines Erachtens auf ein geschickt orchestriertes und erfolgreiches politisches Projekt schließen, mit dem empfängliche Zielgruppen zu glühenden Anhängern von Trump und seinen Republikanern gemacht werden, die hochmotiviert auch wählen gehen und eifrig missionieren. Mit dem Begriff »Verschwörungstheorie« ist das Phänomen noch zu vage und zu unvollständig klassifiziert.

Dr. phil. Felix Ackermann, Binningen (Schweiz)

Es ist schon paradox: In Deutschland sind die Corona-Zahlen viel niedriger als in den übrigen europäischen Ländern (besonders Spanien, Frankreich und Großbritannien), aber nirgendwo wird gegen Corona-Maßnahmen so heftig demonstriert wie bei uns. Selbst im streikfreudigen Frankreich nicht! Woran liegt das? Diejenigen, die hier dagegen streiten, sind Leute, die Corona nur als Vorwand benutzen, eigentlich sind sie gegen unseren Staat, Merkel und unsere Demokratie.

Joachim Kussin, Bremerhaven

Mit viel Glück wohnen wir alle lediglich einem perfiden soziologischen Experiment bei, das auch dem letzten Unbedarften klarmachen soll, wie der Faschismus seinen Weg in eine Gesellschaft findet (siehe »Die Welle«). Vielleicht, und das erscheint mir wahrscheinlicher, werden wir aber auch eine Weile nach der hoffentlich



Collage zu QAnon in Deutschland

baldigen Abwahl Donald Trumps durch Recherchen kompetenter Ermittler und Journalisten erfahren, in welcher Pekinger oder Moskauer Lagerhalle 500 Hacker gesessen haben, die als QAnon-Sockpuppets alle westlichen Internetnetzwerke infiltriert haben, um die hiesigen Gesellschaften zu destabilisieren. Dies ist natürlich auch eine Verschwörungstheorie. Aber sie erscheint mir viel plausibler als die völlig durchgeknallten Annahmen, Bill Gates wolle uns »chippen«, und eine »Elite« gewönne ein Adrenalin-Oxidationsprodukt aus Kinderblut.

Marc Steinmetz, Hamburg

Wenn Facebook und YouTube über hervorragende Algorithmen verfügen, sollte es für sie ein Leichtes sein, bei Verschwörungstheorien die Vorschläge nicht mehr auf ähnliche, sondern nur noch auf gegenteilige Inhalte zu polen. Wenn die Internetgiganten das nicht rasch von sich aus tun, sollte man es ihnen per Gesetz vorschreiben.

Sissy Vogt, Augsburg

Erschreckend für mich ist der Umstand, dass allein in meinem Bekanntenkreis mehrere Personen, leider auch drei Freundinnen, total in diese Welt abgetaucht sind. Soziale Kontakte sind unter diesen Umständen frustrierend. Wenn Gesellschaft und Politik nicht schnell aufwachen, fliegt uns das Verschwörungsthema um die Ohren.

Kurt Stehmeyer, Konstanz (Bad.-Württ.)

Gegen Normen und Werte

Nr. 38/2020 Wie konnte es zu den Bränden im Flüchtlingslager Moria kommen?

Es ist beschämend für die Flüchtlingspolitik der EU, dass Menschen auf Lesbos durch das Abfackeln des Lagers auf ihre Not und Ausweglosigkeit hinweisen müssen. Während die EU-Staaten keine Gelegenheit auslassen, Missstände und Verletzungen der Menschenrechte in weiten Teilen der Welt anzuprangern, handeln sie selbst in eklatanter Weise gegen ihre Normen und Werte. Diese Haltung ist an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten.

Horst Winkler, Herne (NRW)

Seit 2015 arbeite ich mit minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen. Sie sind repräsentativ für das große Missverständnis der Deutschen im Umgang mit Flüchtlingen und der Realität von Integration. Es kommen selbstbewusste, junge Menschen, die man nicht mit gebrauchten Möbeln und Secondhandkleidung zufriedenstellt, die nicht in existenzieller Not sind, die ihre Rechte kennen und sie nachdrücklich einfordern. Diese Menschen beanspruchen ein Stück vom Wohlstand und guten Leben, für das Deutschland steht. Integration im Sinne vieler Deutscher ist für sie kein Anliegen, man organisiert sich, passt sich notgedrungen an, pflegt eigene Netzwerke und kommt zurecht. Wenn wir unsere Erwartungshaltung der Realität anpassen und die Bereitschaft fördern, die Menschen mit ihren Wünschen und nicht mit unseren Vorstellungen von Integration aufzunehmen, können wir miteinander leben und dauernde Spannungen vermeiden. Parallele Gesellschaften sind Realität in Deutschland und werden es bleiben. Dies zu erkennen, zu akzeptieren, zu vermitteln und zukunftsfähig zu managen ist Aufgabe verantwortungsvoller Politik.

Josef Brodam, Mayen (Rhld.-Pf.)

Privileg der Jugend

Nr. 38/2020 Wie die 20-jährige Naomi Seibt zur Anti-Greta wurde

Fahrzeug- und Flugverkehr, Abbrennen der Regenwälder, Überhitzung des Weltklimas – nicht menschengemacht? Flüchtlingsfamilien kommen aus reinem Vergnügen? Auf welcher Erde lebt denn diese

junge Frau, der es komplett an Lebenserfahrung, Wissen und Empathie fehlt?

Almut Gwiasda, Wehrheim (Hessen)

Frau Seibt entzieht sich in ihrer sympathischen Intelligenz, ihrem vielleicht naiven Idealismus und ihrer Fundamentalopposition den eingefahrenen Ritualen der Berliner Republik. In ihrem jugendlichen Alter darf sie auch übertreiben. Dass die Falschen eine wie sie zu vereinnahmen versuchen, macht ihr Insistieren auf Freiheit und »aufgeklärte Anarchie« keineswegs obsolet. Zu denken ist allemal weiterführender als dauerhafte, paralysierende Panik. Naomi Seibt eignet sich nicht als Ikone, wohl aber zur irritierenden Aufklärerin über unsere Zustände.

Prof. Dr. Harald Seubert, Nürnberg

Wie so oft beim SPIEGEL geht es weniger darum, ein gerechtes Bild zu zeichnen, als darum, die eigene selbstgerechte, spät-pubertär-linke Meinung anzubringen. Das Ende des Textes zeigt die Intention des Autors: Es geht ihm – trotz einiger entlastender und starker Passagen – darum, Naomi Seibt abschließend abzuwerten. Wie kann es sein, dass Herr Buse seine links-populistische Blase nicht verlassen kann?

Guido Borkens, Verl (NRW)

Höhepunkt des Interviews ist ohne Frage Frau Seibts Glaube an den prinzipiell guten Menschen und ihre Aussage, gäbe es keine Steuern, Vorschriften und Gesetze mehr, dann würden sich die Starken aus eigenem Antrieb um die Schwachen kümmern. Eigentlich hätte hierauf die Gegenfrage folgen müssen, ob sie auch nur ein



Marcus Simaitis / DER SPIEGEL

YouTuberin Seibt

einziges Beispiel aus der Geschichte der Menschheit nennen könnte, bei dem sich dergleiches Wunder ereignet hätte.

Dr. Ulrich Burkhardt, Görlitz (Sachsen)

Wie kann man das Sperren eines Hasskanals mit den einstigen Bücherverbrennungen durch die Nazis gleichsetzen? Irgendetwas ist im Wertekanon der jungen Frau total durcheinandergeraten.

Monika Fischer, Waddewitz (Nieders.)

Bemerkenswert! Da glaubt also ein junger Mensch, dass die Eliten dieser Welt Kinder entführen, um deren Blut zu trinken,

meint aber gleichzeitig, dass sich in einer Welt ohne Gesetze die Starken um die Schwachen kümmern würden. Und erkennt ganz offensichtlich überhaupt keinen Widerspruch darin.

Rainer Fiedler, Hamburg

Protest ist ein Privileg der Jugend, aber der naive Wunsch nach einem auf Almosen basierenden, mittelalterlichen Feudalsystem entlarvt die unsortierte und unfertige Gedankenwelt von Naomi Seibt: Im Feudalismus ist Protest immer verbunden mit akuter Lebensgefahr.

Besim Karadeniz, Pforzheim

»Die Arroganz des angeblich so liberalen gesellschaftlichen Mainstreams«: Die Art, wie Sie diesen Artikel schreiben, ist bestes Beispiel für diese Geisteshaltung. Ich bin kein Fan von Frau Seibt, aber Sie und Ihrsgleichen sind der Grund für solche Entwicklungen, und Sie lernen – offensichtlich aus ebendieser Arroganz und Überheblichkeit – nichts dazu. Sie als Presse führen nicht zusammen, Sie spalten bewusst und laufen ebendiesem linken Mainstream hinterher. Da stimme ich Frau Seibt zu: Deutschland ist mit dieser vornehmlich links vorbestimmten Politik nicht mehr mein Land.

Torsten Deseniß, Lünen (NRW)

Dass eine weltgewandte Frau alles ihr Fremde oder vermeintlich nicht Ebenbürtige von sich weisen will, das verstehe ich nicht, denn eigentlich müsste sie unter ihren optimalen Voraussetzungen offen für die Welt sein. Dass sie schon frühzeitig zur AfD neigte, ist da nur konsequent. Soll sie doch in Gottes Namen in die USA gehen, selbst wenn Trump diesmal unterliegt. Sie könnte dort lernen, wie es sich mit wenig Staat leben lässt – vorausgesetzt, sie hat vorher unsere staatlichen Sicherungssysteme wie die gesetzliche Krankenkasse hinter sich gelassen.

Christoph Nitsche, Straßenhaus (Rhld.-Pf.)

Wenn Naomi Seibt tatsächlich in die USA geht, was ich begrüßen würde, könnte man doch ihren frei gewordenen Platz in Deutschland durch eine gleichaltrige Geflüchtete aus dem Camp Moria auffüllen.

Karl-Jürgen von Hörsten, Berlin

Ich habe keine Sympathien für Klimaleugner und Neu-Rechte, bin aber amüsiert, wenn sich der Reporter erst an Seibt abarbeitet, und dann ein paar Seiten weiter von Alexander Osang – latent weltbürgerlich von oben herab – zu lesen, wie er ja eigentlich mit seiner Frau jeden (!) September nach NY fliegen wollte, weil da die Luft so »crisp« sei. Überspitzt darf man fragen, was gefährlicher ist: Klimaleugner oder Klimasünder?

Matthias Kumberger, Kiel

Virtuos banal

Nr. 38/2020 Pianist Lang Lang erklärt im SPIEGEL-Gespräch sein Faible für Sauerkraut und seine neue Bach-Aufnahme

Wenn der weltberühmte Klaviervirtuose Lang Lang die Goldberg-Variationen von Bach nach musikhistorischen Kriterien interpretiert, ist das musikalische Grundschulniveau und im Ergebnis virtuos banal; denn die Goldberg-Variationen sind ein außergewöhnliches Beispiel für großartige barocke Musikarchitektur, und nur so erschließt sich dem Hörer wie dem Spieler ihr universeller Charakter – in diesem Sinn von Glenn Gould bereits im Jahr 1955 gespielt!

Arndt Grundmann, Mayen (Rhld.-Pf.)

Sobald der neue SPIEGEL kommt, schaue ich zuerst das Inhaltsverzeichnis durch und lese dann die verschiedenen Artikel meinem Interessengrad entsprechend. Diesmal bin ich zuerst beim Interview mit



Olaf Heine / Deutsche Grammophon

Klassikstar Lang

Lang Lang hängen geblieben. Leider musste ich mich erst durch dümmliche, oberflächliche Fragen nach Art von »Bunte« oder »Gala« durchlesen, bis sich Lang Lang endlich zu seiner Arbeit, seiner Krankheit, seiner Beziehung zu Deutschland und vor allem seiner intensiven Beschäftigung mit Bach äußern konnte. Man sollte doch annehmen, wenn man einen so vielseitigen, intelligenten Gesprächspartner hat, dass man ihm Fragen stellt, die sein Wesen und seine Fähigkeiten zum Ausdruck bringen. Schade.

Editha Majer, Überlingen (Bad.-Württ.)

Am Ende weiß man nicht, was peinlicher ist: die Fragen oder die Antworten.

Hans Werner Wüst, Köln

Leider hat Herr Würger ein wichtiges Ereignis bei der Aufzählung der Karriereschritte Lang Langs unterschlagen: seinen Sieg beim renommierten Ettlinger Klavierwettbewerb 1994 im Alter von zwölf Jahren.

Jürgen v. Bergmann-Korn, Ettlingen (Bad.-Württ.)

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe (leserbriefe@spiegel.de) gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter www.spiegel.de zu archivieren.



Jugendbande versetzt Bemerode in Unruhe

Anwohner beklagen Ruhestörungen, Belästigungen und Sachbeschädigungen. Polizei ermittelt in drei Fällen und kontrolliert verstärkt.

Aus der »Hannoverschen Allgemeinen Zeitung«

Lvz.de über einen Tankstellenüberfall:
»Der Verdächtige habe zunächst gegen 20.50 Uhr unter Vorbehalt eines gefährlichen Gegenstandes die Angestellten bedroht... Die Staatsanwaltschaft beschuldigte nach Angaben von Donnerstagmorgen die Festnahme.«



Radwegbeschilderung vor dem Bahnhof in Ebersbach an der Fils (Bad.-Württ.)

Von der Seite Crowdyfan.com: »Vor Ihrem Australientrip sollten Sie sich über die dort ansässigen Giftschlangen informieren. Die Mulgaschlange ist besonders gefährlich. Mit einem einzigen Biss kann sie 200 Menschen töten.«

Aus der »Fuldaer Zeitung«:
»Jugendliche erleichtern sich gerne hinter den Büschen und am Ausgang zur Liobastraße. Es stinkt nach Urin und anderen Extremitäten.«

Reh übersieht Motorradfahrer

Aus der »Eifel-Zeitung«

Ankündigung einer Versammlung der Zeugen Jehovas im Infoblatt der Verbandsgemeinde Bad Marienberg:
»Ferner: Jesus stirbt am Marterpfahl. Das geschieht wieder mittels Beteiligung der zugeschalteten Teilnehmer per Zoom.«

Einfach mehr Wissen

Jetzt am Kiosk



Das Nachrichten-Magazin für Kinder

Mehr erfahren:

www.deinspiegel.de

Zitate

Die »Süddeutsche Zeitung« zur Fortune von FDP-Chef Christian Lindner angesichts einer Aussage Wolfgang Kubickis im SPIEGEL-Streitgespräch (Nr. 39/2020):

Lindner hatte die Partei 2017 zurück in den Bundestag geführt. Den Beweis, dass er sie dort halten kann, muss er noch antreten. Den Beweis, dass es auch ohne Lindner ginge, würde in der FDP derzeit allerdings wohl keiner führen wollen. Kein gutes Zeichen ist für Lindner aber eine Äußerung seines Stellvertreters Wolfgang Kubicki. Er könne sich vorstellen, dass der Innenpolitiker Konstantin Kuhle »irgendwann FDP-Vorsitzender wird«, sagte er dem SPIEGEL.

Die »Neue Zürcher Zeitung am Sonntag« legt ein Zitat von Qatar-Airways-Manager Thierry Antinori in einem SPIEGEL.de-Interview vom 25. Juni aus:

»Wir sind trotz Krise jeden Tag geflogen ... und haben Orte wie Frankfurt, London, Paris oder Amsterdam täglich durchgehend angefliegen. Es gab seit dem Corona-Ausbruch keinen einzigen Tag, an dem nicht ein Flugzeug von Qatar Airways in Frankfurt war.« Dazu muss man wissen, dass Thierry Antinori ein ehemaliger Top-Lufthansa-Manager ist, der in einem Gerangel um Chefposten den Kürzeren zog. Wenn er im Interview sagt, er »denke dieser Tage oft an Lufthansa«, und im gleichen Absatz hinzufügt, dass »das Leben am Ende immer gerecht ist«, so sollten sie dies in Frankfurt wohl nicht als Trost, sondern als Drohung lesen.

Die »Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung« greift nach der Uraufführung seines Stücks »Reich des Todes« eine Aussage von Rainald Goetz aus dem SPIEGEL auf (»Ein Hau ins Lächerliche«, Nr. 50/1999):

»Weil die Bühne so gut riecht und weil man angespuckt wird von den Schauspielern, wenn man in der ersten Reihe sitzt. Weil das alles das totale Gegenteil zu allem ist, was man sonst als Schreiber ist und macht. Die Körper, die soziale Realität der Produktionsbedingungen, die Hysterie, der Buzz, der Sex.« Angespuckt wurde in Hamburg auf den nur vereinzelt vergebenen und dazwischen mit Tüchern abgehängten Sitzen im Zuschauerraum des Schauspielhauses coronabedingt niemand, auch der Autor nicht, der in seiner metallisch glänzenden Bomberjacke ganz für sich vorne links saß. Die Körperlichkeit dessen, was hier als politische Kunst inszeniert wurde, war aber immerzu präsent.

Jetzt den SPIEGEL testen und Prämie sichern

6x DER SPIEGEL für nur €23,90 + Wunschprämie



27%
sparen
+ Prämie



10€ DriversChoice-Gutschein

Der Tankgutschein ist deutschlandweit bei über 8500 Tankstellen gültig.



10€ Amazon.de Gutschein

Für Bücher, CDs, DVDs, Spiele, Technikartikel und vieles mehr.

Einfach jetzt anfordern:  abo.spiegel.de/6x

oder telefonisch unter 040 3007-2700 (Bitte Aktionsnummer angeben: SP20-026)

60
JAHRE
BAUHAUS

www.bauhaus.info
BAUHAUS

Wenn's gut werden muss.



Weil es richtig wichtig ist!

**Pflanzen Sie gemeinsam mit
BAUHAUS 1 Mio. Bäume.**

Melden Sie sich noch heute zu einem unserer lokalen Waldaktionstage an und erleben Sie mit uns den Klimawald von morgen. Oder werden Sie aktiv Waldretter, indem Sie bei Ihrem nächsten Einkauf einen weiteren Klimabaum kaufen und uns so dabei unterstützen, dass es mehr als 1 Million Bäume werden! Sie kaufen – wir pflanzen! Alles Wichtige zu diesem Thema erfahren Sie in Ihrem Fachzentrum und unter www.richtiggut.de/1-million-baeume



Kooperationspartner



Schutzgemeinschaft
Deutscher Wald e.V.